

US Bochum
... Boch.
... Boch.
52D 3308



Atomwaffendebatte der 60er Jahre S. 26

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 266, 13. 1. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM C 21734 E
Förderpreis DM 5,-

Freundschaft statt Feindschaft

15.000 in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit



15.000 Demonstranten, darunter rund 5.000 Türken, protestierten am 11. Januar in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Anlaß war die Ermordung eines türkischen Mitbürgers durch eine Bande jugendlicher Skinheads. Trauer um den Toten und die Forderungen nach einer Änderung der staatlichen Ausländerpolitik und dem Verbot ausländerfeindlicher und neonazistischer Organisationen bestimmten das Bild und die Inhalte der Demonstration. Mit dieser seit langem größten Demonstration in Hamburg wurde klargestellt, daß der Versuch der amtlichen Stellen, diesen bestialischen Mord als „Einzelakt ohne politischen Hintergrund“ abzutun, nicht hingenommen wird. Alle Redner der Abschlusskundgebung, türkische Sozialdemokraten, religiöse Vertreter und Günther Wallraff (dessen Rede wegen seines gesundheitlichen Zustands verlesen werden mußte) widersprachen dieser Auffassung ausdrücklich und hoben hervor, daß das herrschende gesellschaftliche Klima, die Schürung des Ausländerhasses und die staatliche Ausländerpolitik aller bürgerlichen Parteien für den Mord verantwortlich sind.

Fortssetzung auf S. 4

Weiter zu diesem Thema in dieser Ausgabe:
— Dokumentation einiger Reden auf der Demonstration
— Interview mit türkischen Jugendlichen
— Über den neonazistischen Hintergrund der Skinheads
— Über die Politik des Hamburger Senats

Aus dem Inhalt

Partner
Hat der DGB seine bisherige Konsenspolitik aufgekündigt? J. Esser, Professor für Politologie, vermutet, daß Regierung wie Gewerkschaften weiterhin „eine Art konfliktloser Partnerschaft“ anstreben. Für die Gewerkschaften verschärft „diese Politik die Gefahr, zur korporativen Interessenvertretung privilegierter Belegschaften herabzusinken.“ Seite 22

Grünes Offenlo
Ein Interview mit dem rausgerollten MdB der Grünen, Eckhard Stratmann, nach dem Offenburger Parteitag über die Fehler der Linken in der Partei, Tolerierungslinie und Demokratisierung der Wirtschaft. Seite 20

SPD und C-Waffen
Die SPD legte einen mit der SED formulierten Vertragsentwurf vor, der die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorsieht. Würde ein solcher Vertrag tatsächlich von einer SPD-geführten Bundesregierung abgeschlossen werden? Könnte die Einhaltung dieses Vertrages kontrolliert werden? Und was trüge ein solcher Vertrag zur Kriegsverhinderung bei? Seite 28

Nationalrevolutionäre
Ernst Niekisch war schon zu Zeiten der Weimarer Republik Chefideologe der nationalrevolutionären Strömung. Einigen (die u.a. die Westberliner Grünen infiltriert hatten) gilt er auch heute noch als „wahrer Revolutionär“. Über Ernst Niekisch und die Rolle, die er vor 1933 gespielt hat. Seite 35

Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe ...

Verblüffende Szenen-Wechsel nach den Terroraktionen auf den Flughäfen von Wien und Rom am 27. Dezember. Erste Reaktion, 28. Dezember: Israels Regierung kündigt an, sie werde ihren „gnadenlosen Krieg gegen den Terrorismus überall auf der Welt fortsetzen.“ Es werde eine „Vergeltung“ für die blutigen Überfälle geben, die wie selbstverständlich wieder der PLO angelastet werden. Länder, die der PLO „Unterschlupf gewähren“, würden im eigenen Interesse aufgefordert, die PLO-Leute sofort auszuweisen. Gerätselt wird nur noch, ob Israels zweifellos gerechte und maßvolle Antwort nach dem Motto „Für einen toten Israeli sollen 20 Araber sterben!“ sich gegen die jordanische Hauptstadt Amman richten wird, wo angeblich die PLO ihr Hauptquartier hat, oder gegen Syrien, dessen Regime allerdings ein Todfeind der PLO ist.

Gegenreaktion, 29. Dezember: Die US-Regierung läßt per gezielter Indiskretion in der Presse melden, Reagan habe Israel zur „Mäßigung bei eventuellen Vergeltungsschlägen“ aufgefordert. Eine Reaktion wie im Oktober, als Israel Kampfflugzeuge gegen Tunis schickte und über 70 Menschen tötete, um den Mord an drei Israelis auf Zypern zu rächen, sei nach Ansicht der USA diesmal „nicht angebracht“. Die US-Regierung habe sich sogar an befreundete Staaten gewendet, um gemeinsam „Druck auf Israel“ auszuüben und israelische „Reaktionen zu verhindern, die eine Eskalation der Spannungen in Nahost einleiten könnten.“

Verwandlung der Szene, immer noch 29. Dezember: Statt der pauschalen Anschuldigungen gegen die PLO klagen israelische Vertreter nun, in Übereinstimmung mit den bekanntwerdenden Aussagen der überlebenden Attentäter, die legendäre Abu Nidal-Gruppe als Verantwortliche der Massaker von Rom und Wien an. Die Haupttätigkeit dieser Gruppe besteht bekanntermaßen darin, „gemäßigte“ palästinensische Politiker zu ermorden und die diplomatischen Bemühungen der PLO zunichte zu machen. Erstmals

wird Libyen als Unterstützerin der Überfälle und „Weltzentrum des Terrors“ (Ministerpräsident Peres) ins Spiel gebracht. Zuvor hatte ein Kommentator der libyschen Nachrichtenagentur Jana die beiden Terroraktionen als „heroische Taten“ verherrlicht.

1. Januar des neuen Jahres. Große Überraschung: Die US-Regierung, die angeblich gerade eben noch Israel zur „Mäßigung“ drängen wollte, bringt nun selbst äußerst aggressive Töne in die Sache. „Terroristen müssen wissen, daß wir die Option haben, direkt auf ihre barbarischen Akte zu antworten“, verkündet Larry Speakes, Sprecher des Außenministeriums. Die US-Regierung behalte sich vor, „auf die Attentate von Rom und Wien mit militärischen Gegenschlägen zu antworten“. Sollte indessen „ein anderes Land“ (wer außer Israel käme da wohl noch in Frage?) die Urheber der beiden Attentate „identifizieren und auslöschen“, so wären die USA damit „vollkommen einverstanden“. Zur Unterstreichung der verbalen Drohungen wird ein Flottenverband mit einem Flugzeugträger und sechs Kriegsschiffen von Neapel aus in Marsch gesetzt. Ein zweiter, in den USA stationierter Flottenverband soll Befehl erhalten haben, die Verlegung ins Mittelmeer vorzubereiten. Sechs „Patrouillenflugzeuge“ werden aus den USA nach Sizilien verlegt.

Gegendrohung, 2. Januar: Gaddafi warnt, daß ein Angriff der USA oder Israels auf Libyen zu einem „Krieg ohne Ende“, wahrscheinlich sogar zu einem Weltkrieg, führen werde.

Anhaltende Spannung, 3. Januar: Mit Indiskretionen weiterhin gut versorgte US-Medien teilen mit, daß sowohl Bombenangriffe der USA gegen Libyen als auch eine Mitwirkung an einem von Israel durchgeführten Angriff „denkbar“ seien. Das US-Verteidigungsministerium lehnt jede Stellungnahme zu den Berichten ab und heizt so die Spekulationen gezielt weiter an. Zugleich bringt die US-Regierung erstmals die Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ins Spiel.

Nächster Szenen-Wechsel, 4. und 5. Januar. Reagan antwortet mit dem

ihm eigenen Biedersinn auf Fragen nach militärischen Vorbereitungen und Absichten im Mittelmeer: „Ich wußte nicht, daß wir Ungewöhnliches unternähmen.“ Auf den bekannten Kanälen gelangt die Information an die Medien, im US-Verteidigungsministerium beurteile man die Aussichten einer Militäraktion gegen Libyen skeptisch.

Fortssetzung auf S. 8

In dieser Ausgabe zum Thema:
— Wer ist Abu Nidal?
— Kein Frieden in Nahost
— Die Fraktionen der PLO
— Der „Sicherheitsstaat“ und die Logik des Schreckens

Kalter Notstand:

Verweigern ist Trumpf

Bonner Regierungskoalition und „Sicherheitsbürokratie“ versuchen, Vollgas für eine neue Runde der „Äußerer Sicherheit“ zu geben: Noch in dieser Legislaturperiode, d.h. angesichts der bevorstehenden Wahltermine '86 und '87 in den nächsten Monaten, soll ein in Geheimverfahren ausgehandeltes Paket von neuen „Sicherheitsgesetzen“ durch Bundesrat und Bundestag gepusht werden. Der 23.5.87 ist als Termin für einen neuen Anlauf zur Volkszählung bereits festgelegt worden. Im Zuge der in dem Paket jetzt ebenfalls beabsichtigten Novellierung von Paß- und Personalausweisgesetz soll der maschinenlesbare Plastikausweis ab '87 endgültig eingeführt werden.

Das neue „Sicherheitspaket“ ist die Antwort der Staatsbürokratie auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung von 1983, mit dem die seit den 60er Jahren entwickelten Überwachungspotentiale und -praktiken der „Sicherheitsorgane“, statt sie

Aus „humanitären Gründen“ hat die an die Deutsche Bank verkaufte Flick-Gruppe Feldmühle Nobel AG nachgegeben. Fünf Millionen DM wurden an die „Conference of Jewish material claims against Germany“ überwiesen. Das Geld soll etwa 1300 noch lebenden ehemaligen KZ-Gefangenen zukommen, die im Rahmen des nationalsozialistischen Programms Vernichtung durch Arbeit Zwangsarbeit bei Dynamit Nobel hatten leisten müssen. Die armselige Höhe der Summe — etwa 4000 DM pro Empfänger für ein Ausmaß an Leid, das sich gar nicht „wiedergutmachen“ läßt — hält dem Vergleich mit früheren „Mietkosten“ stand: Für eine/n Zwangsarbeiter/in

einzuschränken, nunmehr legalisiert und weiter legitimiert werden sollen.

Die Datenschutzler vergleichen die neuen „Sicherheitsgesetze“ mit den Notstandsgesetzen. Radikaldemokratische Gruppen wie die „Humanistische Union“, die polizeikritische Zeitschrift „Cicli“, und dadurch angestoßen auch die GRÜNEN, sowie Reste der ehemaligen Volkszählungs-Boykott (VoBo)-Bewegung und andere Linke rufen und rufen zum erneuten Widerstand. Die Debatte um Widerstandsmöglichkeiten kommt allerdings trotz diverser Aufrufe nach der langen Pause seit 1983 nur zäh in Gang. Die folgenden Thesen, erstmalig mündlich vorgetragen auf einer Veranstaltung der Initiative gegen den Mikrozensus in Hamburg Ende 1985, sollen als Anstoß für Aktivitäten unter unseren Lesern und Leserinnen dienen.

Fortssetzung auf S. 18

Das Almosen und die 'Humanität' des Kapitals

zählten die Unternehmen am Tag zwischen 1,20 und 4 DM „Miete“ an die Lagerverwaltungen der SS.

Der Entscheidung der Deutschen Bank war eine kurze, aber heftige Auseinandersetzung vorausgegangen, die den in der BRD latent vorhandenen Antisemitismus deutlich aufflackern ließ — ein Phänomen, das keineswegs zum erstenmal, aber gegenwärtig in immer kürzeren Zeitabständen auftritt. Der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hermann Feilner (35), äußerte öffentlich seinen „Eindruck“, angesichts des Flick-Verkaufs würden „die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld kloppt“. Angesichts heftiger Kritik seitens der jüdischen Gemeinde, der Bonner Opposition, aber auch der Bildzeitung, setzte der Strauß-Schüler noch drauf: „Irgendwann müssen wir Ruhe haben“, und verlangte von den Juden „mehr Sensibilität für die Deutschen“. Weil der Flick-Konzern „angeschlagen“ wäre, sei es „nahezu unmoralisch“, zu diesem Zeitpunkt, „wo der Rubel rollt“, „günstig zuzulassen“.

Das polternde „Volksempfinden“ des Abgeordneten mußte sich schnell belehren lassen, daß die Forderung nach Entschädigung der bei Flick ausgebeuteten jüdischen Zwangsarbeiter seit 1947 wiederholt vergeblich erhoben worden war. Damals wurden Flick, Krupp und die IG Farben u.a. deshalb vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg verurteilt. Während andere Unternehmen nach langen Auseinandersetzungen mit der Claims Conference zu Zahlungen bereit waren, weigerte sich der ansonsten so spendenfreudige Konzern bis heute. Deshalb hatte der frühere US-Hauptankläger von Nürnberg im Dezember an den Vorstandssprecher der Deutschen Bank appelliert, nun endlich eine Entschädigung zu leisten.

Fortssetzung auf S. 37

8 Jahre Knast für Claudia Wannersdorfer

Claudia wird vorgeworfen am 20.1.85 zusammen mit Johannes Thimme in Stuttgart-Vaihingen einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der „Rechenzentrum Bau GmbH“ verübt zu haben. Im Prozeß, der in Stammheim stattfand, wurde sie angeklagt wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (mehrere politische Gefangene waren zum Zeitpunkt des Sprengstoffanschlags im Hungerstreik) und versuchten Mord in mehreren Fällen (es sollen sich zur Tatzeit ein Hausmeister mit seinen beiden Kindern im Gebäude aufgehalten haben — zufällig stellt sich später heraus, daß dieser Hausmeister hauptberuflich Kriminalassistent ist).

Claudia, die nach der Explosion schwer verletzt in der Nähe des Gebäudes gefunden wurde, wurde sofort ins Haftkrankenhaus Hohenasperg gebracht und danach den gleichen Haftbedingungen ausgesetzt, die Ursache für den Hungerstreik der Gefangenen waren.

Der Prozeß war dann auch so, wie ihn alle erwartet haben — nichts anderes als eine Farce. Der Prozeß wurde auf acht Tage terminiert und dauerte nicht mal einen Monat. Das ist offensichtlich jetzt die neue Praxis der Bundesanwaltschaft „kurzen Prozeß machen“.

Der Verteidiger Armin Zielinski wies schon während des Prozesses daraufhin, daß mit der Anklage auf „Unterstützung“ der Kampf für menschliche Haftbedingungen kriminalisiert wer-

den soll und über die Mordanklage das ganze als Verbrechen gegen Unschuldige hingestellt werden soll. Tatsächlich ist bei dem Anschlag aber als einziger Johannes Thimme umgekommen.

Juristisch ist die Unterstützung eines Hungerstreiks nicht strafbar, weil schließlich keine Straftat vorliegt, die unterstützt wird. Zumindest gibt es bis jetzt noch kein Gesetz, daß Hungerstreik unter Strafe stellt.

Die Bundesanwaltschaft geht in ihrer Begründung davon aus, daß ein gemeinsamer Hungerstreik die „Fortsetzung des terroristischen Kampfes mit anderen Mitteln“ ist und deshalb sei die Aktion auch keine Unterstützung der Hungerstreikforderungen sondern eine direkte Unterstützung der RAF. An der „RAF im Knast“ wird ja schon seit längerem gearbeitet.

Wie fast alle Weisungen, wurde auch dieser abgelehnt: in den Zeugenstand sollten Ronald Reagan, sein Verteidigungs- und Außenminister, sowie Bundeskanzler Kohl, Bundesinnenminister Zimmermann, Engelhardt und Genscher, etliche Sachbearbeiter des BKA und der Kriminalämter. Mit deren Befragungen sollte bewiesen werden, daß die Vereinigten Staaten zusammen mit der BRD terroristische Anschläge gegen eigenständige Staaten und Einzelpersonen durchführen, während die RAF und die Kräfte aus dem ant imperialistischen Widerstand niemals „Anschläge gegen das Volk“ durchgeführt haben. Grund für diesen Beweisanspruch war der Vorwurf des

mehrfachen Mordversuches. Claudia selber hat in ihrem Schlußwort dazu nochmal gesagt, daß man keine Menschenleben gefährden wollte, in der Urteilsbegründung wurde ihr das zynisch als „Rettungsanker“ untergeschoben.

Verurteilt worden ist sie wegen „Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion in einem besonders schweren Fall und wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ zu acht Jahren Knast. Fallengelassen ist der Mordversuch in mehreren Fällen. In der Urteilsbegründung wird dazu behauptet, daß politische Gefangene, die verteilt in der BRD in den Knästen sitzen durch einen gemeinsamen Hungerstreik per se eine „Terroristische Vereinigung“ bilden. Außerdem ist die Verurteilung wegen einer „besonders schweren Fall der Sprengstoffexplosion“ nur möglich, wenn durch die Tat leichtfertig der Tod eines Menschen verursacht worden ist. Beide Urteilsbegründungen sind durch die Anträge der Verteidigung und das Schlußwort von Claudia widerlegt worden.

Die Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung und Aufhebung der Einzelisolation sind nach wie vor nicht erfüllt, die Gefangenen werden, wenn sie überleben wollen weiter darum kämpfen müssen und dafür brauchen sie draußen gerade die Menschen, die nicht bereit sind, sich mit den herrschenden Bedingungen abzufinden.

ga., hamburg

Die Stationierung der Cruise Missiles beginnt

Friedensbündnis beschließt Großaktion

Die ersten von 96 für die BRD vorgesehenen Cruise Missiles seien in Rheinland-Pfalz auf dem Flughafen Hahn eingetroffen, berichtete vor wenigen Tagen die „Tagesschau“. Inzwischen behaupten die Grünen in Rheinland-Pfalz, daß sich bereits alle 96 Raketen und auch dazugehörige Spezialfahrzeuge (die bei M.A.N. gebaut werden) auf dem Flughafen Hahn befänden. In den letzten vier Wochen seien „jeden Tag mehrere Großraumflugzeuge“ gelandet, schrieb jetzt die taz (am 10.1.86). Die Bundesregierung erklärte, daß die Stationierung im März beginnen soll, aber das vorherige Eintreffen bestimmter Teile nicht ausgeschlossen werden könne.

Sprecher der Grünen, der SPD etc. witterten in der ganzen Angelegenheit einen Schachzug der Bundesregierung, um sich dieses lästigen Themas für den bevorstehenden Wahlkampf 1987 vorzeitig zu entledigen.

1983 hatte es vor Beginn der Stationierung der Pershing-Raketen überall in der BRD große Protestaktionen gegeben, inzwischen ruht sich dazu noch kaum etwas. So muß es schon eher als ein kleines Wunder gelten, daß sich inzwischen der Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (KA) nach heftigen Streit (wir berichteten im letzten AK) an diesem Wochenende schließlich fast einhellig auf eine bundesweite Großdemonstration im Herbst dieses Jahres geeinigt hat. Ziel soll der Cruise-Stationierungsort Hesselbach sein, wo derzeit noch gebaut werden muß.

Der Beschluß des KA vom 10.1.86 lautet:

1. Die gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 findet als Großaktion am 11.10.1986 (Vorschlag) am Stationierungsort der Cruise Missiles (Hesselbach) im Raum Katteln/Hunsrück statt.
2. Im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Großdemon-

stration finden Aktionen des Zivilen Ungehorsams statt; die Entscheidung betreffs Ort und Zeit liegt bei den vorbereitenden Gruppen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Friedensinitiativen. Die organisatorische Verknüpfung der Großdemonstration mit den Aktionen des Zivilen Ungehorsams und das Verfahren dazu sollen möglichst bis zum 1. Februar 86 geklärt sein.

3. Inhaltlich orientiert sich die Großdemonstration an den „fünf Kölner Punkten“; keine Rednerinnen und Redner von und für Parteien, keine Funktions- und Mandatsträger, keine Kandidaten oberhalb der Ortsebene; Parteimitglieder nur mit der Quorumsmehrheit im KA (Mehrheit dafür, nicht mehr als 15% dagegen). Mit den fünf Kölner Punkten ist die Kritik am gesamten Aufrüstungskurs (von der Interventionenpolitik bis hin zu den Atomwaffen) gemeint — bekanntlich gibt es die Forderung nach einer „Schwerpunkteingrenzung“ (z.B. gegen SDI).

4. Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration liegt beim KA und bei den örtlichen Friedensinitiativen im Hunsrück (Friedensinitiative Rhein-Hunsrück/Mosel/Nahe). Diese erhält für die Zeit der Aktion von der Vorbereitung bis zum Ende der Abwicklung Sitz und Stimme im KA und in der vom KA zu bildenden Geschäftsführung.

Die Aktion und weitere Punkte sollen auf der geplanten bundesweiten „Aktionskonferenz“ Anfang Februar beraten und beschlossen werden.

Aktionskonferenz der Friedensbewegung
Beginn: 1.2.86, 14 Uhr
Ende: 2.2.86, 14 Uhr
Ort: Gesamtschule Bonn-Beul

HH

Auch das noch:

Beddermann startet Comeback

Deutsche Vereinsmeierei tobt sich mitunter auch auf dem Gebiet der Politik aus. Der Typus des „notorischen Parteigründers“ und die von ihm gegründeten, unbenannten, fraktionierten und fusionierten Klein- und Kleinstparteien sind mit Recht in einer seriösen Zeitung wie dem AK nie besonders gewürdigt worden. Das soll auch so bleiben, wenngleich wir mal eine Ausnahme machen. Nicht nur witzig ist die im Herbst von „32 Damen und Herren ... in einem Hinterzimmer im hannoverschen Hotel am Rathaus“ voll-

dikademokratischen Experimente“ der „links-unterwanderten“ GLU nicht mehr mitmachen wollte. Geschlechter sah er sich dennoch nicht. Den Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl kommentierte er vor laufenden Fernsehkameras als großen persönlichen Erfolg, nicht wegen der sehr schätzbaren 3,9 % für die GLU „aus dem Stand“, sondern wegen der Scheiterns der FDP, das Albrecht die absolute Mehrheit brachte.

Weitere Hintergründe für Beddermanns Rücktritt enthüllte Dr. Rudolf

ne Mission wieder aufzunehmen. Seine gegenüber dem „Spiegel“ an die Adresse der Grünen gerichteten Vorwürfe sind die gleichen, mit denen er sich 1978 aus der GLU verabschiedet hat: „das reine Öko-Anliegen (seil) reichlich verschüttet“, stattdessen seien „Schwule und Lesben in den Mittelpunkt“ gerückt worden; die Grünen hätten sich zu einer „linkssozialistischen Partei“ gewandelt.

Ob das Grundsatzprogramm der „Weißen“ für mehr als ein oder zwei Promille der Wähler attraktiv ist, muß

Auch das noch:

Beddermann startet Comeback

Deutsche Vereinsmeierei tobt sich mitunter auch auf dem Gebiet der Politik aus. Der Typus des „notorischen Parteigründers“ und die von ihm gegründeten, unbenannten, fraktionierten und fusionierten Klein- und Kleinstparteien sind mit Recht in einer seriösen Zeitung wie dem AK nie besonders gewürdigt worden. Das soll auch so bleiben, wenngleich wir mal eine Ausnahme machen. Nicht nur witzig ist die im Herbst von „32 Damen und Herren ... in einem Hinterzimmer im hannoverschen Hotel am Rathaus“ voll-

dikademokratischen Experimente“ der „links-unterwanderten“ GLU nicht mehr mitmachen wollte. Geschlechter sah er sich dennoch nicht. Den Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl kommentierte er vor laufenden Fernsehkameras als großen persönlichen Erfolg, nicht wegen der sehr schätzbaren 3,9 % für die GLU „aus dem Stand“, sondern wegen der Scheiterns der FDP, das Albrecht die absolute Mehrheit brachte.

Weitere Hintergründe für Beddermanns Rücktritt enthüllte Dr. Rudolf Eickhoff, ein enger Vertrauter Beddermanns, in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ (zitiert in AK 136 vom 21.8.78). Nach Eickhoff habe sich Beddermann bei der Vorbereitung der Landtagswahl in Hessen (Oktober 1978) „darum bemüht, die GLU als verfassungstreue ökologische Reformpartei auf Bundesebene zu konsolidieren. Ein Erfolg schien greifbar nahe. Vermutlich hätte man auch Herbert Gruhl für die Mitarbeit in einer solchen Partei an der ihm gebührenden hervorragenden Stelle gewinnen können ... Folgerichtig versuchte Beddermann, ein Wahlbündnis zwischen der GLU-Hessen und der GLW (Anm. AK: später GLH, „Grüne Liste Hessen“) zu verhindern. Er ahnte, daß die GLW-Hessen von links-extremistischen Kräften beherrscht wird, die unter dem Vorwand der Ökologie zum Angriff auf die rechtsstaatlichen Institutionen unserer Demokratie angesetzt haben.“

Für seinen rabiaten Abgrenzungskurs hatte Beddermann aber keine Mehrheit gefunden. Im September 1978 trat er in Gruhl's GAZ ein und von der politischen Bühne ab.

Nach siebenjähriger Pause hat Beddermann allem Anschein nach keinerlei Schwierigkeiten, seine unterbroche-

ne Mission wieder aufzunehmen. Seine gegenüber dem „Spiegel“ an die Adresse der Grünen gerichteten Vorwürfe sind die gleichen, mit denen er sich 1978 aus der GLU verabschiedet hat: „das reine Öko-Anliegen (seil) reichlich verschüttet“, stattdessen seien „Schwule und Lesben in den Mittelpunkt“ gerückt worden; die Grünen hätten sich zu einer „linkssozialistischen Partei“ gewandelt.

Ob das Grundsatzprogramm der „Weißen“ für mehr als ein oder zwei Promille der Wähler attraktiv ist, muß bezweifelt werden. Es bietet gegenüber den in Wahlkämpfen erprobten und als unbrauchbar erwiesenen Programmen von GAZ und ÖDP nichts Neues: „Lebensschutzpolitik“, „Betroffenheit, was aus unserer Sicherheitspolitik geworden ist“, „eine echte Solidargemeinschaft“ gegen die Arbeitslosigkeit, „elterliches Vorbild und familiäre Geborgenheit“ statt „schränkenlosem Individualismus“ (alle Zitate nach Spiegel).

Daß Beddermanns Comeback dennoch Folgen haben könnte, ist auch den „Spiegel“-Redakteuren aufgegangen: „Auch wenn der Neugründung nicht der Sprung ins Parlament gelingt, könnte sie doch den Grünen womöglich ein paar tausend entscheidende Stimmen abjagen und die Alternativen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern lassen.“ Ob solche Dienste von den politischen Nutznießern belohnt werden? Beddermann ist heute 43 Jahre alt und „heute nach einer, wie er sagt, 'kümmerlichen Karriere' Regierungsdirektor im Landwirtschaftsministerium.“ (Spiegel) Vielleicht kommt er in den noch verbleibenden zwanzig Dienstjahren etwas schneller voran, "Erfolg" vorausgesetzt.

ja./Hamburg

nach heftigen Streit (wir berichteten im letzten AK) an diesem Wochenende schließlich fast einhellig auf eine bundesweite Großdemonstration im Herbst dieses Jahres geeinigt hat. Ziel soll der Cruise-Stationierungsort Hesselbach sein, wo derzeit noch gebaut werden muß.

Der Beschluß des KA vom 10.1.86 lautet:

1. Die gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 findet als Großaktion am 11.10.1986 (Vorschlag) am Stationierungsort der Cruise Missiles (Hesselbach) im Raum Katteln/Hunsrück statt.
2. Im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Großdemon-

stration finden Aktionen des Zivilen Ungehorsams statt; die Entscheidung betreffs Ort und Zeit liegt bei den vorbereitenden Gruppen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Friedensinitiativen. Die organisatorische Verknüpfung der Großdemonstration mit den Aktionen des Zivilen Ungehorsams und das Verfahren dazu sollen möglichst bis zum 1. Februar 86 geklärt sein.

3. Inhaltlich orientiert sich die Großdemonstration an den „fünf Kölner Punkten“; keine Rednerinnen und Redner von und für Parteien, keine Funktions- und Mandatsträger, keine Kandidaten oberhalb der Ortsebene; Parteimitglieder nur mit der Quorumsmehrheit im KA (Mehrheit dafür, nicht mehr als 15% dagegen). Mit den fünf Kölner Punkten ist die Kritik am gesamten Aufrüstungskurs (von der Interventionenpolitik bis hin zu den Atomwaffen) gemeint — bekanntlich gibt es die Forderung nach einer „Schwerpunkteingrenzung“ (z.B. gegen SDI).

4. Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration liegt beim KA und bei den örtlichen Friedensinitiativen im Hunsrück (Friedensinitiative Rhein-Hunsrück/Mosel/Nahe). Diese erhält für die Zeit der Aktion von der Vorbereitung bis zum Ende der Abwicklung Sitz und Stimme im KA und in der vom KA zu bildenden Geschäftsführung.

Die Aktion und weitere Punkte sollen auf der geplanten bundesweiten „Aktionskonferenz“ Anfang Februar beraten und beschlossen werden.

Aktionskonferenz der Friedensbewegung
Beginn: 1.2.86, 14 Uhr
Ende: 2.2.86, 14 Uhr
Ort: Gesamtschule Bonn-Beul

HH



Na, dann kann es ja losgehen!

Wieder Tote bei Auseinandersetzungen zwischen türkischen Linken und der PKK

Am Tag vor Heiligabend wurde in Paris bei Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen mit Anhängern der kurdischen Arbeiterpartei, PKK, ein Mitglied der PKK durch Messerstiche tödlich verletzt. Zwei weitere PKK-Mitglieder wurden schwer verletzt. Am 27.12. wurde wurde ein bekannter türkischer Exilkämpfer, ehemaliger Funktionär der Gewerkschaft Yemali Maden-Is in Paris mit einem gezielten Schuß von hinten getötet.

Zehn türkische und kurdische Exilgruppen hatten in Paris vor Weihnachten eine gemeinsame Stellungnahme zum dem Tod des ehemaligen führenden Mitglied der PKK, Semir, verfaßt (vgl. Artikel im letzten AK), in der sie sich bezogen auf die konkreten Vorfälle um die PKK-Dissidenten von dem Mittel der Gewalt in der ideologischen Auseinandersetzung prinzipiell abgrenzten. Die Erklärung wurde am 23. Dezember im Pariser Stadtteil St.Denis, wo zahlreiche Türken und Kurden leben, von größeren Gruppen der am Bündnis be-

teiligten Organisationen verteilt. Offensichtlich hatte man mit Auseinandersetzungen mit PKK-Anhängern gerechnet, denn als diese die Verteilung stören wollten, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen der 24-jährige Mustafa Aktas durch Messerstiche getötet, und zwei weitere PKK-Anhänger schwer verletzt wurden.

Die PKK reagierte unmittelbar. In einer Erklärung der Europavertretung des bewaffneten Arms der Partei, ERNK, vom 25. Dezember, heißt es zum Tod Mustafa Aktas: „Er ist infolge eines niederrangigen Komplotts der sozialchauvinistischen türkischen und kollaborierenden kurdischen Gruppierungen, den Lakaien der kolonial-faschistischen Junta am 23.12.85 in Paris zum Märtyrer geworden.“ Das Pariser Aktionsbündnis sei eine „Mörderherde“, die ein „großes Massaker“ bezweckt hätte. Verantwortlich seien „die Chefs der TKP (Türkische Kommunistische Partei) und Devrimci Isci“, die in Paris verfaßte Erklärung sei ein „Massakerflug-

blatt“. Die Erklärung geht im weiteren auf die allgemeine Verschwörung gegen die PKK ein und schließt mit dem Aufruf an alle Anhänger und Sympathisanten: „Nun, das auch in Europa geflossene Blut unseres Genossen hat eine neue Phase des roten Widerstandes eröffnet. Unser wertvoller Genosse befehlt uns, unsere in jedem Gebiet geführten national-befreienden Aktivitäten in jeder Hinsicht auf das Niveau des in Kurdistan geführten Widerstandes zu erheben. Es gibt keinen erhabeneren auszuführenden Befehl als diesen“ (Hervorhebungen durch AK).

Am 27. Dezember wurde in unmittelbarer Nähe des Devrimci Isci-Vereins in Paris Mustafa Sahpaz, bekannter türkischer Exilkämpfer und Gewerkschafter, durch einen gezielten Schuß von hinten erschossen. Kurz zuvor waren im Verein Leute aufgebauscht, die sich als PKK-Anhänger ausgaben. Am 30. Dezember starb ein Anhänger der türkischen Gruppe Kurtulus durch Schüsse in Louanne. Eine weitere Ausweitung der gewaltsamen Ausein-

andersetzung steht zu befürchten, die weitreichende negative Folgen für alle Beteiligten Exilkämpfer haben würde. In Paris wurde inzwischen von einer am Bündnis beteiligten Gruppe, Devrimci Isci, eine kritische Erklärung bekannt, in der angekündigt wird, sich mit Kräften dafür einzusetzen, daß derartige Auseinandersetzungen in Zukunft nicht wiederholbar sind. Weitere Stellungnahmen sind uns bisher nicht bekannt.

Anmerkung

Im AK 264 druckten wir auszugsweise eine Erklärung gegen die PKK, die von „Devrimci Isci, Hamburg“ unterzeichnet war. Hierbei handelt es sich um eine Abspaltung der Auslandsorganisation der türkischen Gruppe „Devrimci Yol“, die nicht identisch ist mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Devrimci Isci“, die nach der Abspaltung der obigen Gruppe von der Mehrheitsströmung weiter herausgegeben wird. Bei der in Paris herausgegebenen kritischen Erklärung handelt es sich ebenfalls um die von der Mehrheit abgespaltene Strömung. Alles klar?

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abdruck, sonst PSchA Hamburg 21775-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.000 Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abesnders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Verbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuwenden.

Der Widerstand gegen die WAA im bayerischen Wackersdorf hat kaum erhoffte Ausmaße angenommen. Nach der Demonstration der 50.000 am 12. Oktober, nach der ersten Bauplatzbesetzung im Anschluß an einer Demonstration von 40.000 am 14. Dezember, ist über Weihnachten und Silvester bis ins neue Jahr hinein der Bauplatz zum zweitenmal besetzt worden. Zwar konnte die Besetzung gegen die geballte Staatsmacht natürlich nicht gehalten werden, doch eine Spekulation der CSU und Franz-Josef Strauß' ist nicht aufgegangen: Das Versprechen an die WAA-Betreiber, Bayern biete den geeigneten Rahmen, die Wiederaufarbeitungsanlage störungsfrei zu errichten, Unruhe ist mittlerweile in die Oberpfalz eingekehrt und läßt sich nicht mehr nur als von Preußen importiert diffamieren.

Eine Woche nach der Räumung der ersten Platzbesetzung begann am 23.12. die zweite Besetzung, die am 24.12. mit einem Weihnachtsgottesdienst von Anti-WAA-Pfarrern sanktioniert wurde. Ein Bürgerfest am 30.12., eine stimmungsvolle Silvesterfeier und ein großes Kultur- und Kinderfest am 3.1. mobilisierten tausende Oberpfälzer nach Wackersdorf, bevor am 7. Januar erneut geräumt wurde. Der besetzte Platz mit seinen mittlerweile 150 Hütten und mehreren hundert Dauerbesetzern wurde zum Ausflugsort für viele Bürger, was dazu beitrug, Bedenken und Distanz zum illegalen Akt der Besetzung abzubauen.

Die Räumung vom 7. Januar

Erwartet worden war, da an diesem Tag die Rodungsarbeiten fortgesetzt werden sollten. Über 1000 Menschen verbrachten die Nacht im Hüttendorf. Mehr als 2000 waren es bei der Räumung, 500 verfolgten sie zusätzlich von außen. Um 7.30 Uhr früh wurden nahegelegene Schafställe, ein Bauer als Quartier zur Verfügung gestellt hatte, von der Polizei ohne jede Rechtsgrundlage durchsucht. Unter dem Vorwand, Gegenstände, die für „strafbare Handlungen“ verwendet worden könnten, sicherzustellen, wurden im Zuge dieser Aktion 29 Leute festgenommen wegen Verdachts der „gemeinschaftlichen Sachbeschädigung“. In der Morgendämmerung wurde das Hüttendorf von bayerischer Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz-Einheiten aus Bayern und Niedersach-

zugen dieser Aktion 29 Leute festgenommen wegen Verdachts der „gemeinschaftlichen Sachbeschädigung“. In der Morgendämmerung wurde das Hüttendorf von bayerischer Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz-Einheiten aus Bayern und Niedersachsen sowie Sondereinsatzkommandos umstellt. Nach zehn Uhr begannen Abgreiftrupps Leute aus den Menschenketten, die die Besetzer um das Hüttendorf gelegt hatten, herauszureißen, teilweise unter Schlagstockeinsatz. Ab 13 Uhr begann die Militär-Show für den im Prominenten-Hubschrauber angereisten Innenminister Hillmeier: Über einem zehn Meter hohen Baumhaus flog im Tiefflug ein Hubschrauber an, auf den Kufen stehend SEKler, die sich an einem Seil auf das Dach des Baumhauses absetzten. Nach zwei Stunden wurden die Baumhausbesetzer abgesellt.

762 offizielle Festnahmen wurden gemeldet, bei allen wurden die Personalien festgestellt. Daß es nicht mehr waren, lag einmal an den fehlenden Kapazitäten der Polizei, die teilweise völlig überfordert war, zum anderen an der Selektionspraxis. So weit es das polizeiliche Differenzierungsvermögen zuließ, wurden Oberpfälzer nicht festgenommen, um hinterher anhand der Personalien der Festgenommenen die Propaganda abstützen zu können, daß es sich bei den Besetzern überwiegend um Ortsfremde handele.

Am Abend führten WAA-Gegner in Wackersdorf und Schwandorf spontane Protestdemonstrationen durch.

Nach der „sanften Tour“ die Kriminalisierung

Bayerns Polizeieinsatzleitung hatte nach den harten Übergriffen von München und der heftigen Kritik daran die erste Besetzung angesichts der massenhaften Mobilisierung flexibel gekontert. Die Demonstranten wurden weitgehend ungehindert auf den Bauplatz gelassen. Auch die Ankündigung von Einsatzleiter Friker, den Bau von Hütten nicht zuzulassen, wurde nicht wahrgemacht. So wurde die Polizei erst dann aktiv und räumte, als die demokratische Massenmobilisierung abgeklungen war und sich auf den Kern von mehreren hundert Besetzern reduzierte. Die bürgerliche Presse registrierte denn auch lobend das „besonnene Verhalten“ der Polizei. Ähnlich

Keine Ruhe im Wackerland



zurückhaltend wurde auch die zweite Besetzung begleitet.

Dennoch hat der letzte Akt konsequenter und im einzelnen auch brutaler Räumung des Hüttendorfes nicht verhindert, daß bei vielen Oberpfälzer Bürgern und teilweise auch in der örtlichen Presse die erste nähere Bekanntschaft mit der Staatsmacht mit Definitionen wie „Polizei“ und „Unrechtsstaat“ bedacht wird. Die wachsende Zahl WAA-gegner in der Oberpfalz versteht die Welt nicht mehr, wie wenig ihre Rechte bei dem WAA-Projekt berücksichtigt werden. Die Polizeiführung ist nach wie vor bemüht, den Imageverlust in Teilen der Bevölkerung zu mildern. Einsatzleiter Friker in einem „faz“-Interview: „Wir werden künftig vor allen Dingen auf die Maschinenpistolen verzichten. Das ist unnötig, das macht sicherlich einen vermeidbaren Reizwert aus“ (9.1.86).

mildern. Einsatzleiter Friker in einem „faz“-Interview: „Wir werden künftig vor allen Dingen auf die Maschinenpistolen verzichten. Das ist unnötig, das macht sicherlich einen vermeidbaren Reizwert aus“ (9.1.86).



Wer einigermaßen die Verhältnisse bei vergleichbaren Polizeieinsätzen in der BRD kennt, muß den Bayern relative Zurückhaltung konzedieren. Doch darf nicht übersehen werden, welche Arbeit bislang schon geleistet worden ist, den Anti-WAA-Widerstand zu kriminalisieren, sowohl in quantitativer Hinsicht, als auch in Bezug auf gezielte Vorgehen gegen den radikaleren Teil der Atomstaatsgegner: Über 200 Verhaftete nach der Münchener Demonstration, 869 Festnahmen nach der ersten Platzbesetzung, 134 Festnahmen in Amberg, 762 Festnahmen nach der zweiten Besetzung sind eine Grundlage für die Kriminalisierungsvorhaben. Zwei Leute sitzen nach wie vor in U-Haft, sie waren verhaftet worden,

weil sie die Parole „Tötet Strauß“ gesprüht haben. Wären sie nicht gestört worden, so sollen sie bei der richterlichen Vernehmung gesagt haben, hätte die ganze Parole gelaute: „Tötet Strauß uns alle?“ Sensationell aufgemacht wurde die Aktion mit der „versuchten Gefangenenbefreiung“ in Amberg. Etwa 150 Hüttendorfbesetzer waren nach Amberg gefahren, um dort vor dem Gefängnis gegen die Verhaftung der beiden zu protestieren. Eignen gelang es auf die Gefängnismauern zu steigen, und dort am NATO-Draht ein Transparent zu befestigen. Auf der Rückfahrt nach Schwandorf stoppte

die Polizei den Konvoi von 85 Fahrzeugen und nahm 134 Leute unter dem Vorwurf „versuchter Gefangenenbefreiung“ und „Sachbeschädigung“ fest (vor dem Knast war ein Spiegel zu Bruch gegangen). Diese Polizeikaktion gegen eine Besetzergruppe erinnerte stark an das Vorgehen im Nürnberger „KOMM“, wo die Polizei auch erst nach der Aktion einschritt und 111 festnahm. Neben der bewährten Hitze gegen anreisende „Chaoten“ und „Punker“ ist zu erwarten, daß solche Versuche, einen Teil der Aktiven gezielt zu verfolgen, in der nächsten Zeit zunehmen werden, um über diesen

Weg der Kriminalisierung des Widerstands die Bürger abzuschrecken.

Druck auf die SPD

Die bayerische SPD und der ihr politisch nahestehende Bund Naturschutz hatten sich nach der Münchener Demonstration im Oktober von den übrigen Trägern der Aktion distanziert und den Aufbau eines Kreises gegen die WAA ohne die Linken und die Grünen angekündigt. Dieses Vorhaben ist vom weiteren Gang der Ereignisse überholt worden. Noch vor der Demonstration am Rodungsgelände vom 14. Dezember ging ihr Bemühen — nicht ohne Erfolg — dahin, illegale Aktionen zu verhindern. Die ostbayerische SPD hatte ausdrücklich öffentlich erklärt, „Platzbesetzungen sind unsinnig“. Die Besetzung des Rodungsgeländes gehörte daher auch nicht zum ausdrücklichen gemeinsamen Aktionsziel. Angesichts der massenhaften Mobilisierung der 40.000 und der guten Stimmung war allerdings vor Ort niemand in der Lage, die Leute von der Besetzung abzuhalten (außer der Polizei, die allerdings auf Flexibilität umgeschaltet hatte). Im Gegenteil, maßgebliche Mitglieder der ansässigen BIs, die vorher einer Platzbesetzung skeptisch gegenüberstanden, waren aktiv dabei und unterstützten danach auch die folgenden Aktionen. Derzeit sind daher die Spaltungsbedrohungen der SPD nicht ganz einfach.

Andererseits sind im Herbst die Landtagswahlen und die SPD hofft vom Anti-WAA-Widerstand wahlpolitisch zu profitieren (in Konkurrenz mit den Grünen). Dies setzt aber „gemäßigte“ Opposition voraus oder zumindest eine Isolierung des radikaleren Widerstands, zumal die Bundes-SPD gerade ihre Rausche Anstandskampagne gestartet hat. In der CSU hat man dieses SPD-Dilemma durchaus verstanden. Sie bemüht sich Druck auszuüben, daß die SPD sich von „rechtswidrigen Aktionen“ distanzieren. Insbesondere fordert sie „Distanzierung von jenen, die die Polizei tödlich angreift“. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die SPD diesen Druck in die weiteren Diskussionen des Anti-WAA-Widerstands weitergeben wird. Die Nagelprobe darauf dürfte bei den anstehenden Diskussionen um eine Gegenkampagne gegen die Kriminalisierung zu erwarten sein.

Giftunfall in den USA

Nicht nur in Gore: Uranhexafluorid — eine tickende Zeitbombe

Giftunfall in den USA

Nicht nur in Gore: Uranhexafluorid — eine tickende Zeitbombe

Uranhexafluorid (UF₆) ist als Grundstoff der zivilen und militärischen Atomindustrie ebenso unverzichtbar wie giftig: Schon ein Zehntel Gramm auf einem Kubikmeter wirkt absolut tödlich.

Am 7.1.86 platzte in einer kleinen Uran-Konversionsfabrik bei Gore im US-Bundesstaat Oklahoma ein UF₆-Behälter und setzte 12 Tonnen UF₆ frei. Ein Arbeiter starb innerhalb weniger Stunden an der Verätzung seiner Lungen, über 100 Menschen (30 befanden sich im Werk) mußten trotz günstiger Windverhältnisse und einer menschenerkennenden Gegend ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Giftwolke kroch innerhalb von 2 Stunden 30 km weit.

Bundesregierung und Atomindustrie haben allen Grund, den Unfall kleinzuhalten und ein öffentliches Interesse, wie etwa beim Untergang der UF₆-Behälter in der Mont Louis, gar nicht erst aufkommen zu lassen. Denn: 1. Ein Atomunfall wie in Gore kann hierzulande täglich passieren. Der Gifttank in Gore ist explodiert, weil er statt der zulässigen 115 °C auf 120 °C erhitzt wurde und zudem — nach Betreiberangaben — mit ca. 800 kg überladen war. Der Punkt ist nun, daß ab einem bestimmten Erhitzungsgrad auch jeder normalgefüllte UF₆-Behälter in die Luft geht.

UF₆ wird als fester, salzförmiger Stoff transportiert, geht ab 56 °C in einen gasförmigen Zustand über und wird ab 64 °C bei einer gleichzeitigen Volumenausdehnung von 35% flüssig. Je höher die Hitze, desto höher die Ausdehnung und die Gefahr der Behälterexplosion. Von Bedeutung ist dies insbesondere für die unzähligen UF₆-Transporte quer durch die BRD.

„Die größte Gefahr beim Transport droht, wenn bei einem Unfall ein Feuer ausbricht. Wird ein intakter Behälter einem Brand bei einer Umgebungstemperatur von 800 °C feiner Benzinfeuer ausgesetzt, platzt der Behälter unter steigendem Druck nach maximal 1,7 Stunden explosionsartig. Schlagartig werden 80% des UF₆ 230 m hochgeschleudert, wo es ver-

dampft. Die restlichen 20% werden brockenweise in die nähere Umgebung geworfen und verdampfen innerhalb von 4 Stunden.“ (aus: Gruppe Ökologie, Sicherheit und Umweltauswirkungen eines Lagers für Uranhexafluorid und Urankonzentrat bei Leese, Juni 1983)

2. In der BRD lagern riesige Mengen an UF₆, zumeist unter freiem Himmel, dh. gegen Flugzeugabstürze etc. völlig ungeschützt. Allein in Hanau handelt es sich um über 5.000 Tonnen, die dort von den Firmen NUKEM, RBÜ und Transnuklear verarbeitet und gelagert werden. In Weisweiler bei Aachen liegen weitere 5.000 Tonnen. UF₆-Giftlager gibt es ebenfalls in Karlsruhe (Nordbayern), in Leese (Niedersachsen) und in Gronau.

3. Die Menge des zu transportierenden und zu lagernden Uranhexafluorids nimmt ständig zu. Mensch unterscheidet angereichertes, abgereichertes und Natururan-UF₆, die chemisch alle gleichermaßen giftig sind, wobei insbesondere das angereicherte UF₆ auch als radioaktiver Stoff gefährlich ist. Es ist noch nicht ermittelt, wieviel Natururan-UF₆ hierzulande lagert und ob die Uranvorräte der Bundesregierung, die für fünf Jahre (für den Fall von Lieferstopps) reichen sollen, als Urankonzentrat (Yellow cake) oder als UF₆ gelagert werden. Angereichertes UF₆ wird in Hanau verarbeitet, in Gronau produziert und ebenfalls aus etlichen Ländern eingeführt. Das Hauptproblem ist jedoch das abgereicherte Uran 238. Um ein Atomkraftwerk 4 in Biblis ein Jahr zu betreiben, kommen 200 Tonnen UF₆ in eine Anreicherungsanlage, von denen wiederum 160 Tonnen als abgereichertes UF₆, praktisch als Abfall, zurückbleiben.

Die Bundesrepublik läßt ihr Uran neben Gronau in den USA, der UdSSR, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien anreichern. In allen Fällen mußte sie sich selbstverständlich verpflichten, die angefallenen abgereicherten UF₆-Abfälle wieder zurückzunehmen, um sie für Jahrzehnte (die Bundesregierung spricht von 50 Jahren) zu deponieren. Ein größ-

eres UF₆-Unglück ist somit praktisch vorprogrammiert.

Insbesondere die SPD wird wenig Interesse haben, die hier angesprochenen Sachverhalte zu erörtern. Nicht allein, weil sich hier erneut der kriminelle Charakter des gesamten Atomprogramms aufstut, sondern insbesondere wegen der Urananreicherungsanlage Gronau im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Der Grundstein für diese potentielle nationale Atomombombenfabrik wurde von von Bölow gelegt, die NRW-Landesregierung nahm die Anlage noch kurz vor der NRW-Landtagswahl in Betrieb, kurz: ein typischer „Ausstieg“ aus der Atomenergie à la Sozialdemokratie.

Noch Anfang 1986 wollen die Gronau-Betreiber den Antrag auf Ausbau der Anlage von derzeit 400 Tonnen auf 1.000 Tonnen Urananreicherung/Jahr bei der NRW-Landesregierung einreichen, die nicht nein sagen wird. Daß dahinter keine ökonomischen, sondern militärisch-strategische Interessen stehen, ist stark zu vermuten. Immerhin ist die weltweite Überkapazität auf dem Gebiet der Urananreicherung dergestalt, daß ein komplettes Werk in den USA unlangst die Pforten schloß und die französische Anlage sechs Monate im Jahr stillsteht.

Besonders unschön, besonders für die örtliche und regionale Bevölkerung, ist darüberhinaus das Uranhexafluorid: Nach Auskunft der Bundesregierung wird sich der jährlich (!) neu anfallende Berg abgereicherten UF₆ von derzeit 160 Tonnen auf 1.600 Tonnen in die Höhe schrauben und die UF₆-Sammelstelle in Gronau gigantisch vergrößern. Mit dem Ausbau der Anlage wird gleichzeitig die Zahl der UF₆-Transporte von oder nach Gronau von jetzt 22 auf 215 pro Jahr ansteigen.

Doch alles halb so wild. Nach Auskunft eines Joachim Pokar, Projektleiter des neuen Gronau-Genehmigungsverfahrens „ist in der Bundesrepublik ein Unfall wie in Gore nicht möglich“

Fortsetzung von Seite 1

Der großartige Mobilisierungserfolg geht im wesentlichen zurück auf das Zustandekommen einer bisher einmaligen Bündnisse von türkischen Organisationen, Vereinen und religiösen Vertretungen. Auf Einladung des bekannten Sozialdemokraten Hakki Keskin trafen sich am 28. Dezember ca. 40 Vertreter von türkischen Vereinen und Organisationen, Sportvereinen, deutsch-ausländischen Initiativen. Und erstmals waren auch Vertreter von islamischen Gemeinden anwesend. 24 der vertretenen Gruppierungen einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung (siehe Abdruck) und den Aufruf zu einer Protestdemonstration. Die gleiche Erklärung war am Vortag schon auf einem vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) einberufenen Treffen von verschiedenen deutschen und türkischen Organisationen verabschiedet worden, wobei es sich zunächst um einen eher traditionellen linken Kreis handelte. Der weitere Gang der Dinge wurde wesentlich durch das türkische Bündnis bestimmt. Erwartungsgemäß waren die Verhandlungen in diesem Kreis schwierig, denn unter normalen Umständen wären die politisch-ideologischen Gegensätze als unüberbrückbar angesehen worden. Dennoch gelang es, diesen Kreis zusammenzuhalten und sogar noch zu erweitern. Die eingeschlagenen politische Kompromißlinie, die es allen erlaubte, im Bündnis zu verbleiben, lag darin, sich auf die Frage des Rassismus und der Ausländergesetze der BRD zu beschränken und die gemeinsame Diskriminierung in den Vordergrund zu stellen. So gesehen konnte dieses Bündnis tatsächlich für einen großen Teil der in Hamburg lebenden Türken sprechen. Inhalt dieser Linie war denn auch, die Differenzen über die Beurteilung des türkischen Staates auszuschalten, da diese nichts mit der Ausländerdiskriminierung in der BRD zu tun haben.

Von diesem Bündnis ausgehend gelang es den türkischen Organisationen, einen relativ großen politischen Druck zu erzeugen, der bewirkte, daß auch im Lager der deutschen Organisationen und Initiativen eine seit langem nicht mehr vorhandene Bereitschaft entstand, sich aktiv an der Mobilisierung zu beteiligen. Aufgerufen hat schließlich die gesamte traditionelle Linke, die GAL, eine große Zahl von Initiativen, schließlich auch noch der DGB (obwohl für eine wirkliche Mobilisierung nicht die gesamte traditionelle Linke, die GAL, eine große Zahl von Initiativen, schließlich auch noch der DGB (obwohl für eine wirkliche Mobilisierung zu spät).

Nicht aufgerufen hat die SPD. Sie folgte (bis auf einzelne Ausnahmen) der Senatslinie, daß dieser Mord eine „Einzelstat ohne politischen Hintergrund“ sei, weshalb auch eine Mobilisierung gegen die Ausländerfeindlichkeit abgelehnt wurde. Alle Versuche des türkischen Bündnisses, hier noch eine Änderung in der Haltung herbeizuführen, scheiterten, wobei die SPD sich selbst um eine öffentliche Erklärung herumdrückte.

Das wesentlichste Ergebnis dieses Bündnisses ist neben dem konkreten Mobilisierungserfolg zur Demonstration der erreichte öffentliche Druck. Niemals zuvor hat es zu diesem Thema und bei einem solchen Anlaß ein so positives Echo der Medien gegeben. Zwar ist unverkennbar, daß auch hier die bequeme Einzelstattheorie aufrecht erhalten wird, aber erstmals wurde in Kommentaren in allen Zeitungen ein Klima der Ausländerfeindlichkeit zugegeben, selbst eine Zeitung wie Springers „Abendblatt“ machte dieses Klima mit verantwortlich für den Mord.

Jedem muß klar sein, daß eine einmalige Demonstration anläßlich dieses Mordes nicht ausreicht. Weder ist damit innerhalb der Gesellschaft schon wirklich etwas an der Haltung gegenüber den ausländischen Mitbürgern geändert worden, noch hat sich etwas an der staatlichen Ausländerpolitik geändert. Aber es sind die Möglichkeiten sichtbar geworden, eine Politik zu entfalten, die mehr erreicht als daß bei einem Mord allein die radikale Linke auf die Straße geht. Es eröffnen sich damit Möglichkeiten, den Druck auf die SPD und die Gewerkschaften zu erhöhen und sie nicht aus der Verantwortung herauszulassen. Jedem muß klar sein, daß bei der Anzahl der hier lebenden Ausländer und dem Grad der nationalistischen und rassistischen Verhetzung großer Teile der westdeutschen Bevölkerung eine aktive Politik gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit von enormer Bedeutung ist.

Wir diskutieren in diesem AK einige der Reden, die auf der Hamburger Demonstration gehalten wurden und in etwa das aufzeigen, was an inhaltlicher Grundlage heute zwischen sonst sehr divergierenden Kräften möglich ist.

»Zehntausende haben Angst, abends ihre Wohnungen zu verlassen«

Aus der Rede von Hakki Keskin auf der Demonstration am 11.1.86 in Hamburg

Meine Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Eine türkische Zeitung von gestern, „Günaydin“, berichtete über die Hinrichtung eines 37-jährigen Türken durch Neo-Nazis. Sami Dilsizoglu, so heißt dieser Türke, wurde laut Angaben dieser Zeitung in der Nähe von München (im Wald (Hohen Brunn)) an einem Baum aufgehängt gefunden. Die Polizei soll zuerst diesen Fall aus der vorigen Woche als Selbstmord bezeichnet und geheim gehalten haben. Die Ermittlungen und Recherchen belegten jedoch nach Angaben von „Günaydin“, daß auch dieser Türke von Neo-Nazis ermordet worden sei. Falls dieser Bericht zutreffen sollte, wurden seit Weihnachten zwei und in den letzten sechs Monaten drei Türken Opfer des Rassismus.

Bereits vor knapp zwei Jahren erzählte mir ein türkischer Arbeiter aus Hannover, daß er sich nach 20 Uhr nicht mehr traue, auf die Straße oder zum Telefonieren zu einer Telefonzelle zu gehen. Ein Freund von ihm, so berichtete dieser Landsmann, sei von Neo-Nazi durch Prügel schwer verletzt worden. Kurz danach kehrte er in die Türkei zurück. Wir haben immer wieder von ähnlichen Angriffen der rassistisch gesinnten Gruppen auf Türken und andere Ausländer gehört.

In jüngster Zeit haben wir aber mit einer neuen Dimension dieses Terrors zu tun: Die Skin-Heads machen bundesweit und vor allem in einigen Großstädten Jagd auf Ausländer, besonders auf Türken. Ramazan Avci und sechs Monate zuvor Mehmet K. wurden von dieser Gruppe hier in dieser Stadt bestialisch ermordet, nicht weil sie mit Skins zusammengestoßen waren, sondern weil sie Ausländer und Türken waren. In dieser, auch unserer, schönen Stadt Hamburg ist es so weit gekommen, daß nunmehr zehntausend Türken und andere Ausländer Angst haben, abends ihre Wohnung zu verlassen.

Diese Entwicklung der letzten Jahre haben wir mit uns selbst gemacht, abends ihre Wohnung zu verlassen.

Diese Entwicklung der letzten Jahre und Monate ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die durchaus logische Folge einer „Ausländer-Halbierungspolitik“, die seit der Wende angekündigt wurde. Wer als Bundeskanzler, als Bundesminister für Inneres oder als Innenminister von Berlin zu vielen Ausländern und Türken redet und deren Halbierung zum politischen Programm macht; wer die ausländische Wohnbevölkerung zu Sündenböcken für Engpässe beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt macht; wer mit weiteren restriktiven Maßnahmen die ohnehin geringen Rechte der ausländischen Wohnbevölkerung noch mehr beschneiden will; kurz: wer eine Politik gegen die Minderheiten in diesem Lande macht, der darf sich nicht mehr wundern, wenn rassistische Skins oder Neo-Nazi Jagd auf Ausländer und Türken machen und die Ausländer mit Gewalt vertreiben wollen.

Auf der anderen Seite können wir uns nicht recht vorstellen, weshalb die Angriffe und der Terror der Skins und Neo-Nazi-Gruppen von den zuständigen und verantwortlichen Organen nicht unterbunden werden können, wenn die richtige Einschätzung und der gute Wille da ist? Zumal wir sehr gut wissen, daß diese Sicherheitskräfte gerade in diesem Lande ihre Aufgaben perfekt wahrzunehmen in der Lage sind.

Ich möchte es hier unverschiebt sagen: Bei großen Teilen der ausländischen Bevölkerung verstärkt sich der Eindruck, daß sie nicht genügend geschützt werden. Mehr noch: Teile der Sicherheitskräfte und der Justiz würden ihre Aufgabe nicht unparteiisch wahrnehmen, wenn es um den Schutz von Ausländern geht. Es ist nicht meine Aufgabe, diese Auffassung vieler Ausländer zu belegen, es ist die Aufgabe der hier Angesprochenen in dieser Stadt, mit Taten und nicht mit Worten diese Auffassung zu widerlegen.

Meine Damen und Herren auch von den Medien!
Liebe Freunde!

Lesen Sie bitte die Forderungen, die wir, 24 zu einem Bündnis zusammengeschlossene türkische Vereine, Organisationen, Moscheen, Sportclubs und viele Einzelpersonen als Gewerkschafter und Betriebsräte, uns zu eigen gemacht haben. Diese zeigen, was wir mit unserem gemeinsamen Vorgehen wollen:

- Wir trauern um Ramazan Avci
- Schluß mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
- Wir sind Einwanderer
- Gleichberechtigung
- Niederlassungsrecht
- Wahlrecht für Einwanderer
- Solidarisches Zusammenleben
- Doppel-Staatsangehörigkeit
- Freundschaft statt Feindschaft
- Verbot der HLA und FAP

Wir wollen als naheliegendstes Ziel: Mit allen demokratischen Mitteln gegen die rassistischen Angriffe und gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit eine Front bilden und dem rassistischen Terror Einhalt gebieten! Aber wir wollen auch für die Festigung der Demokratie und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland eine völlige Neuorientierung in der bisherigen Ausländerpolitik maßgeblich beeinflussen.

Die bisherige Ausländerpolitik, und zwar aller Parteien, ist gescheitert. Sie stiftet keine Solidarität und Freundschaft zwischen Deutschen und ethnischen Minderheiten, vielmehr schürt sie Ausländerfeindlichkeit und rassistische Tendenzen. Sie macht die Einwanderer zu Sündenböcken für das Versagen vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Terror in diesem Lande.

Diese Ausländerpolitik hat versagt, weil sie eine Million gebürtiger Bundesrepublikaner der ausländischen Bevölkerung weiterhin als Ausländer mit geringeren Rechten behandelt. Mehr als 60 % aller Ausländer leben nun länger als zehn Jahre in diesem Lande, fast alle mit ihren Familien. Ihre Kinder sprechen besser Deutsch als ihre Muttersprache. Die bisher verfolgte Ausländerpolitik und das geltende Ausländerrecht ignoriert diese Tatsachen und betrachtet und behandelt die hier verwurzelten Einwanderer nach wie vor als sogenannte Gastarbeiter. Wenn auch dieser Begriff heute selten zu hören ist, weil es lächerlich klingt für Menschen, die seit zehn und zwanzig Jahren in einem Land leben, so herrscht weiterhin

weil es lächerlich klingt für Menschen, die seit zehn und zwanzig Jahren in einem Land leben, so herrscht weiterhin der „Gastarbeiter-Rechtsstatus“ für diese Menschen.

Wir betonen immer wieder: Wir sind zwar türkischer, italienischer, griechischer, spanischer, jugoslawischer oder portugiesischer Herkunft, längst sind wir jedoch ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft geworden. Wir haben uns hier niedergelassen. Wir erkennen uns zu diesem Lande und zu dieser Gesellschaft.

Deshalb wollen wir unsere Gleichstellung. Hierfür machen wir konkrete Vorschläge. Wir sagen: Für Einwanderer muß ein neuer Rechtsstatus geschaffen werden, der die Einwanderer weitestgehend den deutschen Staatsbürgern gleichstellt und alle Diskriminierungen in rechtlichen, sozialen, ökonomischen und politischen Bereichen beseitigt. Wir haben diesen neuen Rechtsstatus Niederlassungsrecht genannt. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat in Übereinstimmung mit uns einen diesbezüglichen Gesetzesantrag dem Bundestag vorgelegt. Dieses Niederlassungsrecht beinhaltet auch das Wahlrecht für Einwanderer.

Darüber hinaus schlagen wir vor, zumindest für eine Übergangsphase die Doppelstaatsangehörigkeit für die Einwanderer einzuführen. Ein weiterer Schritt wäre: All denjenigen Einwanderern, die beispielsweise seit acht oder zehn Jahren hier leben und arbeiten, einen Rechtsanspruch auf die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu gewähren. Es ist den Tatsachen widersprechend, wenn die höchsten Repräsentanten öffentlich kundtun, wer hier bleiben wolle, solle die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, obwohl dies rechtlich und in der Praxis nicht einmal für ein Prozent der Einwanderer möglich ist.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren!

Eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Ausländerpolitik kann nicht mehr vom Verständnis ausgehen, wir, die Ausländer, seien hier provisorisch. Sie muß vielmehr uns, die Einwanderer, als festen Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptieren. Sie muß den Einwanderern die Wege zur Gleichstellung, und zwar zur praktizierten Gleichstellung, in allen Bereichen freimachen.

Nur so wird es möglich sein: Freundschaft statt Feindschaft zu ernten.

Nur so wird es möglich sein: Deutsche und nationale Minderheiten — trotz unterschiedlicher Kulturen und Religionen — solidarisch, gutnachbarlich in der Bundesrepublik Deutschland zusammenleben zu lassen.

Nur so wird die deutsche Bevölkerung vielleicht sogar insgesamt die Einwanderer zu diesem Lande zugehörig sehen und auch akzeptieren.

Nur so wird es möglich sein, rassistisch-antiausländischen Tendenzen den Boden zu entziehen.

Ich appelliere vor allem an die Medien, an alle Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, uns auf diesem Wege zu einem solidarischen Zusammenleben hier auch in unserer Stadt und in der Bundesrepublik Deutschland tatkräftig zu unterstützen.

Zum Schluß möchte ich auch an die ausländischen und vor allem an die türkischen Jugendlichen und jungen Menschen appellieren: Laßt euch nicht provozieren von dieser rassistischen Terrorgruppe, laßt uns gemeinsam, aber gewaltfrei, ja, ich betone es: gewaltfrei dagegen vorgehen.

Seht, liebe junge Menschen:

Wir haben hier in Hamburg tausende aufrichtige und engagierte Demokraten, die fest auf unserer Seite stehen. Wir haben Medien, die aufrichtig versuchen, auf Versäumnisse der Verantwortlichen aufmerksam zu machen und öffentlichen Druck zu erzeugen, damit sie korrigiert werden.

Im Namen der türkischen Bevölkerung in Hamburg, und ich darf auch sagen, in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin-West, möchte ich allen unseren deutschen und anderen ausländischen Organisationen und Einzelpersonen danken, daß sie ihre Solidarität so machtvoll hier mit uns manifestieren.

Wer im Recht ist, wird mit Sicherheit das Recht erkämpfen!



Auszug aus der Rede von A. Dizman von der Merkez Moschee

Wertvolle und geehrte Brüder!
Kein Mensch steht von Geburt über anderen Menschen. Die Menschen stehen hoch, die andere Menschen gegenüber ein Verhältnis von hohen menschlichen Werten haben.

Dieses Verhältnis lehnt Grausamkeit, Unterdrückung, Erniedrigung und Betrachtung als minderwertig anderen Menschen gegenüber ab. Im Gegenteil, dieses Verhältnis bedeutet Liebe, Respekt, Vergebung und den Schutz der Rechte des anderen.

Als Ausländer haben wir begriffen, daß wir schon längst darüber hinausgegangen sind, hier nur Gäste zu sein: Wir sind Teil dieser Gesellschaft.

Selbst, wenn wir in der deutschen Gesellschaft nur Gäste wären, müßte man uns mit gegenseitiger Liebe, mit Respekt und Achtung begegnen. Wir können die Gesetze nur solange respektieren, solange ihr Ziel der gesellschaftliche Frieden ist und die Menschenrechte respektiert werden. Es ist unser natürliches und demokratisches

Recht, uns gegen die Gesetze, die uns diskriminieren und schlecht behandeln, zur Wehr zu setzen. Das schaffen wir mit allen in der BRD lebenden Ausländern und allen, die die Menschenrechte respektieren, zusammen.

Wir sind hierher gekommen, weil die deutsche Wirtschaft uns brauchte. Es ist unmenschlich, daß man uns jetzt, wo man unsere Arbeitskraft nicht mehr braucht, versucht, hier rauszuschmeißen. Man kann die Arbeitslosigkeit nicht dadurch verhindern, daß man das Verhältnis von Arbeitslosen-zahlen und Ausländerzahlen ausrechnet. Dieses Verhältnis ist eine Prämie für Ausländerfeindlichkeit und führt dazu, daß wir bald noch mehr Ramazans zu beklagen haben.

Für den Tod von Ramazan sind in erster Linie die Politiker verantwortlich, die statt menschenwürdiger Politik eine ausländerfeindliche Politik betreiben.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein Grundelement unseres Glaubens, des Islam, ist die Überzeugung, daß es im Glauben keinen Zwang geben darf. Das bedeutet das Respektieren der menschlichen Gedanken, der Menschenwürde und des menschlichen Sinns. Wir stehen gegen jegliche Gewalt gegen die Schwachen, Frauen, Minderheiten, Kinder, Arbeiter und auch gegen die Folterung von Tieren. Wir verurteilen die Praxis, Menschen an ungesunden Arbeitsplätzen für einen schlechten Lohn arbeiten zu lassen. Es gehört zu unserem Glauben, daß alle Schwachen und Hoffnungslosen und alle Arbeitslosen vom Staat einen vernünftigen Lebensunterhalt bekommen. Unser Glaube führt uns dazu, den Menschen, die uns brauchen,

unsere Hand zu geben, die Menschen zu tolerieren und Liebe und Respekt zu zeigen.

Unsere heutige Demonstration hat das Ziel, hier Verhältnisse von Menschenwürde und gegenseitiger Achtung zu schaffen. Egal, von welcher Seite wir sind gegen Unrecht und gegen Gewalt.

Wir glauben, daß auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung diesen Standpunkt mit uns teilt. Wir rufen alle Jugendlichen auf, sich gegenseitig zu lieben und zu akzeptieren. Diese Demo ist nicht dazu da aufzuheizen, sondern ein Aufruf zum Frieden.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darf nicht mehr in unsere Zeit gehören, Bestrafung von Menschen und schlechte Behandlung wegen ihrer Gedanken ist die Geistes-

haltung des Mittelalters. Wer die Menschen nach ihrer Hautfarbe, ihrer Rasse oder ihrem Glauben bewertet, hat ein Verhältnis zu anderen, welches dem Menschen nicht angemessen ist. In diesem Europa, das in der Wissenschaft und Technologie so weit fortgeschritten ist, das über Menschenwürde, Humanismus und Zusammenleben von Menschen hervorragende Gedanken entwickelt hat, muß zuerst mal der bestialische Terror gegen Menschen wirkungsvoll bekämpft werden.

Die Politiker müssen lernen, diese Sache mit Vernunft zu betrachten: Gegen jede ungerechte Lösung, die nicht von uns bestimmt wird, werden wir bis zum Ende kämpfen. Ich grüße Euch mit tiefer Freundschaft. Allah wird mit Euch sein!

Allah wird mit Euch sein!

»Was für eine Kälte muß über die Menschen gekommen sein ...«

Rede von Günther Wollraff auf der Hamburger Demonstration am 11.1.86

Ramazan Avcı, unser 26-jähriger türkischer Kollege wurde das Opfer eines rassistischen Mordes. Er mußte sterben, weil die Herrschenden in diesem Land durch eine gegen die Ausländer gerichtete Ausländerpolitik seit Jahr und Tag den Boden für diese rassistischen Gewaltakte geschaffen haben. Ramazan Avcı wurde ermordet; bestraft werden mußten nicht nur seine unmittelbaren Mörder, sondern auch diejenigen, die durch ihre Jahrzehntelange rein profitorientierte Ausländerpolitik die ausländischen Kollegen und ihre Familien zu Menschen 2., 3., 4. Klasse und vor allem zu Sündenböcken der wirtschaftlichen und sozialen Misere abgestempelt haben. Sie reden von Überfremdung und Sättigung; sie setzen die Politik der Diskriminierung und Entrechtung fort. Ein Bundeskanzler tritt vor das Fernsehvolk und sagt, die Zahl der Türken in der Bundesrepublik müsse vermindert werden; ein anderer CDU-Politiker sagt: „Es ist höchste Zeit zum Handeln. Die Türken stehen nicht mehr vor Wien, sie sitzen bereits in Berlin, Stadt Allendorf oder Hamburg.“

Das Handeln übernehmen dann die rassistischen, rechtsextremistischen Gruppierungen, wie wir das vor wenigen Tagen an dieser Stelle erleben mußten. Und wir, vor allem unsere ausländischen Kollegen, wissen, daß dies nur die Spitze eines Eisbergs ist. Die tagtäglichen Diskriminierungen am Arbeitsplatz, auf der Straße, im sozialen Umfeld; das unschreibliche Leid, das den türkischen Frauen Tag für Tag in der Straßenbahn, im Zug, auf der Straße zugefügt wird — die Verantwortlichen sitzen in den oberen Etagen in Bonn und in den Konzernpalästen, verstecken sich hinter Vereinen nebulösem Integrationsgefasel und erlassen Gesetze und Entscheidungen, die die ausländischen Kollegen zu Paria dieser Gesellschaft degradieren.

Die Ausländerfeindlichkeit wird von reaktionären und rechtsextremistischen Kreisen vor allem mit dem Ziel propagiert, die Gewerkschafts- und

Arbeiterbewegung zu spalten. Nicht von ungefähr arbeiten sie Hand in Hand mit den Rechtsextremisten anderer Länder, die aus ihrer feindschaftlichen Haltung gegenüber den Gewerkschaften keinen Hehl machen.

Einheimische und deutsche Kollegen können und müssen der Hetze der Reaktion die Solidarität entgegensetzen, die im Laufe der Jahrzehnte durch gemeinsames Handeln erzielt werden konnte. Während der Zeit, als ich mit ihnen lebte und arbeitete, wurde mir klar: immer mehr ausländische Kollegen verstehen sich als ein Teil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wenn auch als Teil mit weniger Rechten. Wo sie nur können, kämpfen sie mit ihren deutschen Kollegen, zunehmend als Vertrauensleute und Betriebs-

mit ihren deutschen Kollegen, zunehmend als Vertrauensleute und Betriebsräte, gegen Unternehmerwillkür und Profitgier, gegen die Ausbeutung und Diskriminierung, gegen die Aufrüstung auf Kosten der Arbeitsplätze. Sie legen die Grundsteine für den solidarischen Widerstand gegen Unterdrückung und Ausländerfeindlichkeit. Unsere Solidarität ist kein Wunschtraum — sie hat eine reale Grundlage. Wir brauchen nicht am Nullpunkt anzufangen. Heute können wir uns auf immer mehr Menschen stützen, die die Anerkennung der Ausländer als gleichberechtigte, mündige Bürger fordern und sich dafür einsetzen — in den Gewerkschaften, in den Initiativgruppen, in den Kirchen und zahlreichen Ausländervereinen.

Mit meinen ausländischen Kollegen sage ich: Uns reicht es. Die ausländischen Kollegen leben mit ihren Familien seit über zwanzig Jahren hier und werden noch viele Jahre hier leben. In allen Bereichen der Wirtschaft, vor allem ganz unten, haben sie durch ihre Arbeit einen entscheidenden Beitrag geleistet. Und sie werden immer noch als Menschen mit mindernden Rechten behandelt. Das verfassungsmäßige Gebot zum Schutz der Familie wird mißachtet, wenn es sich um die Frauen und Kinder ausländischer Arbeiter handelt. Die Regierung in Bonn will

die ohnehin eingeschränkten Rechte der Ausländer weiter abbauen mit einem neuen Ausländergesetz, das in den nächsten Wochen dem Parlament zugeleitet wird. Die Angst vor der Ausweisung, nicht zu wissen, was morgen mit ihnen passieren wird, hat viele von ihnen krank gemacht. Sie werden entrechtet, verachtet, herabgewürdigt. In den Bus, in die Bahn steigen sie nur noch ängstlich ein. Die Hetze der Neonazis, die weiterhin geduldet wird, die offene Ausländerfeindlichkeit und Haß propagieren, hat fast ein Dutzend Tote gefordert. Unser Bruder Ramazan klagt stellvertretend für alle die Verantwortlichen an.

Die Diskriminierung der Ausländer muß beendet, die Propagierung der Ausländerfeindlichkeit unterbunden werden.

Die Gesetze gegen Rassismus und Volksverhetzung müssen endlich angewandt werden. Die unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die völlige Gleichberechtigung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und ihrer Familien. Ramazan Avcı und die Toten, die wir aufgrund rassistischer Gewalttaten zu beklagen haben — ihrem Andenken sind wir verpflichtet, alles zu tun, um diesem Ziel näherzukommen. Der Ausländersolidaritätsfonds, der aus dem Honorar meines Buches finanziert wird, wird den Opfern rassistischer Gewalttaten Rechtshilfe zukommen lassen. Unsere Solidarität gilt ihren Angehörigen und Freunden.

Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald. So fühlte es euer großer Dichter Nazim Hikmet.

Darauf, Freunde, haben auch unsere ausländischen Kollegen einen Anspruch. Abschließen möchte ich mit den Zeilen eines anderen großen Antifaschisten, von Bertold Brecht:

Was für eine Kälte muß über die Menschen gekommen sein — wer schlägt da so auf sie ein, daß sie so ganz und gar erkalten — So helfe ihnen doch und tut es in Balde, sonst passiert etwas — was ihr nicht für möglich haltet.



Ramazan Avcı — ein Opfer der Vertreibungspolitik gegen Ausländer

Nach dem Tod des türkischen Arbeiters Ramazan Avcı, der von 10 rechtsradikalen Skin-heads in Hamburg umgebracht worden ist, verbreiten die Hamburger Staatsorgane und staatstragenden Parteien wie üblich verharmlosende Kommentare zu dem anwachsenden neonazistischen Terror in Hamburg. Das Ziel ist deutlich: Der Senat versucht davon abzulenken, daß seine eigene ausländerfeindliche Haltung verantwortlich für die zahlreichen Überfälle und Anschläge auf Ausländer ist.

Auch in der überregionalen Presse wurde ausführlich über den Mord an Ramazan Avcı berichtet:

Avcı, sein Bruder und ein weiterer türkischer Freund wurden in der Nacht des 21.12.85, als sie an einer Bushaltestelle warteten, von ca. 30 Skin-heads angegriffen und verfolgt. Die Skin-heads waren mit Ketten, Axtstielen, Baseballschlägern und Knüppeln bewaffnet und benutzten auch Schußwaffen (nach Zeugenaussagen mit scharfer Munition, während die Presse „nur“ von Leuchtmunition und Tränengas spricht). Als die drei Türken zu fliehen versuchten, wurden sie von den Skin-heads in einem VW-Jetta verfolgt.

Ramazans Bruder und dem Freund gelang es, in einen Bus zu springen, dessen Fahrer sofort die Türen schloß, woraufhin einige Skins mit Schlagstöcken auf die Fensterscheiben des Busses einschlugen und einige zertrümmerten.

Ramazan Avcı wurde währenddessen von einem Auto erfaßt und durch die Luft geschleudert. Während in ersten Zeugenaussagen berichtet wurde, daß dieses Auto von den Skin-heads gefahren wurde, sprechen Polizei und Presse von einem unbeteiligten Fahrer. Ramazan Avcı sei in der Eile der Flucht vor das zufällig vorbeifahrende Auto gelaufen.

Als er wehrlos am Boden lag, fielen mehrere Skin-heads mit Axtstielen, Baseballschlägern und Stiefeltritten über ihn her. Ramazan Avcı erlitt mehrere Bein- und Beckenbrüche sowie einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er am 24.12.85 starb, ohne noch

vorher zu Bewußtsein zu kommen. Er hinterließ eine Frau, die nur wenige Tage nach Avcıs Tod ihr gemeinsames Kind zur Welt brachte.

In derselben Nacht nahm die Polizei fünf der Skin-heads fest, bei denen auch einige der erwähnten Waffen gefunden wurden. Die Täter wurden jedoch, nachdem sie teilweise geständig waren und sich auch gegenseitig belasteten, unverständlicherweise wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst nach Ramazan Avcıs Tod am 24.12.85 wurden sie erneut verhaftet. Zur Zeit sitzen in Untersuchungshaft:

Ralph Lach (21), der beschuldigt wird, mit einem Axtstiel auf Ramazan Avcıs Kopf eingeschlagen zu haben, Uwe P. (17), Volker K. (18), René Wulff (18), sowie der Fahrer des VW-Jetta, Norbert B. (23).

Zunächst wurde gegen die ersten vier nur wegen Totschlags ermittelt, erst am 8.1.86, mehr als zwei Wochen nach Ramazan Avcıs Tod, wurden die Haftbefehle auf Mord erweitert.

Für jeden Beobachter und erst recht für die ausländische Bevölkerung ist vollkommen offensichtlich, daß die Skin-heads — nicht nur in Hamburg — von Neonazisten beeinflusst sind und sich in der Mehrzahl einen extremen Haß gegen Ausländer und gegen Linke angeeignet haben. Entsprechende Tatsachen und Verbindungen in die Neonaziszene können mühelos dokumentiert werden. (Siehe nebenstehenden Artikel.)

Senat: „Einzelfall ohne politischen Hintergrund“

Demgegenüber hat der Hamburger Senat und seine Polizei von Beginn an versucht, jeden politischen Hintergrund für den Mord an Ramazan Avcı zu bestreiten und ihn als Einzelfall darzustellen.

Innenminister Lange behauptete gleich nach Weihnachten gegenüber der Presse: „Die Türken brauchen in Hamburg keine Angst zu haben. Wir werden alles tun, um mit schnellen Ermittlungen diese Sorge unserer ausländischen Mitbürger zu zerstreuen.“ Er sei sich mit dem türkischen Generalkonsul „darüber einig, daß dieser schreckliche Vorfall bisher kein Bei-

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von vorheriger Seite

spiel hat und hoffentlich auch ein Einzelfall bleiben wird."

Ein sel aber bestimmt keine Aktion der Deutschen gegen die Türken gewesen, „Wir müssen feststellen, ob der Türke zufällig Opfer der jugendlichen Gewalttäter wurde...“ (1) Pech für Lange, daß selbst der erwähnte türkische Generalkonsul diese Behauptungen nicht mitträgt. Er erklärte: „Unsere Landsteute fühlen sich als Ausländer unsicher und unwohl hier in Hamburg. Jeden Tag, in Bussen, S-Bahnen oder auf der Straße denken sie daran, daß auch ihnen etwas passieren könnte.“ (1)

Nur noch zynisch wirkt dagegen Langes Version vom angeblichen Einzelfall: Erst am 24.7.85 war in Hamburg der Türke Mehmet K. von Skinheads mit einer Gehwegplatte erschlagen worden. Und auch der Brandanschlag der Röder-Bande auf ein Ausländerwohnheim, bei dem 1980 in Hamburg ein Vietnamese ermordet wurde, sollte so schnell nicht vergessen sein. Darüberhinaus waren das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis und die GAL mühe- und ohne Anspruch auf Vollständigkeit in der Lage, 19 Beispiele von brutalen Überfällen und Anschlägen auf Ausländer in Hamburg von 1982 bis 85 zu dokumentieren.

Diese Widersprüche nahm die „Hamburger Rundschau“ zum Anlaß, den Sprecher der Innenbehörde, Eckhard Kelch, zu interviewen. Daraus ein Auszug:

„Diese Widersprüche nahm die „Hamburger Rundschau“ zum Anlaß, den Sprecher der Innenbehörde, Eckhard Kelch, zu interviewen. Daraus ein Auszug:

„Frage: Nun soll Herr Lange ja auch gesagt haben, die Aktion sei seiner Ansicht nach nicht gezielt gegen Ausländer gerichtet gewesen. Das müssen Sie mit bitte auch mal auf den zweiten Blick erklären.

Kelch: Das ist unser Ermittlungsstand. Heißt das, das Opfer hätte genauso gut ein Deutscher sein können, und traf nur zufällig einen Ausländer?

Das ist unser Kenntnisstand nach der ersten Vernehmung. (...)

Und dann hat er ganz zufällig diese Türken getroffen.

Ja, die sind wirklich ganz zufällig vorbeigekommen, die haben sie sich dann gegreift und verfolgt. (...)

Aber wie ist das dann zu verstehen, daß die Aktion nicht gezielt gegen Ausländer gerichtet war?

Wir haben einen guten Einblick in diese Gruppen, die Skin-heads sind ja nicht politisch einzurufen. Es gab mal vor Jahren den Versuch von Kühn, dort Nachwuchs zu rekrutieren. Das ist nicht gelungen, weil dieser Haufen nicht zu disziplinieren ist im Sinne des Kühn. Es gab ja auch mal einen Skinhead, der Neo-nazi war. Aber es sind gewalttätige Jugendliche, die sich zusammenrotten.“ (2)

„Ganz normale Jugendkriminalität ...“

Auch Dr. Rabels, Staatsrat in der Innenbehörde, leugnete gegenüber dem NDR jeden neonazistischen Hintergrund der Skins:

Frage: Bei diesem Totschlag sehen manche die Tat von Neonazis. Eine politische Tat einer rechtsextremen Bande?

Rabels: Also lassen sie uns zunächst mal die Begriffe klarkriegen. Neonazi-

zis, Rechtsradikale, das sind Bezeichnungen für politische Gruppen mit politischen Programmen, mit politischen Überzeugungen, die ich nicht teile. Skin-heads sind überhaupt keine politische Gruppierung in diesem Sinne. (...)

Aber wir haben doch gerade in dem Film gesehen, daß sie „Ausländer Raus“ brüllten in dem Stadion. Das ist doch auch eine Art politischer Parole. Für Skin-heads beginnt das Ausland bereits bei Werder Bremen. Die Ausländerfeindlichkeit haben viele, zu viele. Bei den Skin-heads ist das aber kein Zeichen einer politischen Gesinnung. (...)

Aber Herr Rabels, die benutzen ja „Heil Hitler“, die alten Nazi-Symbole. Das ist doch auch ein Zeichen von politischen Überzeugungen, oder nicht? Also wir sehen die Skin-heads als eine jugendliche Gewaltgruppe. (...)

Von antifaschistischen Gruppen wurde schon mehrfach auf Aktivitäten eindeutiger Neonazis bei den Skinheads hingewiesen:

— Thomas Wulff, der ältere Bruder des wegen des Mordes an Avcı verhafteten Rene Wulff, war früher „Gauleiter Nord“ in Kühnens ANS.

— Andreas Wulff, ein weiterer Bruder des verhafteten Rene, bekennt sich gegenüber dem Hamburger Abendblatt offen zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer, läßt sich in Nazi-Kleidung fotografieren und bekennt sich zur ANS.

— Der Bruder des verhafteten Rene, bekennt sich gegenüber dem Hamburger Abendblatt offen zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer, läßt sich in Nazi-Kleidung fotografieren und bekennt sich zur ANS.

— Zu den gemeinsamen Aktivitäten von ANS-Nachfolgern und Skinheads werden auch Angriffe auf das Bergedorfer GAL-Büro, ein Brandanschlag auf eine GAL-Veranstaltung sowie Schüsse mit scharfer Munition auf das dortige DKP-Büro gezählt. (TAZ, 8.1.86)

Müssen nun die türkischen Gastarbeiter in Hamburg um ihr Leben fürchten?

Also im Vergleich zu manchen anderen unserer Nachbarländer, ich denke an London, wo ganze Straßenzüge brennen, muß man sagen, das Zusammenleben zwischen Türken und Deutschen ist gut hier in Hamburg.

Für den Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzenden Perschau war der mörderische Überfall der Skin-heads nur ein Anlaß, um auch gegen Punker und Hausbesitzer zu hetzen: „Skins unterscheiden sich nicht von Rockern, Punkern oder der Erst-Besetzung der St. Pauli Hafenstraße.“ Die Taten der Skins seien „ganz normale Jugendbandenkriminalität“, gegen die, und darin ist er sich mit dem SPD-Senat einig, auch ein Verbot nicht helfe. (3)

Verbotsforderungen ...

Die Forderung nach einem Verbot der Skin-heads hatte Axel Wernitz (SPD),

Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses aufgestellt. Obwohl Wernitz immerhin von „brutalem Terror von rechts“ spricht und ihre Verbindungen zu rechtsextremistischen Parteien und Neonazis anspricht, benutzt er das Thema doch nur als Wahlkampfmunition gegen Innenminister Zimmermann, der die Skin-heads endlich verbieten solle, damit in Hamburg überhaupt etwas gegen sie getan werden könne. Davon, daß der Hamburger Senat die Skin-heads und ihre neonazistischen Drahtzieher seit Jahren bewußt schon und gegenüber Protesten von Antifaschisten in Schutz nimmt, lenkt Wernitz im Grunde nur ab. Und so penetrant wie die verantwortlichen Politiker läßt auch die Hamburger Polizei: „Die Hintergründe der Tat, die Gründe für die Brutalität liegen noch im Dunkeln. Skin-heads sind nach Ansicht der Kripo keine politischen Täter, sondern nur auf Krawall und Provokation aus. Daß sich ihre Aggression gegen Türken richtete, sei eher zufällig. Die Opfer hätten auch Deutsch sein können, meinte ein Polizeisprecher.“ (4)

Auf einer Pressekonferenz am 9.1.86 wiederholte Hamburgs Polizeipräsident diese Auffassungen. „Bei den vier nach dem Mord Verhafteten hätte sich kein Ansatz ergeben, der die Hinzurechnung der Staatsschutzabteilung notwendig gemacht habe.“ (5) Die, obwohl auf derselben Pressekonferenz zugegeben werden mußte, daß die Verhafteten Beziehungen zu Mitgliedern von Kühnens früherer ANS-Bande haben! Der Verfassungsschutz hat sich dennoch schon mit den Skin-heads beschäftigt, er ordnet sie ebenfalls als „ip Kern unpolitisch“ ein. (6)

Der Tenor der Verantwortlichen auf einen Nenner gebracht lautet also: Sie sehen aus wie Nazis, sie denken wie Nazis, sie handeln wie Nazis — und doch sind die Skinheads keine Nazis.

Warum müssen die regierenden Politiker in der BRD — egal ob Sozialdemokraten oder CDU/CSU — eigentlich diesen Nebel um neonazistische Ausländerfeinde verbreiten? Seit dem Ende der sogenannten Integrationspolitik gegenüber den ausländischen Arbeiterfamilien und mit der Hetze gegen die „Asylantenflut“ ist offene Ausländerfeindlichkeit zum Bestandteil der Regierungspolitik in Bund und Ländern geworden. Und im selben Maße werden alte und neue Nazis ermutigt, mit rassistischen Parolen für eine entsprechende Stimmung zu sorgen.

Die einen geben Regierungserklärungen heraus, in denen sie die „zu hohe Zahl der Türken in diesem unseren Land“ zum Problem erklären und die anderen schmieren „Türken Raus“ an Häuserwände. Die einen vergeben betrügerische Rückkehrprämien, werden per neuem Gesetz die Ausländer noch mehr entrechten oder lassen Asylbewerber in unmenschlichen Sammelslagern zusammenpferchen, und die anderen werden auch direkt gewalttätig.

Würden Lange, Dohnanyi und Perschau zugeben, daß die Skinheads rassistische Ziele haben, dann würde vielleicht auch auffallen, daß die politischen Ziele der Nazis in Bezug auf Ausländer sich nicht grundsätzlich von den bürgerlichen Parteien unterscheiden. Da ist es doch allemal einfacher, die Existenz von Ausländerfeindlichkeit in der BRD überhaupt zu leugnen und neonazistische Banden als krawallsüchtige Jugendliche zu verharmlosen.

Skins und Neonazis terrorisieren Ausländer

Schon seit Jahren ist bekannt, daß Skin-heads und ihre Neonazi-Hintermänner in Hamburg brutalen Terror gegen Ausländer ausüben.

— Am 24.7.85 wurde der Türke Mehmet K. im Hamburger Stadtteil Langenhorn von Skin-heads erschlagen (1).

— Besonders in den Hamburger Stadtteilen Bergedorf und Billstedt werden Ausländer von den Skins auf offener Straße gejagt und verprügelt. Häufig verfolgen die Skins Ausländer mit Autos, um sie plötzlich brutal zu überfallen und dann schnell weiterzufahren, wie sie es auch mit Ramazan Avcı machten.

Die Täter waren der Polizei schon bekannt

Gegen diesen Terror wurden schon zahllose Anzeigen gestellt, die praktisch nie von der Polizei verfolgt wurden, auch die Autokennzeichen der Skinbanden waren der Polizei bekannt. Gegen alle jetzt wegen des Mordes an Ramazan Avcı Verhafteten (außer Rene Wulff) wurden schon Ermittlungsverfahren u.a. wegen Körperverletzung geführt. Gegen einen von ihnen wurden sogar schon mehr als 30 Anzeigen erstattet, in der Hauptsache wegen Vergewaltigung und Körperverletzung. Erst als sich die betroffenen ausländischen Jugendlichen gemeinsam mit deutschen Freunden in der deutsch-ausländischen Jugendgruppe „Bomber“ organisierten und sich gegen die andauernden ausländerfeindlichen Überfälle zur Wehr setzten, griff die Polizei ein: Eine Ermittlungsgruppe der Polizei wurde extra auf die „Bomber“ angesetzt. Gegen ihre Mitglieder wurden Ermittlungen eingeleitet, die Gruppe mit konspirativen Methoden beobachtet, während die Skins auf die Nachricht der Polizei zählen konnten. Unter diesem Druck lockerte sich der Zusammenhalt der „Bomber“ auf. (7)

Der Vorwurf der betroffenen Jugendlichen, daß Ramazan Avcı noch leben würde, wenn die Polizei ihre Anzeigen ernst genommen hätte und gegen die Skins vorgegangen wäre, ist nur zu berechtigt! Selbst die Hamburger Polizei mußte am 9.1.86 einräumen, daß die Skin-heads, die Avcı erschlugen, im letzten Jahr mehrfach im Zusammenhang mit Straftaten der Skin-heads registriert wurden.

Der Mord an Ramazan Avcı war nur einer von zahlreichen Überfällen der Skin-heads auf Ausländer in Hamburg in den letzten Wochen:

— Im schleswig-holsteinischen Vorort Ahrensburg gab es im Dezember drei Überfälle von neonazistisch beeinflussten Jugendlichen auf ein Jugendzentrum, wo sie die Wände mit ausländer-

feindlichen Sprüchen und Hakenkreuzen beschmierten und mehrere ausländische Gäste verprügelten. Erst bei dem dritten Überfall griff die Polizei ein.

— Am 28.12.85 und 4.1.86 überfielen wieder Trupps von bis zu 30 Skin-heads, die größtenteils aus Hamburg kamen, ausländische Besucher einer Diskothek, diesmal im Vorort Kellinghusen. Bei dem zweiten Überfall gelang es allerdings türkischen Jugendlichen, ihre Angreifer unschädlich zu machen. Die Polizei ermittelt jetzt auch gegen die angegriffenen Ausländer. (9)

— Am 31.12.85 wurde ein Ghanner von drei Skin-heads auf einem Hamburger S-Bahnhof zusammengeschlagen. Die Täter zerklügelten u.a. eine Flasche auf seinem Kopf, traten ihn mit Stiefeln, schmierten Hakenkreuze und „Nigger Raus — White Power“ auf den Bahnhof. Zwei der Täter wurden festgenommen. Einer von ihnen ist Carsten Wacker, der schon zahlreiche Schlägereien angezettelt hat und auch wegen des Todes des Fußballfans Adrian Maleyka vor Gericht stand. Er wurde damals wegen mangels an Beweisen freigesprochen. Wacker ist einer der wichtigsten Anführer der Skin-heads in Hamburg.

— Am selben Tag wurde auch ein Türke von 20-30 Skin-heads am Hamburger Hauptbahnhof überfallen und mit einer Bierflasche niedergeschlagen. Die Polizei nahm nur einen der Skin-heads fest.

Diese ständigen Angriffe rechtsextremistischer Schlägertrupps auf Ausländer in Hamburg, die nun nach Ramazan Avcıs Tod Eingang in die Spalten selbst der Springerpresse finden, können nur als Spitze des Eisbergs angesehen werden. Was wie eine neonazistische Offensive aussieht, ist für die Ausländer in Hamburg längst Alltag.

Die leuen und verharmlosenden Sprüche der Politiker und der offenkundige Unwille der Polizei, die neonazistischen Banden aufzulösen, lassen befürchten, daß der Mord an Ramazan Avcı jederzeit seine Nachahmung finden könnte.

Umso notwendiger ist eine kämpferische Antwort der betroffenen Ausländer und aller antifaschistischen Kräfte.

AG Ausländer

Anmerkungen:

1. Hamburger Abendblatt, 27.12.85
2. Hamburger Rundschau, 2.1.86
3. Hamburger Abendblatt, 30.12.85
4. abda, 28.12.85
5. Taz, 10.1.86
6. Welt am Sonntag, 29.12.85
7. Der Spiegel, 30.12.85, Taz, 4.7.1.86
8. Hamburger Rundschau, 2.1.86
9. Hamburger Abendblatt, 30.12.85
10. abda, 28.12.85
11. Taz, 10.1.86
12. Welt am Sonntag, 29.12.85
13. Der Spiegel, 30.12.85, Taz, 4.7.1.86
14. Taz, 11.1.86
15. Taz, 7.1.86



Abu Nidal: Gar nicht so mysteriös

„Abu Nidal gilt als einer der gefährlichsten palästinensischen Terroristen, mit Sicherheit ist er der mysteriöseste. Da er so gut wie nie öffentlich auftrat, wurde er zur Legende...“ (1) „Abu Nidal hat die geheimste Terrororganisation der Gegenwart aufgezogen.“ (2) Im November 1984 wurde sein Tod in einem irakischen Krankenhaus gemeldet; im Januar 1986 ist er immerhin „lebensgefährlich an Leberkrebs erkrankt“ und daher „nach Ansicht israelischer Geheimdienstler gesundheitlich nicht in der Lage“, selbst noch Terroraktionen zu organisieren (3). Die PLO hingegen behauptet, Abu Nidal sei definitiv tot; sein Name werde jetzt von arabischen Geheimdiensten benutzt (4).

Es existiert nur ein einziges Foto von Abu Nidal, niemand kennt angeblich seinen Aufenthalt und seine Identität, aber die Journalisten des „Spiegel“ empfing er im Oktober 1983 „in einem Regierungsbungalow mit Meeresblick, außerhalb von Tripolis“ (1), der Hauptstadt Libyens. Der Mann, der dort als Abu Nidal auftrat, gab im Gespräch mit dem „Spiegel“ — angeblich eines von ganzen drei Interviews, die er überhaupt je gegeben hat — die Selbstdarstellung eines Superterroristen. Mit der IRA arbeite er zusammen, aber selbstverständlich auch mit der baskischen ETA, mit der RAF, mit der französischen Action directe und mit den belgischen CCC. Margaret Thatcher werde er demnächst umbringen lassen, Präsident Reagan stehe natürlich auch auf seiner Todesliste, den ägyptischen Präsidenten Mubarak werde er ermorden und Jordaniens König Hussein „liquidieren“ lassen. Zwischen ihm und den USA gebe es „Krieg auf Leben und Tod“. Den Franzosen werde er „innerhalb der nächsten zwei Monate eine Ohrfeige verabreichen, die ihr nie vergessen werdet“.

Nichts, absolut nichts an dieser Selbstdarstellung entspricht den bekannten Tatsachen. Unter den zahlreichen Mordanschlägen und Überfällen, die der Gruppe um Abu Nidal zuzuschreiben sind, ist nicht ein einziger, der sich gegen die USA richtete. Und nicht mehr als ein Attentat richtete sich gegen einen Vertreter Israels: am 3.6.82 schossen Abu Nidal-Leute auf den israelischen Botschafter in London. Ausgerechnet das diente dann als direkter Vorwand für Israels Einmarsch in den Libanon.

Abu Nidal kämpft nicht gegen „Imperialismus und Zionismus“, sondern marsch in den Libanon.

Abu Nidal kämpft nicht gegen „Imperialismus und Zionismus“, sondern ausschließlich gegen den Verhandlungsflügel der PLO. Viele „gemäßigte“ PLO-Politiker wurden im Namen Abu Nidals ermordet: Said Hamani in London (1978), Kalak in Paris (1978), Abu Sharar in Rom (1981), Fadl el-Dani in Paris (1982), Ali Nasser Yassin in Kuwait, Naim Kader in Brüssel (1981) — alles örtliche PLO-Vertreter, deren Arbeit wesentlich zu den zeitweisen diplomatischen Erfolgen der PLO beigetragen hatte.

Besonders schwerwiegend und spektakulär war die Ermordung Issam Sartawi in Lissabon 1983 (5). Sartawi war ein enger außenpolitischer Berater Arafats und der führende Diplomat der PLO gewesen. Er hatte u.a. ein Zusammenreffen Arafats mit Willy Brandt und Bruno Kreisky 1979 vermittelt, das Anlaß für heftige israelische Polemiken gewesen war. Außerdem war er zuständig für die höchst empfindlichen Gesprächskontakte zu einzelnen israelischen Oppositionellen.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß nach der Ermordung Sartawis Arafat selbst das Hauptziel Abu Nidals darstellt. Und es ist in diesem Zusammenhang schon sehr verästelnd, wenn ausgerechnet in der „Bild“ der Leitkommentator sich seiner Sache ganz sicher ist: „Der hundertfache Mörder Arafat wird den Röchern nicht entkommen“ (6).

Eine zweite Gruppe von Terroraktionen, die unter dem Namen Abu Nidals gelaufen sind, richtet sich gegen die Juden außerhalb Israels. Dazu gehören Überfälle auf Synagogen wie in Wien (1981) und Rom (1982), auf jüdische Restaurants wie in Berlin und Paris (1982), oder wie im Dezember auf den Flughafen von Rom und Wien.

Wien und Rom stehen nicht zufällig im Zentrum solcher antijüdischer Massaker. Beide Regierungen nehmen gegenüber den arabischen Staaten im all-

gemeinen und gegenüber dem Arafat-Flügel der PLO im besonderen eine maßvolle und vergleichsweise ausgewogene Haltung ein, die schon oft Gegenstand heftiger Polemiken aus USA und Israel war. Indem „ausgerechnet“ in Rom und Wien im Namen der Palästinenser scheinbar blindwütig auf Juden geschossen wird, soll der Eindruck provoziert werden, daß sich Gespräche mit der PLO nicht nur nicht lohnen, sondern im Gegenteil das Land erst recht zur Zielscheibe des Terrorismus machen. Das diplomatische Prestige, das sich die PLO in den 70er Jahren erworben hatte und das im Auftreten Arafats in der UNO (1974) gegipfelt hatte, soll zielgerichtet zerstört werden. Letztlich geht es überhaupt um die Vernichtung der PLO als eine Art Exilregierung und als gemeinsamer Bezugspunkt für die über viele Länder verstreuten Palästinenser.

Was im Namen Abu Nidals geschieht, muß daher eindeutig getrennt werden von der Praxis mancher extremer Gruppen innerhalb und außerhalb der PLO, oder auch schlichter Organisationen, bei denen — wie verzerrt auch immer — die Absicht eindeutig ist, gegen „Imperialismus und Zionismus“ zu kämpfen. Die also beispielsweise auch Aktionen gegen die USA und die israelische Armee im Libanon durchführen. Abu Nidals einzige Stoßrichtung geht mit tödlicher Eindeutigkeit gegen die PLO. Die mit dem Namen Abu Nidal verbundene Strategie deckt sich insofern vollständig mit dem zentralen Anliegen der israelischen Außenpolitik. Jedes Gespräch mit der PLO zu verweigern und langfristig die PLO als potentiellen Verhandlungspartner endgültig auszuschalten.

Vielleicht liegt in dieser Interessensidentität der Hauptgrund dafür, daß den israelischen Militärs und Geheimdiensten bis zum heutigen Tag nicht der kleinste Erfolg gegen die Abu Nidal-Gruppe glücken möchte. Auch aus der zunächst noch vollmundig angekündigten Vergeltungsaktion gegen die „Drahtzieher“ der Überfälle von Wien und Rom scheint aus gleichem Grund nichts mehr zu werden. Welches Interesse sollte man denn in Tel Aviv und Jerusalem auch daran haben, eine Kampftruppe zu dezimieren, von der man beispielsweise bei der Auslöschung führender PLO-Kader zukünftig noch einiges hoffen darf?

Freunde in Syrien und Libyen

Die Abu Nidal-Gruppe hat heute mit Sicherheit ein Hauptquartier in Libyen, vielleicht ein weiteres in Damaskus (Syrien). Zeitweise konnte sie auch von Bagdad (Irak) aus operieren. Der außenpolitische Schlingerkurs der arabischen Regimes erzwingt gelegentlich Standortänderungen. So war beispielsweise Libyen 1977-78 noch eine denkbar schlechte Adresse für Terroristen. Damals machten sich Innenminister Baum und sein libyscher Kollege gerade gegenseitig Visiten, und bundesdeutsche Kader standen Pate bei der Modernisierung der libyschen Polizei.

Dafür genoß zur gleichen Zeit der Irak den Ruf einer Welt-Terror-Zentrale, was ihm nach seinem pro-westlichen Schwenk (etwa ab 1979) heute niemand mehr nachsagen möchte. Trotz eindeutiger Verhältnisse hat die PLO mit Rücksicht auf die „antimperialistischen“ arabischen Regimes lange gezögert, deren Komplizenschaft mit der Nidal-Gruppe anzuklagen und offenzulegen. Stattdessen wurde vage von einem „amerikanisch-israelischen Komplott“ gesprochen — als würde Abu Nidal nicht in Damaskus sitzen, sondern in Jerusalem oder Washington.

Nach der Vertreibung Arafats zuerst aus Syrien und dann aus dem Libanon ist die früher auferlegte Selbstbeschränkung offenbar sinnlos geworden. So hat nun die PLO nach den Massakern von Rom und Wien direkt die Geheimdienste Syriens und Libyens als Auftraggeber und Ausführer angeklagt. Noch erstaunlicher war, daß die PLO diesmal sogar die Namen syrischer Funktionäre nannte, die sie für die Organisatoren solcher Aktivitäten hält.

Es mag auf den ersten Blick seltsam erscheinen, ausgerechnet zwei scheinbare „Falken“ des arabischen Lagers wie Libyens Ghaddafi und Syriens Assad als Hintermänner von Aktivitäten anzunehmen, die eindeutig den Interessen des „amerikanisch-zionistischen Feindes“ dienen. Im Falle Ghaddafis ist festzustellen, daß zwischen ihm und Israel aller gegenseitigen heißen Rhetorik zum Hohn ein stillschweigender Nichtangriffspakt zu bestehen scheint. Man hat sich zwar gegenseitig zum schlimmsten Feind auf Erden erklärt, aber sich bis zum heutigen Tag so gut wie nichts zuleide getan. Für diese Tatsache sind unterschiedliche Interpretationen möglich. Jedenfalls entbehrt die libysche Unterstützung für die Nidal-Gruppe überhaupt nicht der Logik.

Anders liegt die Sache bei Syrien, das nach dem Ausfall Ägyptens der Hauptkonkurrent Israels in der Region ist. Ein Schlüssel zum Verständnis der syrischen Motive ergibt sich aus dem schon zitierten Abu Nidal-Interview des „Spiegel“. Abu Nidal: „Ich bin ein überzeugter Anhänger des Großreichs Syrien, zu dem als Teil auch der Irak gehört.“ Frage des „Spiegel“: „Fühlen Sie sich denn als Syrer, obwohl Sie Palästinenser sind?“ Antwort Abu Nidal: „Wir sind syrische Staatsbürger. Syrien ist für uns die Mutterland... Wie Sie sehen, sind wir echte syrische Bürger. Ich selbst habe syrische Eltern...“ Und auf eine weitere Frage des „Spiegel“: „Großsyrien besteht aus Palästina, dem Irak, Jordanien und Syrien.“ (1)

Für eine autonome palästinensische Nation, gar für einen Palästinenstaat ist in diesem Konzept kein Platz. Der Angriff auf die gewachsenen nationalen Strukturen des palästinensischen Volkes als zentrale Aufgabenstellung des Abu Nidal-Terroros entspricht diesem Konzept. Abu Nidal ist kein „radikaler Palästinenser“, sondern, wenn überhaupt ein politischer Begriff noch angemessen ist, ein groß-syrischer, anti-palästinensischer Chau-



BILD-Kommentar

Ein Mörder als Heuchler

Mörder sind oft auch Lügner und Heuchler.

So will Arafat der Welt jetzt weismachen, daß er mit den jüngsten Mordtaten nichts zu tun habe. Er gibt sich friedlich, damit andere morden können.

Erstaunlich, wie viele bei uns auf diese Heuchelei des Terrorchefs hereinfallen.

Wie Pilatus wäscht sich Arafat das Blut von den Händen und gibt gleichzeitig den Befehl aus: Der Kampf, also der Terror, gegen Israel geht weiter. Das allein zählt. Der hundertfache Mörder Arafat wird den Röchern nicht entkommen. p.m.r.

aus: BILD, 2.1.86

vinist. Das schafft Gemeinsamkeit mit ganz anderen Kräften, die sich mit der Existenz oder dem Entstehen einer autonomen palästinensischen Nation gleichfalls nicht abfinden wollen.

Pawlows Hunde bellen

„Die Attentäter kann man nicht einmal als wilde Tiere bezeichnen, da man ansonsten die Tierwelt und die Menschheit beleidigen würde. Wieder ist bewiesen worden, daß die Bestien der PLO alle Werte der Welt ignorieren und auf sie pfeifen.“ (7) So lautete aus dem Mund des Vize-Ministerpräsidenten David Levi die erste offizielle Reaktion Israels auf die Massaker von Wien und Rom.

Die Reaktionen in Westeuropa und USA sahen ähnlich aus: Ohne jeden Anhaltspunkt und sogar in scharfem Widerspruch zur bekannten Praxis der PLO wurde sie mit den Überfällen in Zusammenhang „gebracht“. Ein „neuer“ Widerspruch zur bekannten Praxis der PLO wurde sie mit den Überfällen in Zusammenhang gebracht. Ein ganz Schneller war ausgerechnet CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, der eine EG-Sondersitzung forderte, um alle PLO-Büros in Westeuropa schließen zu lassen. Daß die PLO sofort die Überfälle verurteilte, wurde als „scheinheilig“, „verlogen“ und „heuchlerisch“ abqualifiziert. Reporter der US-Fernsehgeseilschaft CBS gelang es gar, sich in Wien von einem verletzten Attentäter ins Mikrofon sagen zu lassen, er sei von der PLO und von Al Fatah (8). Österreichs Innenminister Blecha widersprach dieser Version prompt: die überlebenden Attentäter hätten sich zu Abu Nidal bekannt.

Die „FAZ“ zeigte ihre Verärgerung über diese Wendung der Dinge offen: „Schwer verständlich für viele Österreicher wirkte die Befissenheit, mit der Blecha... jeden Schatten des Verdachtes, der auf Arafat zu fallen drohte, von vornherein zu zerstreuen suchte.“ (9). Verbitterung auch in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“: Die Feststellung, daß die PLO für die Überfälle in Rom und Wien nicht verantwortlich sei, „wirkt im Licht der Tatsachen, nachgerade wie eine Verhöhnung der Opfer“ (10). In der „Bild“ tobte Kommentator p.m.r. der geplatzten Chance zur Diffamierung der PLO hinterher: „So will Arafat der Welt jetzt weismachen, daß er mit den jüngsten Mordtaten nichts zu tun habe. Er gibt sich friedlich, damit andere morden können. Erstaunlich, wie viele bei uns auf diese Heuchelei des Terrorchefs hereinfallen.“ (11)

Letztlich kommt es auf die konkreten Einzelheiten aber sowieso nicht an. „Denn entweder ist die PLO ein verlogener Komplize des Terrors, oder Arafat ist ohnmächtig und demzufolge unwichtig.“ So oder so sei das doch der Beweis, „wie unnütz der Flirt mit Arafat ist.“ (11)

Also exakt das, was die unter dem Firmenschild Abu Nidal agierenden Kräfte zu beweisen versuchen. Ganze Rudel von ehrenwerten Journalisten und Politikern steigen begeistert darauf ein. Dabei entbehrt diese Argumentation jeder Logik: Bekanntermaßen hat kein Staat der Welt „seine“ Terroristen unter Kontrolle. Das gilt beispielsweise auch für Israel, wo sich in den letzten Jahren ein kräftiger rechtsradikaler Terrorismus entwickelt hat. Einerseits aktiv die Zerstörung der Strukturen und des Prestige der PLO zu betreiben, dann aber über die „Ohnmacht“ Arafats zu lächeln, dem „seiner Radikalen“ auf der Nase herumtanzen, ist blanke Zynismus.

Selbstverständlich hängen Terrorakte wie die von Wien und Rom mit der Entwicklung der PLO-Politik zusammen. Nämlich so, daß sie die auf Verhandlungen und letztlich auch Verständigung mit Israel angelegte Politik Arafats diskreditieren und zunichte machen. Und es trifft auch zu, daß gerade die Länder, die die PLO in ihrer „gemäßigten“ Politik ermutigen, einem besonderen Risiko solcher Mordaktionen ausgesetzt sind. Wenn Politiker und Journalisten daraus die Forderung herleiten, Länder wie Österreich und Italien müßten ihre Nahostpolitik „überprüfen“ und „korrigieren“, also auf Feindkurs gegen die PLO und Arafat gehen, so kann das nur auf zweierlei Weise interpretiert werden: Entweder ist es ein Aufruf zur Kapitulation vor dem Terror Abu Nidals. Oder es ist der Versuch, sich der provokatorischen Mordaktionen wohlüberlegt und zynisch für eigene Zwecke zu bedienen.

Anmerkungen

- 1) „Spiegel“, 14.10.85.
- 2) „Welt“, 30.12.85.
- 3) FAZ, 6.1.86.
- 4) taz, 2.1.86.
- 5) vgl. dazu „Wer ermordete Issam Sartawi?“, AK 232, 8.8-8. Dort ist auch eine ausführliche Aufzählung und Einschätzung der unter dem Namen Abu Nidal gelaufenen Terroraktionen zu finden.
- 6) „Bild“, 2.1.86. Der Kommentar bezieht sich auf die letzten Massaker von Rom und Wien, die dort mit einem vor gar nichts mehr zu rückerschreckenden Zynismus Arafat zugeschrieben werden. Autor des mit dem Kürzel p.m.r. gezeichneten Mordaufrufs ist vermutlich Peter Meyer-Rank, seit 25 Jahren Nahost-Redakteur und Kommentator der Springer-Press.
- 7) „Bild“, 28.12.85.
- 8) Al Fatah ist die Organisation Arafats; die Nidal-Gruppe tritt gelegentlich gleichfalls unter diesem Namen auf. Die PLO ist der palästinensische Dachverband, dem aber die Nidal-Gruppe nicht angehört.
- 9) FAZ, 31.12.85.
- 10) taz, 3.1.86.
- 11) „Welt“, 30.12.85; Kommentar von A. Dalm.

Israels Vergeltung- ist jetzt Gaddafi dran?

Morgen in Bild am Sonntag

● Bilanz einer Woche: Bomben, Morde — 70 Tote

● Alles auf seinen Befehl?

Gaddafi Der Irre aus der Wüste



... und Gaddafi lacht

Fortsetzung von Seite 1

Wer Abu Nidal erfinden würde, ...

Es gebe da „einige Schwierigkeiten“ und außerdem fehle mittlerweile der Überraschungseffekt. Der israelische Rundfunk zitiert einen Regierungssprecher mit der Aussage, Israel habe nicht die Absicht, Kampfhandlungen gegen Libyen zu eröffnen oder sich an einer Aktion der USA zu beteiligen.

Vorläufiges Finale. Die USA geben Boykott-Maßnahmen gegen Libyen bekannt, deren praktischer Effekt als äußerst gering eingeschätzt wird, da die Beziehungen zwischen beiden Staaten schon vor mehreren Jahren fast auf Null heruntergefahren wurden. Die europäischen Freunde der USA zeigen keine Neigung, den USA und Israel zufließen ihre eigenen Beziehungen zu Libyen zu ruinieren.

Das war's. Was's das? Die Presse hat nachträglich auszulauern, daß die US-Regierung in der Frage der Reaktionen auf den Terrorismus „offenbar in zwei Lager gespalten“ sei. Außenminister Shultz sei „offenbar für militärische Vergeltung“ gewesen, während Verteidigungsminister Weinberger „zur Vorsicht geraten“ habe: „der Einsatz des Militärs könnte sich als wenig wirksam erweisen und die Lage noch verschlimmern“ (FR, 7.1.).

Daß die USA sich einer Militäraktion gegen Libyen technisch nicht gewachsen sehen, wird, außer vielleicht Gaddafi, niemand glauben. Daß Gaddafi keineswegs erstmalige Drohung, den Terror in die Städte der USA und Israels zu tragen, jetzt plötzlich viel Eindruck gemacht hat, ist gleichfalls unwahrscheinlich. Was bleibt an Gründen? Die Anwesenheit von angeblich 2000 sowjetischen Militärberatern in Libyen und die Rücksicht auf den empfindlichen neuen „Geist von Genf“? Die Angst um das Leben von 1500 US-Bürgern, die sich trotz früherer Warnungen immer noch in Libyen aufhalten?

Vielleicht ist es so: Massaker wie in Rom und Wien sind für den „Kampf gegen Imperialismus und Zionismus“ kein Beitrag. Ein Handlungsbedarf der USA und Israels, auf solche Terroraktionen direkt zu reagieren, besteht daher nicht. Der Hauptfeind Israels in der Region sind nicht die „radikalen Splittergruppen“ wie Abu Nidal, sondern ist die PLO. Am Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis im Oktober wurde die Logik deutlich, „von der sich Israels „Kampf gegen den Terrorismus“ leiten läßt: „Vergeltungsschläge“ dieser Art grenzen die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Terroraktionen wie der Entführung der Achille Lauro oder jetzt den Mordaktionen in Rom und Wien nicht ein. Im Gegenteil: sie reduzieren materiell und politisch die Möglichkeiten des Arafat-Flügels der PLO, solchen Aktionen entgegenzutreten. Sie vermitteln den Palästinensern Israels Botschaft, daß sich die „gemäßigte“, de facto längst auf terroristische Kampfformen verzichtende Politik Arafats einfach nicht lohnt. Dies für Ungeschick zu halten, hieße gewiß, die israelische Politik sehr zu unterschätzen. Es scheint, daß Israel ganz bewußt den Hauptstoß gegen die „gemäßigten“ Kräfte im arabischen Lager richtet. So gesehen wäre ein „Vergeltungsschlag“ auf PLO-Einrichtungen in der jordanischen Hauptstadt Amman eine logische Ausnutzung der Massaker von Rom und Wien gewesen. Die US-Regierung scheint, als sie anfänglich Israel zur Mäßigung bei Gegenaktionen aufforderte, wohl etwas in diese Richtung fürchtete man auch, daß die israelische Regierung „Vergeltungsaktionen“ gegen Damaskus zur Einleitung eines militärischen Konflikts mit Syrien anordnen könnte. Auch das entspräche derzeit vermutlich nicht den Absichten der USA, Libyen wäre demnach vor allem zu Zwecken der Ablenkung als Angriffsziel angeboten worden. Hier scheint nun wiederum das israelische Interesse, sich als Minenhund der USA loszuschneiden zu lassen, zu gering gewesen zu sein.

Viele Fragen bleiben offen. Sicher ist nur eins: Spektakuläre Bluttaten gegen beliebige ausgewählte Menschengruppen und Objekte wie in Rom und Wien wird es auch in 1986 eine ganze Reihe geben. Wenn sich nicht genug fanatisierte Amateure finden, werden interessierte Staaten mit Provokationen und Profits nachhelfen. Der Terror dieser Art ist politisch viel zu nützlich, als daß man ihm ein Aufhören erlauben würde.

Kein Frieden im Nahen Osten

Ein „Waschlappen“ sei er, eine „niederträchtige Person“, die Teile von „Eretz Israel“ aufgeben wolle. Mit diesen Worten würdigte Ariel Sharon keinen geringeren als seinen Kabinettskollegen und Ministerpräsidenten Shimon Peres. Was war geschehen? Nur wenige Wochen nach der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers bei Tunis — die einem Sharon nun wirklich alle Ehre gemacht hätte — verkündigte Peres vor der UN-Vollversammlung eine „neue“ Friedensinitiative, die zuvor mit der amerikanischen Regierung und dem jordanischen König Hussein abgesprochen war. Die Vorschläge bewegen sich vollständig im Rahmen der Camp David-Abkommen, für die USA und Israel seit jeher die unabdingbare Voraussetzung für weitere Friedensverhandlungen im Nahen Osten; „neu“ ist nur, daß diesmal explizit der Ausschluß der PLO gefordert wird und daß diesmal alle Chancen bestehen, zu einem separaten Friedensvertrag mit Jordanien und vielleicht auch Syrien mit Billigung des gesamten arabischen Lagers zu kommen.

Zwei Initiativen liegen für eine Verhandlungslösung vor: ein Sieben-Punkte-Plan des israelischen Ministerpräsidenten Peres und ein Vier-Punkte-Plan des jordanischen Königs Hussein. In einer Rede vor der UN-Vollversammlung erklärte Peres: „... Die neue Initiative sollte auf folgenden Prinzipien basieren:

1. Das Ziel dieser Verhandlungen ist, Friedensverträge zwischen Israel und

den arabischen Staaten zu erreichen und die palästinensische Frage zu lösen.

2. Keine Partei darf Vorbedingungen stellen.

3. Die Verhandlungen finden auf Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates statt und basieren auf der Bereitschaft, Vorschläge der Teilnehmer zu erörtern.

4. Verhandlungen sind direkt zwischen den Staaten zu führen.

5. Wenn es notwendig erscheint, können diese Verhandlungen mit Unterstützung eines internationalen Forums mit Zustimmung der verhandelnden Staaten in Gang gesetzt werden.

6. Diese Konferenz kann noch vor Ende dieses Jahres in Jordanien, in Israel oder an irgendeinem anderen Ort mit gegenseitiger Zustimmung beginnen.

7. Die Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien sind zwischen einer israelischen Delegation auf der einen Seite und einer jordanisch-palästinensischen Delegation auf der anderen Seite zu führen, wobei beiden Delegationen Delegierte angehören, die Frieden und nicht Terror vertreten.“ (1)

Peres strebt also separate Friedensverträge an, Grundlage für die Verhandlungen sollen die umstrittenen UN-Resolutionen 242 und 338 sein, die von der jordanischen Regierung anerkannt, von der PLO in dieser Form aber abgelehnt werden, und die Camp David-Abkommen als „mögliche Basis“ — wie Peres in seiner Rede weiter ausführte. Die ständigen Mitglieder der Sicherheitskonferenz sollten eingeladen werden, den Beginn der Verhandlungen zu unterstützen, eine Absage also an die von verschiedenen arabischen Ländern geforderte internationale Konferenz. Von einer Beteiligung der PLO an den Verhandlungen ist ebenfalls nicht die Rede.

Vor der Knesset erläuterte Peres sei-

ne Vorschläge, die die „gemeinsame Position der USA und Israels“ seien:

— Ohne direkte Verhandlungen bestehe keine Möglichkeit, den Friedensprozeß voranzutreiben,

— kein internationales Forum könne als Ersatz für direkte Verhandlungen dienen,

— nur Delegierte, die keine Vorbedingungen stellten, könnten an Friedensverhandlungen teilnehmen, dies schließe automatisch die PLO aus,

— nur solche Staaten könnten am internationalen Forum teilnehmen, die mit den betreffenden Parteien diplomatische Beziehungen unterhielten (was derzeit „automatisch“ die Sowjetunion ausschließen würde),

— das internationale Forum sei nicht befugt, Lösungen aufzuzwingen oder Einverständnisse zu widerrufen, die die Parteien miteinander erreicht hätten (es hätte also gar keine Funktion) (2).

Peres erhielt für seine Friedensinitiative das Vertrauensvotum der Knesset: 68 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen, was darauf schließen läßt, daß die rechtsradikalen Parteien gar nicht erst an der Debatte über die Friedensinitiative teilnahmen, denn immerhin fehlten 32 Abgeordneten-Stimmen. „Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, mit den Jordanern und den Palästinensern unter Ausschluß der PLO ins direkte Gespräch zu kommen“, faßte Peres nach dem Vertrauensvotum seine Friedensinitiative zusammen (3).

Genauere Vorstellungen darüber, was denn nun zur Lösung der Palästinenserfrage diskutiert werden soll, sind in dem Plan zur palästinensischen Selbstverwaltung enthalten, den Peres dem amerikanischen Außenminister Shultz vor seiner Rede vor der UN-Vollversammlung vorlegte: Beteiligung Jordaniens an der Verwaltung ohne die PLO, drastische Beschränkung der militärischen Präsenz Israels, Überführung der Selbstverwaltungsvollmachten an örtliche Vertreter, Aufhebung der Beschränkung der Bewegungsfreiheit für arabische Funktionäre, Geneh-

men an örtliche Vertreter, Aufhebung der Beschränkung der Bewegungsfreiheit für arabische Funktionäre, Genehmigung von Wirtschaftsplänen für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den besetzten Gebieten, Gründung einer arabischen Bank im Westjordanland, Erleichterung der Zensur für die arabische Presse (4).

Diese Vorstellungen entsprechen haargenau den Ausführungen zur Autonomie in den Camp David-Abkommen. Sie sind in den Geheimabsprachen zwischen Peres und Hussein weiter ausgearbeitet (siehe unten). Einer der maßgeblichsten Politiker, die das Separat-Abkommen mit Ägypten durchsetzten, war der „Held“ des Sechstage-Krieges, der aus dem Arbeiterpartei-Lager kommende damalige Außenminister Moshe Dayan. Er vertrat schon damals das, womit Peres heute droht: Falls Jordanien und die Palästinenser nicht bereit seien, die israelische Autonomieklärung zu schlucken, werde sie eben ohne sie durchgesetzt (5). Versuche dieser Art laufen längst, wie weiter unten ausgeführt wird.

Husseins Machenschaften

Die jordanische Delegation verließ zwar während der Rede Peres die UN-Versammlung, die jordanische Regierung lehnte die Vorschläge sogar umgehend ab, gleichzeitig aber erklärte der jordanische UN-Delegierte, seine Regierung „prüfe“ sie (6). Bevor Hussein mit eigenen, letzten Vorschlägen an die Öffentlichkeit ging, versuchte er, die PLO-Führung in die Enge zu treiben. Bekanntlich befand sich Hussein gerade zum Zeitpunkt des Bombardements des PLO-Hauptquartiers bei Tunis zu Gesprächen in den USA. Dort machte er Zusagen an alle Seiten. Vor der UNO erklärte er sich zu direkten Verhandlungen mit Israel bereit, „unter internationaler Ägide“, bei Präsident Reagan erkannte er das Existenzrecht Israels an und verurteilte jede Form des Terrorismus, vor US-Senatoren erklärte er seine Bereitschaft, formell den Kriegszustand mit Israel zu beenden (7).

Vorher und nachher hatte er sich mehrmals zu Geheimgesprächen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres getroffen. Die Entführung der Achille Lauro kam ihm gerade recht, um sich von der PLO zu distanzieren. Arafat wurde von ihm zunächst gar nicht mehr empfangen. Der Empfang der jordanisch-palästinensischen Delegation beim britischen Außenminister platze, weil sich die palästinensischen

Mitglieder der Delegation nicht vor den Gesprächen der Erklärung der jordanischen Delegierten gegen Terrorismus und für die Anerkennung der Resolution 242 anschließen wollten. Hussein begrüßte ausdrücklich die Absage des britischen Außenministers Howe (8). In der Folge platzte der Empfang beim EO-Ministerratspräsidenten; Arafat wurde zur UN-Vollversammlung gar nicht mehr eingeladen. Deutliche Anzeichen dafür, daß auf internationaler Ebene niemand mehr ernsthaft bereit ist, sich für die PLO einzusetzen.

Erst nach der Peres-Erklärung empfing er Arafat, diesmal kühl, ohne die üblichen Bruderklischees. Dort mußte sich Arafat zunächst entschuldigen; Die drei ermordeten Israelis in Larnaca (Ende September) seien Mossad-Agenten gewesen, die PLO sei nicht verantwortlich für die Entführung der Achille Lauro und habe selbst keine Kenntnis von der Organisation dieser Operation gehabt, wenn die Verantwortung Abul Abbas erwiesen wäre, würden Maßnahmen gegen ihn ergriffen, das geplante Treffen in London sei auf eine fehlerhafte Koordination zurückzuführen (9). Am 29.10. wurde in Jordanien ein jordanisch-palästinensisches Koordinationskomitee eingerichtet, das den Geist des jordanisch-palästinensischen Abkommens wiederbeleben soll. Vorher schon allerdings hatte sich Hussein gegen eine Verlegung des PLO-Hauptquartiers nach Amman ausgesprochen (10). Während der Entführung der Achille Lauro hatte Hussein zeitweise Büros der PLO in Amman schließen lassen. Auch ein Anzeichen dafür, daß Hussein der PLO keinerlei politischen Spielraum einzuräumen gedenkt.

Das neugegründete Komitee kann allerdings eher als eine Beruhigungspille für die PLO und die arabische Öffentlichkeit angesehen werden. Schließlich legte Hussein nur wenige Tage später seinen Vier-Punkte-Vorschlag auf den Tisch:

— Treffen zwischen einer jordanischen Vier-Punkte-Vorschlag auf den Tisch:

— Treffen zwischen einer jordanischen Delegation und Vertretern der US-Regierung.

— „explizite Anerkennung“ Israels durch die PLO,

— Treffen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und US-Unterhändlern im Rahmen einer internationalen Konferenz, an der die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie alle Konfliktparteien teilnehmen,

— direkte Friedensgespräche zwischen der jordanisch-palästinensischen Delegation und Israel, eine endgültige Friedensregelung (11).

Dieser „Plan“ sei, so Hussein, die letzte Chance. Von inhaltlichen Forderungen ist überhaupt keine Rede mehr. Was hatte Peres doch in seinen „Friedensvorschlägen“ verlangt? Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Hussein ist nicht nur ganz offen darauf eingegangen, sondern hat der PLO gleichzeitig ein Ultimatum gestellt. Entweder sie nimmt die „letzte Chance“ wahr, und schließt sich damit selbst aus dem Friedensprozeß aus, oder sie wird von Hussein ausgeschlossen. Vom jordanisch-palästinensischen Abkommen vom 11.2.85 ist überhaupt nicht mehr die Rede, nicht mehr von der darin enthaltenen Forderung nach dem vollständigen Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, nicht von der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes im Rahmen einer Konföderation von Jordanien und Palästina (was ja zumindest ein palästinensisches Staatsgebilde im Westjordanland einschließen könnte), nicht von der Beteiligung der PLO an einer palästinensisch-jordanischen Delegation. Selbst Kritiker innerhalb der Fatah, der größten palästinensischen Widerstandsorganisation, hatten damals an dem Abkommen die auslegungsfähigen Formulierungen bezüglich der UN-Resolution 242, der Frage eines palästinensischen Staates und der gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation kritisiert (12). Dieses — vorhersehbares — Einschwenken König Husseins auf die ungenutzten Positionen der USA und Israels demontiert die angeschlagene Führungsrolle Arafats weiter, der nach der Vertreibung aus dem Libanon ausschließlich auf den diplomatischen Weg gemeinsam mit den engen Freunden der USA, den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak und den jordanischen König Hussein, setzte und dafür die Spaltung der PLO in Kauf nahm. Si-

„Der Golfkrieg geht uns alle an“

Unter diesem Motto rufen Mitglieder iranischer Strömungen und iranische Oppositionelle zu einer zentralen Veranstaltung am 17. Januar in Hamburg auf. Einen Tag später soll die Gründung eines „Komitees gegen den Golfkrieg“ erfolgen. Im Aufruf für die Hamburger Veranstaltung heißt es:

In der Golfregion wird seit ca. 1 1/2 Jahren Krieg geführt. Mindestens eine Million Iraner und Iraker sind diesem Krieg bis heute zum Opfer gefallen. Unzählige Menschen wurden zu Flüchtlingen.

Fast alle in unserem Land wissen dies, und fast alle verdrängen es. Der Golfkrieg ist 6.000 Kilometer entfernt. Was geht uns das an? Er ist keine Gefahr für uns (meint man). Aufregung kommt in den Medien nur auf, wenn ein Tanker mit Öl für Europa, Japan oder die USA von einer Rakete getroffen wird. Das tägliche Sterben von Menschen in diesem Krieg läßt dagegen gleichgültig. Dabei sind die Opfer dieses Krieges auch Opfer der Rüstungsexporte aus West und Ost. Zum Beispiel der Bundesrepublik: sie hat für diesen Krieg u.a. Kampfhubschrauber, Militärelektronik, Lenk Waffen aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion, Militärtransporter, Panzertransporter und Ausrüstungen für Waffen- und Munitionsfabriken geliefert. Und sie liefert weiterhin.

Der Golfkrieg geht uns alle an. Weil wir auf die internationale Mitherrschaft an diesem Krieg aufmerksam machen wollen, weil wir auch das weitgehende Schweigen der Friedensbewegung zu diesem Krieg durchbrechen wollen, haben wir die Initiative zur Vorbereitung einer bundesweiten Kampagne gegen den Golfkrieg ergriffen.

Auf einer Auftaktveranstaltung wollen wir über Hintergründe und Entwicklung des Golfkriegs informieren, über den Rüstungsexport in diese Region, und die Absichten des Komitees vorstellen, das am Tag nach der Veranstaltung gegründet werden soll.

Freitag, 17.1.86, 19 Uhr
Hamburg, Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof),
Bebel-Saal

Es werden Vertreter der iranischen Kriegsopposition aus unterschiedlicher politischer Richtung Stellung nehmen:

Dawud Gholamasad (Dorant, Hannover)

Mohsen Massarat (Universitätsprofessor, Osnabrück)

Hassan Nazieh (ehem. Erdölminister der ersten Regierung nach dem Sturz des Schah-Regimes, Paris)

Bahman Nirumand (Schriftsteller, Westberlin)

Pari Ravi (Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e.V.) eine Vertreterin der Autonomen iranischen Frauenbewegung im Ausland e.V.

ein Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran (PDK/I)

ein Vertreter der Organisation of Iranian Democrats Abroad (OIDA)

Vertreter der GRÜNEN und der SPD sind ebenfalls zu Stellungnahmen eingeladen.

Zu der Veranstaltung rufen auf:

Autonome iranische Frauenbewegung im Ausland e.V., Jörn Böhm (Aktion Schneezichen), BuKo-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport“, Dan Diner (Redaktion „linka“), Evangelische Studentengemeinde (ESG) Kassel, Friedenskoordination Hamburg, Dawud Gholamasad (Hannover), Die Grünen/Landesvorstand Hamburg, Günter Hopfenmüller (Bundesvorstand Die Grünen), Vorstand des Iran-Komitee (Karlens College, Helmut Gollwitzer, Burkhard Grieger, Dietrich Wetzel), Karl-Heinz Koppe (Präsidiumsmitglied Paz Christi), Mohsen Massarat (Universitätsprofessor, Osnabrück), Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), Günter Pabst (Redaktion „Widersprüche“), Rupert v. Plotnitz (Rechtsanwalt, Frankfurt), Pari Ravi (Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e.V.), Jürgen Reents (Die Grünen im Bundesrat), Heiner Rosebrock (Die Grünen, Solidaritätsfond), Otto Schily (MdB, Die Grünen), Felix Schneider (Redaktion „linka“), Sozialistisches Büro (SB)/Arbeitsaustausch, Klaus Straßer (Arzt, Frankfurt), Ulrich Tegner (Journalist, Hamburg)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

cher hätte er richtig die Doppelzüngigkeit des syrischen Präsidenten Assad eingeschätzt, dem nicht der konsequente Kampf gegen Israel und für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht am Herzen liegt, sondern sein eigenes machtpolitisches Kalkül. Das Tragische ist nur, daß der verhandlungswillige und kompromißbereite Arafat an der Unnachgiebigkeit Israels, der USA, der arabischen Staaten scheitern mußte.

Gehheimverhandlungen zwischen Peres und Hussein

Ende Oktober veröffentlichte die israelische Zeitung „Haaretz“ einen Geheimplan, der Hussein als Grundlage für eine gemeinsame israelisch-jordanische Verwaltung übergeben worden sein soll. Danach sollen alle Bewohner der besetzten Gebiete (auch die israelischen Siedler?) einen Autonomierat wählen, die Alltagsgeschäfte und die regionalpolitischen Aufgaben sollen unter Oberaufsicht eines israelisch-jordanischen Rates abgewickelt werden, palästinensische Persönlichkeiten sollen beteiligt werden, nicht aber die PLO, jordanisch-israelische Militärpatrouillen sollen das Einsickern palästinensischer Guerilleros verhindern, die Kontrolle der inneren Sicherheit solle weiter in den Händen Israels liegen. Delegationen Jordaniens, Israels und der Palästinenser sollen eine Autonomie-Regelung ausarbeiten, Jordanien und Israel gleichzeitig Gespräche über die Beendigung des Kriegszustandes führen (13). Die rechtsradikale Tehiya-Partei — die sich nach Abschluß des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel wegen der Räumung der Sinai-Halbinsel und der Siedlungen dort aus dem Likud-Block abgespalten hatte — veröffentlichte Einzelheiten eines angeblichen Abkommens zwischen Israel und Jordanien, das die Teilung der Macht im Westjordanland vorsieht und nach dem Israel keine weiteren Siedlungen bauen und bestehende nicht weiter ausbauen dürfe. Enthalten sei der Wunsch Husseins, Verhandlungen mit Israel unter Einbezug Syriens, der USA und der Sowjetunion zu führen, ferner sei eine bestimmte Repräsentanz der PLO gefordert. Der israelische Außenminister Shamir dementierte nicht, sondern sagte, es gäbe kein Abkommen, sondern möglicherweise Arbeitspapiere (14).

Auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der — unumstrittenen — Geheimgespräche reagierten insbesondere die jüdischen Siedler hart: Sie drohten offen mit Bürgerkrieg. Der Rat der jüdischen Siedlungen betonte am 5.11., daß „jede Regierung, die auch nur einen Teil der Souveränität in den besetzten Gebieten aufgibt, illegal ist ...“. Ein solches Handeln würde mehreren Gesetzen widersprechen, insbesondere denen, die die Annexion Jerusalems und der Golan-Höhen heiligen, und dem Gesetz der Rückkehr, daß den Juden letztlich Groß-Israel verspreche (15). Die Wochenzeitung der Siedler, „Alef Jod“, drohte mit einem bewaffneten Aufstand, wenn Gebietsabtretungen zugesagt würden (16). Ariel Sharon, der wegen seiner Rolle bei den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im September 1982 schließlich aus der Begin-Regierung ausscheiden mußte, aber wegen seiner starken Stellung innerhalb des Likud-Blockes knapp zwei Jahre später selbst von der Arbeiterpartei als Minister in der Regierung der Nationalen Einheit akzeptiert wurde, setzte sich an die Spitze der rechtsradikalen Protestierer. Er nannte seinen Regierungschef Peres einen „Waschlappen“ und eine „niederträchtige Person“ und konnte dafür nicht einmal abgesetzt werden, es sei denn, Peres hätte das Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung riskiert. Sharon warf Peres im einzelnen folgendes vor: Peres unterhalte geheime Kontakte mit Jordanien und den Palästinensern, um Syrien in die Friedensverhandlungen und eine internationale Konferenz einzubeziehen; der Zynismus und die Lächerlichkeit der Arbeiterpartei habe schon viel Blut gekostet und werde noch mehr kosten; in einer ernsten Situation führe eine zynische Person ohnehin die Nation auf krumme Wege; es sei kein Zufall, daß Peres nicht klar „Nein zur PLO“ sage, sondern ein niederträchtiges Schurkenstreich; der Frieden mit Ägypten sei wegen der schwächlichen und unterwürfigen Politik von Peres in Gefahr; schließlich fordere er (Sharon), daß solange keine Verhandlungen mit Jordanien geführt würden, wie sich das PLO-Hauptquartier in Amman befindet (16). Es sagt viel über das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung der Nationalen Einheit aus, wenn Sharon

nach diesen Anwürfen auf Vermittlung des Innenministers und Chefs der religiösen Schas-Partei im Amt bleiben konnte; schließlich hatte er ja aber nur ausgesprochen, was viele denken. Die Position Sharons innerhalb des Likud-Blockes scheint durch diese Affäre gestärkt, was vor allem im Hinblick auf vorzeitige Wahlen von Bedeutung sein könnte.

Die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Regierung sind geeignet, darüber hinwegzutäuschen, daß es reale Differenzen in der Frage der Verhandlungen kaum gibt. Peres hat sich ausdrücklich gegen jede Beteiligung der PLO ausgesprochen; die Frage der Siedlungspolitik wurde von ihm öffentlich gar nicht erwähnt. Für die rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen geht es jedoch darum, auch verbal keinerlei Zugeständnisse zu machen, die weitere Expansionen einengen und eine Koexistenz mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten festschreiben würden. Im Kern unterscheiden sich Peres Vorschläge nicht von den Autonomievorstellungen Menachem Begins, die dieser nach dem Besuch Sadats in Jerusalem und vor dem Camp David-Verhandlungen veröffentlichte. Begin stellte damals, im Dezember 1977, fest: Die Palästinenser würden niemals einen eigenen Staat an Israels Grenzen, weder im Westjordanland noch im Gaza-Streifen bekommen; keine israelischen Siedlungen würden aufgegeben, Israel erhalte weiter das Recht, im Westjordanland und im Gaza-Streifen Land zu kaufen; für die Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in diesen Ge-

bietern solle ausschließlich die israelischen Behörden verantwortlich sein (18). Die einzige Gegenposition der Arbeiterpartei betrifft die Siedlungsfrage. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten sollen im Falle von Friedensverhandlungen nicht weiter ausgebaut, sondern eventuell teilweise abgebaut werden. Angesichts der geschaffenen Realität im Westjordanland — mehr als die Hälfte des Bodens gehört Israelis oder dem israelischen Staat — ist das ein Witz. Trotzdem lösten die mit Ägypten begonnenen Verhandlungen eine heftige Debatte um einen möglichen palästinensischen Ministerrat aus. Der damalige Außenminister der Likud-Regierung, Moshe Dayan, der die Arbeiterpartei zugunsten eines Ministeramtes verlassen hatte und eine entscheidende Rolle bei den israelisch-ägyptischen Verhandlungen spielte, antwortete: „Es gibt — theoretisch — vier Möglichkeiten, vier Arten von Staatsbürgerschaft (für die Palästinenser in den besetzten Gebieten): israelische Staatsbürgerschaft, jordanische Staatsbürgerschaft, Staatenlosigkeit — die 400.000 Bewohner des Gaza-Streifens sind heute staatenlos ... —, aber es gibt auch noch eine vierte Möglichkeit, nämlich daß sich eines Tages ein Teil der Bevölkerung erheben wird und als Palästinenser einen unabhängigen Staat gründen will. Und dies wollen wir nicht ermöglichen... Wenn wir sagen, es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder Jordanier oder Israeli, sagen wir gleichzeitig, daß die vierte Möglichkeit keine ist. Wir werden niemandem in diesen Gebieten erlauben, sich zum Palästinenser zu erklären statt zum Jordanier oder Israeli...“. Auf die Zwischenfrage, ob dies mit Waffengewalt verhindert werden solle, erwiderte Dayan: „Mit Waffengewalt... Wie will ich verhindern, daß sie (die Palästinenser) sich weigern, Juden Land zu verkaufen? Wie will ich verhindern, daß Hunderttausende von Flüchtlingen entgegen unserem Abkommen aus dem Libanon kommen? Mit Waffengewalt, insbesondere mit Hilfe der israelischen Verteidigungskräfte“ (19). Die Position der israelischen Regierung zum palästinensischen Volk 1977, zu Beginn der „Friedensverhandlungen“, die schließlich Begin und Sadat den Friedensnobelpreis einbrachten, dem palästinensischen Volk Krieg, Elend und weitere Vertreibung. Angesichts dieser Zielsetzung der israelischen Regierungen — und der israelische Angriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis unter Federführung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peres ist nur ein weiterer Beleg für die Kontinuität dieser Politik — kann man sich über terroristische Verweirungsfälle palästinensischer Splittergruppen kaum wundern. Daß Israel dennoch versucht, zu einer gemeinsamen Verwaltung der besetzten Gebiete mit Jordanien zu kommen, liegt einfach daran, daß eine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung heute so einfach nicht zu bewerkstelligen ist, zumal Israel mit sinkenden Einwanderungs- und steigenden Auswanderungszahlen konfrontiert ist. Noch heute sind die Bewohner des Westjordanlandes jordanische Bürger, denn nach Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948 wurde Rest-Palästina 1950 von

dem damaligen jordanischen König Abdallah annektiert. An Versuchen Israels, die jordanische Staatszugehörigkeit zu unterminieren, hat es nicht gefehlt. Erinnert sei an die 1976, wegen des guten Abschneidens der PLO nur einmalig durchgeführten Kommunalwahlen, an die Ausdehnung israelischer Gesetzgebung auf die besetzten Gebiete, an die Versuche, „Dorfligen“ auszubauen, um den israelischen Einfluß zu sichern. Allerdings hat auch König Hussein, der 1952 selbst in Ägypten ermordeten Vater auf den Thron folgte, die Ansprüche auf das Westjordanland nicht aufgegeben, ein weiterer Grund für ihn, wie alle anderen arabischen Staaten gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates zu sein.

sche Staaten ihre Zustimmung zur Resolution, vor allem aber wohl angesichts der nun eingeleiteten Pendeldiplomatie Kissingers, die schließlich 1974 und 1975 zu Truppenentflechtungsabkommen mit teilweiseem Rückzug der Israelis auf dem Sinai (Ägypten) und dem Golan (Syrien) führte.

Eine internationale Konferenz war nach diesen Erfolgen vom Tisch, die Sowjetunion vor die Tür gesetzt. Ein Jahr später sollte ein neuer Gipfel, diesmal in Rabat, stattfinden, auf dem wiederum auf der Tagesordnung stand, wer als Sprecher des palästinensischen Volkes fungieren sollte. „Sofort beschloß eine Gruppe junger Mitglieder der Fatah — ohne Wissen der Führung —, zur Tat zu schreiten; Sie planten die Ermordung König Hus-

sein, falls es diesem gelingen sollte, die anderen arabischen Staatschefs dazu zu überreden, gegenüber der „Fedayin-Zentrale“ eine Position zu beziehen, die der vom vorangegangenen Gipfel diametral entgegengesetzt war. Die PLO mußte um jeden Preis, die alleinige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes bleiben.“ Verschiedene Mordpläne wurden — so Abu Iyad — ausgearbeitet, damit der König diesmal der verdienten Strafe nicht entginge; die Ausführung wurde auf verschiedene Kommandos übertragen, die schon einen Monate vor dem Gipfel nach Marokko einsickerten. Einige Kommandomitglieder wurden jedoch erkannt, und der marokkanischen Sicherheitspolizei gelang es, vierzehn Mitglieder festzunehmen. Der marokkanische König Hassan behauptete, nicht nur Hussein, sondern er selbst, Feisal von Saudi-Arabien, Sadat (Ägypten) und Numeiri (Sudan) sollten ermordet werden. Besonders besorgniserregend für die Marokkaner war, daß keine Waffen gefunden und auch nicht alle Kommando-Mitglieder verhaftet worden waren. Nun versuchten „die für das aufgedeckte Komplott Verantwortlichen, den Schaden einzudämmen.“ Der spanischen Polizei wurde anonym ein Hinweis auf den Lastwagen gegeben, der die Waffen für die Kommandos wenige Tage vor der Gipfelkonferenz von Spanien aus nach Marokko bringen sollte. Da die spanischen Behörden nicht in den Konflikt verwickelt werden wollten, bewahrten sie Stillschweigen; die Fedayin wurden aus Spanien abgeschoben.

In Marokko herrschte hellste Aufregung, die selbst der palästinensischen Delegation nicht entging. „Wie jeder weiß, wurde der Gipfel von Rabat für uns ein glänzender Triumph. Alle arabischen Staatschefs, einschließlich König Husseins, nahmen eine Reihe Entschuldigungen zu unseren Gunsten an...“ Mit Sicherheit entspricht dieser Bericht in großen Zügen der Wahrheit, in jedem Fall liefert er aber eine einleuchtende Erklärung für die Politik der arabischen Staaten in den folgenden Jahren. Was war diese erprobte Anerkennung der PLO denn wert? Sicher, Arafat konnte noch im selben Jahr vor der UNO sprechen, die internationale Anerkennung wuchs. Aber schon zwei Jahre später hatten die syrischen Truppen im Libanon die PLO militärisch entscheidend geschwächt, mit dem Segen und der finanziellen Unterstützung der arabischen Liga.

Der Alleingang Sadats und sein separater Friedensvertrag mit Israel führten zwar zur verbalen Verurteilung dieser Politik durch die arabischen Staaten, vollständig isoliert und von finanziellen Zuwendungen abgeschnitten wurde Ägypten trotzdem nicht. Und der syrische Präsident Assad? Er unterstützte nun wieder die PLO im Libanon, ließ Waffenlieferungen durch, stellte Syrien für PLO-Lager und -Büros zur Verfügung. Politisch frei arbeiten durften die Organisationen der PLO selbst nicht in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien. Kein arabischer Staat rührte auch nur einen Finger, als die israelische Armee im Juni 1982 in den Libanon einmarschierte und die PLO militärisch weitgehend zertrieb, ja, es war sogar

gewesen und hatte kein grünes Licht für diesen Plan bekommen. Die Zeit war nicht reif. Erst nach der vernichtenden Niederlage der PLO im Libanon wurde er von dem nächsten arabischen Gipfel angenommen — nachdem Reagan die amerikanische Unnachgiebigkeit in einem eigenen Friedensvorschlag festgelegt hatte. Den Worten brauchen so um so weniger Taten zu folgen.

Die Demontage Arafats

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11. Februar 1982 ist passé. Hussein nutzte die Gunst der Stunde, die Entführung der Achille Lauro, um gemeinsam mit Syrien und Ägypten ohne die PLO seine Verhandlungen mit Israel voranzutreiben. Es nutzte Arafat nichts, daß er während eines Besuches beim ägyptischen Präsidenten Mubarak ein Kommuniqué veröffentlichte, in dem er „alle terroristischen Operationen“ verurteilte. „Von heute an wird die Organisation drakonische Maßnahmen gegen die ergriffen, die diese Entscheidung verletzen werden, die allen Operationen im Ausland und allen Formen des Terrorismus ein Ende setzen“ (21). Die USA



nahmen das Ganze mit Vorsicht auf: Die Erklärung von Kairo sei ein „positiver Schritt, aber nicht wirklich wichtig, da wir sicher sind, daß er (Arafat) direkt verantwortlich gewesen ist für die Gewalt“ außerhalb der besetzten Gebiete. Nur Einfaltspinnel könnten Arafat glauben, was aus Israel zu hören. Ersten habe die PLO schon 1974 erklärt, Terroraktionen im Ausland zu unterlassen, zweitens werde der Terror innerhalb Israels selbst weiterhin gebilligt und drittens habe Arafat gar nicht die Mittel, seine Versprechen durchzusetzen. Laruaca und die Entführung der Achille Lauro hätten das bewiesen. Arafat müsse verurteilt werden (21).

In der „New York Times“ kommentierte Hussein: Arafat sei nicht weit genug gegangen, die Minimalbedingungen zu erfüllen, um an Friedensverhandlungen direkt teilnehmen zu können (als ob die Marionette Hussein das in der Hand hätte zu entscheiden). Er hoffe, daß die PLO in nicht zu ferner Zukunft eine weitergehende Erklärung beschließen werde. Falls nicht, werde er, Hussein, an die Öffentlichkeit ge-



Die Haltung der arabischen Staaten

Bekanntlich ist es nicht übertrieben zu behaupten, daß kein arabisches Regime die palästinensischen Brüder liebt und schon gar nicht den vom palästinensischen Volk angestrebten eigenen, demokratischen Staat. Einzig von Algerien und Südjetmen könnte man sagen, sie seien nicht in dunkle Mächenschaften gegen die PLO verwickelt gewesen. Lauthals haben aber alle diese Staaten auf dem arabischen Gipfel in Khartum 1967 — nach Ende des Juni-Krieges — sich gegen Verhandlungen, Anerkennung und Frieden mit Israel ausgesprochen, was sich in der Praxis allerdings schnell ändern sollte. In diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, daß König Hussein im April 1969 zum Abschluß seines Besuches beim damaligen US-Präsidenten Nixon einen Sechspunkte-Plan für den Nahen Osten vorlegte, mit dem er praktisch die bis heute unstrittene UN-Resolution 242 anerkannte. Dieser Plan enthielt ebenso wie die UN-Resolution die Forderung nach Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, Anerkennung der Grenzen aller Nachbarstaaten, also auch Israels, und nach gerechter Lösung des Flüchtlingsproblems. Für die Anerkennung Israels hat Hussein allerdings bis heute nichts von Israel bekommen. Ebenso lautstark und einstimmig beschlossen die arabischen Staaten auf dem Gipfel in Rabat 1974 der PLO das Alleinvertretungsrecht des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete und Israels zu übertragen sowie das Recht auf einen eigenen Staat unter Leitung der PLO zuzubilligen. Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen verzichtete Hussein ausdrücklich auf das Westjordanland und übergab der PLO die politische Verantwortung und Vertretung der Jordanier und Palästinenser in diesem Gebiet. Wie war es dazu gekommen?

Abu Iyad, immerhin Sicherheitschef der PLO und lange Zeit die Nummer Zwei nach Arafat, erzählt dazu in seinem Buch „Heimat oder Tod“ (20) eine aufschlußreiche Geschichte. Auf dem arabischen Gipfel in Algier im November 1983, der unmittelbar nach dem Oktoberkrieg stattfand, enthielt sich König Hussein als einziger der Stimme, als eine Resolution verabschiedet wurde, in der zum ersten Mal die PLO als alleinige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt werden sollte. Drei Tage später verkündete Hussein, daß er erst den Abzug Israels aus allen besetzten Gebieten erreichen wollte, dann sollten die Palästinenser in einem Referendum über ihre Zukunft entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Genfer Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der USA und SU stattfinden. Es lautete allerdings nur den Beginn der Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai und den Golanhöhen ein und wurde dann nicht mehr einberufen, weil Israel sich weigerte, irgendeine palästinensische Delegation zu akzeptieren. Betrachtet man den historischen Verlauf, so kann man Hussein nur politische Weitsichtigkeit bescheinigen, oder? Laut Abu Iyad bereuen nach dem Vorstoß Husseins etliche arabi-

hen und die ganze Wahrheit sagen, so daß dann die Palästinenser mit Zagen, neuen Schritten beschließen zu müssen.

Hussein verlangte, daß die PLO die UN Resolutionen 242 und 338 ohne Vorbehaltung anerkennt. Durch die Hintertür versuchte er, die Anerkennung zu erreichen, als der gemeinsame palästinensisch-iranische Delegationsvorstand beim Empfang beim syrischen Außenminister Howe eine Gewissensbesserung und die Anerkennung dieser Resolutionen abverlangte. Die beiden Mitglieder der PLO gaben diese Erklärung ohne Vorbehalt. Der PLO-Gremienrat, der im Empfang saß, dankte dann nur Hussein diese Forderung in seinen vier Punkte Plan an. Wie auch Hussein bekannt sein dürfte, hat die PLO längst alle UN-Resolutionen, die das Palästina-Problem betreffen, in ihrem Gesamtzusammenhang gebilligt. Aber zu diesen Resolutionen gehören nicht nur 242, die den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems fordert und das Existenzrecht aller Staaten der Nahost-Region, einschließlich Israels, anerkennt (die Resolution 338 bestätigte nach dem Oktoberkrieg 1973 noch einmal die Resolution 242), sondern auch die nach der UN-Palästina-Debatte 1974 verabschiedeten Resolutionen 3236, in der die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, das nationale Recht auf Unabhängigkeit und Souveränität bestätigt werden, und die Resolution 3379, in der gefordert wird, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation als Vertreterin des palästinensischen Volkes an allen Konferenzen über den Mittleren Osten als gleichberechtigte Partnerin teilnehmen müsse (23). Es ist schon ein makabres Spielchen, wenn Hussein von der PLO die Annahme einer Resolution verlangt, die er selbst schon vor fast zwanzig Jahren anerkannt hat und auf deren Einlösung durch Israel er immer noch wartet, nämlich auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, aus allen. Natürlich hat er die Einlösung dieser Verpflichtung auch gar nicht im Sinn, dazu ist er viel zu sehr Realpolitiker, er ist halt für ihn eine günstige Gelegenheit, die PLO von der politischen Nahost-Bühne zu drängen. Sowohl das Exekutiv-Komitee als auch der Zentralrat der Fatah haben auf Sitzungen am 21.11.85 die Akzeptierung der Resolutionen 242 und 338 abgelehnt (24).

Die Gerüchte verdichten sich, daß mehrere arabische Staaten auf eine Ablehnung Arafats drängen. Sein Stellvertreter Abu Jihad (nicht zu verwechseln mit Abu Jihad, ein Mann Saudi-Arabiens, ist im Gespräch. Das wäre natürlich auch eine Lösung, denn inzwischen haben sich die verfeindeten jordanischen und syrischen Regimes angenähert. Anlässlich des Staatsbesuches Husseins in Syrien vor dem Jahreswechsel befürworteten die beiden Staatsmänner in einer gemeinsamen Erklärung eine internationale Konferenz und lehnten zweiseitige Verhandlungen mit Israel ab (25). Für Syrien

Erklärung eine internationale Konferenz und lehnten zweiseitige Verhandlungen mit Israel ab (25). Für Syrien wäre Arafat der Stein des Anstoßes gewesen, und den hat Hussein nun ja fast schon aus dem Weg geräumt. Syrien hatte außerdem immer — von einer radikalen jede Verhandlung mit Israel ablehnenden Haltung ausgehend — das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11.2.85 kritisiert und Arafat deshalb des Verrats bezichtigt.

In dieser neuen Situation, die von noch größerer Kompromißbereitschaft Jordaniens, Israels gegenüber gekennzeichnet ist, frohlockt der syrische stellvertretende Ministerpräsident Khlidat, das jordanisch-palästinensische Abkommen sei tot (26). Syrien allerdings scheint derzeit von einer Position der Stärke aus mit Israel verhandeln zu wollen, darauf deuten die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Syrien um den libanesischen Luftraum und die „neue“ Raketenkrise hin. Ob Israel, das schon im Libanon eine empfindliche Niederlage einstecken mußte, das hinnehmen wird, bleibt zu bezweifeln. Ebenso könnten die neuen Konflikte in größere militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und Syrien münden. In der Frage möglicher amerikanischer Vergeltungsschläge gegen Libyen jedenfalls hat sich Israel auffallend zurückgehalten.

Zurück zu Arafat. Eigentlich wollte sich Arafat noch vor der Jahreswende mit dem jordanischen König Hussein treffen. Wegen einer Unpäßlichkeit sagte Arafat ab. Aber was hatte er dem jordanischen König Hussein auch auf seine Forderungen antworten sollen? Politisch mit Arafat zwischen allen Stühlen, und es ist schon bitter, wenn die blutigen Terroranschläge auf die Flughafen in Wien und Rom von verschiedenen Seiten ausgerechnet Arafat

angelastet werden. Da sie in Staaten verübt wurden, die der Politik Arafats gegenüber relativ wohlwollend gesonnen waren, scheinen die Verantwortlichen dieser Anschläge bei den politischen Gegnern Arafats zu suchen zu sein. Abu Nidal, bekannt für seine kompromißlose Haltung gegenüber Israel und Verhandlungen mit Israel, hat sich verantwortlich erklärt. Nun ist ja bekannt, daß der Name Abu Nidal in der Vergangenheit häufig genug gleichgesetzt werden konnte mit dem irakischen, syrischen, libanesischen und israelischen Geheimdienst. Daß die Anschläge für Israel gerade zur rechten Zeit kommen, um die verhandlungsbereite PLO wieder einmal als Terroristenorganisation darzustellen, die nicht nur Israel sondern die ganze Welt bedroht, braucht wohl kaum erwähnt werden. Wenn bekannt sind hingegen die weitgehenden, politischen Übereinstimmungen zwischen Abu Nidal und Syrien, Syrien hat seit der Vertreibung der PLO aus Beirut scharfste die Veröhnung Arafats mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak kritisiert, ebenso alle Versuche der PLO, sich am Friedensprozeß zu beteiligen. Heute ist klar, daß es Syrien mit dieser kompromißlosen Haltung nur darum ging, die PLO ebenfalls von Verhandlungen mit Israel auszuschalten. Es ist schon eigentümlich, daß sich Abu Nidal gerade in diesen letzten zwei Jahren — nach der Spaltung der PLO, nachdem er tot gesagt worden und wieder lebendig geworden ist, obgleich er nach israelischen Berichten totkrank im Leber-



Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Nahostkommunikation

Anmerkungen:

- (1) Israelischer Rundfunk 21.10.85, nach Monitordienst 22.10.85.
- (2) Welt 29.10.85.
- (3) Welt 30.10.85.
- (4) Süddeutsche Zeitung, SZ, 21.10.85.
- (5) taz 29.10.85.
- (6) Frankfurter Rundschau, FR, 23.10.85.
- (7) Spiegel 7.11.85.
- (8) FR 21.10.85.
- (9) Le Monde, LM, 31.10.85.
- (10) Welt 24.10.85.
- (11) taz 31.10.85.
- (12) Zum jordanisch-palästinensischen Abkommen vergliche Arbeiterkampf 236 S. 29-30.
- (13) FR, 30.10.85.
- (14) taz 2.11.85.
- (15) LM 7.11.85.
- (16) SZ, 9.11.85.
- (17) LM, 18.11.85.
- (18) Neue Zürcher Zeitung 30.12.77.
- (19) Haaretz 29.12.77, zit. nach Journal of Palestine Studies 28/78.
- (20) Abu Jihad, Maimat oder Tod, Econ-Verlag 1979, S. 205-209.
- (21) LM, 9.11.85.
- (22) Allgemeine jüdische Wochenzeitung, n. w. 15.11.85.
- (23) Die UN-Resolution zum Nahost-Konflikt, Berlin-Verlag, 1978, S. 267/268, S. 279-280.
- (24) LM, 23.11.85.
- (25) SZ, Silvester 85.
- (26) taz 27.11.85.
- (27) LM 1.11.85.

Die palästinensischen Organisationen

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

Der 'Sicherheitsstaat' und die Logik des Schreckens

In der Bundesrepublik weiß jeder ehrbare Spieler, daß Gewalt und Terror immer mehr zunehmen. Dies tun die ungefähr seit zwanzig Jahren, was man z.B. daran sehen kann, daß die Bild- und andere Zeitungen immer mehr darüber schreiben. Der immer größer werdenden Gefahr begegnet der Staat mit immer besseren und immer perfekteren Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit. Meinungsumfragen beweisen überzeugend, daß die Spieler immer mehr Verständnis dafür aufbringen und die Anerkennung der Leistungen der Polizei immer stärker wird. Denn die Polizei ist ja bei der Verfolgung des Terrorismus immer erfolgreicher. Das muß sie auch, weil nämlich die Terroristen ihrerseits immer gefährlicher, immer stärker, immer raffinierter und vor allem immer brutaler werden. Es wird also alles immer schlimmer, es sei denn, der Polizei wird erlaubt, noch härter zuzuschlagen. An diesen einigermaßen bekannten Prozess hat man sich immer mehr gewöhnt: Ähnlich wie im Sport scheint es hier keine endgültige Rekordmarke zu geben.



Modell Deutschland feiert den Sieg von Mogadishu (1977)

Und doch lohnt es sich, die letzten Umdrehungen der Schraube zu studieren. Ronald Reagan hat dem sog. „Kampf gegen den Terrorismus“ von Anfang an Priorität beigemessen, und sogar pflegt sich mit einiger Verspätung nach Bonn und Wiesbaden fortzupflanzen. Außerdem gibt es in der Amtsführung eines Baum und eines Zimmermann schon Unterschiede. Denn daß der sog. I. berale schlimmer war, als es schien, heißt nicht, daß der CDU Mann umkehrt herum. Eine Antwort auf den Sicherheitsapparat auf das wahllose Blutvergießen in den Hallen der internationalen Flughäfen wird kaum ausbleiben. Das gilt auch für das eher bescheidene Terrain einheimischer sog. Terrorgruppen. Kaum wird diese Antwort so ziellos ausfallen wie das Apaten derer, die die spektakulären Anlässe liefern. Darin sind die Polizei- und Geheimdienststrategen nun einmal sehr konventionell. Der Feind steht links, auch wenn die Attentate an Flughäfen und in Abfertigungshallen nach linker Definition faschistische sind. Die veröffentlichte Meinung akzeptiert das Feindbild, weil das Gegenteil nicht bewiesen werden kann. Daß es nicht bewiesen werden kann, dafür sorgt wiederum der Sicherheitsapparat selbst. Im Folgenden eine Auseinandersetzung mit Aufsätzen führender westdeutscher Polizei-Strategen.

Präventives aus dem BKA

„Keine Überreaktionen“ wünscht der Präsident des Bundeskriminalamts, H. Boge, auch wenn das terroristische Potential im Anwachsen begriffen sei. „Ich bin aber überzeugt, daß wir genügend Augenmaß besitzen und dies bisher auch unter Beweis gestellt haben.“ Das klingt beruhigend, wenn nicht die Maßstäbe so verschieden wären: Was für uns katastrophal ist (z.B. Stammheim), gilt einem Boge-Vortrag fast ganz normale Alltagsmaßnahme. In einem allerdings kann man sicher sein — gegenüber dem Rechtsterrorismus wird wie bisher ein sogenanntes polizeiliches Augenmaß praktiziert werden. Dort habe sich „bis heute keine stabile terroristische Bewegung herauskristallisiert. Terroristische Gewaltakte von rechts waren bisher das Werk von Einzelkämpfern und kleinen lockeren Gruppierungen von nur kurzer Lebensdauer.“ Daß sie erheblich blutiger waren als die von links, überwiegt der BKA-Chef geflissentlich.

Bestätigt fühlt er sich dagegen in seiner Warnung, die RAF werde nach den Festnahmen von Mohnhaupt, Schulz und Klar nicht erledigt sein (gemeinerweise muß er den Ruhm solcher Weisheit mit zahllosen anderen Propheten teilen). Die RAF habe keinerlei Probleme, solche Lücken mit neuen Leuten aufzufüllen. Neu an den offiziellen Wettungen des BKA ist weniger der Hinweis auf die Gefahr eines „Terrorismus“ (partiell) zusammenbelt mit Action Directe und den belgi-

schen CCC) als vielmehr die Behauptung, das sog. „Umfeld“ der RAF verschmelze zunehmend mit derselben Boge stellt „realistisch“ fest, „daß die bisher übliche Einteilung in „harter Kern“ — engeres militantes Umfeld und weiteres Umfeld fragwürdig geworden ist. Die reale Szene läßt sich in dieses Kästchendenken nicht einpassen.“ („Die Polizei“, Heft 9/85; alle nicht mit Quellenangaben versehenen Zitate Boge aus „Wirtschaft und Sicherheit“ („W+S“) 12/85) So werden der verurteilte Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau (18.12.84), der Anschlag auf ein Rechenzentrum bei Stuttgart (20.1.85), die Ermordung des Rüstungsmanagers Zimmermann (1.2.85) sowie der Anschlag auf die Air Base am Flughafen Frankfurt (8.8.85) von Boge nicht unter der Rubrik RAF, sondern unter „RAF-Umfeld“ aufgelistet. Das wird für die gemeine Personengruppe über kurz oder lang unangenehme Folgen haben, obwohl Boge Argumentation eher das Gegenteil dessen nahelegt, was er behauptet.

Boge sagt, bei der RAF und sogar auf deren „Kommandoebene“ seien Leute aufgetaucht, die der Polizei vorher noch gar nicht aufgefallen waren. Deshalb könne eine Einteilung in illegale Untergrund hier und legales Umfeld dort nicht aufrechterhalten werden. Ein ganz offensichtlicher Fehlschluß: Da das sog. „Umfeld“ sich nun ganz gewiß unter intensiver Beobachtung befindet — das ist ja aus polizeilicher Sicht der Vorteil des Umfeldes, daß man es leicht beobachten kann —, spricht die Tatsache, daß auf einmal völlig unbekannte Personen bei der RAF auftauchen, genau umgekehrt für die „Unschuld“ des Umfeldes. Aber Logik ist nunmal nicht die Stärke der Polizei, eher Schrecken.

Daß auch RZ, Undogmatik und Autonome immer aktiver und immer gefährlicher werden und daß deren Berührungspunkte zum politischen Linksterrorismus immer augenfälliger sind, darf in keinem Boge-Vortrag fehlen, weil es jeder seiner Zuhörer weiß, aber immer wieder hören möchte, um es nicht zu hören. Freilich „Diese Gruppen lehnen teilweise jede Ideologie wie z.B. Marxismus oder Sozialismus ab und haben sich einer Art Anarchismus verschrieben.“ Wie paßt das nun wieder zusammen. Linksterrorismus ohne Ideologie? Anarchismus — keine Ideologie? Muß man sich das gefallen lassen? Demnach würden sie einem noch die Tierbefreier auf eine originale Begründung gibt der BKA-Chef für seine These, daß „die Zahl der dem Terrorismus zuzurechnenden Personen oder naherestehenden Personen auch in der Bundesrepublik Deutschland im Zunehmen begriffen“ sei. Das kommt nämlich daher, daß die RAF — schlau, schlau! — neben ihrem Antimperialismus auch weitere Themen angeknüpft habe, beispielsweise Nachrüstung, Atomenergie oder Umweltverschmutzung. Ein genialer Gedankenblitz scheint ihm den folgen-

den Satz eingegeben zu haben: „Mithraschlich für diese Verbreiterung des Protestpotentials ist die Ausdehnung der von Terroristen und Extremisten aufgegriffenen Konflikthemen.“ Die „Reizthemen“ würden den Terroristen auch fernerhin nicht ausgehen, dieser „Fundus“ lasse sich gar „fast beliebig erweitern“. Es gibt halt immer was zu meckern: Das tun die Terroristen, dadurch erweitert sich das Protestpotential und irgendwie auch das Terrorpotential. Wenn das stimmt, hätte die RAF das Kernproblem jeglicher Politik — wie man sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht — gelöst: Einfach ziehen!

Gerechterweise muß man dem obersten Bundespolizisten zugestehen, daß er sich, wenn auch auf die ihm eigene verschrobene Weise, Gedanken über den sozialen Hintergrund des behandelten Phänomens macht. „Die Diskussion zur Frage der Ursachen und Wurzeln des Terrorismus in der Bundesrepublik läßt sich schlagwortartig umschreiben mit einzelnen Symptomen und Aspekten, die etwas über den Zustand der Gesellschaft aussagen, beispielsweise unter anderem: Individuelle Identitätskrisen; gestörtes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft; Verlust der sittlichen Orientierung und des Geschichtsbewusstseins; Auflösungserscheinungen in Religion und Familie; Polarisierung und Konfrontation im politischen Bereich; Mißerfolge der Reformpolitik; Liberalisierung des Strafrechts.“ Boge nennt das in ruhender Schlichtheit eine „vereinfachende Aufzählung“, während es bei näherem Hinsehen doch ein arg kompliziertes Ding ist. Sehen wir mal davon ab, daß Kombinationen wie „beispielsweise unter anderem“ bei allen, die auf diese unsere Sprache stolz sein wollen, sofortige Magenkrämpfe hervorrufen müßten. Dann bleibt das schwierigere Problem, was eine (laufende) Diskussion „schlagwortartig umschreiben“ werden soll, indem man gesellschaftliche „Symptome“ auflistet. Also entweder beschreibt man eine Diskussion, indem man Schlagworte aus derselben listet und deutlich macht, was kontrovers ist (sonst braucht's ja keine Diskussion). Oder man benutzt Schlagworte, um den Gegenstand, über den diskutiert wird, zu benennen. Tertium non datur bzw. tertium wird Mixtur, also logische Tor-

Was ist ihm da passiert? Boge will offenbar darauf verweisen, daß es in seinem Amt wissenschaftliche Stäbe mit klugen Leuten gibt, die entdeckt haben, daß Terrorismus nicht vom Himmel fällt und auch nicht dadurch entsteht, daß sich jemand eifrig „Reizthemen“ einfallen läßt. Deren Ansichten, denen er wohl nahesteht, gibt der BKA-Chef wieder, ohne sich freilich festzulegen: Ob „Mißerfolge der Reformpolitik“ bedeuten soll, daß Terrorismus entsteht, wenn erhoffte oder versprochene Reformen ausbleiben, oder ob es umgekehrt heißen soll, daß Reformpolitik den Staat als

schwach erscheinen läßt, was die Terroristen ermutigen könnte, läßt Boge offen. Rätselhaft muß auch der Verweis auf eine „Liberalisierung des Strafrechts“ bleiben: Welche denn? Das Kontaktpersonengesetz, die Isohaft? Oder die verweichlichte Justiz, die den K. ar tatsächlich mit fünfmal lebenslänglich davonkommen ließ, wo doch der Staatsanwalt schmal beantragt hatte? (37,5% Ermäßigung!)

Jedenfalls dürfte es nicht grundlos sein, daß sich die Argumentation des BKA-Mannes an dieser Stelle so elegant um mehrere Ecken (Klappen?) biegt. Erklärungsversuche dieser Art sind im Apparat derzeit schwer umzusetzen; sie gelten einigen als Soziologen-Quatsch und Verharmlosung. In diese Schußlinie möchte Boge nicht kommen, wenigstens er auch nicht auf die Ergebnisse seiner erlauchten Mitarbeiterstäbe verzichten will. So klingt denn auch Boge's Resümee beinahe altmodisch: „Terrorismus hat in der Bundesrepublik seinen Nährboden gefunden... Daher bedarf es in erster Linie nicht polizeilicher, sondern gesellschaftlicher Maßnahmen, die von allen in unserer Demokratie verantwortlichen Kräften getragen werden.“ Vom Standpunkt effektiver Terrorismusbekämpfung hat er sicher recht. Aber es ist wirklich das, was die gesellschaftlichen Maßnahmen, die von allen in unserer Demokratie verantwortlichen Kräften getragen werden. Vom Standpunkt effektiver Terrorismusbekämpfung hat er sicher recht. Aber ist es wirklich das, was die gegenwärtige Bonner Politik vom BKA erwartet? Oder will man dort nicht umgekehrt polizeiliche Maßnahmen sehen, egal, ob sinnvoll oder nicht, Hauptsache es passiert was. Daß es halt knallt, daß zurückgeschossen wird, daß man Siege feiern und Zimmermann der Bildzeitung was erzählen kann.

Welche Logik? Wessen Logik?

Im Gegensatz zu seiner Bagatelisierung des Rechtsterrorismus als infra ge kommenden Urheber analysiert Boge den Terrorismus so, wie er tatsächlich traditionell von rechts ausgeht wird. „Die Besonderheit dieser Strategie liegt also darin, durch punktuelle Gewalt staatliche Reaktionen zu provozieren und damit einen Kreislauf von Gewalt und staatlichen Gegenmaßnahmen in Gang zu setzen, der den vom Terrorismus erstrebten Ausnahmezustand näherücken bzw. als bereits erreicht erscheinen lassen soll. Diese Spirale würde die Mittel von Angreifer und Verteidiger immer ähnlicher und für die Gesellschaft die Herrschaftslegitimation des Staates um so fragwürdiger erscheinen lassen, je tiefer dieser in die Eskalation hineingezogen wird. Das Prinzip ist für den Terrorismus besonders attraktiv, wenn es genährt wird von dem Verlangen der Bevölkerung oder großer Schichten, ein für alle Mal von vermeintlichen Mißständen, Existenzangst und Unsicherheit befreit zu werden.“ Unabhängig davon, ob sich der eine oder andere „Lindengmaische“, welcher vielleicht „jede Ideologie ablehnt“, darin entfernt wiedererkennt (hoffentlich nicht, aber heutzutage

lage ist ja alles möglich). Was Boge hier RAF, RZ, ausländischen Gruppierungen usw. unterstellt, beschreibt im wesentlichen zutreffend das faschistische Kalkül.

Nach diesem Muster verlor und verlor die „schwarze Terror“ in Italien, bereiteten die Grünen Wölfe den türkischen Militärputsch vor, wurde das Münchner Oktoberfest-Attentat durchgeführt oder, klassisch, der Reichstagsbrand Bekanntermachen gehören auch Geheimdienste zu den Stammkunden dieses Programms, beispielsweise der CIA, der erst kürzlich wieder genehmigt zu solchen Aktivitäten ermächtigt worden ist. Die Bevölkerung wird in Angst und Schrecken versetzt, um den Staat zu außerordentlichen, demokratisch und rechtstaatlich nicht mehr legitimierbaren Reaktionen zu provozieren. Ein linker oder anarchistischer „Terror“ wurde, mindestens abstrakt, nach einer genau entgegengesetzten Logik operieren. Die Bevölkerung zu ermutigen, sich selbst zu befreien, und gleich noch mal, weil heute ja so vieles durchgehen gebracht wird. Mit ist das Gegenteil von Angst, sich selbst zu befreien, ist das Gegen von „ein für alle Mal befreit zu werden“ bzw. nach einer starken Mann zu schreien, der einen „ein für alle Mal befreit“, und die „Unsicherheit“ beendet. Der Terrorismus von links sucht ja gerade deshalb nach Aktionen, die einem größeren Teil der Bevölkerung besonders gerecht erscheinen sollen, um Sympathie für den Widerstand gegen den Staat zu erheischen, nicht aber um Verständnis für staatliche Notstandspolitik zu wecken. Er wird immer versuchen, so zu handeln, daß staatliche Reaktionen erschwert, nicht aber erleichtert werden.

Es soll im Moment keine Rolle spielen, ob eine solche linke Strategie jemals erfolgreich war, welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müßten. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß sich die Polizei- und Sicherheitsstrategen große Mühe geben, auch auf diesem Gebiet den Unterschied zwischen rechts und links gründlich zu verwischen (vielleicht glauben sie inzwischen selbst daran). Diese Propaganda hat den Vorteil, Verwirrung zu stiften und auf diese Weise die bewaffnete Linke optimal zu isolieren. Sie hat aber aus der Sicht gewisser Hardliner den „Nachteil“, daß aus den selbst aufgestellten Prämissen folgt: Wozu (angeblich) die RAF uns provozieren will, da zu lassen wir uns natürlich nicht linieren, sonst ginge die Rechnung der Terroristen ja auf. Boge: „Für die notwendige Bekämpfung des Terrorismus bedeutet dies, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat auch im Umgang mit seinen Gegnern an seine Prinzipien halten muß, will er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren.“

„Bedeutet dies, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat auch im Umgang mit seinen Gegnern an seine Prinzipien halten muß, will er nicht seine Glaubwürdigkeit verlieren.“

Das darf man sicher nicht allzu wörtlich nehmen. Wären Boge's Vorstellungen vom „freiheitlichen, zugleich aber wehrhaften“ Anarchismus „vollständig verwirklicht, gäbe es im KB vermutlich keinen Streik mehr darüber, ob Faschisierung der richtige Ausdruck dafür ist. Dennoch gibt es im Apparat mit Sicherheit Leute, die solche Äußerungen als Tempolimit empfinden und das ausgerechnet jetzt, wo die Fahrt bergab mit Rückenwind geht. Da wartet man seit Jahr und Tag darauf, richtig provoziert zu werden, und dann darf man nicht?? Diesen Leuten geht es geradezu darum, keine Gelegenheit zu Überreaktionen auszulassen. Ein solches Lockschlagen außerhalb der „rechtmäßigen Glaubwürdigkeit“ erfordert allerdings aus Stimmungsgründen eine andere Terrorismus-Definition.

Neues aus dem Hause Zimmermann

Er heißt Doktor und Professor gar und trägt seinen akademischen Titel auf einem Eichenlaub. Der ehemalige Sozialdemokrat und frühere Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber hat im Bonner Innenministerium als Abteilungsleiter für Polizeiangelegenheiten eine neue Heimat gefunden. Dort, er neben seinen Landsleuten Zimmermann und Spranger bisher wenig

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorher per Seite

gefallen, was den Schluß nahelegen könnte, daß ein Sozialfaschismus hierzulande eben keine irgendwie auffällige oder außergewöhnliche Erscheinung ist. Nomen est omen: Im Unterschied zum etwas gebogenen Stilk des BKA-Präsidenten verfügt er über eine ausgesprochen feilige Schreibe (obgleich der Professor nicht weiß, wie man Pogrom buchstabiert, aber dafür kennt er vielleicht umso besser die Bedeutung?). Für ihn fängt Terrorismus — oder jedenfalls die unmittelbare Vorstufe dazu — an „beim Ordnungsunterschied im Straßenverkehr, wo Radfahrer sich in Fußgängerzonen „Bahn brechen““. Das geht ab, aber was ist mit bayrischen Politikerkollegen, die sich im Vollrausch die Straße frei breiten? Abu Wiesheu, der Blutige, im Gewand (Indignation) ... Im „Duell gegen die Barbare“, dem er unverkennbar eine gewisse Faszination abgewinnt, macht Schreiber zunächst drei Tätergruppen aus: Eritreer, „Amokläufer und Psychotiker“ mit „politischer oft brauner Einfärbung“. Dies sei eine Sache der Psychiatrie. Damit müsse jede Gesellschaft leben, weil man die „Einzelkinder“, bevor sie zuschlagen, „kaum erkennen“ könne. Damit ist für ihn die Frage faschistischer Täter erledigt, und er widmet sich nun ganz der „roten Blutspur“, die durch die westlichen Gesellschaften gezogen werde. Diese komme zweitens von den „Nachkriegs-Terroristen europäischer Prägung“ und drittens von „Aufsattsterritorien wahnhaft religiöser Regime“. Nachdem das Thema solcherart „definiert“ ist, macht Schreiber praktischerweise zwischen der zweiten und dritten Gruppe keinen Unterschied mehr. Für diese Terroristen (Gruppe zwei und drei) gibt er drei Kennzeichen.

1. „Sie töten wahllos Zufallsopfer aus.“ Als Beispiel wird der Absturz eines indischen Jumbos über der Irischen See im Juni 1985 angeführt. Hier macht es sich nun doch nachteilig bemerkbar, daß Schreiber mit seinem scharfen Gesichts bereits am 13.7. in der „Welt“ fälle Zitate aus diesem Aufsatz) loslegte, ohne die weitere Behandlung dieser Katastrophe abzuwarten. Inzwischen ist diese Version nämlich nicht mehr zeitgemäß (oder nicht mehr opportunt?). In Kurznachrichten vermerkten die Medien, die Auswertung der schwarzen Box des Jumbos habe ergeben, daß wohl doch von einem Unfall ausgegangen werden müsse. Da diese überraschende Wende der Ermittlungen konkret nicht weiter begründet wurde, kann man sich durchaus auf den Standpunkt stellen, daß eine für ebenso wahrscheinlich wie das andere zu halten. Dann ist wiederum interessant, Schreibers zeitbedingte Betonung genau dieses Unglücks zu vergleichen mit der gelangweilten Gleichgültigkeit, die die westlichen Terrorismus-Bekämpfer und Geheimdienstexperten heute gegenüber dem Jumbo-Absturz an den Tag legen.

Interessant, Schreibers zeitbedingte Betonung genau dieses Unglücks zu vergleichen mit der gelangweilten Gleichgültigkeit, die die westlichen Terrorismus-Bekämpfer und Geheimdienstexperten heute gegenüber dem Jumbo-Absturz an den Tag legen.

Versteht hat das damit zu tun, daß die terroristische Spur damals zu zwei Stücken (Angehörige einer Minderheit in Indien) in Kanada führte. Von den Stücken führte die zu einem Soldaten-Anschlagslager in Alabama/USA, wo die beiden Verdächtigen den Umgang mit Sprengstoff und das Killen allgemein gelernt haben sollen. Im selben Lager werden antirassistische Linien gewaltig betrieben wird es von amerikanischen Herrschern, Antikommunistische Kräfte, Moonbekte, CIA. Das Stichwort Moonbekte erinnert an ein anderes spektakuläres Attentat des „internationalen Terrorismus“ nur wenige Tage zuvor: einer Studentenschießerei in Europa war nämlich am 19.6. Opfer eines Attentats in der Abfertigungshalle des Frankfurter Flughafens geworden. Und komisch: Auch dieser Anschlag spielt mittlerweile in der Antiterror-Agitation nur noch eine Randrolle, gewissermaßen denn daß die Ermittlungen legernde konkreten Ergebnisse gezeitigt hatten.

Aber zurück zu Schreiber. Das Mindeste, was er sich vorwerfen lassen muß, ist, daß er verantwortungslos und abenteuerlich genug ist, Verdächtigungen ohne Beweis auszustreuen. Der Vorwurf wird ihm kaum stören. Denn am nächsten angeblichen Kennzeichen des Terrorismus führt er aus, daß sein Vorgehen Methode hat.

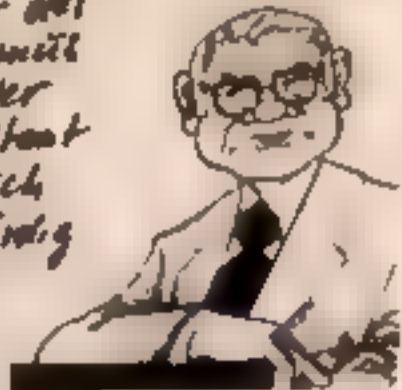
2. „Anonym wie die Opferwahl ist auch das Taktmittel. Hochbrisante Sprengsätze, Explosionen, Abstriche und Brände sorgen für eine weitgehende Zerstörung aller individuellen Spuren, Merkmale und Kennzeichen, so daß die Kriminalistik im Hinblick auf eine konkrete Zuordnung und Überführung eines bestimmten Täters verzweifelt und unsere rechtsstaatlichen Verfahrensvorschriften mit ihren hochgeordneten Beweisbeforderungen häufig kapitulieren.“ (Hervorhebungen AK) Die Schlußfolgerungen liegen auf der

Hand: Verzicht auf rechtsstaatliche Methoden und auf die Gefahr hin zu schlagen, daß an die Falschen treffen könnte. Die Argumentation kann nur denjenigen einleuchten, die von den beobachteten Schlüssen ohnehin überzeugt sind. Je brisanter ein Tatmittel, desto weniger Menschen haben Zugang dazu und desto stärker wird seine Verbreitung kontrolliert.

3. „Den Anschlügen folgen ... sogenannte Bekenntnisse als tödliche Fanfare.“ Daß sich nach jedem Anschlag zahlreiche miteinander konkurrierende „Attentäter“ um die Urhebererschaft streiten wurden, steht Schreiber als besondere Niedertracht an. Diese Niedertracht sei auch noch erfolgreich, weil die Presse darüber berichtet und so „den terroristischen Forderungen Gewicht und Publizität“ verleihe. Das müsse „auf freiwilliger Basis verantwortungsvollen Journalismus“ unterbunden werden. Diese logische Kette ist so verdreht, daß sie dankenswerterweise Einsicht erlaubt in die wirklichen Beweggründe und Absichten ihrer Erfinder.

Ein Attentat wird in der Regel nicht von miteinander konkurrierenden

Heine, Damm und Herr, bei der entschlossenen Abwehr der Terrorist will muß der Rechtsstaat natürlich gläubig bleiben.



Gruppen durchgeführt. Unter den Bekenntnisschreibern kann es also höchstens ein echtes geben, alle anderen sind „Trittbrettfahrer“, die häufig bewußt Verwirrung stiften wollen. Für die kritische Öffentlichkeit sind solche „Bekenntnisse“, seien sie nun echt oder falsch, die einzige Spur. Beispielsweise sind faschistische Attentate meist und Geheimdienst-Aktionen immer mit dem Versuch verbunden, anderen, also Unschuldigen, die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Sieht sich man ein Bekenntnisschreiber, mit Hilfe dessen etwa die Rechtsaußen-Preise gegen links als vermeintliche Täter schäumt, als falsch heraus, so ergibt das einen nicht zu unterschätzenden Verdacht gegen das Lager der schäumenden „Ankläger“ selbst. In diesem Sinne und Presseberichter, selbst (und manchmal gerade!) in der verzerrten Form, unverzichtbar, solange sie einen gewissen unkontrollierten „Wildwuchs“ enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich). Und daß die Medien objektiv über den Terrorismus berichten oder gar Forderungen bzw. Vorstellungen solcher Gruppen Gewicht verleihen, ist ebenfalls ein „Wildwuchs“ enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich). Und daß die Medien objektiv über den Terrorismus berichten oder gar Forderungen bzw. Vorstellungen solcher Gruppen Gewicht verleihen, ist ebenfalls ein „Wildwuchs“ enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich). Und daß die Medien objektiv über den Terrorismus berichten oder gar Forderungen bzw. Vorstellungen solcher Gruppen Gewicht verleihen, ist ebenfalls ein „Wildwuchs“ enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich).

Schreibers Bestrebungen hätten zur Folge, daß diese letzte Kontrollmöglichkeit wegfallen würde. Es wäre dann gänzlich unmöglich gewesen, etwa im Falle eines Oktoberfest-Attentates (1980) das Kalkül der Täter dadurch zu stören, daß die WSG-Mitgliedschaft des Bombenlegers rechtzeitig bekannt wurde. Wodurch dann wiederum das Einsteigen der „Bild am Sonntag“ o.ä. auf dessen Kalkül zu identifizieren war. Denn die Begünstigten eines solchen Anschlags — damals ein bayrischer Kanzlerkandidat — könnten und würden natürlich noch mehr der Verurteilung erliegen, die Aufklärung zugunsten der Begünstigten hintanzustellen, wenn eine gleichgeschaltete Presse jedes Risiko ausschließt. Das Beispiel dürfte Herrn Schreiber übrigens aus seiner Münchner Zeit bestens bekannt sein.

Daß aus dieser Ecke ein rauherer Wind weht als vom BKA, ist wohl schon deutlich geworden (obwohl es, das sei nochmals betont, ein kapitaler Block wäre, den CDU-Mann Boge für einen gemäßigten Liberalen zu halten). Einige Schreiber-Passagen lesen sich sogar fast als offene Kritik am Wiesbadener Amt. Es wäre sicher vorsehnlich, daraus den Schluß zweier Linien zu ziehen. Eher bieten sich die Interpretation an, daß die Politik der Verurteilung ein paar Schritte voraus ist. So kennt der Bower Ministeriale, was die Ursachen Sache angeht, „das Herumstochern in den Lebensläufen der Terroristen“ scharf ab. Ebenso wenig gilt ihm die Erklärung, Terrorismus sei eine „Waffe der Armen“, wobei er nur Blick auf die RAF von Finanzern aus Banküberfällen spricht (im offenen Widerspruch zum mildernden physischen Zustand, in dem sich beispielsweise Mohnhaupt, Schulz oder klar bei ihrer Festnahme befanden). Und was nächtliche Gruppen angeht,

spricht das Blind palästinensischer Flüchtlingslager natürlich keine Rolle, denn dem Abdrückpfeiler genügt ein kurzer Verweis auf die Ölscheits als Hintermänner.

Schreibers Polmak richtet sich gegen die These, die BRD verliere einen „Nährboden“ für den (eigenen) Terrorismus. Nicht gewöhnliche Mißstände würden als (mache) Infrage kommen, sondern im Gegenteil: Je vollkommener die Gesellschaft, desto mehr Terrorismus. „Je vollkommener die Infrastruktur eines Staates, je höher sein Zivilisationsgrad, je freierlicher das Leben desto leichter kann Terrorismus ins Werk gesetzt werden.“ Denn so diese unnachahmliche Logik, wenn soziale Ungerechtigkeiten Terrorismus hervorufen würden, dann müßte ja der Osten am stärksten davon betroffen sein, was aber nicht der Fall sei. So bleibt als Ursache des Phänomens allein übrig die Bosartigkeit der „menschenverachtenden Despoten“.

Zusammengefaßt kann man nicht wissen, woher das Boge kommt, wie und warum es entsteht und wer die Bogen kokett sind. Wir wissen nur, daß es die Bogen gibt, daß es Palästinenser, andere Araber, die RAF und potentiell alle Völkerrinder sind, daß es zu allem in der Lage sind und daß nur Druckschlagen hilft. Und daß weniger Demokratie hilfreich sein kann, um die Plage einzudämmen. Was hier angedeutet wird ist eine gefährliche Mischung aus Demagogie, Witterung und Brutalität.

Und Rassismus. In seine These je zivilisierter und demokratischer die Gesellschaft, desto mehr hat sie den Terrorismus auf dem Hals — zu untermauern, führt Schreiber aus: „Wo selbst Chaos herrscht, bleibt Terror wirkungslos. Ob eine weitere Häuserzeile in Beirut eingeschert wird, ist dem Bürgermeister und dem Staatschef fast gleich, der Weltpresse keine Zeile wert.“ Und den Menschen, die dort leben? Den Mitbürgern, Nachbarn, Angehörigen? Selbst was den Bürgermeister angeht: Hat Schreiber ihn gefragt? Oder ist es vielleicht seine eigene Meinung, daß es auf eine Häuserzeile mehr oder weniger in Beirut nicht ankommt? Daß man es im Libanon halt nicht so genau nehmen muß?

Rassismus Nummer 2 entdecken wir, wenn Schreiber von der „Solidarität der Kulturvölker“ abbottet, wozu er den Libanon (übrigem im Unterschied zu Germanen einer der Ursprünge sog. abendländischer Kultur, um das einem Professor mal erinnertlich zu machen) offensichtlich nicht rechnet. Rassismus Nummer 3 ist die Behauptung, der „politische Irrsinn“ habe „eine Reserve verlassen und auf unsere Gesellschaft übergegriffen“, weil es bedeutet, daß es in irgendwelchen barbarischen Weltregionen ebenso eine „Reserve“ gibt (zu beachten auch die gewollte Assoziation zu den Indianern, deren Schicksal ihm wohl als gerechtfertigt gilt). Rassismus Nummer 4 und 5: „Solange auf dieser Welt hochentwickelte Staatswesen, Zivilisationen, Volkswirtschaften und Diplomaten mit Terrorhorden, revolutionärer und religiöser wahnhaften Regimen sturzweiliger (sic) Prägung zusammenleben, müssen wir auf den Faustkeil (sic) der anderen allemal eine Antwort haben.“

Der kleine Widerspruch, daß die supermoderne Aufklärung(?) Technik bundesdeutscher Polizeien nicht in der Lage sein soll, Benutzter von „Faustkeilen“ aufzuspüren, weil dieses Tatmittel zu brisant sei und alle individuellen Spuren verwische, sei nur am Rande vermerkt. Wenn ein deutscher Sicherheitsmann in Sachen Kultur und Zivilisation Noten auszuteilen versucht, so ist und bleibt das natürlich ein Hohn, auch wenn er keine SS-Uniform trägt. Wenn dies zusätzlich ein Bayer tut, so muß er daran erinnern werden, daß wir dieses religiöse, wahnhaft und sturzweilige Reservat von leberkranken und katolischen Feudalgepöhl in der BRD ausschließlich deshalb unterhalten, weil es niemand anderes, weder Österreich noch die CSSR oder DDR, haben will.

„Kommunismus ist Terrorismus“

Mit einer zweistündigen Nachsendung über insgesamt drei Stunden erfüllte das ZDF sich und seinem „Magazin“ Agitor dem Herzenswunsch, einmal wohnend im Terror-Thema zu ruhigen und das zerknagte Wir-Gefühl als Wir-Bullen-Gefühl zu genießen. Die Sendung, die in einem kaum verhüllten Tönnisauftritt des ehemaligen Hamburger VS-Chefs Horchem gegen Terrorismus spielte, wurde am 24. 26. 4. 85 ausgestrahlt. Am 28. 9. bemerkte die „FAZ“ dazu, „jetzt würden die Handschuhe (der „Sicherheitskräfte“) ausgetauscht werden. Die Prognose sollte sich schnell erfüllen. Am Abend desselben Tages wurde der Frankfurter Linke Günter Sare unter

den Rädern eines Wasserwerfers, Er hatte gegen die NPD demonstriert (siehe AK 263).

Das Machwerk (sic) zunächst die sattem bekannte Kost aus der Küche diverser Geheimdienst-Experten auf und zwar auf das Grobschlächtigste. Der Terror richtet sich gegen die am meisten lebenswerten Gesellschaften des freien Westens. Die Täter seien absolut skrupellose Killer. Bei Rechenunterschieden finde man einen hohen Anteil „abnormer Persönlichkeiten“. „Die Linken sind im Grunde normal.“ Politisches Laviert, wie es die Regierungen Italiens und Frankreichs eine Zeitlang versucht hätten, räche sich erst recht. Moro beispielsweise habe eine solche Taktik mit dem Leben bezahlen müssen. Frankreich müsse sein traditionelles Entgegenkommen gegenüber Asylsuchenden beenden. Libyen sei ein Stützpunkt des Terrorismus. Aber in Wahrheit werde alles von Moskau aus gesteuert.

Der ZDF-Bertrag schloß mit einer sogenannten Diskussion sogenannter Experten, die einigen Aufschluß über die Entwicklung der Antiterrorkampagne gibt. Teilnehmer waren unter Leitung Löwenhals Julian Becker (Verfasser eines Buchs über die RAF, dessen Titel bereits alles sagt: „Hitlers Kinder“), ein englischer Prof. Wilkinson, Horchem, Boeden (BKA-Vizepräsident), Wegner (ehemals GSG 9) und ein westdeutscher journalistischer Hofbeschneider der Polizei. Frau Becker eröffnete in Hochform. Auf Zypem waren drei israelische Bürger getötet worden. Deshalb mache die englische Regierung einen großen Fehler, wenn sie (wie damals geplant) mit PLO-Vertretern sprechen wolle. Denn entweder sei der Anschlag von Al Fatah, dann zeige das, was von Arafats angeblich gemäßiger Politik zu halten sei. Oder er sei nicht von Fatah, dann müsse man sich doch fragen, wer Arafat eigentlich noch folge und wen es überhaupt repräsentiere.

Sodann beendete sie ein etwas unschlüssiges Hin und Her um die Frage, welches der Unterschied zwischen der PLO und den afghanischen „Freiheitskämpfern“ sei, mit der Feststellung „Kommunismus ist Terrorismus.“ Löwenhals mit glänzenden Augen und erhöhtem Puls. Das ist eine sehr präzise und zugespitzte Äußerung. Horchem: „Das ist so brilliant“, weil es verkürzt sein muß.“ Er meint, daß man die Existenz eines nationalisierten Terrors schlecht unterschätzen könne, aber verlockend findet er den Gedanken schon. Die Becker insinuiert in der BRD würden 95% aller terroristischen Taten von „Linksgruppen“ verübt, die vom KGB stark unterstützt seien. Aber auch angesehene Krei-

Es ist fünf vor zwölf!



Es ist fünf vor zwölf!



se würden infiltrieren. Und was die islamischen Fundamentaristen angeht, so würden sie von Syrien unterstützt. Syrien wiederum werde von der SU unterstützt. Die SU unterstütze Rechte wie Linke, Hauptsache Terror. Allerdings meinte noch der Wroner manchmal zum Terror greifen, bekannt sie ganz offen.

Boeden definiert scharfsinnig: „Überall dort, wo es Freiheit gibt, ist der Widerstand terroristisch. Überall dort, wo es Totalitarismus gibt, ist er Freiheitskampf.“ Becker steuert noch ein sensationelles Detail bei: Sie habe in zerstörten Häusern Beirut „Dokumente“ gefunden, die beweisen würden, daß der RAF-Anschlag auf NATO-General Kroesen im libanesischen Palastinnenverlager Tyros „mit DDR-Ausbildern vorbereitet und geleitet“ worden sei. (Hier fehlt der Hinweis auf eine persönliche Direktive Andropows, oder glaube etwa jemand, Hoal würde sich ohne Absprache trauen?)

In der RAF Zusammenhang brachte Horchem eine qualitativ neue Infamie gegen das sog. Umfeld. Der Kreis von Sympathisanten der RAF beschränke sich heute auf rund 200 Leute, die im den rund 200 „Unterstützern“ nicht zu verwechseln seien. „Das ist ein enger, umgrenzter Zirkel, der die Aktionen auch beeinflussen wird, schon beeinflusst hat, negativ insofern, daß bei der RAF eine kurzschlüssige Haltung aufgetreten ist und nicht mehr Geiseln genommen werden, sondern getötet wird. Und es entwickelt sich eine möglicherweise kamikaze-Mentalität, die auch auf das eigene Leben weniger Rücksicht nimmt, als man das bisher

gewohnt war. Sehr gefährlich!“ Allmählich steigerte sich Horchem, der auch als „Fachberater“ bei der Produktion der Sendung firmierte, in die Rolle des Oberscharfmachers hinein, zunächst mit Ausflügen in die Historie. Die Assassinen des Mittelalters seien auch erst durch den Mongolensturm erledigt worden. „Der Kopf des Führers wurde auf den Block gelegt. Dann war der Spuk vorbei.“ Dem BKA bescheinigte er, daß die Zusammenarbeit innerhalb der EG (Kommission TRE-VI; Terrorismus, Revolution, Extremismus, Violence) ein wesentlicher aus gemeinsamen Dinners bestehe.

Das reizte Boeden zum Widerspruch: Es sei eben schwer, in Fragen der Sicherheit zu einer engen europäischen Zusammenarbeit zu kommen. Dies erfordert Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln, welches angesichts der deutschen Vergangenheit nicht vorausgesetzt werden könne. „Glauben Sie ja nicht, daß es so ohne weiteres möglich ist, unseren Kollegen in Frankreich, England etc. glaubhaft zu machen, daß wir nun alle rechtsstaatliche Polizisten geworden sind.“ Und prompt gab Wegner Einblick in die Innenwelt des neuen deutschen Scharfschützen:

„Wir sind natürlich weitergekommen. Das lag nicht an der Politik, sondern die (polizeilichen) Konterparts haben sich kennengelernt. Wir arbeiten zusammen, wir oben zusammen, wir tauschen Erfahrung aus, aber leider ist es noch nicht dazu gekommen, daß wir mal eine gemeinsame Aktion zusammen machen. Das ist eigentlich das, worauf es hinaus muß. Wir müssen doch einmal bei einem Terrorfall bilateral operativ zusammenarbeiten. Ich finde, es ist fünf vor zwölf!“ Sein Finger am Abzug rückt offenbar schon nervös. Dann kam Horchems Schlußbilanz: „Man wird dem Terrorismus im Einzelfall durch eine Kombination mit politischen Konzeptionen und Polizeikraft Herr werden können. In der Regel aber nur, indem man die terroristischen Gruppen aufdeckt, erkennt und ihre Mitglieder festsetzt oder tötet.“

Diese Zusammenstellung aus der Terrorismus-Diskussion des Polizeis- und Geheimdienstapparats im vergangenen Jahr zeigt, daß hier Druck gemacht wird, bis zu einer banalen Rechnung, daß diese Tendenz nach den mörderischen Ereignissen von Wien und Rom zunimmt. Es wird Druck gemacht, Vergeßlichkeitsaktionen zu unternehmen, Unterstützer und Sympathisanten anzugreifen, es wird Druck auf die Presse gemacht, sich einer Art Kontrolle zu unterwerfen, Druck auf Grüne und soziale Bewegungen, das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen usw. All das ist eigentlich längst passiert und reicht den Herren des Morgengrauens doch nicht. Besonders bemerkenswert erscheinen die ideologischen Anstrengungen, d. h. eine Propaganda, die mindestens hart an die Grenze zum Rechtsradikalismus heranschrammt.

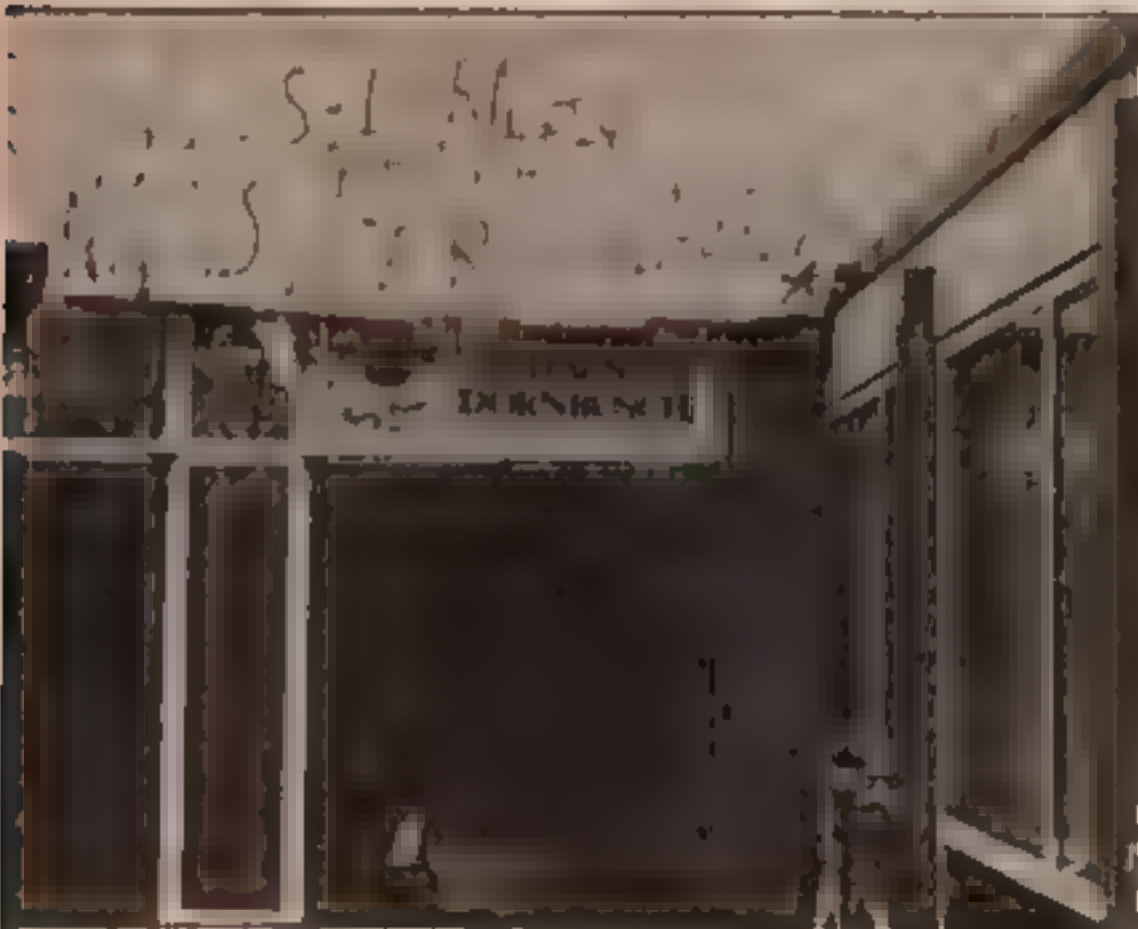
Dies wird kaum ohne Konsequenzen bleiben. All das ist eigentlich längst passiert und reicht den Herren des Morgengrauens doch nicht. Besonders bemerkenswert erscheinen die ideologischen Anstrengungen, d. h. eine Propaganda, die mindestens hart an die Grenze zum Rechtsradikalismus heranschrammt.

Dies wird kaum ohne Konsequenzen bleiben. Es wirkt bei dem Bild, welches das militante linke Lager sich gemauer Zeit abgibt, ziemlich bedrohlich. Angesichts ihrer Schwäche neigen revolutionäre Gruppen gern zu einem ersaunlichen Belagerungsvermögen: Man versucht halt, das weiterzuziehen was man immer schon gemacht hat, in der Hoffnung darauf, daß die Konjunktur sich irgendwann mal ändern (positiv aber nach außen mit ersaunlicher Kontinuität heraus, dieselbe sei besser). Dabei irrt sich niemand der Blick für die durchaus vorantreibenden Veränderungen in der Welt rund um einen herum (sicher nicht zum Besseren). Wann werden RAF, RZ u.ä. wahrnehmen, daß die westliche Anti-Terrorismus-Kampagne nicht deswegen stillsteht weil jener so gefährlich wäre, sondern weil sie dem Imperialismus nutzt? Daß die „bewaffnete Politik“ und ihre Überzeugungen außerhalb eines winzigen und abnehmenden Teils der Linken gar nicht mehr zur Kenntnis genommen werden? Daß das Differenzierungsvermögen sinkt, während die Anforderungen daran „emporsteigen“? Daß man sie mehr und mehr umzuwandeln unter Flugzeugentführungen, Kaufhausanschläge, antiumilitärische Massaker usw. subsumiert, von denen keiner weiß, welcher Geheimdienst momentan seine Finger im Spiel hat? Daß dies, nicht nur an der Taktik der Bullen liegt, sondern auch am Druck der Ereignisse selbst? Daß der Fall Pimental selbstverständlich diese Ununterscheidbarkeit gefördert hat, weil es hier um Grundsätze geht, die sich nicht stillschweigend relativieren lassen?

Zur letzten Aktion der RAF hat es eine scharfe Kritik von Linken gegeben. Das ist fast schon üblich. Vielleicht wird sie deshalb ignoriert. Die Akteure übersehen dabei, daß diese Kritik auch ziemlich überzeugend war.

Frankfurt:

NPD-Versammlung verhindert



Antifaschisten besetzen von der NPD gemietete Versammlungsräume in Frankfurt (Foto AK)

Im Dezember verhinderten Antifaschisten in Frankfurt drei NPD-Treffen, für die der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel gerade ein durch Frankfurter Richter ausgesprochenes Verbot wieder kassiert hatte. Erstmals in der BRD hatten die Juristen am Main Gesetze der ehemaligen Alliierten und Artikel aus Bundes- und Landesverfassungen gegen die NPD zur Geltung gebracht. Entgegen der üblichen Praxis bezogen sie sich auf das Kontrollratsgesetz Nr. 5 der alliierten Militärregierung, den Art. 139 Grundgesetz und den Art. 158 der hessischen Verfassung, die nazistische Bestrebungen verbieten. Ungewöhnlich war daher nicht die Aufhebung dieses neuartigen Bescheides durch die höhere Kasseler Instanz sondern allein deren überauschende Argumentation. Kassel recherchierte das juristische Spiel mit einer bislang weitgehend unbekannten Karte an. Jenes Gesetz Nr. 5 sei 1958 „aufgehoben“ worden; somit seien auf ihm fußende Verfassungsartikel nicht mehr existent... (siehe AK 265)

Eine „Weihnachtsfeier“ für angeblich 400 NPD-Anhänger war für den 15.12.85 im Frankfurter Bürgerhaus Dornbusch angesetzt. Wie üblich meldete die VVN eine Protestkundgebung an, und erwartungsgemäß wurde sie vom Ordnungsamt auf einen Versammlungsort in geräumiger Distanz (ca. 1 km entfernt) verwiesen. Brisanz hatte die Situation deshalb, weil in ähnlicher Konstellation Ende September im Frankfurter Gallusviertel Günter Sare durch einen Polizeieinsatz zu gunsten der NPD ums Leben gekommen war.

Fast im letzten Moment griffen einige Antifaschisten einen schon früher diskutierten Besetzungsvorschlag auf. Auf einem von einzelnen Gründern inszenierten Diskussionstreffen am 14.12. in einem abseits gelegenen Raum des Haus Dornbusch machten sich nach langen Debatten ca. zwei Dutzend Leute zur Besetzung des Foyers des Bürgerhauses auf.

Über Nacht verdoppelte sich die Zahl der Besetzer und bis zur nachmittäglichen Kundgebung mit der VVN u.a. versammelten sich über 300 Antifaschisten bei guter Stimmung im und vor dem Hause. Der Verwaltung des Bürgerhauses, der städtischen (SPD-geführten) Saalbau GmbH sicherte man ein pflichtgemäßes Untergehen mit den Räumlichkeiten ebenso zu wie den ungehinderten Zugang für andere Veranstaltungen. Die „Saalbau“ erteilte nun und in der Folgezeit ihre Apathie gegen die NPD heraus, verzichtete auf eine polizeiliche Räumung und gab gegen Mittag des 15.12. gegenüber der nachfragenden NPD an, sie müsse draußen bleiben, das Risiko einer eventuellen gewalttätigen Auseinandersetzung könne die Verwaltung nicht tragen. So kam es, daß die nämlich versammelten Antifaschisten — unabhängige und autonome Leute, einige Grüne, Mitglieder des Jüdischen Studenten- und Jugendverbandes und einzelne aus linken Zusammenhängen — während der Aktion kaum Polizeisten zu Gesicht bekamen.

Die Zeitungen der folgenden Tage brachten etwas Aufhellung darüber, was hinter den Kulissen schon vor der Besetzung gespielt wurde. Der NPD ging es offenbar hauptsächlich um den für sie günstigen Entscheid des Verwal-

tungsgerichtshofes in Kassel. Ihre „Feier“ hatten die Nazis für '85 intern schon gestrichen. Indizien dafür waren den Saalbau-Verantwortlichen frühzeitig bekannt, nur gaben sie ihr Wissen nicht weiter. Es war also ein zwar nicht ohne Zittern erreichter, aber doch relativ leichter Erfolg. Eine Überraschung hielt die ansonsten CDU-freundliche „Frankfurter Neue Presse“ bereit. Das angemessene Mittel gegen NPD-Auftritte und damit verbundene Auseinandersetzungen sei das Verbot dieser Partei! Dagegen nahm der Chef des Frankfurter Lokalteils der „FAZ“ die Teilnahme jüdischer Studenten an der Besetzung zum Anlaß, deren Sprecher in außerordentlich scharfem Tonfall „wäre Absonderungen“ vorzuwerfen. Nach dieser durchaus ungewöhnlichen aber erfolgreichen Aktion sollten Antifaschisten noch zweimal im alten Jahr auftreten müssen.

Schon am 19.12. war, wie erst zwei Tage zuvor endgültig bekannt wurde, ein weiteres NPD-Treffen im selben

Schon am 19.12. war, wie erst zwei Tage zuvor endgültig bekannt wurde, ein weiteres NPD-Treffen im selben Bürgerhaus angesetzt. Für den Fall, daß die Stadt ihr den Zutritt zu den gemieteten Räumen nicht gewährte, hatte die NPD vor dem Verwaltungsgericht vergeblich versucht, ein Zwangsgeld gegenüber der Saalbau GmbH durchzusetzen. Am Abend konnten sich so 40 NPD-Anhänger erst einmal versammeln, jedoch mußten sie sich vorzeitig unter Polizeibegleitung von dannen machen, weil sie gegen etwa 60 Gegendemonstranten mit Tränengas, Wurfgeschossen und Prügeln vorgehen und deshalb die Polizei auf den Plan riefen.

Die folgende NPD-Versammlung vom 27.12. im Gallus, dem Stadtteil, in dem Günter Sare zu Tode gefahren wurde, wurde als besondere Provokation empfunden. Kirchenleute, Mitglieder des Ortsbeirates und verschiedene andere Kräfte forderten von der Stadt die Verhinderung dieses NPD-Vorhabens. Ungefähr 100 Antifaschisten hielten sich am Abend vor und in der Nähe des Versammlungsortes bereit, anrückende Nazis davonzuweisen. „Unnötig“, wie sich herausstellte, da die Saalbau der NPD mit Verweis auf ihre Gewalttätigkeit den Raum ein paar Tage früher schon gekündigt hatte, ohne diesen Schritt aber öffentlich bekannt zu machen. Dagegen klagte die NPD erst gar nicht.

Vielmehr erschien NPD-Vorsitzender Frick Gutjahr am 27.12. beim Geschäftsführer der Saalbau GmbH, um für drei Januartermine Mietverträge in Bürgerhäusern abzuschließen. Hier wurde vor allem aus zwei Gründen gegen die Nazis entschieden: 1. sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die NPD gegeben, und 2. seien die gewünschten Räume schon vergeben. Nun klagte Gutjahr Verstoß im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt, um den zuerst anvisierten Raum am 7.1.86 zugestanden zu bekommen. Vergeblich — das Gericht erkannte die von der Stadt angegebene anderweitige Vermietung an. Eine Entscheidung

Fortsetzung in Spalte 3 unten

Neonazis wünschen mehr Tote

Wenig Mühe geben sich kühnens Anhänger der verbotenen „Aktionsfront nationaler Sozialisten“, ihren terroristischen Charakter unter dem Deckmantel der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP) zu verbergen. Kurz nachdem Günter Sare Ende September '85 bei einer antifaschistischen Aktion im Frankfurter Gallusviertel von einem Wasserwerfer zu Tode gefahren wurde, schmierten Neonazis an Wände dieses Viertels „Grüne ins KZ“, „Mehr tote Ökos“, „NPD for ever“ und „Sare war ein Jude“. So etwas sind klare Aufforderungen zum Mord, gerade auch weil sie nicht allein stehen.

In einem Papier der ANS aus „Süd- urol“ heißt es, sie setze sich ein für ein nationalsozialistisches Europa im Geiste der Waffen-SS sowie für die Befreiung der Menschheit vom Zionismus... Während der Aktionen gegen das Faschistenstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ am Schauspielhaus Frankfurt durch die Jüdische Gemeinde u.a. spionierte eine Gruppe ANS/FAP'ler ungehindert von der Polizei am Rande des Geschehens her um, bis sie von jüdischen Jugendlichen vertrieben wurde.

Nach den Weihnachtstagen war der Frankfurter Vorort Oberursel über Nacht mit Naziparolen besprüht worden, darunter wiederholt ein Davidstern am Galgen „Juda verrecke“ oder SA marschiert — „Juda krepert“ und „Sare war der erste Streich“. Verantwortlich zeichnete eine „Taurus-Truppe“ der ANS/FAP.

In der Nacht des 30./31.12.85 suchte ein Trupp von fünf Neonazis erst zwei Prostituierte im Frankfurter Ostend auf und zwang sie unter Drohung ihrer Waffen, Pistolen und Machete, einige hundert Mark herauszurücken. Sie seien „Neonazis und SS-Leute“ und übernahmen „ab sofort für 200 Mark in der Woche den Schutz der Wohnung“. Dann versuchten sie die gleiche Sache bei einer Prostituierten in Rockenham, machten aber auf dem Absatz kehrt, als die Frau um Hilfe rief.

Für Silvester war in Fulda eine Demonstration gegen die jährlich stattfindenden Neonazitreffen in der Rhön angekündigt. Der ANS-Oberhess Thomas Brehl forderte seine Mannen „zum Angriff“ gegen die Antifaschisten auf. Ein Flugblatt, das „den polizeilich angekündigt. Der ANS-Oberhess Thomas Brehl forderte seine Mannen „zum Angriff“ gegen die Antifaschisten auf. Ein Flugblatt, das „den politischen Gefangenen der nationalen Revolution“ gewidmet war und unter die Leute geworfen wurde, endete auf dem Satz: „Wer aber politische Gefangene schafft, Patrioten verbietet, darf sich nicht wundern, wenn er eines Tages eine RAF (Rechte Armee Fraktion) sein eigen nennt.“ (FAP-Sonderdruck V.i.S.d.P. C. Scholz, Münster). Wie lang politische und polizeiliche Verantwortliche den Neonazis die Leine lassen, zeigte sich, als die Demonstranten an der ehemaligen Synagoge der Fuldaer Innenstadt eine Gedenkminute abhielten. Von den zahlreichen Polizisten ungehindert konnte ein Nazitrupp in unmittelbarer Nähe mit gerechten Armen braune Parolen gröhlen.

Seit 18 Jahren führt die „Wiking Jugend“ ihre „Feiern zum Jahreswechsel an der DDR-Grenze bei Fulda

Fortsetzung von Spalte 2

über die weiteren Termine, 16.1./Haus Dornbusch und 24.1./Haus Gallus, steht jedoch noch aus. Über neue Vergaberichtlinien städtischer Räume wird demnächst auch die Stadtvorordnetenversammlung diskutieren.

Weil die NPD 1986 als „entscheidendes Jahr“ deklariert und die Zeit vor den nächsten Bundestagswahlen unter das Motto „Nationale Sammlung tut not“ gestellt hat, und weil die kleinen zwar erfreulichen aber nicht unbedingt dauerhaften Tricks untergeordneter Verwaltungsebenen die Mobilisierung einer protestierenden Öffentlichkeit natürlich nicht ersetzen können, werden sich alle „Fra knonen“ der Antifaschisten wieder zunehmend auf eigene Aktionsformen einstellen müssen. Angesagt sind auch tiefergehende inhaltliche Diskussionen wie verbesserte Vorbereitungen kompnen der Aktionen.

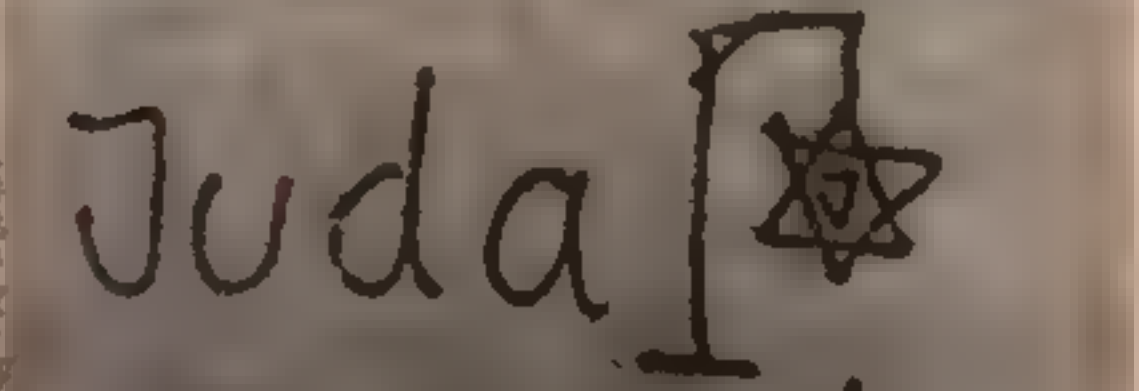
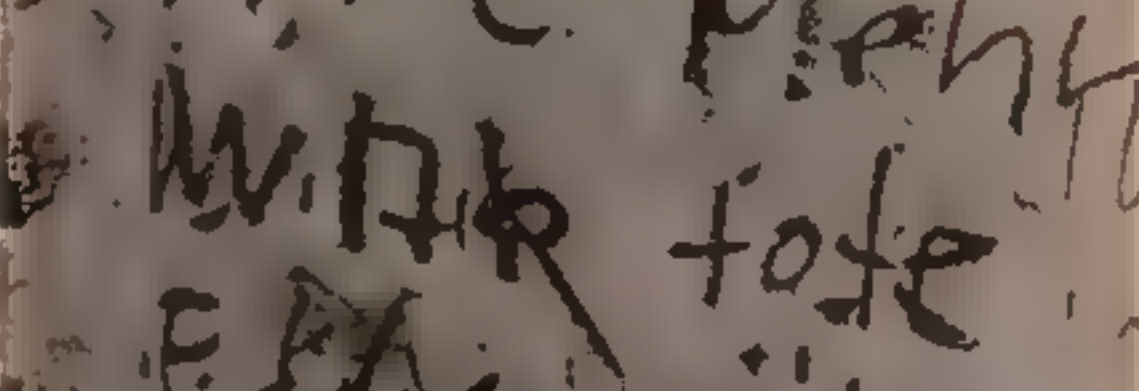
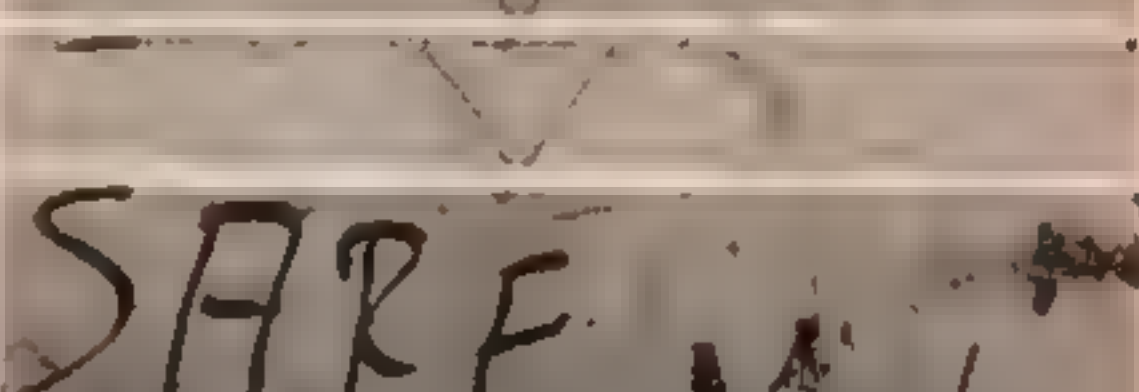
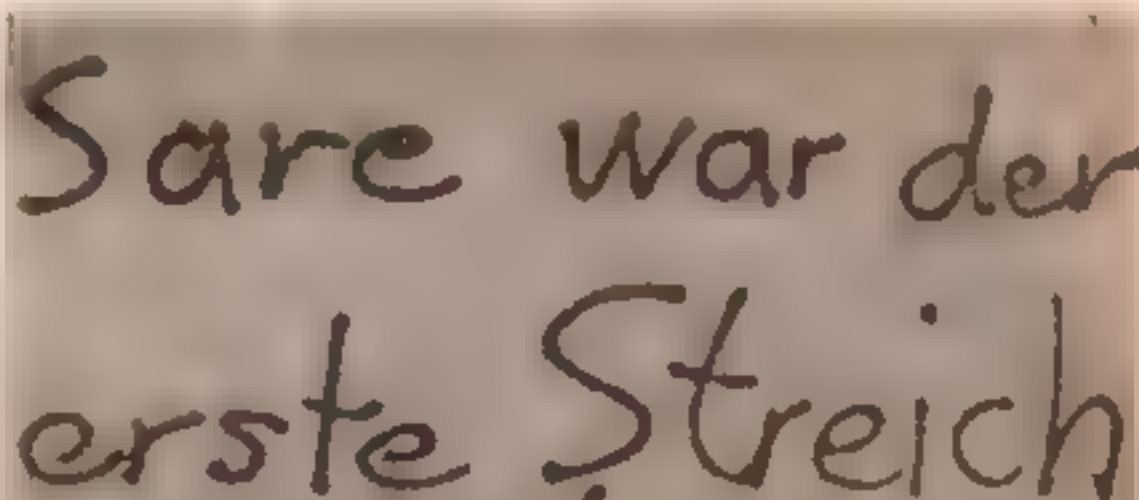
D., KB/Gruppe Frankfurt

durch. Nachdem es '84 zu Gewalttätigkeiten gegen Gegendemonstranten gekommen war und eine vermehrte Kooperation mit der ANS/FAP sichtbar wurde, verbot der Landrat (CDU) diesmal den Aufmarsch. Der hessische Verwaltungsgerichtshof Kassel bestätigte am 30.12. in letzter Instanz dieses Verbot und bezog darin auch eine Er satzanmeldung der FAP ein.

Jedoch schon zwei Tage vorher rückte eine Garde von 65 Neonazis auf verschiedenen Vereinigungen in die Jugendherberge im benachbarten Schlitz unter der Turnbezeichnung „Sing- und Spielkreis Stuttgart e.V.“ ein. Eine Krisensitzung von Lokalpolitikern blieb am Vormittag des 31.12. ohne Konsequenzen für die Rechtsradikalen. Die machten sich derweil auf, um die antifaschistische Demo zu stören. Bevor sie das mit ca. 40 Leuten, wenn auch nur am Rande, tun konnten, stellte die Polizei Schreckschusswaffen, Schlagstöcke und -ringe, Kanthölzer, Helme usw. sicher und nahm einige der Nazis fest (insgesamt sieben während des Tages).

Ein Polizeieinsatz von 300 Beamten aus ganz Hessen mit je zwei Wasserwerfern und Gefangenewagen schirmte die 400-köpfige Veranstaltung ab, zu der das „Aktionskomitee Nie wieder Faschismus“, die Grünen, auch der DGB da aufgerufen hatten. Während der Abschlußkundgebung ging die Polizei zweimal gegen die aggressive Neonazigruppe vor, nachdem sie vorher eine „Beileitung“ der Antifaschisten zuließ. Abends feierten die Braunen im 20 km entfernten Gasthaus von Poppenhausen-Stiefwand den 28. Geburtstag des kühnen Stellvertreters Brehl: 150 Leute aus WJ, ANS/FAP und der Deutschen Volksunion (Verein um die „National-Zeitung“). Von der Schlitzer Jugendherberge brach in der Nacht ein Trupp auf, um in der Nähe doch noch ein „Mahnfeuer“ zu entfachen. Um solche in Zukunft wieder „in den anderen Teil Deutschlands“ leuchten zu lassen, kündigte die WJ an, gegen das Verbot bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht klagen zu wollen.

KB/Gruppe Frankfurt



Neue Neonazi-Parolen in Frankfurt (Foto AK)

Zum Tod von Günter Sare: Beweismittelmanipulation durch die Polizei?

Kaum gespannt wartet die Öffentlichkeit auf den für den 22. Januar angekündigten Bericht des vom hessischen Innenminister Winterstein berufenen sog. „unabhängigen Untersuchungsbeauftragten“ Erkel. Über den eigentlichen Unglücksablauf der Tötung von Günter Sare wird der Bericht nichts enthalten, denn die hierüber ermittelte Staatsanwaltschaft ist angeblich noch immer nicht so weit. Dafür werden über trübe Kanäle von den Offiziellen weiter hing. „Ermittlungsdetails“ in die Öffentlichkeit lanciert, um Günter Sare als für seinen Tod selbst verantwortlich darzustellen, umgehend hatte man bereits die Blutalkoholwerte (1,49 Promille) des „tanzenden“ Demonstranten bekanntgegeben. Jetzt „fragt“ ein liberaler Jungspieß aus der Landtagsfraktion der FDP namens Otto die Landesregierung (immer wieder schrill, ob in Gewebepollen Sares „Rauschgiftspuren“) (Marihuana) gefunden worden seien, worüber der Innenminister dann begeistert im Gegenzug antwortet, daß der Ermittlungsergebnisse nicht vorliegen wolle. So hält man in der interessierten Presse die Gedankenketten Sare-Alkohol-Rauschgiftselber Schuld über Tage am Kochen.

Weniger Aufmerksamkeit wird den ersten Ermittlungsergebnissen der Rechtsanwältin Verleisch geschenkt, die die Mutter von Günter Sare anwaltlich vertritt. Als Nebenklägerin erhält sie in diesem Stadium der Ermittlungen noch keine Akteneinsicht, kann keine Beweisanträge stellen usw. So mußte sie in einem Schreiben gegenüber der Staatsanwaltschaft „anregen“, Fahrtenstreifen, Diagrammscheiben, Fahrtenbücher und Fahrbefehle des Todeswasserwerfers IV/1 sicherzustellen und zu beschlagnahmen. Dieselbe „Anregung“ erfolgte in Bezug auf alle anderen am 28.9.85 in Frankfurt eingesetzten bzw. beteiligten Wasserwerfer. Anlaß dazu war die gutachterliche Feststellung, daß der Fahrtenstreifen des Wasserwerfers gegen 20.35 Uhr kurzfristig geöffnet und wieder geschlossen worden war. Unbewertet blieb in dem Gutachten die Tatsache, daß ähnliche Spuren wie für den Zeitpunkt 20.35 Uhr ca. eine Stunde später noch einmal festgestellt werden können. Durch ein weiteres Gutachten muß deshalb geklärt werden, ob der Fahrtenstreifen ein weiteres Mal kurzfristig geöffnet und wieder geschlossen wurde. Damit in Zusammenhang stehen weitere Fragen der Anwältin im Hinblick auf Einsatzbeginn und Einsatzort des WaWe IV/1.

Während Innenminister Winterstein und hohe Polizeiführer im Innenausschuß des Landtags erklärten, der Wasserwerfer habe sich vor der Fahrt, die mit dem Tod Günter Sares endete, nicht wesentlich bewegt, zeigt die mysteriöse Diagrammscheibe anderes: In der Zeit von 19.47 Uhr bis 20.49,5 Uhr ist eine zurückgelegte Wegstrecke von 770 m festgehalten, wobei 90 m bzw. in einem Zweigstrichen 115 m in der Zeit von 20.49 Uhr bis 20.49,5 Uhr (die Todesfahrt) zurückgelegt wurden und weitere 530 m zwischen 19.47 Uhr und 20.49 Uhr, zu einer Zeit also, in der der Wasserwerfer sich kaum bewegt haben soll. So bleiben nur zwei Schlüsse: Entweder hat der Wasserwerfer bereits vor dem tödlichen Einsatz Fahrten unter nommen, dann geben Polizei und Innenminister falsche Ablaufschilderungen wieder, oder aber die Diagrammscheibe wurde ausgetauscht und manipuliert. Beide Möglichkeiten legen natürlich nahe, daß die Verantwortlichen Vertuschungshandlungen begehen. Es fragt sich, wie die Staatsanwaltschaft in den „Anregungen“ der Anwältin umgehen wird. Tatsache ist, daß ein Wasserwerfer am 28.9. bereits knapp eine Stunde vor der Todesfahrt eine Hetzjagd durch die Hufnagelstraße veranstaltete. Diese Fahrt laucht nachträglich in keinem Bericht der Polizei auf. Warum wohl? Waren Hetzjagden an diesem Abend offiziell angeordnete Strategie? Das wäre ein wichtiger Indiz für eine Vorsatztat bei der Tötung von Günter Sare und würde dann natürlich auch die Vertuschungsmaßnahmen von höchster Stelle erklären.

PS: Die Merkwürdigkeiten um den Fahrtenstreifen treffen ganz zufällig mit einer „technischen Panne“ zusammen. Das Aufzeichnungsgerät, das den polizeilichen Funkverkehr zwischen der Einsatzleitung und der Wasserwerferbesatzung hätte aufzeichnen müssen, fiel ganz zufällig kurz vor dem entscheidenden Zeitpunkt angeblich aus. Entweder versagen solche hochmodernen Geräte immer dann, wenn man sie braucht, also in genau den Situationen, für die sie eigentlich konzipiert sind. Oder der Mensch kontrolliert entgegen verbreiteten Annahmen die Technik und nicht umgekehrt.

KB/Gruppe Frankfurt

Rudolf Heß, ein Pazifist auf „seiner verquere Art“?

Auf ihre Art anregend scheint die von der „Konservativen Aktion“ breitgetretene Parole „Freiheit für Rudolf Heß!“ auf berufene Kreise ausgestrahlt zu haben.

Wenn schon Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Weihnachtsansprache in einem Atemzug die Freilassung Nelson Mandelas, Sacharows und eben — nicht zuletzt — Rudolf Heß erbat, möchte sich auch das „große liberale Magazin“ Hamburg der „Spiegel“ (2/86) nicht der obligaten weihnachtlich aufgepeppten Beinnlichkeit entziehen. Mit dem Anspruch, ein „ungekünsteltes Rätsel des Jahrhunderts“, welches „lange Zeit nebelhaft und schembar unerklärlich blieb“, vor der Öffentlichkeit zu enthüllen, führt er in mehr oder weniger gekonnter Weise vor, wie man aus einem germanischen Wolf ein freudeutsches Opferlamm machen kann.

Eingeleitet mit der unschuldigen Frage „Rudolf Heß — total verrückt oder Pazifist?“ bietet das Wochenblatt den Interessierten das tröstliche Bild einer geradezu traumatischen, eben einer deutschen Irrfahrt durch die Jahrzehnte unseres Jahrhunderts. Bereits als Kind gepeinigt durch einen „ihlennisch-autoritären Vater, der seinen Rudi herzlos in einen diesem verhassten Beruf preßt, darf sich der Bub“ zunächst über den deutschen Waffengang 14/18 von derartiger Unterdrückung emanzipieren.

Jedoch, wie das „Spiegel“-Leben so spielt, Heß bleibt ein Opfer: Zunächst der Allüren, die den Krieg bekanntlich gewonnen und mit einem „Schandvertrag“ besiegelt; dann der Riten, die am Ende auch noch die heilige Ordnung völlig ruinieren wollten; darauf folgend einer neuen Vaterfigur, des Verräters der „damals noch recht umsichtigen Wissenschaft“ namens Geopolitik, Karl Haushofer, der seinem Schützling eindringlich klar machte: „Der Weg führt nach Osten, und nur nach Osten!“

Ist es verwunderlich, daß der kindheitsbedingte „Unterwerfungsdrang“ Rudis völlig in „Hörigkeit“ umschlägt, als er, am Leben verzweifelt, in den Kneipen Münchens, zunächst scheinlich „widerwillig“, seinen Führer trifft? Ist es nicht angesichts der widerstrebenden Kriegsziele Haushofers und Hitlers verständlich, daß ein „wahrer Grüner“ (Golo Mann) wie Heß, der „in seinem Herzen ein Pazifist“ und dessen „Wesen auf Harmonie und Verehrung angelegt“ ist (wie der „Spiegel“ meint), in den hochnotpeinlichen Widerspruch verwickelt wird, „seine Liebe zu Hitler mit der Freundschaft zu Albrecht (1) Haushofer (Sohn von K. Haushofer, AK) in Einklang zu bringen“?

„seine Liebe zu Hitler mit der Freundschaft zu Albrecht (1) Haushofer (Sohn von K. Haushofer, AK) in Einklang zu bringen“?

Vom omnipotenten Diktator „Arm in Arm mit Stalin“ um seine Kriegsvorstellungen in den „Weiten Rußlands“ zungunsten Polens und Englands geradezu bezogen und in die Isolation gedrängt, vom „nächsten Geopolitiker“ in das intrigante Netz anglophilen Widerstands eingespinn, entscheidet sich der Pogromgegner Heß (hat er doch den „Führer“ angefleht, die Sache zu unterlassen), die sog. „Reichskristallnacht“ nämlich zum Alleingang, um „auf seine verquere Art dem Frieden zu dienen“.

Das Opfer aber bleibt auch weiterhin Opfer. Der britische Geheimdienst

fängt einen Heß-Brief nach England ab und zwingt den „Führer-Stellvertreter“, persönlich mit dem Flugzeug sein Glück zu versuchen. Damit infert er sich natürlich dem durchtriebenen Churchill aus, der aus dem in Deutschland nun völlig fallengelassenen Friedensflieger ein Druckmittel gegen Stalin macht.

Der wiederum, aus Rachegeboten an den Engländern, prügelt auf den armen Rudi ein und fordert in Nürnberg seinen Kopf.

Wären da nicht die Amis gewesen, die „unvoreingenommen“ erkennen, daß der „Mann nicht an der Kriegsplannung Hitlers teilgenommen“ hatte, daß er gegangener war, „ehe sich Deutschland mit den Massenverbrechen des Judenmordes besudelte“ ..

Wahrlich, der „Spiegel“, pardon das Leben schreibt die besten Romane — und fordert die Leser/innen gar zum Mischen heraus: Ist er nun ein Pazifist oder doch nur verrückt? Oder vielleicht beides?

Nach tiefem Sinnieren muß da — leider — auch weiterhin im Dunkel gewisser Redaktionsstuben getappt werden. Zu lebenslanger Haft verurteilt, reingelegt durch die ganze Welt, „Zog Häftling Nr. 7“ das Schweigen vor, Jahrzehnt um Jahrzehnt — bis zum heutigen Tag.

Aber, verdammt nochmal, kann sich der „Spiegel“ da nicht wenigstens einmal anschließen?

Pe.

Prozesse wegen Protest gegen 'Graue Wölfe'

Vor einem Jahr hatten türkische, kurdische und deutsche Antifaschisten das Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart besetzt, um eine Veranstaltung des türkischen Kulturvereins zu verhindern. Der Protest gegen die Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“ wird jetzt mit einer ganzen Serie von Prozessen verfolgt. Erste Urteile im Verfahren mit vergleichsweise liberalen Richtern und lappischen Taivorwürfen lassen Schlimmes erwarten: Zwei Angeklagte wurden zu 600 und 800 DM Geldstrafe verurteilt, ein dritter zu 1400 DM. Letzteres Urteil wurde lediglich mit der Absicht (!) des Angeklagten begründet, gewollt zu haben, daß eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe“ stark gestört würde (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz). Etwa 30 weitere Angeklagte laufen derzeit, mit Taivorwürfen wie Landfriedensbruch, Totschlagsversuch und schwere Körperverletzung.

Gegen die „Graue Wölfe“-Veranstaltung hatte es bereits im Vorfeld breite Proteste gegeben. Nachdem sich die Stadtverwaltung geweigert hatte, den Mietvertrag mit den türkischen Faschisten zu kündigen, versammelten sich am 23.12.84 mehrere hundert Menschen vor dem Gustav-Siegle-Haus. Bei dem Versuch, das Gebäude zu besetzen, kam es zu Auseinandersetzungen mit einer Gruppe bewaffneter Faschisten, die schon vorzeitig mit dem Aufbau begonnen hatten. Dabei gab es mehrere Verletzte. Als die Faschisten das Feld geräumt hatten, versammelten sich schnell annähernd 150 Antifaschisten im Gebäude, um den Veranstaltungsraum der „Grauen Wölfe“ dicht zu machen. Nachdem die Eingänge vom Hausmeister verriegelt worden waren, drangen Polizisten mit Hunden und in voller Montur ins Haus ein und versuchten den Saal gewaltsam zu räumen, worauf ihnen einige Stühle entgegenflogen. Sie regelten daraufhin die Türen ab und erklärten alle wegen Verdachtes auf Landfriedensbruch, Totschlagsversuch und schwerer Körperverletzung für festgenommen. Den Besetzern drohten sie an, „auch Gas einzusetzen, um euch rauszutreiben“. 149 Antifaschisten wurden ED-behandelt, 30 von ihnen zur Landespolizeidirektion 2 verbracht. Während die Besetzer durch die Hintereingänge unter Bewachung aus dem Gustav-

Siegle-Haus getrieben wurden, bildeten die Bullen eine Gasse durch die vor dem Haus versammelten Antifaschisten und verschafften den türkischen Hitlerverehrn Zutritt durch den Haupteingang. Die Vertreter der Stuttgarter Stadtverwaltung hatten trotz der Auseinandersetzungen nicht darauf geachtet, die Veranstaltung abzusagen.

Juristische Konstrukte und willkürliche Anklagen

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich sehr bemüht, Beweismaterial gegen die Antifaschisten zusammenzutragen und dabei gleich die Gelegenheit zur Einschüchterung zu nutzen. So wurde z. B. unter dem Vorwand, ein Kleidungsstück zu suchen, vier Monate nach der Besetzung die Wohnung eines Angeklagten und die seiner Eltern durchsucht. Angeblich um eine heile Jacke sicherzustellen, obwohl der Angeklagte selberrsch nachweislich eine schwarze Lederjacke trug. Politische Plakate an der Wand sowie sämtliche Kleidungsstücke wurden fotografiert, selbst der Dachstock der Eltern durchwühlt. Drei der Antifaschisten blieben aufgrund willkürlicher Anschuldigungen der „Grauen Wölfe“ bis zu zwei Monaten in Untersuchungshaft. An etwa 30 Betroffene wurden inzwischen Anklageschriften verschickt, weiteren wurde mitgeteilt, die Ermittlungen gegen sie seien noch im Gange. Gegen die „Grauen Wölfe“ wird nicht ermittelt, auch „unter Berücksichtigung der Tatsache, daß“ — wie die Staatsanwaltschaft in einer Anklageschrift eingestehen muß — „die Mitglieder des Kulturvereins ebenfalls bewaffnet waren...“ Tatsächlich sind sie die einzigen, die nachweisbar Waffen bei sich getragen haben. Nichtsdestotrotz...

Die Staatsanwaltschaft scheut sich nicht, mit pauschalen Behauptungen zu operieren. Zitat aus einer Anklageschrift: „Alle (wegen der Auseinandersetzung mit den „Grauen Wölfen“) Angeklagten waren auch an den Angriffen gegenüber den eingekerkerten Polizisten beteiligt.“ Mittlerweile wurden ganz allgemein Zusammenhänge

Fortsetzung nächste Seite

Deutsch-jüdische Normalität ...

FASSBINDERS SPRENGSÄTZE

Deutsch-jüdische Normalität ist den Vertretern des Bundespräsidenten Weizsäcker und des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann schädelbrechend. Ist die Oberhaupt möglich?

Warum bricht der Konflikt mit den jüdischen Gemeinden ausgerechnet über ein Theaterstück aus und nicht über die Kriegserklärung in Beirut oder Solch Unschuldsmenschen eines Hochgebirges bei solchem Besuch in Israel?

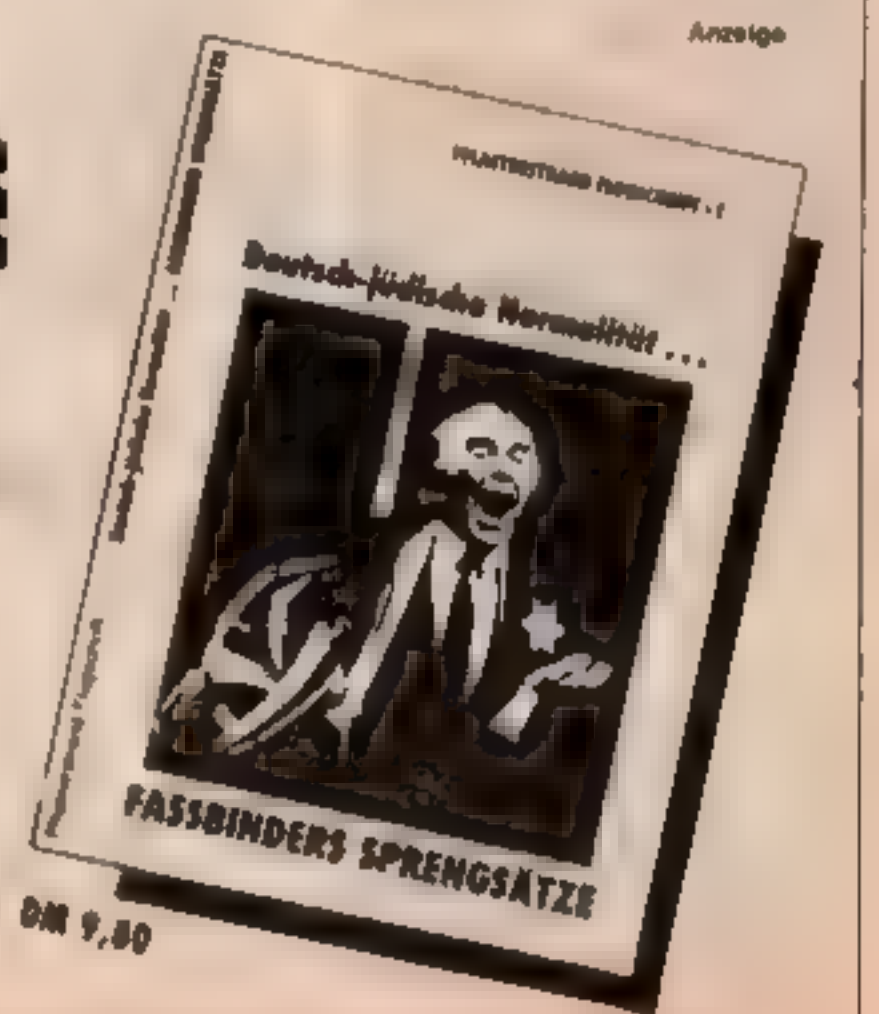
Nach der Verhinderung der Frankfurter Aufführung von Fassbinders Stück regten die Bühnen von Köln, Essen und Wien verständliche Interessen an einer Aufführung. Erst darauf schenkte ihnen Protestschreiben aus Tel Aviv auf den Schreibtischen der jeweiligen Bürgermeister.

Längst hat sich der Streit um ein Theaterstück zu einem Politikum ersten Ranges entwickelt.

Der Streit um Fassbinder — nur ein Konflikt der Kultur?

In dieser Flugzettel werden Barry Cahn-Broth, Berndt Seif, Michael Schiller, Michael Helmut, Ben-Dor, Peter Brühl, Uly Sogomonyan, Arthur Schapiro, Peter Weidling, Martin Loh-Danz, Christoph Grotzer, Karl-Heinz Weitzmann, Peter Zellinger und Michael Tiedberg, dem Witz, wie er auf der Bühne auf in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, zu unterbreiten.

PFLASTERSTRAND FLUGSCHRIFT - 1
erhältlich in jeder linken Buchhandlung



Fortsetzung von vorheriger Seite

Riesiger BRD-Stützpunkt in der Türkei geplant

Sieben Milliarden Mark Rüstungshilfe für die türkischen Foltergeneräle?

konstruiert, aufgrund derer jeder der Bewohner wegen eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs belangt werden kann. „Der gemeinschaftliche Tatplan aller Angeklagten“, so die Staatsanwaltschaft, „folgt schon aus dem Geschehen selbst. Es war allen klar, daß sie nicht ohne körperliche Auseinandersetzung in das Gebäude gelangen und den Saal besetzen können. Nur durch die Besetzung des Saals wäre auch gewährleistet gewesen, die Verhaftung des türkischen Kulturvereins zu verhindern.“ „Bei allen Angeklagten konnten die Zeugen mit letzter Sicherheit keine Waffen feststellen, ihnen war aber sowohl die Bewaffnung, als auch der Einsatzwille ihrer Mitstreiter bekannt“ (aus einer Anklageschrift).

In einer weiteren Anklageschrift wird für zehn Angeklagte ein weiteres Konstrukt, das der gemeinschaftlich begangenen Körperverletzung, geschaffen: „Ebenso haben sich alle Angeklagten 10 tateinheitlicher Vergehen der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Die Vorgeschichte der Tat, die Kenntnis, daß die Unterstützer des türkischen Kulturvereins keinesfalls freiwillig das Gebäude räumen würden und der tatsächliche Geschehensablauf, lassen nur den Schluß zu, daß alle beim Sturm auf das Gebäude Beteiligten, also auch jeder der Angeklagten, wußten und wollten, daß ihre Gegner verletzt werden.“

Einem weiteren Angeklagten wird zwar bescheinigt, eigenhändig nicht nachweisbar an Gewalttätigkeiten beteiligt gewesen zu sein, er sei jedoch der geläufigen Mithraserschaft schuldig. Zitat aus einer Anklageschrift des Landgerichts (nachdem das Amtsgericht es abgelehnt hatte, das Verfahren mangels Beweisen überhaupt zu eröffnen): „Dieser Auffassung kann nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft nicht gefolgt werden. Richtig daran ist, daß dem Angeklagten eigenhändig begangene Gewalttätigkeiten nicht nachgewiesen werden können. Die Staatsanwaltschaft geht jedoch davon aus, daß im Hinblick auf die Vorgeschichte und den Ablauf des Geschehens jeder sich zum Zeitpunkt der Räumung im Saal befindliche als Mitstreiter anzusehen ist. Schon die bloße Anwesenheit kann als Mithraserschaft nämlich dann angesehen werden, wenn durch geistige Mitwirkung der Tatwille anderer Demonstranten bestärkt oder Hemmungen und Widerstände beseitigt werden könnten. Gerade diese Umstände sind erfolgt, jedoch zwingend aus dem gesamten Geschehensablauf.“

Solidarität ist gefordert

Alles deutet darauf hin, daß hier ein Exempel gegen tatkräftigen antifaschistischen Protest statuieren werden soll.

Solidarität ist gefordert

Alles deutet darauf hin, daß hier ein Exempel gegen tatkräftigen antifaschistischen Protest statuieren werden soll. Inzwischen sind die meisten Stuttgarter Richter mit den Prozessen befaßt. Am 5.11. begann vor dem Amtsgericht ein Verfahren gegen fünf Türken wegen Körperverletzung und besonders schwerem Landfriedensbruchs. Obwohl der einzige Zeuge (der verletzt war) keine schuldzuweisende Aussage gemacht hatte, beschloß der Richter, die Verhandlung vor dem Landgericht fortzusetzen.

Unterdessen treten die „Grauen Wölfe“ in Stuttgart immer frecher auf: Ab bei einer ihrer Veranstaltungen türkische Genossen vor dem Haus fotografierten, wurden sie zusammengeschlagen, einer von ihnen verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei verweigerte die Mithilfe beim Identifizieren der Täter.

Mit den von der Staatsanwaltschaft eingeführten Konstruktionen ist jeder nicht völlig zahllose Widerstand gegen deutsche und türkische Nazis massiv kriminalisierbar. Dazu kommt, daß die türkischen und kurdischen Genossen unter der ständigen Bedrohung stehen, daß Material über ihr antifaschistisches Engagement an den türkischen Geheimdienst weitergegeben wird und daß sie im Falle einer Verurteilung mit Abschiebung in die Folterkammern des türkischen Regimes rechnen müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung — politisch und materiell. Allein bei den Prozesskosten wird mit 150.000 bis 200.000 DM gerechnet.

J./Freiburg

(Weitere Informationen zu den Prozessen und zu den Grauen Wölfen allgemein enthält eine Broschüre auf der sich ein illustrierter Artikel wesentlich stützt: „Einigung der Prozesse gegen türkische und kurdische Antifaschisten“ herausgegeben vom Arbeitskreis für die Freiheit der Presse gegen Antifaschisten in Stuttgart, November 1985, Preis 2 DM. Zu beziehen über: Metzger & Co. GbR, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1.)

Ab Luftwaffenstützpunkt möchte die Türkei der Bundesrepublik „in Mittel- und Osttürkei ein Areal verpachten, das anderthalb mal so groß ist wie Belgien“ — so meldet es die „Frankfurter Rundschau“ (4.12.85). „Verteidigungsminister Wörner wiegelt ab: Es wolle nur die Lärmbelastung durch Tiefflüger in der BRD reduzieren (um die ansonsten in Bayern noch in den 1960er Jahren begangenen Zerstörungen entgegenzuwirken).“

Der Stützpunkt bei Konya würde der BRD hochbrisante Perspektiven eröffnen: Von dort wäre es für die bundesdeutschen Tornado nur noch ein Sprung bis zu den derzeitigen und künftigen Kriegsschauplätzen des Nahen und Mittleren Ostens. Die Verhandlungen sind im vollen Gange.

Genauer gesehen werden derzeit offenbar drei Dinge auf verschiedenen Ebenen verhandelt:

— Einmal zwischen der Bundesrepublik und der Türkei über einen Luftwaffenstützplatz bei Karapinar in der Nähe von Konya. Die türkische Luftwaffe hat dort bereits ein „Ausbildungszentrum für taktische Jagdflugzeuge“. Zugleich steht in der NATO 1986 die Entscheidung über den Aufbau eines gemeinsamen

„Luftwaffenstützplatzes“ an. Im Gespräch: Goose Bay in Kanada und — auf der letzten NATO-Tagung in Brüssel von BRD-Minister Wörner immer wieder ausdrücklich favorisiert — Konya. „Das Gebiet um die türkische Luftwaffenbasis, die mit 3380 Fuß die höchste im Land ist und über eine 4000 Fuß lange NATO-Standard-Runway verfügt, ist dünn besiedelt und für Tiefflug besonders geeignet. Der Tieffluggelände entspricht etwa der einseitigen Größe Belgiens.“ (Europäische Wehrkunde, 12/85, S. 655).

— Ebenfalls sehr interessiert sind deutsche Militärs an einem ausgedehnten Panzerübungsgebiet in derselben Gegend. Die Herbsttagung der NATO hat unterdessen das Projekt zur Errichtung eines „Ausbildungszentrums für Geschütz- und Panzergefechtsübungen“ bei Karapinar gebilligt. (Spiegel 9.12., Hürriyet 4.12. und Milliyet 5.12.85).

— Weiter wird deutsches Interesse am „Ausbildungszentrum für Jet-Piloten“ der türkischen Luftwaffe im Komplex Cigli-Kakili, C-Akhisar bei Izmir vermeldet. (Hürriyet, 4.12.85).

Unklar ist noch, ob die BRD auch dann eine zweiseitige Vereinbarung über besondere Nutzungsmöglichkeiten der Basis anstrebt, wenn Konya NATO-Trainingszentrum wird. In diese Richtung weist jedenfalls eine Aussage des türkischen Regierungschefs Özal auf einer Pressekonferenz. Auf die Frage: „Wird die Basis den Deutschen außerhalb (unabhängig) von der NATO gegeben?“ erklärte er: „Ja, außerhalb der NATO. Es wird als einer unserer Verbündeten betrachtet.“ (Milliyet, 16.12.85).

BRD — neue Interventionsmacht in Nahost?

Warum drängt die BRD derzeit auf einen Stützpunkt so ganz in der Nähe des Krisenzentrums Nahost? Die Version, die Wörner anbietet — endlich Ruhe für fluglärmgeschädigte Bundesbürger — ist zweifellos die dümmste. Zumal erst kürzlich ein Vertrag mit Kanada abgeschlossen wurde, wonach die Bundeswehr Goose Bay für weitere fünf Jahre und verstärkt für Tiefflüge nutzen kann. (Wehrtechnik 12/85, S. 104) Worum geht es also wirklich?

So wie das ganze Projekt dimensioniert ist, jedenfalls keineswegs nur um die Mitbenutzung von bestehenden türkischen Einrichtungen für Übungszwecke. Für die BRD rechnet man mit Kosten von weit über 200 Mio. DM. „Es müssen Straßen, Rollbahnen, Kasernen, Werkstätten und Hallen gebaut werden.“ (Spiegel, 9.12.85). „Unter anderem ist auch an den Bau einer Flugzeugwerft für Tornados gedacht (Saudi-Arabien, das 71 Tornados kauft, scheint an einer Kooperation interessiert).“ Falls Wörner sich durchsetzen kann und die NATO das Projekt Konya akzeptiert, dürfte „der Aufbau dieses Trainingszentrums, das im Rahmen des NATO-Infrastrukturprogramms finanziert würde, etwa 1 Milliarde Mark kosten.“ (FAZ, 18.10.85).

Offen ist, wieviel und welche Truppen dort stationiert werden sollen. In der türkischen Presse wird die Zahl von 2.000 Soldaten genannt, die mit ihren Familien auf der Basis leben sollen (Milliyet 14.12.). Der Libanon, Damaskus oder die Ölfelder von Krikuk werden dort in Reichweite deutscher Kampfbomber liegen.

Auch ein anderer Aspekt könnte wichtig sein: Die BRD entwickelt — teilweise in Kooperation mit anderen Staaten, teils alleine — unter Federführung der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ diverse Marschflugkörper mittlerer und längerer Reichweite (wie etwa LR-SOM, Reichweite 600 km, abzuschießen vom Tornado). Mit fortschreitendem Entwicklungsstand dieser Waffensysteme stellt sich die Frage nach einem geeigneten Testgelände. Vor Jahren rückte die Bundesrepublik international in die Schlagzeilen, weil die Firma OTRAG ein neues Gelände in Zaire gepachtet hatte, um dort (selbstverständlich in völlig friedlicher Absicht) Raketen zu testen. Nach Protesten anderer afrikanischer Staaten mußte das Areal aufgegeben werden. Was wäre besser für die anstehenden Tests geeignet als das Hochland von Konya im „Partnerland“ Türkei?

Leopard und Tornado für die Rüstungshilfe in Milliardenhöhe versprochen

Im Austausch für den Stützpunkt Konya hat die BRD den türkischen Generalen hohe Militärhilfe angeboten. In den Verhandlungen zwischen Bonn und Ankara wird die Position der Türkei dadurch wesentlich gestärkt, daß die Bundesregierung um fast jeden Preis die volle Freizügigkeit für türkische Staatsbürger innerhalb der EG verhindern will. Die Regierung Özal stellt dieses Recht, das nach dem dem EG-Assoziierungsabkommen Ende 1986 in Kraft tritt, durchaus zur Disposition — aber sie treibt die Preise entsprechend hoch.

Bereits im Juli bei seinem Türkei-Besuch hat Bundeskanzler Kohl die Ausrüstung einer türkischen Panzerdivision zugesagt. Gesamtumfang des Projekts: Zwischen 3,5 und 5 Mrd. DM. Gestritten wird jetzt noch darum, ob die Zusage auch die Ausstattung mit Lastwagen, Geschützen, Pioneer- und Fernmeldegerät umfaßt, und vor allem, ob die zu liefernden Kampfpanser 150 ausgemusterte Leopard 1 der Bundeswehr sein werden oder fabrikneue Leopard 2 (wie es die türkische Seite fordert).

Wozu braucht die türkische Armee eine neue Panzerdivision? 1973 war die damals bestehende Panzerdivision aufgelöst worden, „weil sie für das Gebiet nicht geeignet war.“ (FAZ, 18.10.85).

Es liegt nahe, einen Zusammenhang des neuen Aufrüstungsdrucks mit der von der Türkei beanspruchten Vormachtrolle in der Region zu sehen. Um etwa nach einer Niederlage des Irak im Golfkrieg dort einzumarschieren, wie es die türkische Regierung erwägt (vgl. New Statesman, 15.7.83), käme den türkischen Generalen eine hochbewegliche, mit modernster bundesdeutscher Waffentechnik ausgerüstete Panzertruppe gerade recht.

Der zweite große Brocken bei der bundesdeutschen Militärhilfe ist die von der türkischen Luftwaffe dringend gewünschte Lieferung von 40 MRCA Tornado. Finanziert werden soll das 3,6 Mrd. DM teure Projekt mit langfristigen und zinsgünstigen Krediten der Tornado-Herstelstaaten — BRD, Großbritannien und Italien (im Verhältnis 40:40:20). In der BRD wird dabei an Hermes-Kredite gedacht, wie sie schon zur Beschaffung der vier von deutschen Konzernen gebauten MEKO-Fregatten gewährt wurden (FAZ, 18.10.85).

600 Mio. DM zusätzliche bundesdeutsche Militärhilfe sollen bereits fest zugesagt sein (Hürriyet 31.10.85). Vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts wurde im letzten Moment eine Sonderaufstockung des Verteidigungsbudgets um 900 Mio. DM durchgezogen (spezieller Hilfsfonds für dringende Fälle), die gänzlich den türkischen Militärs zukommen soll (Tercüman, 4.12.85). Darüber hinaus fordern die Türkei eine Erhöhung der regulären, alle 18 Monate gezahlten Militärhilfe von 130 auf 200 Mio. DM.

Profitable Geschäfte

Die deutsche Rüstungsindustrie kann sich auf fette Aufträge und glänzende Profitmargen freuen. Die Türkei hat sich — mit Hilfe der Bonner Regierung — zu einem der größten Abnehmer für bundesdeutsches Mordwerkzeug entwickelt. Erst Anfang Dezember wurde eine mit wesentlich von deutschen Konzernen aufgebaute Panzerkanonenfabrik in Kırıkkale eröffnet (bei der Produktion des „CVS“ Panzers (der dem Leopard 1 entspricht), und auch des Leopard 2 in der Türkei wird verhandelt).

Ende November reiste Özal als persönlicher Gast von Franz-Josef Strauß nach München. Im Rahmen der 40-Jahr-Feier der CSU-Gründung gaben sich bei ihm die Vertreter bundesdeutscher Rüstungskonzerne die Klinken in die Hand. MBB will Militärhubschrauber vom Typ „BO-105 K“ an die Türkei verkaufen und möglicherweise auch dort produzieren. Auch an einer Coproduktion des Flugabwehrsystems „Roland“ bestand Interesse. Mercedes und MAN bieten Militärlaster an, und Thyssen-Henschel spielt mit dem Gedanken, die Produktionsstätten des ausgemusterten „Marder“ in die Türkei zu verlagern. (Milliyet, 24.11.).

Mit tatkräftiger Unterstützung Bonns soll die Türkei so zur Waffenschmiede für den Nahen Osten und die gesamte islamische Welt aufgebaut werden. Für das BRD-Kapital ist dieses Land eine optimale Exportplattform. Der Sprecher von Krauss Maffei erklärte frohen Mutes, die projizierte Produktion von Panzerwagen jule nicht unter

westdeutsche Exportverbote und könne frei in Drittländer exportiert werden. (FAZ, 12.12.85) Der durchschnittliche Stundenlohn in der Türkei wurde unter der Krone des Militärregimes auf umgerechnet 90 Pfennig (!) gedrückt, das macht die angepöhlten Produktionsverlagerungen noch profitabler. Nicht zuletzt deshalb unternimmt die BRD alles, um das internationale Ansehen des türkischen Folterregimes aufzupolieren. Im Europa-Parlament formierte sich unter Führung des CDU-Abgeordneten „Remmer“ eine „Gruppe der Türkei-Freunde“, um die wegen Menschenrechtsverletzungen festliegenden EG-Kredite wieder fließen zu lassen. Auch ihre Militärhilfe möchte die Bundesregierung als Teil einer allgemeinen Aufwertung der Türkei im Rahmen des westlichen Bündnisses verstanden wissen (FAZ, 18.10.).

Die Freundschaft wird erwidert. Bei der Kiellegung der zweiten MEKO-Fregatte wies der türkische Marinekommandant vor illustrierten Gästen auf Politik, Rüstungsindustrie und Bundeswehr darauf hin: „Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland entstanden im 19. Jahrhundert. Sie gediehen im 1. Weltkrieg zu einer Schicksalsgemeinschaft, die bis heute besteht.“ (newsport, 25.1.85) Während die Herrschenden hier wie dort blutige Waffenbrüderschaft beschwören, sind die Vorbereitungen zur Enteignung und Vertreibung der Bauern aus dem Hochland von Konya schon angelaufen.

J./Freiburg

Die übersehene Volkszählung

Zum Wanderungspotential in der Türkei / Von Dr. Wolfgang Philipp

Ende Oktober 1985 hat es in der Türkei eine Volkszählung gegeben. Für die Deutschen scheint daran allerdings wenig Interesse zu sein, daß sie überhaupt stattfand. Kein Grund, bei den Überlegungen in den Weg zu stellen, daß das Ergebnis der Volkszählung für Deutschland ebenfalls Bedeutung gewinnen könnte.

1. Als im Jahre 1980 das Assoziierungsabkommen zwischen der EG (die damals noch „Wirtschaftsgemeinschaft“ hieß) und der Türkei geschlossen wurde, war dieses Land mit 20 Millionen Einwohnern von europäischer Sicht ein zweifachem Blick bedürftig, nach der Einwohnerzahl aber kleiner Partner. Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien hatten je für sich eine weit höhere Bevölkerung. Nur so war es zu verstehen, daß jenes Abkommen überhaupt zustande kam. Bei solchen Relationen schienen die türkischen Überseehändler, glaubte man, die dem europäischen Kulturkreis fremde Türkei verfallen zu können.

2. Nach dem Ergebnis der Volkszählung 1985 aber hat sich eine dramatische Veränderung vollzogen. Jetzt gibt es bereits 44 Millionen Türken, von denen schon rund 1,5 Millionen in den letzten 20 Jahren nach Westen gewandert sind. Die meisten nach Deutschland. 1985 Zahl der Türken hat sich um 20 Millionen erhöht. Gegenwärtig liegt die Einwohnerzahl bei 1,5 Prozent, das ist ein Anstieg von rund 1,5 Millionen pro Jahr. Damit wird die Türkei schon Ende dieses Jahrzehnts mehr Einwohner haben als jedes europäische Land. Diese höhere Offenheit sich dadurch noch zu erhöhen, daß die deutsche Bevölkerung der Bundesrepublik rapide schrumpft. Jedes Jahr werden die Geburten nur noch so knapp zwei Drittel durch Geburten ersetzt. Gegen Ende der neunziger Jahre wird die Bundesrepublik ein türkischer Staat zu sein. (Länder und Völker, 1985, S. 104).

3. Am 1. Dezember 1985, also in weniger als einem Jahr, treten die Freizügigkeitsbestimmungen des Assoziierungsabkommens von 1980 in Kraft. Sie werden 20 Jahre lang aufgeschoben werden, weil man hoffte, im Jahre 1980 habe ein europäisches Wirtschaftskreis und soziale Gefälle mehr zwischen einem und der Türkei verschoben. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Bevölkerungszunahme in der Türkei war nicht abgeklungen, hat alle Erwartungen übertroffen. Jetzt stehen Millionen vor einer Wanderung nach Westen, nach Deutschland, bereit, obwohl ihnen der höhere Lebensstandard der 1,5 Millionen im größten Völkerveränderung der Geschichte nicht als solche Einbahnstraße vor die Freizügigkeitsbestimmungen nicht gestellt ist. Das Bild ist vollkommen gut vertreten — ungelesen. Auch in der Bundesrepublik hat sich vieles gegen Stand und Zweck der Freizügigkeit verändert.

4. Am 1. Dezember 1985, also in weniger als einem Jahr, treten die Freizügigkeitsbestimmungen des Assoziierungsabkommens von 1980 in Kraft. Sie werden 20 Jahre lang aufgeschoben werden, weil man hoffte, im Jahre 1980 habe ein europäisches Wirtschaftskreis und soziale Gefälle mehr zwischen einem und der Türkei verschoben. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Bevölkerungszunahme in der Türkei war nicht abgeklungen, hat alle Erwartungen übertroffen. Jetzt stehen Millionen vor einer Wanderung nach Westen, nach Deutschland, bereit, obwohl ihnen der höhere Lebensstandard der 1,5 Millionen im größten Völkerveränderung der Geschichte nicht als solche Einbahnstraße vor die Freizügigkeitsbestimmungen nicht gestellt ist. Das Bild ist vollkommen gut vertreten — ungelesen. Auch in der Bundesrepublik hat sich vieles gegen Stand und Zweck der Freizügigkeit verändert.

zugewandelt. Entwickelt Unversichert hohe Arbeitslosigkeit, stark veränderte Wirtschaftsstruktur. Mangelnde Unterstützung von Arbeitsbeschäftigung des toleranten Ausländer, jenseits.

Trotzdem kann die Bundesregierung (welche auch noch vom Monat nach dem Stichtag der 1.12.1985 Wahlen gewannen will) den Wählern bis heute nicht sagen, ob sie als nächste Jahr ihre Heimat mit weiteren Millionen Menschen eines fremden Kulturkreises weihen müssen. Kann es denn für die Bundesregierung überhaupt eine Frage sein, ob die dem eigenen Volk eine Zuwanderung solcher Art auszusagen kann? Ein Vorgehen mit solch befristeter und dem benachteiligten Feld der Arbeitskräfte und Länder, weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

5. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab. 4. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

6. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

7. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

8. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

9. Eine besondere Zeichnung mit dem Titel „Die türkische Bevölkerung“ aus der Assoziations-Bund und Länder weit davon entfernt, die Arbeitslosigkeit in der Türkei zu bekämpfen, schoben die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen einfach auf die Gemeinden ab.

Schlampertinentes aus dem Hause Sprangermann

Zimmermanns Innenminister für Spranger ist noch so ein richtiges reaktives Schlachtopfer von allem Schrot und Korn. Wo er schon den Job hat, der ihm den Zugriff auf den Verfassungsschutz sichert, da muß auch alles nach dem rechten Weltbild laufen. Verfassungsfeinde sind alle Linken, und links beginnt mindestens bei der SPD-Mitte. Klar, daß auch die Grünen dazugehören. Ein klares Weltbild ist Voraussetzung für den obersten Verfassungsschutz und Spranger garantiert dies. Als sein rechter CDU-kollege Todehnlofer VS Informationen über die Grünen verlangte, ließ Spranger wie selbstverständlich die VS-Amtler Hilfe leisten. Heraus kamen Recherchen über die „extremistische“ Vergangenheit grüner Parteifunktionäre und der Grünen-Nachrücker für den Bundestag. Zusätzlich wurde nach Belegen dafür gesucht, daß die Flick-Parteispenden-Affäre Produkt der „Desinformation gegnerischer Nachrichtendienste“ sei und gewünscht war Hintergrundgründe über die „terroristische Vergangenheit“ des grünen Bundestagsabgeordneten und Flick-Untersuchers Otto Schily. Die Grünen vermuten, daß hierfür Strauß der Auftraggeber gewesen sein könnte, da er während einer Befragung durch Schily im Flick-Ausschuß diesem vorgeworfen hatte, sein Anwaltschönorar in RAF-Prozessen aus Banküberfällen bezogen zu haben. Schily hatte Strauß verklagt und der, so die Vermutung, benötigte „Beweismaterial“.

Öffentlich wurde alles das sowie die Erkenntnis umfangreicher Beobachtung der Grünen durch die Verfassungsschutzämter vor dem Tiedge-Spionageauschluß durch den VS-Vize Pely, einen der letzten Sozialdemokraten in solcher Position. Bekanntgeworden ist nur einiges aus den VS-Recherchen. Sieht man einmal von den Untersuchungen ab, die die Ämter nicht rausrücken — und das dürfen zweifellos die interessanteren sein — so ist da insgesamt wenig Aufregendes zu verzeichnen, dafür um so mehr Zwielichtiges, Schlampiges und die Bestätigung, daß Verfassungsschutzler wie Zimmermann, Spranger & Co. bedenkenlos jede oppositionelle Handlung als verfassungsfeindlich einstufen. So weit sehen wir also unser Weltbild bestätigt.

Was uns dennoch zu einer Kommentierung veranlaßt, ist die Hartnäckigkeit, mit der die grobschlächtigen Verfassungsschutzler unsere Organisation — den KB — wieder und wieder in einer Art und Weise mit den Grünen in

Zusammenhänge bringen, die so einfach nicht stimmen. So weit uns das ehrt, wäre das ja nicht weiter schlimm, etwa wenn zum wiederholten Male die sozusagen ultralinken Taktik behauptet wird, die KB-Spaltung von 1979/80 und die Gründung der Gruppe Z sei ein ganz gewichtiger Schachzug zur Unterwanderung der Grünen gewesen. Doch dabei bleibt es nicht stehen, man schließt uns eben auch Taten zu, die wir von uns wissen müssen.

Spranger's „Enthüllungen“

Doch zunächst einmal zu dem, was Spranger als „Enthüllungen“ zum Besten gibt, und was am ehesten als Sammlung CDU-üblicher Wahlkampfmunition und Linken-Metze zu beschreiben ist. BILD veröffentlichte am 17.12.85 die Erkenntnisse über die grünen Nachrücker im Bundestag, wo tiefstehende Beobachtungen aneinander gereiht werden: Christian Schmidt wurde 1984 Mitherausgeber der MOZ, Udo Tischer gehörte zum Herausgeberkreis des „Info 33“, Annemarie Borgmann und Heidemarie Dann haben sich an Aktivitäten der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ beteiligt. So Müller und Rebekka Schmidt seien auf Veranstaltungen von Nebenorganisationen der (aufgelösten) KPD gesehen worden etc. Brisanter ist da schon die behauptete Nähe Uli Fischers zum „Terrorismus“, wenn vermerkt wird, er gehörte zu „Tatverdächtigen“ eines Bombenanschlags 1970 und seine Adresse sei in den Unterlagen Fritz Teufels gefunden worden. Schade nur, daß Fischer zwar trotz seiner Abenteuerreisen nach Afghanistan und an alle eisernen Vorhänge in der Welt einfach nicht Fritzens humorvolle Qualitäten besitzt.

Wesentlich interessanter als diese groben Klötze von Sprangers Schnüfflern ist der Versuch einer Analyse der Verfassungsschutz-Erkennnisse und -Diskussionen über die Grünen, den Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85 unternimmt.

„Verkappte Staatsfeinde oder unbequeme Demokraten?“

„Wie der Verfassungsschutz die Grünen beobachtet“ ist dieser Artikel überschrieben. Joachim Wagner ist kein Unbekannter. Er ist der VS-Journalist mit Intimkenntnissen, die auch mal dann eingesetzt werden,

wenn gegen die Linken in den Grünen geht. So hat der VS nach der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 und dem Parlamentsentzug der GAL über Joachim Wagner im NDR den Vorstoß gestartet, die GAL als „kommunistisch unterwandert“ zu berechnen und vier ihrer führenden Repräsentanten als Nach- und ehemalige KB-Mitglieder vorzustellen, die in KB und Z-Fraktion „leitende Funktionen“ hielten (AK 223, 12.7.82).

Auch Wagners Wiedergabe enthält eine Reihe von schlampigen Details. Indiz dafür, wie wenig genau man es in bestimmten VS-Kreisen mit Fakten summiert, wenn nur die „Verfassungsfeindlichkeit“ nachgewiesen wird. So wird kurioserweise behauptet, neben anderen linken Gruppen habe die MLPD „die Parole ausgegeben“, bei den Grünen mitzuarbeiten — eine zwar witzige, aber unwahre Behauptung. Die Z-Fraktion um Ebermann, Trampert und Reents wird umstandslos zum „KB-Abieger“ erklärt, eine zwar häufiger gehörte Unterstellung, die aber übersieht, daß es 1979/80 eine Spaltung des KB gegeben hat, die auch öffentlich publiziert wurde. Der KB hatte sich „aus taktischen Gründen der Öko-Partei angeschlossen“, wird behauptet, obwohl nachvollziehbar der KB seinen Anspruch auf eigenständige sozialistische Organisation aufrechterhalten, eine Mitarbeit von KB-Mitgliedern bei den Grünen aber unter Umständen für sinnvoll erklärt hat. Der westberliner Alar Rainer Esche wird als Ex-KBler bezeichnet, obwohl dieser in mehreren Veröffentlichungen seine ehemalige Mitgliedschaft im KBW und die gründliche Reinigung hiervon erklärt hat.

Eine böse und offensichtlich gewollt lancierte Spitze zur Diffamierung des KB ist die Behauptung Wagners, der VS habe 1984 Einblicke in das grüne „Innenleben“ in Hamburg mit — wie vielsagend formuliert wird — „V-Leuten“ auf dem Rücken des KB — erhalten (siehe auch nebenstehenden Textauszug). So ins Zwielicht getauch, sitzt man dann als KBler/in davor und überlegt und überlegt, verdächtig vielleicht...? Nun wollen wir nicht bestreiten, daß solche Beobachtungen möglich waren, zumal die uns bekannten „Kungeltreffen“ 1984 — es gab Fraktionstreffen von drei verschiedenen Strömungen — relativ offen waren und nicht konspirativ abgehalten wurden, ebenso wie die Kontroversen dann auf GAL-Mitgliederversammlungen ausgetragen wurden, in den GAL-Publikationen oder auch im ARBEI-

TERKAMPF nachgelesen werden konnten. So soll der KB wohl durch ominöse Andeutungen zum „Sicherheitsrisiko“ erklari werden, eine Überlegung, die vermutlich mit grünen Abgrenzungsbedürfnissen gegenüber Kommunisten spekuliert.

Wagner weist in seiner Beschreibung der Observation der Grünen durch den VS darauf hin, daß „die ideologische Vielfalt und die Wahlerfolge der Öko-Partei das Ordnungs- und Vorstellungsvermögen vieler Geheimdienstler“ überfordern. Drei VS-Strömungen, „Denkschulen“, will er dabei ausgemacht haben. Die „Geheimdienstler“, die unsystematisch jede Einzelnachricht aneinanderreihen, Beispiel dafür sei die Studie über die grünen Bundestagsnachrücker, die sich — so der Hamburger VS-Chef Lochte — „wie ein Zettel mit Laborwerten, nur ohne Befund“ lese und eines echten Verfassungsschutzes unwürdig sei. Dieser „Denkschule“ wird die Datensammelwut des VS untergeschoben.

Die „Juristen“ unter den Verfassungsschutzern würden vor allem danach suchen, „den Grünen ein gespanntes Verhältnis zum Rechtsstaat, ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt sowie eine Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und des Mehrheitssprinzips nachzuweisen“.

Die ungeheile Sympathie des VS-Journalisten Wagner scheint den „Politikern“ unter den Verfassungsschutzern zu gehören, für die er selbstverleidend Lochte zitiert. Dem mißfalle unsystematische Datensammelwut und „Berichte ohne Bewertung“, die ein VS-Amt nicht verlassen dürfen. Er warnt auch — in Abgrenzung von den „Juristen“ — davor, aus der Sammlung unbedeutender Äußerungen falsche Schlüsse zu ziehen, denn — so gibt Wagner mit eigenen Worten wie-

der: „Gewiß kann man die starken Sprüche eines Joachim Fischer oder Rainer Trampert für bare Münze nehmen. Man kann sie aber ebenso gut als politisches Maulheldentum abtun. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus Reden oder Büchern sagen zudem wenig über das politische Credo der Grünen aus. Bei ihnen gibt es keine einheitlichen Zielvorstellungen oder verbindliche Programme. Außerdem ist hinter jedes Zitat ein Fragezeichen zu setzen: Gilt bei den schnellleibigen Grünen ein Satz von 1981 auch noch 1985?“ Lochte betont „Umdenkungsprozesse“ bei den ehemaligen „Extremisten“. „Aus den meisten Rollen seien Grüne geworden“, weiß er zu berichten und nennt namentlich für diese Wandlung Fischer, Ebermann, Esche und Schmierer. Es ist zu vermuten, daß Lochte eher die Einschätzung der integrativen Kraft der Grünen teilt; so ist für Holger Börner Fischer ein Repräsentant des „kritischen Teils der jungen Generation, der sich korrigiert hat und in unserem Staat mitarbeiten will“. Also, so das nicht gezeigte Fazit, unbequeme Demokraten sind sie teilweise schon, aber Gefahren für das System gehen von ihnen nicht aus. Das aber sehen die Sprangerer anders. Sie hätten schon wieder aufmerksam Thomas Ebermanns staatsfeindliche Ansichten in der Staatsdebatte der „konkret“ (12/85) notiert, schreibt Wagner. Eine notwendige Genugtuung für Ebermann, der in die zitierte grüne Ahnengalerie nun wirklich nicht gehört. Und möglicherweise auch ein Hinweis auf einen Irrtum Lochtes, da an besagter Staatsfrage und dem staatlichen Gewaltmonopol ein wichtiger grüner Streit verläuft, dessen Ausgang darüber entscheidet, ob ein Teil der Grünen auch zukünftig noch als Verfassungsfeinde gilt.

hr.

»V-Leute 'auf dem Rücken des KB'«

Auszüge aus dem Artikel von Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85

„Beobachtungsobjekte sind jedoch — und das ist unter den Verfassungsschutzern unstrittig — einzelne Extremisten in der Protestbewegung. Damit kann der Verfassungsschutz sich auf zwei Wegen über die Grünen informieren: aus allgemein zugänglichen Quellen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Dafür ein Beispiel: Als der KB nach der Auf-

pressenöffentlichung... Schwierigkeiten habe der VS, so Wagner weiter, mit der „quantitativen Analyse“ des extremistischen Potentials bei den Grünen. „Besser, wenn auch nicht vollständig“ ist er über die Vorstände und Fraktionen der Grünen informiert. Nach dem vertraulichen „Spranger-Bericht“ haben knapp ein Zehntel der insgesamt 94 Mitglieder der zehn Landesvorstände „mindestens fünf, also fast die Hälfte der ef-

»V-Leute 'auf dem Rücken des KB'«

Auszüge aus dem Artikel von Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85

„Beobachtungsobjekte sind jedoch — und das ist unter den Verfassungsschutzern unstrittig — einzelne Extremisten in der Protestbewegung. Damit kann der Verfassungsschutz sich auf zwei Wegen über die Grünen informieren: aus allgemein zugänglichen Quellen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Dafür ein Beispiel: Als der KB nach der Auflösung der 'Alternativen Liste' in Hamburg seine Mitglieder aufforderte, zusätzlich den Grünen beizutreten, gingen V-Leute 'auf dem Rücken des KB' (Geheimdienstjargon) auf grüne Kungeltreffen und Versammlungen, um ihre „Kunden“ zu beobachten. Der Trick: Da nach Auffassung des Verfassungsschutzes zahlreiche Extremisten bei den Grünen eine neue politische Heimat gefunden haben, kann der Geheimdienst, indem er angeblich nur sie observiert, das ganze Innenleben der Öko-Partei auspähen.“

So habe beispielsweise der VS in Schleswig-Holstein die Dichtzerin einer Revolution der Grünen, in der vom „ständigen Widerstand im Alltag“ die Rede ist, zielsicher ausgemacht: „Tamara Tschikowa, ehemals Aktivistin im kommunistischen Bund, heute Landesvorsitzende der Grünen in Schleswig-Holstein“.

Aus einem „geheimen Prüferbericht“ des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, gibt Wagner folgende Erkenntnisse über die Grünen-Observierung preis: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat wiederholt V-Leute zu offiziellen Veranstaltungen der Grünen geschickt. Am 12. März 1981 besuchte ein Kölner V-Mann eine Pressekonferenz der Grünen im Bonner Tulpenfeld und 'schrieb darüber drei Berichte. Auch für die Bundesparteiliste der Grünen 1982 und 1983 interessierten sich die Informanten aus der Geheimdienstzentrale; Redner und Funktionäre wurden im Neut Computer gespeichert. Nach dem Hamburger Parteitag der Grünen 1984 fragten die Kölner bei deren Kollegen an der Elbe an, ob sie ihnen nicht Berichte zusenden könnten. Die lakonische Antwort: 'Werden sie doch die Tagespresse aus oder fragen sie beim Bundes-

pressenamt nach'... Schwierigkeiten habe der VS, so Wagner weiter, mit der „quantitativen Analyse“ des extremistischen Potentials bei den Grünen. „Besser, wenn auch nicht vollständig“ ist er über die Vorstände und Fraktionen der Grünen informiert. Nach dem vertraulichen „Spranger-Bericht“ haben knapp ein Zehntel der insgesamt 94 Mitglieder der zehn Landesvorstände „mindestens fünf, also fast die Hälfte der ef-

Von ernsthaften „Umdenkungsprozessen“ bei linken Grünen ist unter Bezug auf Verfassungsschutzler wie Lochte die Rede. „Zwar hätten sich der KB und andere K-Gruppen zunächst aus taktischen Gründen der Öko-Partei angeschlossen, sie seien dann aber von den Erlebnissen und Erfahrungen bei den Umweltschützern „infiziert“ worden. So hat zum Beispiel die Mitarbeit des KB-Abiegers Z-Fraktion nach der Hamburger Analyse „nicht nur zur Auflösung der Gruppe geführt, sie hat auch die politischen Positionen führender Mitglieder“ aus dem Zirkel um Thomas Ebermann und Willi Gollermann verändert. Für die Hamburger Verfassungsschutzler ist die „politische Arbeit“ von ehemaligen Mitgliedern und Anhänger der dogmatischen und undogmatischen Linken „in einem neuen Organisationszusammenhang“ keine taktische oder möglicherweise getarnte Tätigkeit für die ehemalige Organisation.“

Unumstößlich, und solche Lochte-Ansichten nicht, denn so Wagner — „Erst in der vergangenen Woche hat der führende Linksextremismus-Experte im Kölner Bundesamt einen Diskussionsbeitrag Thomas Ebermanns in Konkret über den Staat und dessen Despotie als verfassungsfeindlich interpretiert.“

Exklusiv Geheimakte über die Grünen

Von EINARKOCH
Hier Einzelheiten aus der von Staatssekretär Spranger angeforderten Geheim-Klassifizierung der Grünen

• **Grünen-Fraktions-sprecher Christian Schmidt (42):** „Wurde im Oktober 1982 auf der Jahreshauptversammlung der 'Initiative Sozialistische Politik' (ISP) in die Redaktionskommission der (kommunistischen, d. Red.) Monatszeitschrift 'Moderne Zeiten' (MOZ) gewählt. In der letzten Ausgabe der MOZ vom August 1984 wird er als Mit-Herausgeber genannt.“

• **Ulrich Fischer (48, Platz 7 hessische Landesliste):** „Gehörte zu den Tatverdächtigen, die am 5. 5. 1970 einen Bombenanschlag auf das Amerika-Haus in Berlin verübt haben sollen... Am 5. 4. 1973 wurde seine Adresse in der Unterlage des Fritz Teufel (Ex-Kommunarde d. Red.) gefunden.“

• **Joachim Klupp (51, Platz 3 landesliste Rheinland-Pfalz):** „1982 war er Teilnehmer von Treffen des 'Arbeitskreises Ökologie und Marxismus' (ehem. Mitglieder der 1980 aufgelösten KPD).“

• **Annemarie Borgmann (45, MoB):** Sie ist Zeichnerin eines Auftrags für eine Konferenz zum Thema Berufsverbote 4/5 2 1984 in Böttingen.“

• **Heidemarie Dann (36, MoB):** „Beteiligte sich mit einem Gutachten zum Thema Asylrecht und Abschiebeprogramm an der von der DKP beeinflussten Initiative Weg mit den Berufsverboten.“

• **Joachim Mohr (32, MoB):** „Beteiligte sich 1973/74 an Veranstaltungen der Liga gegen den Imperialismus und des kommunistischen Studentenverbandes.“

Zuständig für Kontaktnetz



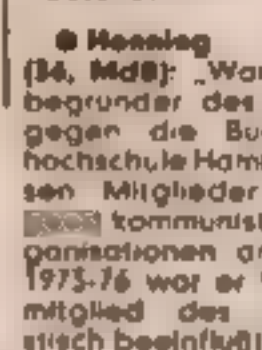
Fraktions-sprecher Schmidt ist querschnitts-kritisch, Anti-staatsfeindlich, von Boryl Lehrer.



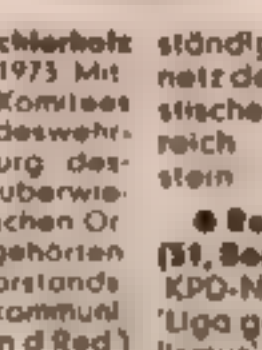
Annemarie Borgmann, Mutter von 3 Kindern, ist Öko-dogmatisch, Mitglied der Grünen.



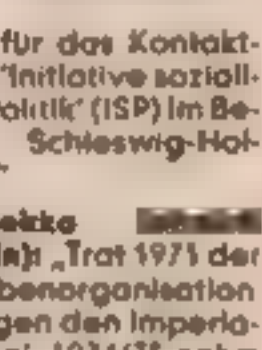
Heidemarie Dann, Mutter von 3 Kindern, ist Öko-dogmatisch, Mitglied der Grünen.



Joachim Mohr, Mitglied der KPD, ist Mitglied der Liga gegen den Imperialismus und des kommunistischen Studentenverbandes.



Heidemarie Dann, Mutter von 3 Kindern, ist Öko-dogmatisch, Mitglied der Grünen.



Joachim Klupp, Mitglied der KPD, ist Mitglied der Liga gegen den Imperialismus und des kommunistischen Studentenverbandes.

• **Jon Borkowick (38, Platz 5 landesliste Schleswig-Holstein):** „Anfang 1984 war er zu-

ständig für das Kontaktnetz der 'Initiative sozialistische Politik' (ISP) im Bereich Schleswig-Holstein.“

• **Rebekka (31, Berlin):** „Trat 1971 der KPD-Nebenorganisation 'Uga gegen den Imperialismus' bei. 1974/75 nahm sie an Veranstaltungen des 'kommunistischen Studentenverbandes' (KSV), ebenfalls Nebenorganisation der KPD, teil.“

Kalter Notstand:

Verweigern ist Trumpf

Thesen zur Volkszählung 87, zum maschinenlesbaren Personalausweis und den 'Geheimdienstgesetzen' der Koalition



Fortsetzung

chen Umständen und unter pragmatischen Gesichtspunkten einer größeren Alltagsbequemlichkeit dienen. Als 1-punkt technischer Massenkontrolltechnik und konkrete Spitze der gegenwärtig betriebenen Legalisierung einer staatlichen Überwachungs- und Kontrollfunktion sowie vor dem Hintergrund der Erfahrung mit faschistischen Ermittlungsmethoden hierzulande ist seine Einführung allerdings kategorisch abzulehnen und zu bekämpfen.

Kritik und Widerstand gegen den Mikrozensus, die Volkszählung wie auch die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises kann nur sinnvoll sein, wenn sie als Bestandteil des „sicherheitspolitischen“ Präventionskonzepts der Herrschenden der BRD be-

griffen und wenn transparent gemacht wird, daß die damit angestrebte „Zukunftssicherung“ und „Regierbarkeit“ nicht zugunsten, sondern zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung zu Buche schlägt.

Die praktische Entwicklung einer neuen Widerstandsbewegung gegen die aktuelle Offensive der Koalition in Richtung Legalisierung des Überwachungsstaats kann aber wenn, dann nur von konkreten Kristallisationspunkten ausgehen, von denen aus der Gesamtzusammenhang auch für den Nicht-Experten und die Nicht-Expertin deutlich gemacht und spürbare Erfolge organisiert werden können. Als solche Kristallisationspunkte eignen sich die kommende Volkszählung und die beabsichtigte Einführung des maschinenlesbaren Ausweises.

These 4

In der aktuellen „sicherheitspolitischen“ Diskussion zeigen sich die „Sicherheitsstrategien“ in der Hauptlinie zu den mit dem gegenwärtig erreichten gesellschaftlichen Konsens einer relativ weitgehenden Befriedung. Zugleich wird aber mehr noch als bereits in den zurückliegenden Jahren die Unkalkulierbarkeit der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung, eine deutlicher werdende Grenze der „sicherheitspolitischen“ Prognosefähigkeit, und in diesem Zusammenhang die trotz des schon erreichten Standes unzureichende Versorgung der staatlichen Planungs- und „Sicherheits“-organe mit den gewünschten Daten beklagt.

Auf einem im Sommer 1986 von der Polizeiführungsakademie Hiltrup unter dem bezeichnenden Thema „Pol-

izei in den 90er Jahren“ durchgeführten Forschungs- und Ausbildungsseminar wurden als Schwerpunkte zukünftiger Polizeiarbeit vorgestellt: — verstärkter Ausbau der Überwachungs- und Kontrolltechnik, insbesondere auch der „sicherheitspolitischen“ Datensammlungen, — die Neuerrichtung eines sog. Prognosezentrums, dessen Aufgabe die wissenschaftliche Systematik betriebener Auswertung verstärkt zu beschaffender Sozialdaten ist.

Dies gibt den aktuellen statistischen Erhebungen wie dem Mikrozensus, wie vor allem auch der geplanten neuen Volkszählung und der beabsichtigten Einführung des maschinenlesbaren Ausweises eine deutliche — auch aktuelle — Funktion.

These 5

Gegen den Versuch der Herrschenden, die für ihre Zwecke mangelhafte Kal-

nahmen zu protestieren. Das ganze neue Gesetzespaket sowie die beabsichtigten Maßnahmen der Zahlung und des maschinenlesbaren Ausweises muß in seiner Gesamtheit vom Tisch.

These 5

Gegen den Versuch der Herrschenden die für ihre Zwecke mangelhafte Kalkulierbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung u.a. durch Ausforschung und Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung für sich kalkulierbar und damit „regierbar“ zu machen, kann es von denen, die die Objekte der so gewonnenen Entscheidungen sein sollen, im Grundsatz nur eine einzige Entscheidung geben, die im eigenen Interesse vernünftig ist, sich der Kalkulierbarkeit verweigern, sich soweit wie möglich unkalkulierbar machen.

Angesichts der Legalisierungsabsichten eines allseitigen Überwachungs- und Kontrollstaats seitens der Regierungskoalition, denen ja auch die SPD nicht nur nicht entgegentritt, sondern die sie zu Zeiten ihrer Regierungsvorverantwortung praktisch mit eingelegt hat und auch jetzt wieder durch Zustimmung wie im Fall der Volkszählung oder durch Schweigen unterstützt, kann es nicht mehr darum gehen, gegen einzelne Gesetze und Maß-

nahmen zu protestieren. Das ganze neue Gesetzespaket sowie die beabsichtigten Maßnahmen der Zahlung und des maschinenlesbaren Ausweises muß in seiner Gesamtheit vom Tisch. In dieser Forderung sind auch bisher von der Humanistischen Union über die linkssozialdemokratische politische Zeitschrift CILIP bis zu den GKD/NEN und den wenigen verbliebenen VoBo-Initiativen alle linken Kräfte einig.

Auf den politischen Punkt gebracht bedeutet das: Boykott der für den 25.5.87 geplanten Volkszählung, ebenso der geplanten Einführung des maschinenlesbaren Ausweises wie auch der jetzt bereits laufenden Mikrozensus-Zählung. Substanz entsprechender Vorbereitungen durch Gegeninformationskampagnen und sonstige Ereignisse, auch parlamentarische Gegenmaßnahmen. Von einer erneuten Klage vor dem BVO sollte sich niemand allzu positive Auswirkung für einen möglichen Widerstand versprechen. Eine solche Klage könnte angesichts des Doppelcharakters des Urteils nur dann überhaupt sinnvoll erwogen werden, wenn nicht nur das novellierte Volkszählungsgesetz und der neue Volkszählungsbogen, sondern das gesamte Paket der nach dem Urteil entwickelten Gesetzesnovellierungen und Maßnahmen dort als verfassungswidrig unter Anklage gestellt würde — mit dem Risiko, daß das BVO die von den Strategen der „linken“ Seiten vorgeschlagene Neudefinition der Polizeiaufgaben ablehnt, da es diese Neudefinition schließlich selbst gefordert hat. Ein solches Verfahren könnte allenfalls unter dem Gesichtspunkt der Verzögerung der beabsichtigten Gesetzesnovellierungen und Maßnahmen interessant sein.

Fortsetzung nächste Seite

These 1

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 trug einen Doppelcharakter: Es verkündete zum einen erstmals ein neues „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“, insonderheit die Forderung nach der „Zweckbestimmtheit“ von Datenerhebungen. Es formulierte andererseits die Einschränkung dieses individuellen Rechts zum „Schutz öffentlicher Interessen“, sofern dieser Zweck nachgewiesen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werde.

Durch das Urteil wurden einerseits die seit Mitte der 60er Jahre in der staatlichen, besonders polizeilich-geheimdienstlichen Praxis entwickelten Methoden des „computergestützten“ präventiven Datensammelns für unverzichtbar mit der Verfassung erklärt. Damit wurden die in der Praxis bereits installierten Methoden des staatlichen Überwachungsapparates partiell und vorübergehend quasi als ungesetzlich angreifbar gemacht.

Andererseits enthielt das Urteil mit seiner Forderung nach einer staatsrechtlichen Definition der Zwecke präventiven staatlichen Datensammelns die unmißverständliche Aufforderung an „den Gesetzgeber“, das im Zuge der inneren Aufrüstung seit den 60ern entstandene und durch die Boykottbewegung bloßgelegte Mißverhältnis zwischen neuer staatlicher Überwachungsrealität und bisherigem Recht durch Neu- bzw. Nachdefinition staatlicher, speziell polizeilicher Aufgaben aufzuheben, d.h. die Rechtsnorm der gewandelten Realität anzupassen.

Das Urteil war zweifellos ein Erfolg der Boykottbewegung. Es stoppte die beabsichtigte Volkszählung und machte die Überwachungspraktiken des Staates darüberhinaus angreifbar. Das betrifft nicht nur die vorläufige Absetzung der Volkszählung 1983, sondern ebenso die Verschiebung der für das Jahr 84 geplanten Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises sowie diverse Datenskandale der Jahre 84

und 85, von denen sich staatliche Organe, vor allem im „sicherheitspolitischen“ Bereich, beherrschten.

Gleichzeitig führte es zu einer Verlagerung der Auseinandersetzung auf die rechtliche Ebene. In der Praxis ging die Initiative des Widerstands gegen Volkszählung, Verdattung und Überwachungsstaat damit zunächst auf die wenigen beamteten Datenschützer und einen kleinen Kreis von Experten über, die sich entsprechend der Anforderung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Volkszählung mit Experten der „Sicherheits“-Bürokratie eine — weitgehend auch hinter den Kulissen sich abspielende — Auseinandersetzung um die Neudefinition von staatlichen Eingriffsrechten gegenüber den Bürgern lieferten, während die Boykottbewegung zurücksaß.

Jeder neue Anlauf zu breiterem Widerstand muß diese durch den Doppelcharakter des Urteils gegebenen Voraussetzungen berücksichtigen.

These 2

Die Ideologie und Organisation der staatlichen „Sicherheitsorgane“ bedeutete das Volkszählungsurteil des BVO in der Konsequenz entweder Rückkehr von der bereits seit Jahren speziell unter Herold — eingeleiteten Entwicklung der Präventivpraktiken eines vorverriegelten Staatsschutzes oder Ausbruch zum großen Sprung nach vorn, um die in der Praxis bereits entwickelte neue Qualität eines präventiv-polizeilichen Staatsschutzstranges von den inzwischen unzulänglichen Fesseln einer Zweckbindung des polizeilichen Auftrags an „konkrete Straftaten“, konkrete „Störer“ usw. endgültig zu befreien, nachdem mit verschiedenen „Anti-Terror“- und „Sicherheitsgesetzen“ der näheren Vergangenheit bereits halbe Schritte in diese Richtung getan worden waren. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz“ von 1977, das darauf folgende sog. Razzengesetz von 1978, mit dem neben anderem polizeiliches Handeln vom Vorliegen konkreter Verdachts gelöst wurde. Nicht zu vergessen auch die kürzlich erst verabschiedeten Richtlinien der Länderinnenministerkonferenz zum Einsatz von „under cover agents“ (UCA), mit denen nach langjährigem Drängen und aufgrund konkreter Praxis entsprechender Sonderpolizeinheiten die Loslösung des Polizeiauftrags von seiner Legalitätsbindung auf dem Verordnungsweg besiegelt wurde.

Die „Sicherheits“-Bürokratie entschieden sich nach anfänglichem Schock selbstverständlich für den Sprung nach vorn: sie legten ein umfängliches Paket von Gesetzes-Novellierungen-Vorschlägen vor, in denen der Auftrag des BVO-Urteils zur Zweckdefinition staatlicher Datensammlungen offensiv genutzt wird.

Es handelt sich bei dem Paket um mehr als 10 einzelne Gesetze und Maßnahmen. Zum einen Neufassungen wie die des „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz“, des VS-Gesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes, bei denen die Datenschutzklauseln nach dem Urteil neu gefaßt wurden; sodann Entwurfsentwürfe wie das MAD-Gesetz, sowie das sog. Zusammenarbeitsgesetz, das die Datenkooperation der verschiedenen Ämter im on-line-Betrieb regeln soll, und außerdem im Rahmen einer Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes neue Bestimmungen, die den on-line-Datenfluß zwischen Bundeskraftfahrzeugamt und der Polizei legalisieren sollen. Beschlossen sind bereits die Gesetze zur Durchführung der sog. Mikrozensus- und der Volkszählung. Die Mikrozensusbefragung findet bereits statt. Die Volkszählung soll am 25.5.87 beginnen. Zur Beschlußfassung stehen die Neufassung des PAB sowie des Personalausweisgesetzes an, mit denen die Einführung von maschinenlesbaren Ausweisen ermöglicht werden soll.

Statt die Zweckbindungsforderung des BVO-Urteils restriktiv gegenüber datensammelnden Behörden auszuheben, zielen die Entwürfe im Einzelnen wie in ihrer Gesamtheit auf Neudefinition des Zwecks staatlichen, speziell polizeilichen Handelns. Zweck polizeilichen Handelns ist danach in Zukunft nicht mehr allein die konkrete Strafverfolgung, bzw. auch Gefahrenabwehr, sondern die Erhaltung von „Sicherheit und Ordnung“, sondern darüberhinaus die präventive Abwehr von möglichen Gefahren für die „innere Sicherheit“ generell. Unter dieser neu definierten Zweckbestimmung der Polizeiaufgaben wäre das Sammeln von Daten zukünftig grundsätzlich legal, auch wenn keine erkennbaren konkreten, sondern nur allgemeine Zwecke angebar und. Unter dieser Zweckbestimmung wären on-line-Anschlüsse, d.h. das faktische Zusammenschließen aller „sicherheitspolitischen“ relevanten Staatsorgane, einschließlich VS und Polizei legal. Unter dieser Zweckbestimmung wären auch Einsichtnahme und evtl. Löschung von bestimmten konkreten auf eine Person bezogenen Daten von vornherein überflüssig bis unpraktikabel, da konkrete Personen ja gar nicht betroffen sind. usw.

Was hier legalisiert und damit weiter beschleunigt werden soll, ist die durch die Entwicklung der letzten Jahre faktisch bereits stattfindende Aufhebung der staatlichen Gewaltenteilung durch einen zentralisierten, präventiv agierenden Informations- und Handlungsverbund aller „sicherheitsrelevanten“ Organe dieses Staates. Dies gilt innerhalb der Exekutive selbst durch Legalisierung der on-line-Kooperation zwischen den Ämtern, nicht zuletzt auch zwischen Geheimdiensten und Polizei. Dies gilt aber auch für das Verhältnis von Exekutive, Judikative und Parlament, zwischen denen die Gewichte noch weiter zugunsten der Exekutive verschoben werden.

Faktisch ließe dies auf eine Vorverlagerung von Notstandsrecht ohne Ausrufung des Notstandsfalls hinaus. Die Volkszählung wird von ihren Betreibern als unverzichtbar für die materielle Zukunftssicherung und damit Regierbarkeit der BRD dargestellt. Dem ist keineswegs zu widersprechen. Im Gegenteil, genau dies gilt es klarzustellen: Die Volkszählung ist als massenstatistisches Instrument der Konfliktlösung ein wesentlicher Bestandteil der „sicherheitspolitischen“ Präventionsstrategien, mit denen die Herrschenden für sich eine größere Kalkulierbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu erreichen hoffen.

Auch der geplante Personalausweis ist nicht „an sich“ gefährlich, sondern könnte unter anderen gesellschaftlichen Umständen und unter pragmatischen Gesichtspunkten einer größeren Alltagsbequemlichkeit dienen. Als 1-punkt technischer Massenkontrolltechnik und konkrete Spitze der gegenwärtig betriebenen Legalisierung einer staatlichen Überwachungs- und Kontrollfunktion sowie vor dem Hintergrund der Erfahrung mit faschistischen Ermittlungsmethoden hierzulande ist seine Einführung allerdings kategorisch abzulehnen und zu bekämpfen.

Kritik und Widerstand gegen den Mikrozensus, die Volkszählung wie auch die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises kann nur sinnvoll sein, wenn sie als Bestandteil des „sicherheitspolitischen“ Präventionskonzepts der Herrschenden der BRD begriffen und wenn transparent gemacht wird, daß die damit angestrebte „Zukunftssicherung“ und „Regierbarkeit“ nicht zugunsten, sondern zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung zu Buche schlägt.

Die praktische Entwicklung einer neuen Widerstandsbewegung gegen die aktuelle Offensive der Koalition in Richtung Legalisierung des Überwachungsstaats kann aber wenn, dann nur von konkreten Kristallisationspunkten ausgehen, von denen aus der Gesamtzusammenhang auch für den Nicht-Experten und die Nicht-Expertin deutlich gemacht und spürbare Erfolge organisiert werden können. Als solche Kristallisationspunkte eignen sich die kommende Volkszählung und die beabsichtigte Einführung des maschinenlesbaren Ausweises.

These 3

In einer demokratischen Gesellschaft, deren Geschichte nicht der Faschismus wäre, und deren Gegenwart nicht die Konturen eines möglichen Polizei- und Überwachungsstaats befürchten ließen, könnte man über den bürokratischen Lärm der aktuellen „Datenschutz“-Gesetzgebung sowie die bereits laufende Mikrozensusbefragung, die geplante neue Volkszählung, selbst die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises lachen oder sich gar der so laut herausgestellten Planungs- oder Bequemlichkeitsvorteile bedienen und erfreuen. Unter den für die BRD gegebenen Bedingungen allerdings ist Skepsis und durch historische sowie aktuelle Erfahrung geprägtes Mißtrau-

en in die staatlichen Absichten erstes Bürgerrecht und zugleich -pflicht. Der politische Skandal liegt tatsächlich weniger in den Einzelmaßnahmen und -gesetzen als vielmehr in dem Gesamtzusammenhang, in dem sie stehen.

Die Mikrozensus-Befragung ist von geringem praktischen Nutzen für ihre Betreiber und wäre von geringer politischer Bedeutung, wenn sie nicht für die staatlichen Statistiker und Planungsstrategen in erster Linie ein Testfeld für die Akzeptanzbereitschaft der Bevölkerung gegenüber der geplanten Neuaufgabe der Volkszählung wäre. Unter diesem Gesichtspunkt kann und muß sie auch Fokus und Prüfstein für die Entwicklung von Widerstand gegen die Volkszählung sein.

1) CILIP 21, Nr. 2/83, Schwerpunkt: neue „Sicherheits“-gesetzliche Dokumentation und Kritik 2) CILIP 22, Nr. 3/85, zum 5. und der Koalitionsspannungen in Bezug auf die neuen „Sicherheits“-gesetze, sowie Dok. und Kritik zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes 3) Memorandum der Humanistischen Union zur geplanten Verschärfung des Geheimdienst- und Polizeirechts (in Auszügen u.a. im „Spiegel“ 2/86)

Linke Grüne zwischen Offenburg und Waterloo

Interview mit Eckhard Stratmann (ex-MdB)

AK: Auf dem Offenburgertag wurden Jutta Dittfurth, Rainer Trampert und Lukas Beckmann mit 2/3-Mehrheit als Parteipräsidium bestätigt. Wie schätzt Du dieses Ergebnis?

Eckhard Stratmann: Persönlich halte ich es natürlich für positiv, daß die Abwahl Juttas nicht geklappt hat. Das wäre innerparteilich und in der Öffentlichkeit als weiterer Sieg des Realos verstanden worden. Diese Interpretation ist durch das Wahlergebnis unmöglich gemacht worden.

Allerdings wäre eine andere Interpretation genauso falsch: Nämlich, daß durch diese Abstimmung die bisherige Politik des Bundesvorstandes bestätigt worden sei. Diese Interpretation wäre — für uns Linke und für die Ökosozialisten insbesondere — ein gefährlicher Irrtum. Die Aufgabe und die Kunst einer ökosozialistischen Position bei den Grünen besteht nämlich darin, zum einen dezidiert linke Positionen zu propagieren und bei den Grünen attraktiv zu machen, dies aber auf der anderen Seite zu verbinden mit der Praktizierung von integrativer Politik. Bei Jutta und z.T. bei Rainer habe ich aber sehr stark den Eindruck, daß sie das Bemühen um Integration im vergangenen Jahr sehr stark vernachlässigt haben und es auch gar nicht als ihre Aufgabe betrachten.

Aus meiner Erfahrung im Wahlkampf in NRW weiß ich, daß es fatale Konsequenzen für die Gesamtpartei hat, wenn verschiedene Machtzentren in der Partei gegeneinander Politik machen: In NRW war das der Landesvorstand, der die Ökosozialisten nicht repräsentiert hat, und auf der anderen Seite die ökosozialistische Strömung als Widerpart.

Eine ähnliche Konstellation haben wir auch auf Bundesebene: Die Realos herrschen in den Parlamenten vor und auf Ministerienebene, die Fundis und die Linken dominieren die BuVo-Sprecher-Riege. Das muß allein schon von der Konstruktion her ein Gegenstand geben, und das ist im Interesse der Gesamtpartei verheerend. Auch der Offenburgertag Pyrrhus-Abstimmungssieg wird im Wahlkampfjahr noch negative Wirkungen zeigen, er wird Gegenreaktionen auslösen. Deswegen warne ich auch davor, das Ergebnis zu bejubeln.

Ich habe versucht, im Vorfeld des parteitages auch innerhalb der Partei-Linken für eine Lösung zu plädieren, daß das Sprechergrünium alle Hauptströmungen innerhalb der Partei wiedergibt. Eine Lösung „Schoppe statt Dittfurth“ wäre allerdings für mich keine Lösung gewesen, weil Waltraud genauso wenig integrieren kann und will wie Jutta. Mir wäre eine Lösung am liebsten gewesen, anstelle von Jutta eine Frau zu bekommen, die von allen Strömungen der Partei angenommen werden kann. Aber ich habe gemerkt, daß innerhalb der Linken für diesen Konsens zu finden war; denn die Linke hatte sich — zum Teil zähneknirschend — hinter Jutta geschlossen, weil der Abwahlentwurf Ausdruck einer Real-Offensive war.

„Der entscheidende Fehler der Linken“

Aber diese Taktik war doch richtig. Solange die Realos die Parlamentar-

beit beherrschen, können doch die Linken und Fundis nur versuchen, über den Bundesvorstand ein minimales Gleichgewicht zu halten.

Ich glaube, das wird sich im nächsten Jahr nicht durchhalten lassen. Man kann nicht über den BuVo ein Gegen-Gewicht aufbauen zu einer Position, die etwa die Hälfte der Partei ausmacht. Man kann dagegen nicht so vorgehen, daß die Linken Gremien-Bastionen aufbauen, während die Basis wegrutscht. Das ist kontraproduktiv und fällt letztlich auf uns selbst zurück. Ich halte es dagegen für notwendig, daß im Februar bei der Teil-Neuwahl des Bundesvorstandes einige Vertreter/innen des Realo-Flügels gewählt werden, und zwar auch mit Stimmen der Linken.

Im aus diesem Gedankengang mal einen positiven herausheben! Meinst Du, daß die Linken bei den Grünen in der Vergangenheit viel zu wenig inhaltlich Flagge gezeigt haben, und stattdessen auf Posten Jagd gegangen sind?

Der Fehler bestand nicht darin, daß sie sich zu sehr um Posten gekümmert haben. Sondern: Von Protagonisten der Linken ist die Auseinandersetzung um die Bündnisfrage, um die Koalitionsfrage, zu stark in den Vordergrund gerückt worden. Dies als Hauptausgangspunkt zu betrachten, war der entscheidende Fehler.

Man muß zwar ganz klar die Koalition ablehnen. Aber in erster Linie muß man „Ökosozialisten“ mit „Inhalten“ in Verbindung bringen, muß man Inhalte attraktiv machen. Und das haben die Linken in der konzeptionellen Entwicklung verpasst. Ich selbst setze mich jetzt bei linksgrünen Treffen dafür ein, daß wir das sozialistische Element stärker in den Vordergrund stellen.

„Ran gehen an die Macht des Kapitals“

Das heißt?

„Ran gehen an die Macht des Kapitals“

Das heißt?

Ich selbst bin dabei, daran zu arbeiten, wie wir Konzepte zur Demokratisierung der Wirtschaft konkret auf den Tisch legen können. Die Bundestags-Fraktion hat jetzt z.B. einen Gesetzesentwurf verabschiedet zur Re-Kommunalisierung der Energie-Wirtschaft. Das ist der bisher konkreteste und weitreichendste Zugriff sowohl auf die stoffliche Seite einer gesamten Branche — und die Energie-Wirtschaft ist ja eine strategische Branche, nicht eine z.B. Textile —, als auch auf die demokratische Struktur einer Branche, eine Art kommunale Vergesellschaftung. Ohne daß wir dies Etikett benutzt haben, ist das doch ein großer Erfolg der Linken, vor allem, wenn das in der Partei angenommen wird.

Ich bemühe mich exemplarisch am Beispiel der Stahlindustrie um eine Gesetzesinitiative zur Vergesellschaftung. Denn wenn man das auf der Gesetzes-Ebene versucht, zwingt man sich selbst zur Konkretheit, da kommt man nicht mehr mit allgemein-propagandistischen Floskeln aus. Eine solche Gesetzesinitiative würde bei ihrer Einbringung in den Bundestag eine ganz andere gesellschaftliche Diskussion auslösen, das gäbe Druck auf die SPD und

die IG Metall.

Wir müssen uns endlich auch um die Demokratisierung des Bankwesens kümmern, also auch ran gehen an die höchst profitablen Sektoren. Dasselbe gilt für die Automobil-Industrie, denn die Krise, die wir heute bei Stahl haben, kommt mittelfristig auch auf diese Branche zu. Darauf müssen wir uns schon heute vorbereiten, müssen heute schon die Konzepte ausarbeiten, mit denen wir morgen werben wollen. Es geht dabei um die ökologische und demokratische Umgestaltung eines ganzen Industriezweiges.

Auf dem Gebiet der Ökonomie haben wir bisher zu wenig Vorwärtswendes geleistet. Zu oft ist der Eindruck entstanden, daß die Grünen die Demokratisierung der Wirtschaft wesentlich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Alternativ-Sektors sehen. Eine solche Position ist lächerlich. Hier müssen wir Linken schnellstens mit der Arbeit beginnen.

„Stamma-Tolerierungslinie ist verheerend“

Aber die Weiterentwicklung von Inhalten hängt doch zusammen mit der Bündnis/Koalitionsfrage. Sondern: Man hat bei der Position von Michael Stamm (GAL Hamburg), bzw. mit anderem Vokabular bei der von Willi Hom, Die wollen ganz tolle Inhalte für den Wahlkampf entwickeln, aber nachher Johannes Rau zum Nulltarif in den Kanzlerkandidaten bringen.

Da hast du schon recht. Deshalb sitze ich mit etlichen anderen an der Ausarbeitung eines Positionspapiers der Linken, wo das zusammengebracht wird, wo insbesondere in den Bereichen Ökonomie, Ökologie — also bei der stofflichen Seite der Produktion — und in der Friedenspolitik linke Inhalte deutlich gemacht werden; und zwar nicht auf einer analytischen Ebene, sondern auf einer konzeptionellen: Was wollen wir. Und dann wird, sozusagen folgend aus den Inhalten, eine Analyse der SPD geleistet: Was ist bei dem oder jenem Inhalt, was ist konkret deutlich gemacht werden, und zwar nicht auf einer analytischen Ebene, sondern auf einer konzeptionellen: Was wollen wir. Und dann wird, sozusagen folgend aus den Inhalten, eine Analyse der SPD geleistet: Was ist bei diesen Inhalten mit der SPD möglich, was nicht? Das Ergebnis ist für jeden Linken klar.

Aber mir liegt dann ebenso daran, daß wir nicht eine dogmatische oder prinzipielle Ablehnung einer Koalition vornehmen. Ich bin kein dogmatischer Gegner einer Koalition, sondern vertritt das unter den jetzigen Umständen und bezüglich der jetzigen SPD. Aber ich kann mir gesellschaftliche Bedingungen vorstellen, wo gerade Linke in eine Regierung reingehen sollten. Das ist zwar nicht die aktuelle Lage, aber ich möchte auf jeden Fall eine ökosozialistische Position von einer fundamental-oppositionellen abgrenzen.

Da sind wir ja schon beim nächsten Problem angekommen. Es gibt innerhalb der Linken eine ganz neue Lagerbildung. Die Gruppe um Michael Stamm (s.o.) wird von anderen Linken ja schon als „dritte Realo-Strömung“ gehandelt, während andere Ökosozialist/innen sehr eng mit den Fundis zusammenhängen.

Ich halte das, was Michael Stamm und Freunde vorlegen, im Ergebnis für verheerend. Es fällt ein Ergebnis, nicht in der Intention, selbst hinter moderate

Realo-Positionen zurück. Wer sagt: Wir tolerieren Realo bedingungslos und wir unterstützen seine Haushalte bedingungslos, kann mir überhaupt nicht mehr überzeugend begründen, warum er gegen Koalitionen ist. Du, er fällt sogar hinter die Hessen-Koalition zurück, weil er die schlimmsten Haushalte mit Aufrüstung und Sozialabbau etc. mitträgt, ohne irgendeine Bedingung vorher einzufordern. Die Realos versuchen ja wenigstens noch Minimalen zu fordern, und sie setzen ja auch Minimalen durch. Das reicht uns zwar überhaupt nicht; aber bei Stamm fällt selbst dieses Minimalen weg, weil jegliches Droh- und Druckpotential gegen die SPD aus der Hand gegeben wird. Wenn die SPD nachgibt, dann nur mit Druck. Darin fehlt bei Stamm jede Möglichkeit, und deshalb ist Stamms Position verheerend. Auf diesem Level wird es keine Einigung der Ökosozialisten geben.

Falsch finde ich aber auch das andere Extrem, Stamm und Freunde jetzt sozial und politisch zu isolieren, sie zu schneiden. Man muß mit ihnen sprechen, weil es Linke sind und weil es Grüne sind, aber man muß ihnen deutlich machen, was ich eben gesagt habe.

„Keine Bindung der Ökosozialisten an die Fundis ...“

Wie sieht Du zu dem Bündnis „Ökosozialisten und Fundis“?

Ich habe keine Schwierigkeiten, mit Jan Kuhnert, Jutta Dittfurth oder Manfred Zieran zu reden und Inhalte abzuklären. Das mache ich auch. Aber ich möchte nicht den Eindruck verlängern, der im Zusammenhang mit der Konstellation Trampert/Bahro entstanden ist, nämlich daß es eine enge Bindung der Ökosozialisten an die Fundis gibt. Erstens will ich prinzipiell Kritik an Fundis-Positionen haben, wie vorher ausgeführt. Zweitens, will ich konkrete Kritik an der Fundi-Politik in Hessen und im BuVo haben.

Der Ökosozialist/Ingeborg Gonschke, Erstens will ich prinzipiell Kritik an Fundis-Positionen haben, wie vorher ausgeführt. Zweitens, will ich konkrete Kritik an der Fundi-Politik in Hessen und im BuVo haben.

Drittens, will ich aus Gesprächen mit vielen Linken, die sich nicht zu der Stamm-Gruppe und auch nicht zu den Fundis rechnen, weiß, daß sie ein Zusammengehen mit den Fundis für kontraproduktiv halten und sich für eine eigenständige ökosozialistische Position stark machen.

Und deshalb sage ich: Wir müssen die ökosozialistische Position so entwickeln, daß sie attraktiv und sympathisch wird. Ich gehe immer noch davon aus, daß Ökosozialisten im Bündnis mit anderen bis in die Mitte der Partei hinein Sympathien haben. Ich möchte Mehrheiten organisieren, nicht eine kleine linke Sperrminorität. Leider sehen viele Linke das anders. Aber vor der Mehrheitsfähigkeit stelle ich, daß linke Inhalte unverfälscht konzipiert und propagiert werden. Ebenso ist für mich Voraussetzung, daß der Koalition-Kurs kritisiert wird und auch eine Wahlkampfstrategie, die nur sagt „kohl weg weg“. Wer so argumentiert, geht auf eine schiefe Ebene, die nur bei den Realos enden kann.

...Oder doch?

Du sagst, linke Inhalte müssen unverfälscht konzipiert und propagiert wer-



Eckhard Stratmann gehört zum ökosozialistischen Flügel der Grünen. Bis zu seiner Rotation im Herbst '85 war er Bundestagsabgeordneter und Wirtschaftsexperte der Fraktion.

den. Non gibt es aber in der grünen Partei keine originäre linken Zusammenhänge mehr, die das leisten könnten. Was es gibt, sind „gemischte Strukturen“ aus Ökosozialisten und Fundis. Die Fundis haben sich aber bis vor kurzem vehement dagegen gewehrt, als Linke bezeichnet zu werden — bei ihren Positionen kein Wunder!

Ich habe selbst an solchen gemischten Treffen teilgenommen, und wenn es um die Erarbeitung von Inhalten geht, find ich das gut. Abgesehen von der Bündnisfrage gibt es nämlich viele Gemeinsamkeiten.

Aber gerade bei dem von Dir für so wichtig gehaltenen Bereich Wirtschaftspolitik wird das doch sehr schwierig.

Aber gerade bei dem von Dir für so wichtig gehaltenen Bereich Wirtschaftspolitik wird das doch sehr schwierig.

Glaub ich nicht. Ich kenne Manfred Zieran und Jan Kuhnert lange genug. Ich glaube, bis zum Erweis des Gegenteils, daß sie Sozialisten sind. Ich kenne keine anderen Äußerungen von ihnen. Und solange ich diesen Eindruck habe, daß man mit ihnen zusammen sozialistische Politik entwickeln kann, muß man inhaltlich mit ihnen zusammenarbeiten.

Aber dieses Spektrum muß erweitert werden im Positionen, wie sie sich unter dem Etikett „Zentralos“ (Ludger Vollmer) entwickeln. Es muß erweitert werden, soweit es Inhalte anbelangt, um Positionen a la Michael Stamm, denn abgesehen von der Bündnisfrage gibt es einen breiten Konsens um ökosozialistische Positionen. Und ich habe den Eindruck, daß man mit konkreten Konzepten zur Demokratisierung der Wirtschaft auch mit dem Spektrum kooperieren kann, das beispielsweise von Antje Vollmer und Christa Nickel repräsentiert wird. Beide sind keine Ökosozialistinnen, aber beide haben Sympathien für undogmatisch entwickelte sozialistische Positionen.

Vielen Dank für das Gespräch.

14.12.85
Für den AK interviewte Jürgen Matigart

„Linke in den Grünen-Hessen“ konstituiert

Wie im letzten AK berichtet haben sich in Hessen die Anhänger der fundamentalistischen Opposition als „Linke in den Grünen“ konstituiert. Mit der ersten Ausgabe eines gleichnamigen „Infobriefs“ sind sie jetzt an die Öffentlichkeit getreten. Die Redaktion, für die namentlich Holger Bocklet, Angelika Hirschmüller, Dirk Lange und Ingrid Wiemann zeichnen, schreibt im Vorwort, daß dieser Rundbrief regelmäßig erscheinen soll. Darin sollen und sammeln soll er alle diejenigen in den Grünen, die „die Anpassungspolitik der GRÜNEN Reformen in ein nicht mündigen“ und die „keine Regierungsverantwortung wollen“ für Atomprogramm, Militarisierung, Startbahn West, Giftmüllproduktion, Knieleubau und autoritären Obrigkeitsstaat.

Zur Zielsetzung der Sammlung heißt es in dem Vorwort weiter: „Die Mehrheit der GRÜNEN HESSEN hat ihre grün-alternative Substanz entgültig

für eine vermeintliche Machtbeteiligung am Herrschaftsapparat aufgegeben. Deshalb ist es wichtig, daß sich alle, die weiter nach alternativen Formen der Politik suchen und fundamental gegen das kapitalistische Industriesystem stehen, sich den LINKEN IN DEN GRÜNEN anschließen.“

Wir wollen Resignation bei den Koalitionsgegnern/innen nach dem Beschluß von Neu-Isenburg vermeiden, individuelle Austritte aus den GRÜNEN sind für uns keine Alternative, der Zusammenschluß soll in keiner Weise die Spaltung der GRÜNEN in linken, im Gegenteil, wir wollen sie verhindern, indem wir durch vielfältige Informationen dazu beitragen, unsere Positionen außerhalb und innerhalb der GRÜNEN und gegenüber Koalitionsbefürwortern/innen zu vermitteln. Dieser Rundbrief soll nicht die Spirale destruktiver Auseinandersetzungen zwischen den „Lagern“ fortsetzen, sondern Informationen verbreiten und die außerparlamentarischen Bewegungen stärken.“

Die Initiatoren haben ein Konto für regelmäßige Spenden eingerichtet und wollen ein eigenes Büro anmieten. Sie fordern dazu auf, in den grünen Kreisverbänden solche linken Arbeitskreise zu gründen.

Die erste Nummer des „Infobriefs“ enthält neben der redaktionellen Mitteilung auch Jan Kuhnerts Landtagsrede gegen die Koalition, dokumentiert das Flugblatt des KB in Offenburg „Jutta muß weg“ und die Stabsdiskussion aus der „Konkrete“ vom Dezember 1985. Kontakt- und Bezugsadresse:

Infobrief
Angelika Hirschmüller
Wiesenstraße 6
6257 Hainfelden-Ohren
Tel. 06438 4440

Arbeitstreffen 'Bewegungspartei'

Die „Arbeitsgruppe „Offener Brief an die Grünen“, deren Anliegen wir im AK 264 vorgestellt haben, hat ihren Aufruf an die Grünen, sich nicht von den Anliegen sozialer, außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik zu entfernen, mittlerweile mit einer Reihe Unterzeichnerinnen veröffentlicht. Darunter sind viele Gruppen und Initiativen aus der Friedensbewegung. Im Dezember war das Anliegen der Initiatoren, ihren Appell auf dem Offenburgertag der Grünen vorzustellen, unter den Tisch gefallen, da die Tagesordnung dies wegen der Reise der Delegierten nach Wackerdorf nicht zuließ. Die Leute vom „Offenen Brief“ wollen aber weitermachen. Sie laden ein zu einem

Folgendes Programm ist geplant:
Rahmenbedingungen von Protestbewegungen in der BRD Ende der 80er Jahre“ (als Referent angefragt: Joachim Hirsch)

„Veränderte politische Bedingungen und Handlungsoptionen sozialer Bewegungen“ (Referentin: Eva Petzborn)

„Minimalanforderungen sozialer Opposition an die grüne Partei“ (Referent: Eckhard Krippendorf)

Jeweils im Anschluß an die Referate soll eine Diskussion erfolgen. Abschließend soll das weitere Vorgehen besprochen werden. Ein Vorschlag ist u.a. ein möglicher Kongreß zum Thema „Sozialer Widerstand — Parlamentarismus; Bundestagswahl 1987, wie stellen wir uns dazu?“

„Arbeitstreffen
„Bewegung — Partei“
am 25. Januar in Frankfurt
Beginn 12 Uhr (bis ca. 19 Uhr),
im „Pferdestall“, Ullmeustraße 20.

Kontakt und weitere Informationen:
Gabriele Laske, Am Schwarzen Meer 87, 2800 Bremen, Tel. 0421 498966

§ 116: Der Wahlkampf hat begonnen

Der Beschluß einer gesetzlichen Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes ist im Bundeskabinett verabschiedet. Die Gewerkschaften rechnen mit dem Gesetzesbeschluß im Juni dieses Jahres. Bis dahin wollen sie ihre Mobilisierungsbemühungen verstärken und verbreitern. Neben betrieblichen Aktionen ist dabei auch an Gespräche mit den CDU-Sozialausschüssen, Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen, Gemeindevertretern und den Stadtteilerkennern (da diese die Sozialhilfekosten übernehmen müssen, wenn das Arbeitslosengeld gesperrt wird), an Aufklärungsaktionen in Fußgängerzonen, an Künstler- und Wissenschaftler-Aufrufe

Kurz vor Weihnachten hatten alle im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften in einem „Düsseldorfer Manifest des DGB“ angekündigt: „Wir werden uns mit allen gebotenen Mitteln zur Wehr setzen. Die Proteste von hunderttausenden Arbeitnehmern sind bereits heute unüberhörbar und unübersehbar. Das ist erst der Anfang.“ Noch kämpferischer gibt sich der Beirat der IG Metall. Die Demonstrationen des letzten Jahres seien nur der Anfang gewesen. „Jetzt gilt es, vom Kampf gegen die Eindringung des Gesetzgebungs zum Kampf gegen sei-

tische Instrumentalisierung der Einheitsgewerkschaft und die drohende Gewerkschaftsspaltung aufgreif

„Jede Thatcher gebiert einen Scargill“

Noch bis Anfang Dezember war offen, wie weit die „Contras“ im DGB um die rechten Gewerkschaftsführer Rappe, Döding sowie die IG Bergbau bei gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaftsbundes mitziehen. Bereits der Auftakt der IGM Mobilisierung hatte Rappe zur Distanzierung veranlaßt. Keine Gemeinsamkeit, wenn der Slogan „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten“, erhalten bleibt. Mit dem öffentlichen Bungeing-Vorstoß einer Gesetzesänderung hat sich die Haltung der Rechten im DGB geändert. Sie demonstrieren Geschlossenheit des DGB bei der Abwehr des Regierungsangriffs auf Gewerkschaftsrechte. Hintergrund dürfte sein, daß sie erkannt haben, daß die Regierung in ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften angreifbar ist. Die Vorsitzenden der Gewerkschaftskooperation aus NGG und Textilgewerkschaft, Döding und Keller, haben in einer gemeinsamen Erklärung (I) von einem Gesetz gesprochen: „das den sozialen Frieden in unserem Land nachteilig bedrohen könnte“. Geradezu spürbar wird ihre Enttäuschung über den „nicht mehr zu verstehenden Arbeitsminister Blum“.

man Absicht, die Streikfähigkeit des DGB zu schwächen, dann ist das den nach der Beschluß eines demokratisch gewählten Parlaments“. Dann bleibe „nur eine Möglichkeit: Bei der nächsten Wahl eine andere Mehrheit wählen“. Test ist für ihn die niedersächsische Landtagswahl. Rappe erläutert auch, warum er mit seinem mächtigen Einfluß die Mobilisierungskampagne mitträgt: „Meine Strategie ist, aus dem Protest gegen den § 116 eine Volksbewegung zu machen, die sich in Wahlergebnissen niederschlägt“. Da trifft er sich dann mit Überlegungen des IGM-Vorsitzenden Hans Janßen, der den Gewerkschaftsmitgliedern vermitteln will, „daß man nicht sonntags reaktionär und konservativ wählen kann, um am Montag von den Gewerkschaften zu verlangen, sie sollten verhindern, daß man regiert wird, wie man gewählt hat“ (3). Wenn man eine arbeitnehmerfreundliche Politik „von dieser Regierung nicht haben kann, dann will ich eben eine andere Regierung“. Nun wollen wir belächeln nicht Janßen und Rappe identische Ziele unterstellen. Nur beide bieten als Alternative die SPD, und das ist die SPD mit Rau an der Spitze. Die Position Rappes dürfte dabei dem Rau Kurs näher stehen, als die Janßen.

Das staatstragende Element der derzeitigen DGB-Kampagne dürfte kaum beiser zu formulieren sein, als dies Keller und Döding getan haben: „Die Gewerkschaften haben sich bisher als Ordnungsfaktor und Gegenmacht begreifen. Wer aber die Gegenmacht

Kein Arbeitslosengeld 'aufgrund konkludenten Verhaltens'

Am 18.12. hat das Bundeskabinett die gesetzliche Neuregelung des AFG § 116 beschlossen. Den wesentlichen Teil der Änderung haben wir bereits im AK 263 vorgestellt. In der Begründung der Gesetzesvorlage ist jetzt konkretisiert worden, was darunter zu verstehen ist, kein Arbeitslosengeld an miteilbar von einem Streik Betroffene zu zahlen, wenn eine „Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist“. Wir zitieren dazu die wichtigste Passage aus der Begründung:

„Erhoben im Sinne dieser Vorschrift sind die Forderungen im allgemeinen dann, wenn die jeweils zuständigen Gremien einer Tarifvertragspartei eine Entscheidung getroffen haben, einer Übermittlung, insbesondere einer förmlichen Zustellung der Forderung an die andere Tarifvertragspartei, bedarf es nicht.“ So weit kann man dem ja noch folgen. Ist eine Forderung durch eine Tarifkommission der Gewerkschaft satzungsgemäß aufgestellt, gilt sie als erhoben. Haarg wird's dann aber im folgenden:

„Eine Forderung braucht aber auch nicht immer von den zur Entscheidung berufenen Gremien ausdrücklich erhoben zu sein. Es genügt, wenn sie nach den Gesamtumständen, d.h. aufgrund konkludenten Verhaltens als erhoben anzusehen ist.“ „Konkludent“, das heißt schlüssig. Eine „konkludente Handlung“, das ist im Recht „eine Handlung, die auf einen bestimmten Willen des Handelnden schließen läßt, sie ersetzt regelmäßig die ausdrückliche, wörtliche Erklärung des Willens“ (div-Lexikon). Konklusion (Schlußfolgerung)? Der IG Metall-Justiziar Michael Kuttner hat sie so beschrieben: „Demnach würde die in einer tarifpolitischen Entschließung eines Ge-

werkschaftstages festgesetzte Orientierung ausreichen, um Forderungen als erhoben anzusehen, die von den zuständigen Tarifkommissionen nicht beschlossen wurden. Das bedeutet einen ungeheuerlichen, noch nie dagewesenen Eingriff in die gewerkschaftliche Willensbildung... Eine Verständigung über... eine einheitliche tarifpolitische Orientierung wäre nicht mehr möglich. Die Tarifkommissionen wären gezwungen, völlig unterschiedliche Forderungen zu erheben, und die Gewerkschaften müßten in den einzelnen Tarifgebieten für völlig unterschiedliche Ziele mobilisieren. Das wäre das Ende einer autonomen gewerkschaftlichen Tarifpolitik durch gesetzlich erzwungene Entsolidarisierung ihrer Mitglieder.“

Die Regierungsbegründung definiert dann, was 'nach Art und Umfang' bedeutet. Nach Art sind z.B. Forderungen nach Wochenarbeitszeitverkürzung gleich. Unterschiedlicher Art ist eine Forderung, wenn in einem Bereich Wochenarbeitszeitverkürzung, im anderen Vorruhestand gefordert wird. Lohnforderungen sind ihrer Art nach gleich, können sich aber im Umfang unterscheiden. Wohlgemerkt, „können“, die Vorlage läßt offen, bei welchen Lohnunterschieden die Formel „annähernd gleich“ angewandt wird. Eine solche Unterscheidung wird bei der Wochenarbeitszeitverkürzung nicht gemacht, selbst wenn sie im Umfang unterschiedlich ist. In diesem Fall tritt die „annähernde Gleichheit der Forderungen“ in Kraft, die gegeben ist, „wenn in dem umkämpften Tarifbereich eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, außerhalb des umkämpften Bezirks dagegen eine Verkürzung auf 36 Stunden gefordert wird...“.

Biedenkopf über Einheitsgewerkschaften

Kurt Biedenkopf hat sich im Konflikt um den AFG § 116 eingemischt. Als Gastautor des „Stern“ verteidigt er die derzeitige Politik der Bundesregierung. Wie schon beim Streik um die 35-Stundenwoche, wo Biedenkopf als Schlichter in der Druckindustrie mit seinen Überlegungen am Widerstand des Unternehmerverbands scheiterte, wird auch in seiner Position zum § 116 deutlich, daß er eine andere Strategie gegenüber den Gewerkschaften befürwortet würde. Statt einer gesetzlichen Änderung hätte er lieber die Einrichtung einer „Schlichtungsstelle im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundes-

Schulbuch stammen könnte:

„Zu den entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des Neubeginns (Anm. AK: nach 1945) gehörte die Idee der Einheitsgewerkschaft. In ihr sollten sich alle Arbeitnehmer organisieren können, ohne Rücksicht auf Konfessionen oder politische Überzeugung. Solidarität sollte alle vereinen, wenn es darum ging, im Rahmen der Tarifautonomie mit Arbeitgebern um eine Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu ringen.“

Für die SPD war dies kein Problem. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung haben gleiche geschichtliche

Biedenkopf über Einheitsgewerkschaften

Kurt Biedenkopf hat sich im Konflikt um den AFG § 116 eingemischt. Als Gastautor des „Stern“ verteidigt er die derzeitige Politik der Bundesregierung. Wie schon beim Streik um die 35-Stundenwoche, wo Biedenkopf als Schlichter in der Druckindustrie mit seinen Überlegungen am Widerstand des Unternehmerverbands scheiterte, wird auch in seiner Position zum § 116 deutlich, daß er eine andere Strategie gegenüber den Gewerkschaften befürwortet würde. Statt einer gesetzlichen Änderung hätte er lieber die Einrichtung einer „Schlichtungsstelle im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit“ gesehen, die im Streitfragen die Auslegung des § 116 hätte übernehmen können. Das Risiko einer „Fehlentscheidung“ wäre bei Zweidrittel-Übergewicht von Staat und Kapitalvertretern gering. Ähnliche Überlegungen wurden von christlich-liberaler Seite bezüglich der Änderung der 1973 unter der sozialliberalen Regierung verabschiedeten „Neutralitätsanordnung“ der BfA angestellt. Die Mehrheit gegen die Stimmen der Kapitalvertreter verabschiedet. Statt einer Gesetzesänderung sollte, so der Vorschlag, die Anordnung im Sinne des Blum'schen Gesetzesentwurfs verändert werden. Dies allerdings wäre nicht im Sinne der Erforderer im Unternehmensrat. Eine solche Anordnung ist bei Veränderung der politischen Machtverhältnisse leichter reversibel, als eine erneute Gesetzesänderung vorzunehmen.

Trotz dieser taktischen Meinungsverschiedenheit verteidigt Biedenkopf das Vorgehen der Bundesregierung im Kern. Die Schwierigkeiten der Gewerkschaften mit einer Änderung des § 116 sieht er „in der veränderten Wirklichkeit unserer Industriegesellschaft“. Sie verlangt geradezu eine andere Tarifpolitik, als die so „zentralistische Gewerkschaften“ wie der IG Metall. Sie müßten begreifen, daß „auch in ihren Bereichen ... Dezentralisierung und das Management von Vielfalt gefordert“ sind, denen sie sich anzupassen hätten. In schöner Deutlichkeit macht Biedenkopf klar, daß der Kern des Konflikts nicht in einem grundlegenden Angriff auf die Tarifautonomie besteht, sondern daß die Tarifautonomie in der BRD bislang auch schon Ordnungs- und Steuerungsinstrument für die Regelung sozialer Konflikte zwischen Gewerkschaften und Kapital war. Wollen Gewerkschaften wie der IGM dies nicht freiwillig einsehen, wie die IG Chemie und andere z.B., muß eben etwas nachgeholfen werden. Biedenkopf liefert dabei eine Beschreibung dessen, was Einheitsgewerkschaft hiezu war und ist, die aus dem

Schulbuch stammen könnte:

„Zu den entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des Neubeginns (Anm. AK: nach 1945) gehörte die Idee der Einheitsgewerkschaft. In ihr sollten sich alle Arbeitnehmer organisieren können, ohne Rücksicht auf Konfessionen oder politische Überzeugung. Solidarität sollte alle vereinen, wenn es darum ging, im Rahmen der Tarifautonomie mit Arbeitgebern um eine Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu ringen.“

Für die SPD war dies kein Problem. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung haben gleiche geschichtliche Wurzeln. Für die christlich-demokratische Partei dagegen bedeutet die Einheitsgewerkschaft Verzicht auf die Tradition christlicher Gewerkschaften. Dieser Verzicht war nicht einfach. Wenn man sich trotzdem dazu entschloß, dann wegen der weitestehenden Erfahrungen, die man während der Weimarer Republik mit der zunehmenden Spaltung der Gewerkschaftsbewegungen gemacht hatte.

Dies war eine der bedeutendsten Entscheidungen der CDU überhaupt. Auf ihr beruht bis heute nicht nur die Einheitsgewerkschaft, sondern auch der soziale Frieden im Land in Zusammenarbeit von „Kapital und Arbeit“ in der Mitbestimmung, die Selbstverwaltung der sozialen Systeme und das Prinzip der Tarifautonomie. Diese Darstellung des Zwecks der Einheitsgewerkschaft entspricht allemal mehr der Realität, als der linke Mythos der aus den Erfahrungen des Faschismus geborenen einheitlichen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Biedenkopf weist aber auch in freundlicher Drohbekundung Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf mögliche Konsequenzen hin, wenn sie in der aktuellen Auseinandersetzung ihrerseits den Nachkriegskonzept durchbrechen.

„Auch die Einheitsgewerkschaft als Idee ist eine dauernde Aufgabe. Die Versuchung war und ist groß, den Boden der parteipolitischen Unabhängigkeit zu verlassen und die Gewerkschaften in den Dienst der SPD zu stellen. Historische Gemeinsamkeiten lassen sich nicht wegbeschießen. Wer die Gemeinschaft des Neubeginns erhalten will, muß deshalb immer aufs neue der Gefahr der politischen Spaltung begegnen, die mit der parteipolitischen Besitzung der Gewerkschaften durch die SPD verbunden ist. Wenn 40 Prozent der organisierten Arbeitnehmer ihre Stimme einem Bundeskanzler der CDU geben, ihre Gewerkschaft dagegen zum offenen Verbündeten der SPD-Opposition wird, dann ist die Gefahr der Spaltung akut.“

(Kurt Biedenkopf, Verhandlung mit Spaltung, „Stern“, 9.1.86)



ne Verabschiedung überzugehen.“ Von allen Arbeitnehmern wird erwartet, „daß sie sich an weiteren demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen.“

War ist der „sozial Friedliche“ im Land?

Die Bundesregierung demonstriert demgegenüber eine Entschlossenheit. Die CDU-Sozialausschüsse Hoffnungsträger vieler im DGB, haben sich eindeutig hinter Blum gestellt. Doch macht die Gewerkschaftskampagne der CDU mehr Schwierigkeiten, als dies ursprünglich eingeschätzt wurde. So verlagert sich diese Auseinandersetzung mehr und mehr hin zu einem Vorwahlkampf für 1987. Im Mittelpunkt des Ringens der bürgerlichen Parteien steht dabei der Wettbewerb, wer denn nun der beste Hüter des „sozialen Friedens“ in der BRD ist. „Wir wollen den sozialen Frieden“, und deshalb ändern wir das Gesetz, läßt die Bundesregierung kurz vor Weihnachten per Anzeigen in den Tageszeitungen verkünden.

Für die SPD beklagt ihr Kanzlerkandidat Rau in ganzseitigen, pastoralen Anzeigen Anfang Januar (I tel. Den Anstand wahrheit!), daß die CDU „ohne Not den seit 1945 gefährlichsten Konflikt zwischen den Tarifparteien herbeiführt“, wo die Bundesregierung doch „Kraft Amtes dem sozialen Frieden verpflichtet wäre — übrigens auch des wirtschaftspolitischen Erfolges wegen —, da treibt sie aus ideologischen Gründen auseinander, statt faire Partnerschaft zu fördern“.

Der Bundestagswahlkampf 1987 dürfte dann auch der zentrale Orientierungspunkt der derzeitigen Mobilisierungskampagne der Gewerkschaften sein. Mehrere DGB-Vertreter haben dies bereits öffentlich angekündigt. Die CDU ihrerseits versucht Boden bei den Gewerkschaftsmitgliedern wieder gutzumachen, indem sie die parteipoli-

des „als gewesener Makler zwischen den Parteien längst den Boden der Neutralität verlassen hat“. Verstehen muß man diese Äußerungen über Blum vor dem Hintergrund, daß es die „Contras“ (vorwiegend Döding) waren, die in der Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche gemeinsame Sache mit der Bundesregierung machten und statt der Wochenarbeitszeitverkürzung eine gesetzliche Vorruhestandsregelung betrieben. Die Sorge um den „sozialen Frieden“ ist nicht nur das eingetragene Band im DGB, sondern verbindet auch mit der SPD und deren Strategie zu den Bundestagswahlen. Wenn Rappe in seiner Neujahrsbotschaft der CDU vorwirft, „jahrzehntelanger sozialer Konsens wird mutwillig zerstört“, dann liegt er damit voll auf der Raue-Linie der SPD. Die SPD warnt vor „englischen Verhaltensweisen“ (Vogel), „jede Thatcher gebiert einen Scargill“ (Glotz). Döding und Keller werfen der Bundesregierung vor: „Wir waren entschieden vor den 24-Stunden-Streiks in Italien und Frankreich und erst jetzt vor der Übernahme englischer Verhältnisse“.

„Bei der nächsten Wahl eine andere Mehrheit“

Stärker als die aktuelle Mobilisierungspolitik der IG Metall, dürften die Rappe-Überlegungen bestimmend sein für das, was von der DGB-Kampagne politisch übrigbleiben wird. In seinem „Stern“-Interview (2) hat er deutlich eine andere Gewerkschaftsführer-Konzeption des DGB formuliert. Politischen Streik lehne er ab, wie das die Gewerkschaften in der BRD-Geschichte immer schon getan haben. Wenn Aktionen, auch betriebliche „Spontanaktionen“, so Rappe, nicht zum gewünschten Ergebnis führen, dann gebe es kein „Widerstandsrecht“. „Wenn ein demokratisch gewähltes Parlament ein Gesetz beschließt, auch mit der Infor-

schwächt, muß sich darüber klar sein, daß dadurch auch der Ordnungsfaktor zu einer schwer kalkulierbaren Größe wird. Unsere Selbständigkeit ist auch das: Die Demokratie braucht aus eigener Kraft starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände. Wer einen Partner schwächt, macht beide Partner unfähig, den grundgesetzlichen Auftrag zu erfüllen, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen mit sozialstaatlicher Qualität zu erfüllen“ (1). Darauf basiert die vielbeklagte Gefährdung des „sozialen Friedens“. Wenn jetzt wieder von diversen Linken der Appell gestartet wird, sich mit den Gewerkschaften bedingungslos zu solidarisieren, ohne wiederum die integrative und die Sozialdemokratie unterstützende Seite der derzeitigen DGB-Politik anzugreifen (wie dies insbesondere im Aufbruch des „Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büro“, abgedruckt in FR, 20.12.85 geschah), so wird damit de facto der sozialdemokratischen Strategie auf den Leim gegangen.

Des Leuten vom SB, denen die IGM-Analogie zwischen Gewerkschaftsverbänden der Nazis und Ausblutungspolitik dieser Regierung so sehr mißfällt, sei eine andere Analogie in Erinnerung gerufen: Als 1952 der DGB auf dem Höhepunkt der Mobilisierung und Radikalisierung von Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz der Adenauer-Regierung alle weiteren Aktivitäten einstellte, so der Hoffnung, die Regierung werde sich einmütig zeigen — als die Regierung dennoch gegen den gewerkschaftlichen Widerstand das BVG verabschiedete, das schaltete der DGB um und rief dazu auf: „Wählt einen besseren Bundes-

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

1) Günter Döding/Herold Raller, Spring 1984) für den sozialen Frieden, abgelehnt 1986. 2) Interview mit Hermann Rappe, „Kamp“ 2.1.86 gegen das Parlament. Stern 9.1.86. 3) Interview mit Hans Janßen im Vergleich zu 1984: „eine Kampfkraft wesentlich besser.“ KUNHEI 20.

Josef Esser

Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft?

Konservative Regierung und Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Der Autor Josef Esser ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt. Er hat mehrere kritische Untersuchungen über die Gewerkschaftspolitik veröffentlicht (u.a. „Gewerkschaften in der Krise“, Frankfurt am Main, 1982). Dieser Artikel wurde zuerst in „Gewerkschaftliche Monatshefte“ des DGB Nr. 11/1985 veröffentlicht.

Der im März 1983 eindrucksvoll bestatigte politische Machtwechsel in der Bundesrepublik hat zu vielfältigen Spekulationen über eine „Wende“ in den Beziehungen zwischen konservativer Regierung und Gewerkschaften geführt. Generell wird die These vertreten, daß die zu Zeiten der sozialdemokratischen „Modell-Deutschland“-enge und kooperative Zusammenarbeit der Akteure Staat, Unternehmen, Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchsetzung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Entscheidungen nun von einer Konfrontations- und Ausschließungsstrategie der Regierung gegenüber den Gewerkschaften abgelöst worden sei, während die Gewerkschaften selbst bei den Arbeitskämpfen im Sommer 1984 die bisherige Konsenspolitik aufgekündigt hätten und sich immer stärker auf ihre „eigene Kraft“ besinnen. Dieser Einschätzung wird hier widersprochen. Eher ist zu vermuten, daß sowohl Regierung als auch Gewerkschaften weiterhin eine Art konfliktreicher Partnerschaft anstreben. Dies ließe im Ergebnis freilich auf eine Art „neuer“ Partnerschaft, auf veränderter sozio-ökonomischer Grundlage und veränderten, für die Gewerkschaften ungünstiger gewordenen politisch-sozialen Kräfteverhältnissen, hinaus. Und für die Gewerkschaften verschärft diese Politik die Gefahr, zur korporativen Interessenvertretung privilegierter Belegschaften herabzusinken.

Zunächst sei noch einmal daran erinnert, daß bereits in der sozialliberalen Politikphase, vor allem durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Phase, vor allem durch die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strategien dieser Koalition im Gefolge der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der sechziger Jahre, Integrationsfähigkeit, Kampfstärke und organisatorische Stabilität der Gewerkschaften geschwächt wurden. Denn die damals forcierte Modernisierung und Rationalisierung der Volkswirtschaft zur Sicherung der Spitzenposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt führte dazu, daß deren Opfer, vor allem Frührentner, „Verschlossene“, Jugendliche, Frauen und Ausländer auf Dauer aus dem Wirtschaftsprozess ausgegrenzt wurden und zusätzlich die Hauptlast des seit 1975 eingeleiteten Sozialabbaus zu tragen hatten. Zugleich bedeutete die Bereitschaft der Gewerkschaften, diese Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen zähneknirschend zu akzeptieren — erst 1981 und 1982 haben sie ernsthaft dagegen zu opponieren begonnen — längerfristig eine Spaltung der Lohnabhängigen in zwei ohnmächtige Fraktionen: ein Teil wollte seine Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen, der andere hatte keine Druckmittel zur Verfügung. (1)

Konservative Modernisierungspolitik

Ähnlich wie ihre Vorgängerin sieht auch die christlichdemokratisch liberale Regierungskoalition die Sicherung und Ausweitung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt als objektiven, unentrinnbaren Sachzwang an. Und ähnlich wie ihre Vorgängerin steht sie vor dem Problem, im weltweiten Verdrängungskampf der Industrieländer um Marktanteile die privaten Unternehmerstrategien wirtschafts-, sozial- und industriepolitisch zu flankieren. In der derzeitigen Umbruchphase des Weltkapitalismus (dritte Phase der industriellen Revolution) — so wird argumentiert — müsse Westdeutschlands Industrie besonders schnell und effektiv in die neuen Schlüsseltechnologien: Mikroelektronik, Telekommunikation, Roboter, Biotechnologie investieren. Nur mittels bahnbrechender Produktinnovationen und verbilligter, international konkurrenzfähiger Produktionsverfahren lassen sich die Spitzenposition auf dem Weltmarkt behaupten. Bei der dazu notwendigen Therapie greift sie auf die überall in der westlichen Welt vorherrschende neoliberal-monetaristische Krisendiagnose zurück — auch in der Bundesrepublik hat das „nachkeynesianische“ Zeitalter begonnen: Entscheidende Ursache der Krise seien die über Jahre hinweg überhöhten Löhne, verbunden mit einer extremen

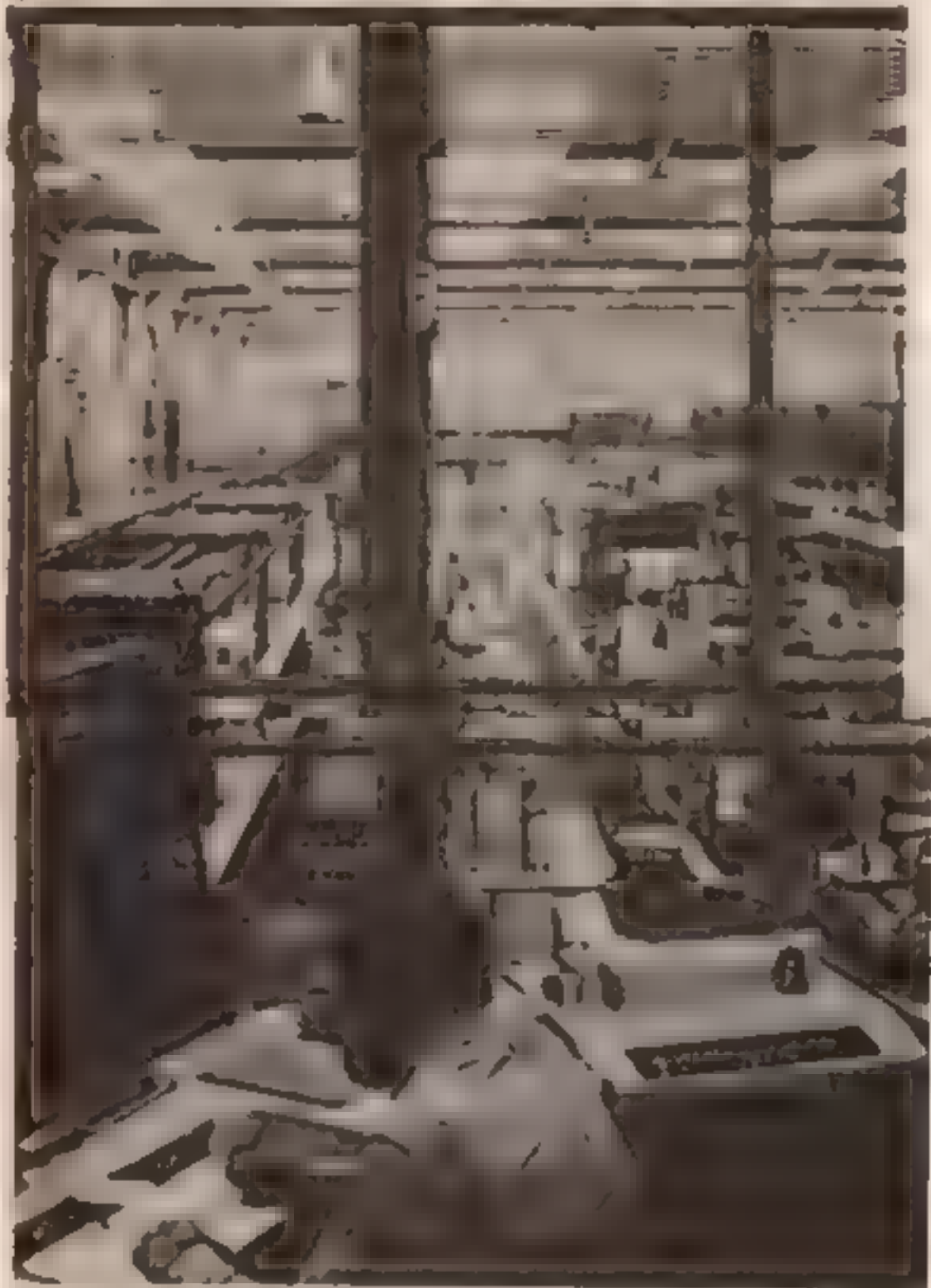
Ausdehnung der Ausgaben für den Sozialstaat und der damit ethergehenden Staatsverschuldung. Weiter verortet worden sei der Faktor „Arbeit“ durch kostenintensive Sozialversicherungssysteme sowie verbesserten Arbeits- und Kündigungsschutz. Die Effekte all dieser Faktoren hätten im Laufe der sechziger und sebziger Jahre die Kapitalrentabilität der Unternehmen immer mehr ausgehöhlt und eine zunehmende Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft bewirkt. Diese wiederum bedinge (wegen der Überalterung der Anlagen und der verzögerten Inbetriebnahme neuer, technisch weiterentwickelter) ein verlangsamtes Tempo der technologischen Innovation. Verstärkt werde dies noch dadurch, daß es die deutschen Unternehmer immer mehr an Innovations- und Risikobereitschaft hätten fehlen lassen, wie also dabei seien, ihre „Schumpeterschen“ Qualitäten einzubüßen. (Anm.AA

nungsprozesses der deutschen Wirtschaft soll weiterhin das private Unternehmertum sein. Doch ist es „Aufgabe des Staates, die Fähigkeit und die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Risiko zu stärken. Eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik muß deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und auf den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet sein“ (2) — der Staat muß offenbar dem schlechter als in der Vergangenheit funktionierenden Kapitalismus wieder auf die Sprünge helfen. Auch wenn allen Studien, die einen schleichenden Wettbewerbsverlust der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beklagen, bei jährlich steigenden Außenhandelsüberschüssen des verarbeitenden Sektors ein interessierter Zweckspektivismus anhaftet, reflektieren sie doch Befürchtungen, die Bundesrepublik könne im High-Tech-Bereich gegenüber den USA und Japan längerfristig in

Sektoren aufgegeben werden. Gerade hierin soll weiterhin der spezifische Vorteil der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt liegen:

„Die pessimistischen Stimmen, die nicht zuletzt unter dem Eindruck der in den sebziger Jahren hochschnellenden Hochtechnologieexporte Japans auf eine nachlassende technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie schließen, unterschätzen nicht nur deren technologische Spitzenleistungen, etwa im Anlagen-, Maschinen-, Fahrzeugbau sowie in der Chemie, sondern auch die viele Branchen auszeichnende Innovationsfähigkeit in kleinen Schritten, die Breite, die Ausgewogenheit und die Qualität bis zum Design, an denen eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen teilhat sowie die Zuverlässigkeit, die die Lieferbeziehungen anerkanntermaßen auszeichnet.“ (3)

Die zentrale Schwäche der bisherigen Technologiepolitik wird dann gesehen, daß zwar erstklassige Ergebnisse erzielt wurden, deren Umsetzung in marktreife Produkte jedoch auf sich warten ließ. Dem will man durch branchenübergreifende Förderungsprogramme für die Schlüsseltechnologien Informationstechnik, neue Materialtechnologien, Biotechnologie und Lasertechnologie begegnen. Im ersten verabschiedeten Programm für Informationstechnik sollen im Zeitraum von fünf Jahren 3 Mrd. DM staatliche Gelder ausgegeben werden, um die Sparten Mikroelektronik, Datenverarbeitung/Bürotechnik, Nachrichtentechnik, industrielle Automation und Unterhaltungselektronik zu fördern. (6) Die Organisation zur Umsetzung dieses Programms ist dem japanischen Vorbild nachgeahmt: In einer Verbundstrategie werden die Forschungsaktivitäten gemeinsam von mehreren Industriepartnern und öffentlichen Forschungseinrichtungen getragen, deren Zielsetzungen werden in gemeinsamen Strategiediskussionen von Forschung,



Der Volkswirtschaftler Schumpeter vertrat die Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aus der Leistungsfähigkeit dynamischer Unternehmer, die mit Hilfe produktiver Kreisläufe angeregt wird und werden muß. Schließlich trügen auch eine Fülle rechtlich-institutioneller „Verkrustungen“ wie steuerliche Behinderung von Eigenkapitalbildung, mangelnde Flexibilität der Arbeitskräfte, die Unternehmerraktivitäten beschränkenden staatlichen Regelungen zu der „deutschen Sklerose“ bei.

Im Kern wird die Krise also als eine politische bestimmt: die Struktur des sozialdemokratisch-keynesianischen Staates mit seinen mächtigen Gewerkschaften, organisierendem Interessendruck ausgelieferter Regierungen, seinem vermachtem Netz von Sozialbürokraten und Wohlfahrtsverbänden, den etablierten „Anspruchshaltungen“ der Volksmassen steht zur Disposition. Ein Regierungswechsel allein kann die „Wende“ nicht bewirken. Vielmehr ist eine grundlegende Veränderung der institutionellen Struktur des gesellschaftspolitischen Systems und der sich dazu kristallisierenden Machtverhältnisse erforderlich. Nur über eine Revitalisierung und Flexibilisierung des Unternehmertums, einen Umbau des Sozialstaates und eine Flexibilisierung der Arbeit lassen sich jene Marktkräfte und privaten Initiativen wieder freilegen, die allein ökonomisches Wachstum, internationale Konkurrenzfähigkeit, sichere Arbeitsplätze und soziale „Wohlfahrt für alle“ wieder herstellen können.

Flexibilisierung des Unternehmertums

Zentraler Akteur des mikro- und informationstechnologischen Umstrukturie-

Rückstand geraten. (3)

Generell werden deshalb die „marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ durch Abbau administrativer Vorschriften (Deregulation), durch massive Steuerkürzungen sowie unspezifische staatliche Förderungsmaßnahmen, von der Risikokapitalversorgung bis zu höherer Exportförderung, verbessert. Bisheriges Ergebnis: Von 1982 bis 1985 betrug die Steuerentlastung der Unternehmen rund 18 Mrd. DM. Der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist auf 15 Prozent gesunken und beträgt nur noch die Hälfte des Anteils der von den Arbeitnehmern aufzubringenden Lohnsteuer (31,48 Prozent). (4) Die Unternehmerrgewinne sind seit Amtsantritt der neuen Regierung bis heute real um 25 Prozent gestiegen.

Speziell und marktwirtschaftlichen Sonntagsreden widersprechend, wird die „aktive Strukturpolitik“ der sozialliberalen Vorgängerin unter dem Etikett „neue Innovationsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik“ fortgesetzt. Diese „neue Industriepolitik“ soll einerseits den Vorstoß in den Hochtechnologiebereich durch Förderung von Pionierunternehmen vorantreiben, andererseits den traditionellen Industrien, die weniger „intelligente“ Produkte herstellen, finanzielle Hilfe für die Modernisierung und Umstrukturierung ihrer Produktionsanlagen gewähren, damit sie in reduzierter aber wettbewerbsfähiger Form weiterbestehen können. Das Typische dieser Politik liegt also darin, daß sie nicht auf relativ wenige Produktgruppen nach japanischem Muster konzentriert ist, vielmehr soll der gesamte industrielle Kernsektor vom Stahl über Automobile, Werkzeugmaschinen bis hin zur Telekommunikation von den Segnungen der mikroelektronischen Revolution profitieren, die sektorale Kohärenz der deutschen Wirtschaft also erhalten und nicht zugunsten weniger High-Tech-

Umbau des Sozialstaates

In der offiziellen Programmatik der konservativen Regierungskoalition ist viel von Zurückdrängen des Staatseinkommens und Stärkung der Marktkräfte die Rede. Doch zeigt bereits die Analyse staatlicher Strukturpolitik, daß hier von weniger Staat kaum gesprochen werden kann. Die hohen Finanzmittel zur Förderung der Mikroelektronischen Umstrukturierung erfordern geradezu den starken, zur Mobilisierung dieser Mittel und deren Absicherung gegen innenpolitische Widerstände (die hohen Staat nicht ein Abbau, sondern ein Umbau der Staatsintervention zeichnet sich ab. Und das Ergebnis dieses Umbaus ist nicht der liberale, nicht-interventionsistische „Nachwächler“-Staat. Die längst stattgefunden Durchstaatlichung der Gesellschaft soll effektiver, kostengünstiger und vor allem politisch störungsfreier organisiert werden, die Überwindung der „Unregierbarkeit“ wird also angestrebt. Der „Staat kann seine wirtschafts- und industriepolitische Funktion nur realisieren, wenn er sich gegenüber dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus und der bisherigen Struktur sozialstaatlicher Daseinsvorsorge so weit wie möglich autonomisiert. Die materiellen Leistungen wurden in den letzten drei Jahren bereits erfolgreich reduziert, die sozialen Risiken privatisiert oder auf die Kommunen abgeladen, die Konsum- und Massensteuern stark erhöht, Ideologisch wird die Selbst- und Nachbarschaftshilfe (Subsidiarität) massiv propagiert. Als Ergebnis des bisherigen, freilich schon von der sozialliberalen Koalition 1975 begonnenen und 1982 verschärften Sozialabbaus werden immer deutlicher die Konturen einer „neuen Armur“ erkennbar. (8)

Flexibilisierung der Arbeit

Flexibilisierung der Arbeit

Mikroelektronische Umstrukturierung der Wirtschaft und Umbau des Sozialstaates haben den Prozeß der Gesellschaftsspaltung, der bereits in den sebziger Jahren als Ergebnis der sozialliberalen Modernisierungspolitik einsetzte, weiter verstärkt. Über die bereits bekannte „Kern-Peripherie“-Spaltung hinaus vertiefen sich die Spaltungen innerhalb des Kerns und innerhalb der Peripherie auf der einen Seite korporative Statusgruppen, die in den Kampf um ihre (zwar karglicher werdenden) Privilegien verstrickt sind wie Beamte, leitende Angestellte, ein Teil der Facharbeiter, Bauern, Freiberufler — generell die Leistungsfähigen und Cleveren, auf der anderen Seite — und in sich ebenfalls inhomogen — Dauerarbeitslose, Kranke, Alte, Verschlossene, Ausweiser — aber auch die große Masse derjenigen, die den sich ausbreitenden „peripheren“ Arbeitsmarkt bevölkern.

Innerhalb der Unternehmen bewirkt die Einführung neuer Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regeltechniken eine Neuorganisation des Arbeitsprozesses mit flexiblen Mensch-Maschine-Kombinationen, neuen Hierarchien innerhalb der Lohnabhängigen und einer systematischen Individualisierung der Arbeitsverhältnisse. Insgesamt erhöht sich die unternehmerische Gestaltungsfreiheit bei der Organisation der Arbeitsprozesse entscheidend. Mensch und Maschine lassen sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß räumlich entkoppeln, der Einsatz menschlicher Arbeitskraft wird immer weniger von technischen „Sachzwängen“ bestimmt, sondern man kann flexibler auf ökonomische und arbeitspolitische Kalküle reagieren. Damit wird prinzipiell eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Übergang zu kontinuierlicher Produktion möglich, aber auch eine räumliche Entkopplung von Arbeit und Maschine über computerisierte Heimarbeit, radikale Individualisierung von Arbeitsplätzen, Lohngestaltung und Festlegung arbeitsvertraglicher Bedingungen. (9)

Soweit bisher erkennbar und von Industriesozialisten empirisch erforscht (10), entzieht in den Betrieben auf dieser Grundlage ein kleiner und privilegierter Kern hochqualifizierter, mit komplexen Überwachungs- und Steuerungsarbeiten betrauter Beschäftigter (die Rationalisierungsgewinner). Dem steht sowohl in den Kernbereichen der industriellen Produktion als auch im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich eine Masse von dequalifizierter, monotoner, fremdbestimmter und schlechtbezahlter Arbeit gegenüber. Ausgeübt wird sie von einem Typ des

Regierung „befürwortet und unterstützt“ Diskussion über BRD-Atombewaffnung

Sechs Monate brauchte die Bundesregierung zur Beantwortung der am 19.6.85 eingereichten Großen Anfrage der Grünen im Bundestag zum Thema „Atomwaffensperrevertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland“ (vgl. h. a. e. Minister Mielmann schon am 26. September 85 in einer Bundestagsdebatte, „demnächst“ eine Antwort versprochen und einmal gegen die von den Grünen unterstützte Alternativkonferenz „Atom-bomben made in Germany“ (vgl. Ak 262) und diesbezügliche „beleidigende Unterstellungen, die auf nichts als grundlosen Verdächtigungen und haltlosen Konstruktionen beruhen“, vom 1. oder 2. gezogen. Doch es gingen weitere zehn Wochen ins Land, ehe auch die Atomwaffenforscher im Verteidigungs- und Innenministerium ihr Interesse bei der Beantwortung dieser Anfrage gewahrt sahen. Das Ergebnis dieser Kabinettstimmung ist eine explosive Mischung aus gekränkter Unsicherheit und trotziger Herausforderung.

Die bislang gesungene Arie von der „ausschließlich friedlichen Nutzung“ der Atomenergie wird schroff unterbrochen vom Hinweis auf die Vereinbarkeit der militärischen Atomenergienutzung mit dem bundesdeutschen Atomgesetz, da dieses „keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie“ enthalte. Das Pflichtbekenntnis zum Atomwaffensperrevertrag („Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Vertrag 1993 im Konsens verlängert wird“) wird kombiniert mit kaum verdeckten Angeboten an Frankreich und die NATO, der nuklearen Hochrüstung insbesondere im westeuropäischen Rahmen mit Infrastruktur und Plutonium aus BRD Beständen unter die Arme zu greifen. Und zur Routine-Formel von der Nuklearmacht, die die BRD nicht sei und nicht werden wolle, gesellt sich unversichert verhaltenen Beifall für einen Roland Koller, dessen Forderung nach einer deutschen Atombewaffnung man zwar nicht teile, aber nichtsdestoweniger auch in Zukunft in Bundeswehrzeitschriften, wie der „Europäische Wehrkunde“, publiziert sehen möchte. Die gesamte Drucksache

10/4502 ist erhältlich über die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

Im Folgenden einige weitere Anmerkungen zur Antwort der Bundesregierung, die wir auszugsweise nebenstehend dokumentieren.

Von der „friedlichen“ Atomenergienutzung...

Bereits im März 1985 sah die Bundesregierung „keinen Anlaß, die Ausfuhr von Plutonium aus dem SFR 300 (= Kalkar) oder aus anderen Quellen grundsätzlich auszuschließen“, wobei eine Ausfuhr jedoch nur dann genehmigt werden sollte, wenn dadurch „das Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht beeinträchtigt wird.“ (So in Beantwortung einer Großen Anfrage der Grünen über „Risiken des Schnellen Nicht-Brüdens im Kalkar“, DS 10/3157)

In ihrer jüngsten Antwort wird die Bundesregierung deutlicher: Der Transfer von Atomtechnik und Plutonium in Kernwaffenstaaten zur Aufstockung von Atomwaffenarsenalen sei nicht nur vertraglich gestattet, sondern geradezu im Sinne des Nichtverbreitungsvertrages!

Originalton Genscher: „Ein Verstoß gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten im Nichtverbreitungsvertrag keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt.“ (Antwort auf Frage 2.9)

Mit der Weigerung der Bundesregierung, per Erklärung die Anwendung von BRD-Atomtechnik durch NATO- oder französische Militärs abzulehnen, ist die Katze aus dem Sack. Die „Friedlichkeit“ des bundesdeutschen Atomenergieprogramms findet allerspätestens an der Grenze seiner Grenze. Ein

erster größerer Beitrag zur nuklearen Aufrüstung ist zweifellos das Engagement der BRD-Atomtechnik im französischen Matville, wo der weltweit größte Schnelle Brüter in französisch-italienisch-deutscher Gemeinschaftsarbeit seit kurzem Plutonium produziert.

Die Antworten der Bundesregierung zum Fragenkomplex „Superphenix/Matville müssen im Lichte der vorgesehenen engeren deutsch-französischen Militärkooperation interpretiert werden.“

— Frankreich kann das derzeit als „zivil“ deklarierte Brüterkraftwerk Superphenix jederzeit für die Atomrüstung einsetzen, ohne daß eine derartige Entscheidung der westeuropäischen Öffentlichkeit mitgeteilt würde. (Antwort auf Fragen 2.10/2.11)

— Die Bundesregierung war bzw. ist an einer diesbezüglichen Unterlassungserklärung der französischen Regierung nicht interessiert. Die komplette Nichtbeantwortung der dazu gestellten Fragen (2.13-2.15) läßt zwei Interpretationen zu: Entweder es ist der Bundesregierung egal, ob BRD-Plutonium in Atomwaffen installiert wird, oder sie engagiert sich in Matville, weil der Superphenix gegebenenfalls militärisch zur Anwendung kommt. Daß all dies mit dem „Gesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie“ (Atomgesetz) in Einklang steht, erklärt die Bundesregierung ebenfalls (in Beantwortung der Frage 2.10). Doch damit nicht genug! Nicht einmal die „Verwendung des Kernmaterials bei einer nicht verbotenen militärischen Tätigkeit“ auf bundesdeutschem Boden (ausschließlich des Verbotes also der Produktion kompletter Sprengsätze) nach Artikel 14 des im Bundestag 1974 einstimmig verabschiedeten „Verifikationsabkommens“ zum Sperrvertrag kollidiert mit dem Atomgesetz, denn, Originalton Genscher: „Regelungsgegenstand des Atomgesetzes ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie.“ (Antwort auf Frage 4.1.) Eine pflichtige Lösung nach dem Motto, was nicht verboten ist, ist erlaubt. Diese Aussage wird ergänzt durch weitere Antworten (auf die Fragen 4.3., 4.5 und 4.7), wonach nicht nur der Hauptbereich der Urananreicherung unter Geheimhaltung steht, sondern ebenfalls die deutsch-französischen Atomentwicklungen sowie die Vorgänge im staatlichen Plutoniumbunker in Hanau. Die Begründung für die letztgenannte Maßnahme klingt nach Kabarett, hat aber vermutlich einen tieferen Sinn. Angeblich sollen per Geheimhaltung „Störmaßnahmen Dritter im Sinne des Atomgesetzes“ abgewehrt werden.

Abgesehen davon, daß im Hanauer Bunker ebenfalls das offen deklarierte Plutonium der Firma ALKEM lagert, fehlt auch im Atomgesetz jeder Hinweis auf eine Geheimhaltungspflicht. Bekannt ist allerdings, daß im Hanauer Plutoniumbunker geschoben wird, was das Zeug hält. Das staatliche Plutonium Zimmermanns und das firmeneigene Plutonium der ALKEM sind lediglich durch eine Bodenmarkierung getrennt, internationale Kontrollen („Störmaßnahmen Dritter“) faktisch verunmöglicht.

... über den nuklearen europäischen Pfeiler der NATO...

Die Bundesregierung bestätigt (in ihrer Antwort auf die Fragen 2.7/2.8) ihre grundsätzliche Bereitschaft, auch im Rahmen einer westeuropäischen nuklearen Kooperation bei der Konstruktion und dem Bau von Unterseebooten, atomaren Antriebsraketen, Trägersystemen und der notwendigen Kommando- und Kontrollenrichtungen (z. B. Satellitenleitsystem) mitzuwirken. Deshalb kann es auch kaum verwundern.

— daß die nuklearen Aufrüstungsprogramme Großbritanniens und Frankreichs „nicht kommentiert“ werden (Frage 2.3)

— Anlaß zu Protest z. B. gegen französische Atomwaffentests nicht gesehen wird (Frage 2.4/DS 10/2992)

— die im WEU-Vertrag eingebauten Abrüstungsmaßnahmen bisher „von keiner Bundesregierung genutzt“ wurden, wobei es auch bleiben soll (Frage

2.5/2.6)

— die Verpflichtung zu Abrüstungsverhandlungen nach Art. VI des Atomwaffensperrevertrags seitens der Bundesregierung im Rahmen ihres Einflußbereichs (d. h. insbesondere gegenüber Großbritannien und Frankreich) niemals eingeleitet wurden (Frage 2.1)

In Sachen „Europäische Atomstreitmacht“ unterstützt die Bundesregierung den 1969 von der Regierung Brandt/Scheel formulierten Vorbehalt, wonach der Beitritt zum Sperrvertrag den Beitritt zu einer westeuropäischen Atomstreitmacht nicht verunmöglichen darf, wobei dies „im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Frage ist, die politisch zu entscheiden wäre, weshalb sie gegenwärtig „nicht die Idee einer europäischen Nuklearmacht vertritt.“ (Frage 1.2/1.3)

Unwidersprochen bleibt die Position des radikalsten Streeters für die „Europäische Option“, der CDU-MdB Todenhöfer, der die diesbezügliche US-Interpretation des Sperrvertrags als „zu eng“ ablehnt (Frage 1.7). Unwidersprochen bleibt insbesondere auch die Position, wonach eine „Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik“ die atomare europäische Verteidigung ermöglicht, so die CDU-MdB Heiga Wea (Frage 1.8)

— zur Erörterung der nationalen Atombewaffnung

Ganz offensichtlich hält es die Bundesregierung für angebracht, daß wieder intensiver und auch im Rahmen von Bundeswehrzeitschriften über die Atombewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wird. Die Veröffentlichung des berechtigten Koller-Beitrages in der Bundeswehrzeitschrift „Europäische Wehrkunde“ 1/84 zugunsten von „Cruise Missiles oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand“ wird kommentiert mit dem Wortlaut: „Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen.“ (Frage 3.2) Grünes Licht und der Segen von ganz oben also für Propagandaveranstaltungen für die deutsche Atombewaffnung, wie sie Ende 1985 auch die wehrpolitische Vereinigung der CSU

(Referent: Koller) durchgezogen hat (vgl. SZ, 29.12.85)

Der Vorstoß der Bundesregierung, den deutschen Griff zur Bombe als Option wieder hoffähig zu machen, steht in der Tradition vergangener Bundesregierungen unter Adenauer und Ehard.

So hatte ich die Bundesregierung 1960 mit der Forderung der Bundeswehrführung nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr ausdrücklich einverstanden erklärt (vgl. Bulletin der Bundesregierung vom 20. und 30.8.1960)

Von besonderer Bedeutung ist der Fragenkomplex 3.6-3.9. Während auf der einen Seite über die US-Atomwaffen in der Bundesrepublik ausgesetzt wird, daß sie auch im Verteidigungsfall in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Gewahrmacht, d. h. den US-Streitkräften, bleiben, wird andererseits seitens der Bundesregierung erstmals öffentlich bestätigt, daß im sog. „Verteidigungsfall“ für die BRD der Atomwaffensperrevertrag automatisch außer Kraft gesetzt wird. Noch deutlicher als die diesbezüglich von der Bundesregierung zitierte US-Garantie ist die britische Erklärung vom 8.7.1968 zum Nichtverbreitungsvertrag (veröffentlicht in Bundestagsdrucksache 7/994, S. 33). Darin heißt es, der Sperrvertrag wurde „bestehend aus zweiseitigen Übereinkünften zur Dislokation von Kernwaffen in alliierten Hoheitsgebieten nicht behindern, da diese die Weitergabe von Sprengköpfen oder von Verfügungsgewalt über sie nicht vorsehen bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine Entscheidung über die Weitergabe von Sprengköpfen oder von Verfügungsgewalt über sie getroffen wird.“

Die Bundesrepublik könnte also im Falle eines Krieges (auch ohne formale Kriegserklärungen) den Atomwaffensperrevertrag zu den Akten legen und sich nuklear bewaffnen, wobei die USA offenkundig wenig interessiert sind, ihre Potentiale an Bundeswehrgeneralen zu überlassen. Um so interessanter also der Aufbau einer nationalen Trüffeltafel und einer nationalen großtechnischen Plutoniumproduktion wie derzeit in Hanau und Wackersdorf bzw. Gronau (in Sachen Urananreicherung vorgesehen) in Bonn.

Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode

Die Bundesregierung antwortet

auf die große Anfrage der Abgeordneten Frau Borgmann, Frau Kally, Schulte (Menden) und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/3515 —

— Auszüge —

Atomwaffensperrevertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland

1. Fragen zur „Europäischen Union“

1.1 Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Errichtung einer westeuropäischen Atomstreitmacht unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht vorteilhaft für die sicherheitspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland?

1.2 Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung heute für bzw. gegen die frühere Position des damaligen Abgeordneten Dr. Wörner: „Eine solche europäische Atomstreitmacht wäre eine Frage einer bedeutsamen Vertrauens- und europäischen Abschreckungswirkung. Dabei ist es richtig und richtig, daß als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung angestrebt wird. Eine französisch-deutsche Verteidigungsbündnis könnte ein solcher Impuls sein.“ (Angabe im Durchbruch vom 1.11.1981, Wehrkunde 4/76, S. 175 bis 180)

Die Bundesregierung verweist auf die Aussage des Staatsministers des Auswärtigen Amtes Mielmann in der aktuellen Sitzung des Deutschen Bundestages

am 26. Juni 1985 (Plenarprotokoll 10/148, S. 10996 B), derzufolge die Bundesregierung nicht die Idee einer europäischen Nuklearmacht vertritt. Sie sieht daher keine Veranlassung, in hypothetischen Erwägungen einzutreten.

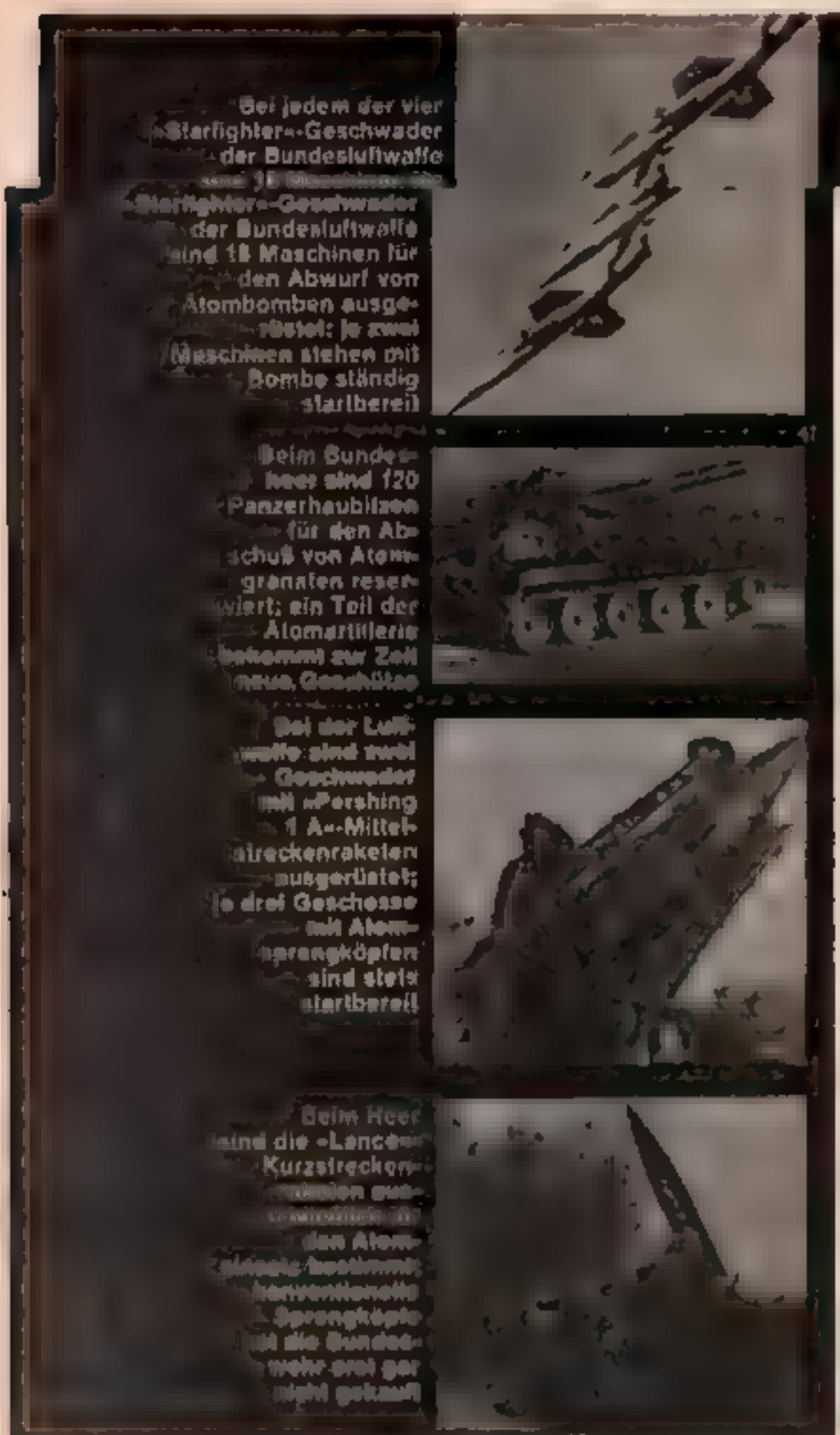
1.3 Teilt die Bundesregierung die von dem damaligen Abgeordneten Dr. Bangemann vorgetragene Position, wonach eine europäische Atomstreitmacht dem Atomwaffensperrevertrag nicht nur nicht widerspricht, sondern „vielmehr gerade im Sinne dieses Vertrages liege, da dieser Schritt zu einer Vermeidung der Atomwaffenstaaten führe (vgl. Plenarprotokoll 7/81, S. 3266 vom 20. Februar 1974), und wie bewertet sie diese Position?

Der damalige Abgeordnete Dr. Bangemann wird in der Frage unvollständig zitiert. Dr. Bangemann hatte sich in der erwähnten Rede auch dahingehend geäußert:

„... daß diese Frage (nach einer möglichen denkbaren atomaren Bewaffnung des zukünftigen europäischen Staates) wohl mehr oder weniger einen theoretisch-rechtlichen Charakter hat, daß sie also im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Frage ist, die politisch zu entscheiden wäre oder deren Notwendigkeiten politischer Art sind. „politisch“ in einem Bezug zu aktueller Entscheidung gesehen.“ (Plenarprotokoll 7/81, S. 3265 D)

(Die Bundesregierung teilt diese Bewertung

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

tung. Die damalige Bundesregierung hat im übrigen in ihrer Note und ihrer Erklärung ausdrücklich die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 28. November 1969 sowie in ihrer Erklärung aus Anlaß der Ratifizierung vom 2. Mai 1973 die Voraussetzungen dargestellt, unter denen sie dem Vertrag beigetreten ist. Sie hat u.a. unterstrichen, daß sie davon ausgeht bzw. den Nichtverbreitungsvertrag in der Überzeugung unterzeichnet, daß der Vertrag den Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht behindert (...)

1.4 Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Abgeordnete Frau Dr. Weh, wonach eine „Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik“ eine atomare westeuropäische Verteidigung im Rahmen des Atomwaffenvertrages ermöglicht (vgl. Rede der Abgeordneten Frau Dr. Weh vom 13. Oktober 1984 vor dem deutsch-französischen Kreis e.V. im Industrie-Club Düsseldorf)?

Die Abgeordnete Frau Dr. Weh wird in der Frage unvollständig zitiert. Das vollständige Zitat, auf dessen Grundlage die Frage beantwortet werden muß, lautet:

„Wir müssen den Frieden in Freiheit dauerhaft sichern. Durch engere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in Fragen der Sicherheitspolitik wird der deutsch-französische Vertrag von 1963 in diesem Punkt erfüllt

Diese engere Zusammenarbeit ergänzt unsere Zusammenarbeit im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses, sie ist gegen niemanden gerichtet, sondern erhöht unsere gemeinsame Sicherheit. In diesem Zusammenhang möchte ich auch ein klares Wort sagen zu in letzter Zeit vereinzelt angestellten Spekulationen über eine deutsch-französische Atomgemeinschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 1954 auf die Herstellung und den Besitz von Nuklearwaffen sowie die Verfügungsgewalt über solche Waffen verzichtet. Sie hat 1967, ebenso wie andere europäische Staaten, den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet. Voraussetzung für eine atomare europäische Verteidigung durch die Europäer selbst wäre deshalb eine Europäische Union mit einer Zentralregierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik. Jede andere Regelung wäre ein Verstoß gegen den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag.“

Dieses Zitat führt aus, daß „eine Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik“ nicht — wie es die Frage unterstellt — „eine atomare westeuropäische Verteidigung im Rahmen des Atomwaffenvertrages ermöglicht“, sondern daß die oben erwähnte Europäische Union „Voraussetzung für eine atomare europäische Verteidigung durch die Europäer selbst wäre“. Der vollständige und korrekte Wortlaut des Zitats bringt also den hypothetischen Charakter der Aussage von Frau Dr. Weh zum Ausdruck

2.1 Wie bewertet die Bundesregierung die Abschluß der Atomwaffen- und Frankreichs, bis zu Beginn der 90er Jahre die Gesamtzahl ihrer nuklearen Sprengköpfe von heute 162 auf insgesamt über 1200 zu erhöhen?

Großbritannien und Frankreich betrachten ihre Nuklearwaffen, die nur einen Bruchteil der Nuklearpotenziale der Sowjetunion und der USA darstellen, als letztes nationales Verteidigungsmittel. Die Absicht zur Modernisierung dieser Nuklearpotenziale unterliegt autonomen nationalen Entscheidungen beider Länder, die von der Bundesregierung nicht kommentiert werden.

2.5 Hat nach Auffassung der Bundesregierung der Rat der Westeuropäischen Union nach dem WEU-Rahmenprotokoll von 1974 das Recht, die Anzahl der französischen Atomwaffen auf europäischem Boden mit einfacher Stimmenmehrheit festzusetzen?

2.6 Inwiefern hat die WEU bisher von der sich rechtlich verabschiedet gemacht? Ist einer Teil der WEU-Verträge seitens der französischen und britischen Regierung bisher berücksichtigt worden? Inwiefern, mit welchem Erfolg und mit welcher Zielsetzung ist ein von der Bundesrepublik Deutschland auf die Einhaltung dieses WEU-Abkommens in der Vergangenheit gedrungen worden? Bezieht sich die Bundesregierung dieherzig Initiativen zu ergreifen, und falls ja,



mit weicher Zielsetzung?

Der Rat der WEU hat die in Artikel 3 des Protokolls Nr. III zum WEU-Vertrag von 1954 enthaltene Möglichkeit zu keiner Zeit genutzt. Diese Möglichkeit bestünde nur in Bezug auf das europäische Festland. Frankreich hat die Anwendung dieser Bestimmung stets abgelehnt. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, auf eine Änderung der seit Vertragsabschluß bestehenden Praxis hinzuwirken.

2.7 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach sie im Rahmen einer westeuropäischen nuklearen Kooperation bei der Konstruktion und dem Bau von Unterwasserbooten, atomaren Antriebsanlagen, Trügersystemen und den notwendigen Kommando- und Kontrollanlagen (z.B. Satellitensystemen) teilhaben kann, ohne bestehende Verträge zu verletzen?

Der Umfang der Einschränkungen, die für die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Herstellung von Nuklearwaffen gelten, ergibt sich aus dem WEU-Vertrag und dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die in der Frage genannten Technologien sind durch diese Verträge nicht erfasst.

2.8 Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf Artikel VI des Atomwaffenvertrages eine Erklärung abzugeben, wonach sie derartige Tätigkeiten, die der Infrastruktur bestehender westeuropäischer Nukleararsenale zugehörig kommen, jetzt und in Zukunft ablehnt, und falls nein, was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen eine derartige Erklärung?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung für derartige Erklärungen. Artikel VI sieht nicht einseitige Erklärungen vor, sondern enthält Verpflichtungen zu Verhandlungen.

2.9 Trifft es zu, daß der Transfer von Plutoniumtechnologie und Plutonium bzw. sonstigen Spaltmaterialien aus bundesdeutschen Atomkraftwerken in Atomwaffenstaaten nach den bestehenden Verträgen auch dann gestattet ist, wenn damit die Atomwaffenarsenale anderer Staaten angereichert werden? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein derartiger Transfer „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages“ verstößt (Lauch, a. O. S. 478), und ist sie bereit, eine diesbezügliche Unterlassungserklärung abzugeben?

Nach dem Nichtverbreitungsvertrag unterliegt der Transfer von Nukleargütern oder Nukleartechnologie in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen. Ein Verstoß „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages“ könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertrags keinesfalls unbekannt. Im übrigen findet ein Austausch von Kernmaterial und sonstigen spaltbaren Stoffen auch mit Kernwaffenstaaten nur im Rahmen der Zusammenarbeit bei der friedlichen

Nutzung der Kernenergie statt

2.10 Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Export von bundesdeutschen Plutoniumtechnologien, Plutonium und sonstigen Spaltmaterialien in Atomwaffenstaaten auch dann mit dem bundesdeutschen Atomgesetz vereinbar, wenn der entsprechende Atomwaffenstaat eine militärische Mitverwendung dieser Materialien nicht eindeutig ausschließt?

Regelungsgegenstand des Atomgesetzes („Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren“) ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Hinsichtlich der Ausfuhr stellt das Atomgesetz ausdrücklich auf die Einhaltung der einschlägigen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ab.

2.11 Ist es zutreffend, daß Frankreich rechtlich gesehen jederzeit die Option hat, die seinem 51%igen Anteil entsprechende Menge Plutonium aus dem Brennstoff des Superphenix dem französischen Atomwaffenprogramm zuzuführen, unter der Voraussetzung, die EURATOM-Behörde bzw. IAEA-Behörde in Kenntnis zu setzen, daß dieser Anteil des oben definierten Plutoniums dem EURATOM bzw. IAEA-Kontrollen nicht mehr zugänglich ist?

Entsprechend der in Artikel 34 Abs. 3 des EURATOM-Vertrages enthaltenen Regelung erstreckt sich die Überwachung von Kernmaterial durch EURATOM nicht auf Stoffe, die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind. Nach den Anwendungsbestimmungen für die EURATOM-Sicherungsmaßnahmen werden für in Frankreich befindliches Kernmaterial, das für Zwecke der Verteidigung bestimmt werden kann, Umfang und Verfahren dieser Sicherungsmaßnahmen von der Kommission im Einvernehmen mit Frankreich festgelegt.

Nach dem Abkommen zwischen Frankreich, EURATOM und IAEA vom 27. Juli 1978 über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen in Frankreich unterliegt nur solches Kernmaterial den IAEA-Sicherungsmaßnahmen, das von Frankreich diesem Abkommen unterstellt wird. Frankreich kann jederzeit ohne Angabe von Gründen die Unterstellung von Material unter dieses Abkommen rückgängig machen.

2.12 Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine derartige Entscheidung Frankreichs, unter den derzeitigen EURATOM und IAEA-Bestimmungen weder von der französischen Regierung noch von den oben genannten Behörden oder der Regierung eines anderen Staates der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß?

Weder IAEA noch EURATOM dürfen Kenntnisse, die sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erlangen, unbefugt der Öffentlichkeit zugänglich machen.

2.13 Ist es zutreffend, daß trotz entsprechender Forderungen der französischen Regierung eine explizite Verzichtserklärung bezüglich jeglicher militärischer Nutzung

des im Superphenix eingesetzten oder erbrüteten Plutoniums nicht abgegeben hat?

2.14 Ist die Bundesregierung angesichts der bundesdeutschen Beteiligung am Superphenix an einer derartigen Verzichtserklärung der französischen Regierung interessiert?

2.15 Wenn ja, was hat sie unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um eine diesbezügliche Aussage zu erwirken, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

2.16 Ist es im Rahmen des „Plutoniumbeileidsvertrages“ möglich, daß das aus bundesdeutschen Plutoniumbeständen erbrütete waffenfähige Plutonium (97 % PU239) in Frankreich einbehalten und für militärische Zwecke genutzt wird?

Dieser Fragenkomplex ist im Deutschen Bundestag bereits mehrfach ausführlich zur Sprache gekommen. Die Bundesregierung hat dazu erst vor kurzem in ihren umfassenden Antworten zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/1448 — und zur Großen Anfrage derselben Fraktion — Drucksache 10/3157 — Stellung genommen. Da die jetzigen Fragen sachlich nichts Neues bringen, verweist die Bundesregierung auf diese früheren Antworten. (...)

3 Fragen zur westdeutschen Atombewaffnung

3 Fragen zur westdeutschen Atombewaffnung

In der Januar-Ausgabe 1984 der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ wurde ein Beitrag des Major d.R. R. Koller veröffentlicht, der in der Forderung gipfelte, der Bundesrepublik Deutschland „einen eigenen Flieger mit atomarem Abrüst zu geben. Wohlgezielt zielt dieser Finger (...) Einfach ausgedrückt, Cruise-Missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand“. Laut Impressum ist die „Europäische Wehrkunde“ das offizielle Organ und Pflichtblatt der „Gesellschaft für Wehrkunde e.V.“ und erscheint „unter Mäzenat von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr“.

3.1 Ist der Bundesregierung der genannte Beitrag bekannt, und wie bewertet sie diesen Beitrag sowie den Umstand, daß diese Position in einem Organ publiziert wird, das der Bundeswehr nahesteht?

3.2 Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung, der 1954 und 1974 ausgesprochene Verzicht auf eigene Atomwaffen ließe sich insofern umgehen, als „gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen... die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus) ein geeignetes und zuverlässiges Mittel (ist), das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen“?

Der Bundesregierung ist der genannte Beitrag bekannt. Sein Inhalt entspricht nicht den sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland hat ausdrücklich auf jede Form der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen verzichtet. Die Bundesregierung führt dabei die Politik aller ihrer Vorgängerinnen fort.

Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen. Das Impressum der „Europäischen Wehrkunde“ weist aus, daß „mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber, des Beirats, der Redaktion und des Verlages wiedergeben“. Die ständige Mitarbeit von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr an der „Europäischen Wehrkunde“ bedeutet im gleichen Sinne keine Identifizierung mit dem Inhalt jedes veröffentlichten Beitrags (...)

Während der Verhandlungen über den Atomwaffenvertragsvertrag wurde u. FAZ vom 2. April 1968 „von deutscher Seite darauf gedrungen, ... daß Klarheit darüber besteht, wie die atomare Bewaffnung beispielsweise der fliegenden Atomträger der Bundesluftwaffe mit Inkrafttreten des Sperrvertrages rechtlich einzuführen ist. Sowohl Atombomben oder andere Atomvertragswaffen für die Bundeswehr vorgesehen sind, bleiben sie unter amerikanischem Verschluss. Für den Fall, von dem niemand hofft, daß er eintritt, muß aber unanfechtbar festgelegt sein, daß die an deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besatzermacht überlassen werden. Von den Amerikanern wird das in mündlichen Verhandlungen als selbstverständlich bezeichnet

3.6 Ist es zutreffend, daß speziell der Bundesrepublik Deutschland ein sofortiges Rücktrittsrecht vom Atomwaffenvertragsvertrag für den Fall zugestanden wurde, „daß eine Entscheidung getroffen wird, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintrifft, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde“ (vgl. Erklärung des US-Außenministers Rusk am 10. Juli 1968 vor dem Auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Senats, zitiert aus Drucksache 7/994 S. 17)?

3.7 Ist diese 3. „Interpretation“ im Zusammenhang mit dem Atomwaffenvertragsvertrag nach wie vor völkerrechtlich gültig?

3.8 Kann die Bundesregierung bestätigen oder dementieren, daß durch diese Interpretation die Möglichkeit offengelassen wird, den Atomwaffenvertragsvertrag auch ohne Kriegserklärung von welcher Seite auch immer, außer Funktion zu setzen?

Die Fragestellung beruht auf einer unzutreffenden Wiederholung der Ausführungen von US-Außenminister Rusk am 10. Juli 1968 vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats. Außenminister Rusk bezog sich bei dieser Gelegenheit auf einen am 2. Juli 1968 dem US-Präsidenten Johnson übermittelten Bericht über den Nichtverbreitungsvertrag, dem Fragen von Verbündeten der Vereinigten Staaten zum Vertrag und die Antworten der Vereinigten Staaten hierauf beigelegt waren. Eine der Fragen und ihre Antwort lauteten wie folgt:

Vereinigten Staaten zum Vertrag und die Antworten der Vereinigten Staaten hierauf beigelegt waren. Eine der Fragen und ihre Antwort lauteten wie folgt:

Frage: „Verbietet der Vertragsentwurf Vorkehrungen für die Stationierung von Nuklearen Waffen auf aliiertem Territorium, da diese keinen Transfer von Nuklearen Waffen oder ihrer Kontrolle mit sich bringt, es sei denn, daß eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintrifft, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde.“

Antwort: „Der Vertrag handelt nicht von Vereinbarungen über die Stationierung von Nuklearen Waffen auf aliiertem Territorium, da diese keinen Transfer von Nuklearen Waffen oder ihrer Kontrolle mit sich bringt, es sei denn, daß eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintrifft, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde.“

3.9 Geht die Bundesregierung davon aus, daß im Falle eines Krieges der Bundesrepublik Deutschland Atomwaffen seitens der USA überlassen werden?

Nein. Nuklearwaffen bleiben auch im Verteidigungsfall in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Gewährsmacht, d.h. der US-Streitkräfte. Jeder Nukleareinsatz setzt die Freigabe des amerikanischen Präsidenten voraus. Erst wenn diese Freigabeentscheidung für einen speziellen Einsatz gefällt worden ist, werden die für diesen Einsatz freigegebenen Nuklearwaffen von US-Streitkräften durch nuklearefähige Einsatzmittel der Verbündeten, ggf. auch der Bundeswehr, zum Einsatz gebracht (...)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

4. Fragen über Atomwaffenforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Der Atomwaffenverwehrtvertrag schließt eine militärische Verwendung von Kernmaterial nur im Hinblick auf die Produktion komplexer Sprengsätze aus. Ansonsten ist eine militärische Verwendung von Kernmaterial von den Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages nicht ausdrücklich erfaßt und deshalb auch nicht ausgeschlossen. Damit entfällt auch das Kontrollrecht und die Kontrollpflicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) über Kernmaterial, das bei erlaubten militärischen Zwecken (z.B. im Rahmen der Militärforschung) verwendet wird. Aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen der IAEO und der Europäischen Gemeinschaft („Verifikationsabkommen“ Artikel 14) werden in jedem Mitgliedsstaat die Mengen an Kernmaterial von jeglicher Sicherheitskontrolle befreit, die für erlaubte militärische Belange verwendet werden. Das „Verifikationsabkommen“ einschließlich Artikel 14 (Drucksache 7. 1993, S. 11) wurde am 20. Februar 1974 vom Deutschen Bundestag einstimmig verabschiedet.

4.1 Ist die Möglichkeit der „Verwendung des Kernmaterials bei einer nicht verbotenen militärischen Tätigkeit“ (Artikel 14 des Verifikationsabkommens) vereinbar mit dem Atomgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das ausschließlich die zivile Verwendung der Atomenergie zuläßt?

Regelungsgegenstand des Atomgesetzes („Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren“) ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie. Die in Artikel 14 des Verifikationsabkommens angesprochene Regelung für den Fall einer nicht verbotenen militärischen Nutzung der Kernenergie ist in entsprechender Weise in allen Safeguardsabkommen der IAEO mit den Nicht-Kernwaffenstaaten enthalten, die Parteien des Nichtverbreitungsvertrages sind.

4.3 Gibt es im Bereich der Nuklearzusammenarbeit mit Frankreich eine Bestimmung über Geheimhaltung, wonach „die betroffenen Angestellten und Arbeiter sowie alle Lieferanten und Unterlieferanten in Bezug auf auszuweisende Kenntnisse (Erfindungen, Patente, Zeichnungen, Daten, Entwürfe, Spezifikationen, Rechercheverfahren, Computerprogramme, Versuchsbeschreibungen, Versuchsprotokolle, Auswertungen von Ergebnissen, Know-how, Betriebsabläufe und -verfahren) einer Geheimhaltungsverpflichtung“ unterliegen, die auch eine wie immer begründete Beendigung der vertraglichen Bindungen der oben genannten Angestellten und Arbeiter“ überlistet (Zit. aus dem offenen Brief der „Haltung“ verpflichtet“ unterliegen, die „auch eine wie immer begründete Beendigung der vertraglichen Bindungen der oben genannten Angestellten und Arbeiter“ überdauert (Zit. aus dem offenen Brief des „Verbandes der Wissenschaftler am Forschungsinstitut“ an Bundeskanzler Schmidt vom 20. Juli 1977)? Falls ja, wann bestehen derartige Geheimhaltungsverpflichtungen und wie werden sie im Bereich der Nuklearforschung von der Bundesregierung begründet, falls nein, auf welche Ereignisse nimmt der Littere „Offener Brief“ Bezug, und wie lautet die Antwort der Bundesregierung darauf?

Die Bundesregierung hat im Bereich der Nuklearzusammenarbeit mit Frankreich keine Bestimmung über Geheimhaltung abgeschlossen. Eine derartige Klausel ist lediglich zwischen den an der Kooperation beteiligten Industriepartnern vereinbart. Sie dient dem Schutz ihrer technischen, industriellen und kommerziellen Interessen.

4.7 Was veranlaßt die Bundesregierung, Angaben über Menge und Zusammensetzung des in Bundesverwahrung in Hanau gelagerten Plutoniums unter Geheimhaltung zu stellen?

Wie bereits in der schriftlichen Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Kropfenstedt, vom 10. Oktober 1984 auf eine Frage des Abgeordneten Drabinski (Drucksache 10/2112, Fragen 7 und 8) ausgeführt, unterliegen Angaben über Art und Menge der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung. Unter Sicherung und hierbei die erforderlichen Maßnahmen gegen Störmaßnahmen Dritter im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 2 AtG (vgl. auch § 7 Abs. 2 Nr. 3 bzw. § 9 Abs. 2 Nr. 3 AtG) zu treffen.

Atomarer Stoßtrupp oder moderne Vielzweckarmee?

NATO-Strategie, Bundeswehr und die Atomwaffendebatte der 60er Jahre

Atomwaffen für die Bundeswehr — das ist heute der Schlachtruf von Tudenhöfer & Co. Andreas von Bulow und andere Sandkastenspieler der SPD dagegen (dagegen?) wollen mehr konventionelle, „intelligente“ Waffen, und eigentlich gar keine nuklearen Gefechtsfeldwaffen mehr (bis auf einen Rest, selbstverständlich...). Die Atomwaffendebatte während des ersten Jahrzehnts des Bestehens der Bundeswehr zeichnet der folgende Artikel nach — und leuchtet damit auch Hintergründe der heutigen Debatten aus.

Die Generalschäbler der Nazi-Wehrmacht, die sich 1930 im Auftrag Adenauers im Eifelkloster Himmerod versammelt hatten, um die Aufstellung der Bundeswehr zu planen (1), hatten einen Hauptfaktor der Nachkriegspolitik kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Der Existenz der Atombombe und dem Monopol der USA auf diese Waffe ihre Planungen bewegten sich in den militärstrategischen Kategorien des zweiten Weltkriegs — das Kriegsbild blieb bestimmt von konventionellen Panzerschlägern, der in der Denkschrift eingeplante „Einsatz der Atomwaffe“ galt nicht als kriegsentcheidender Faktor. Den weiteren Planungen des Amtes Blank in den Jahren 1951-54, die auf einer Beteiligung der BRD an einer supranationalen europäischen Armee fußten, lagen dieselben strategischen Gedankengänge zugrunde. (1a)

NATO-Strategie und Aufstellung der Bundeswehr

In den USA setzte sich derweil eine Militärdoktrin durch, die konventionelle Truppen durch Atomwaffen ersetzen wollte. Nach dem Krieg war das US-Heer weitgehend demobilisiert worden, gesetzt wurde auf die Luftstreitkräfte und das strategische Bomberkommando. Die wesentlich von den USA bestimmte NATO-Doktrin spiegelt das wider: Das Grundsatzdokument MC 14/1 (vom 9. 12. 52) geht immerhin noch von einer Verzögerung des gegnerischen Angriffs durch konventionelle Truppen aus, während die strategischen Atomwaffen eingesetzt werden und den Feind vernichten treffen. Diese Direktive ist im Zusammenhang zu sehen mit der Lissaboner Streikkräfteplanung vom Februar 1952, die noch die Aufstellung von 30 Divisionen und den Feind vernichten treffen. Diese Direktive ist im Zusammenhang zu sehen mit der Lissaboner Streikkräfteplanung vom Februar 1952, die noch die Aufstellung von 30 Divisionen in Westeuropa vorsah. Ende 1954 sollten es 96 Divisionen sein, davon 35-40 jederzeit einsatzbereit (der Rest nach einer Mobilisierungszeit von maximal 90 Tagen), sowie 9.000 Kampfflugzeuge. Solche Truppenstärken wurden für die konventionelle Komponente zu einer erfolgreichen Kriegsführung für erforderlich gehalten. „Tatsächlich hat jedoch niemand diese Ziele jemals ernsthaft angestrebt. Im Gegenteil, einige europäische Regierungen wollten absichtlich keine starke lokale Verteidigung aufbauen, um auf diese Weise die Verpflichtung der USA zum nuklearen Gegenschlag uneingeschränkt aufrechterhalten zu können.“ (2) Die Lissaboner Streikkräfteziele von 1952 — die übrigen den Bonner „Wehrbeitrag“ bereits eingezeichnet — blieben Makulatur.

Vor diesem Hintergrund verstärkte sich in den Jahren 1953/54 die Tendenz in den USA, allein auf ihre Atomwaffen zu setzen. Unter dem Stichwort „new look“ wurde die Bedeutung der konventionellen Heere weiter herabgestuft. Die vom NATO-Rat 1954 gutgeheißen „Schwert-Schild-Strategie“ maß dem konventionellen „Schild“ lediglich die Funktion zu, den Gegner zur Konzentration seiner Kräfte zu zwingen, um ihn mit dem Schwert des umfassenden Atomschlages um so wirksamer treffen zu können. Ein im Juli 1956 bekanntgewordener Plan des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der USA, Radford, sah vor, die US Streitkräfte um 800.000 Mann — insbesondere in Europa — zu reduzieren, um die Kapazitäten auf den Ausbau des amerikanischen Vorranges auf dem Gebiet der Atomwaffen zu konzentrieren. Die NATO-Direktive MC 14/2 (schließlich Ebfeld) am 21. 3. 57) schrieb den sofortigen und

massiven Einsatz sowohl von strategischen als auch von taktischen Atomwaffen gegen jedweden Angriff (gleichgültig, ob konventionell oder atomar) fest (3).

Auf das Bekanntwerden des Radford-Plans folgten „zufällige“ Einwände Adenauers gegen die grundsätzliche Umstellung der Strategie auf Kernwaffen“ (4). „Adenauer unterstützte die konventionellen Streitkräfte“ und blieb in einem kurzen Artikel über die Gefahren der Überbetonung von Kernwaffen gedanklich Kritik an der amerikanischen Politik“ (5). Auf bundesdeutsche Proteste hin (6) distanzierte sich die US-Regierung vom Radford-Plan. Mit der nach wie vor verfolgten NATO-Atomschlagpolitik arrangierte sich die BRD jedoch rasch. „Der kurzlebige deutsche Versuch, gegen den Strom der westlichen Militärpolitik zu schwimmen, wurde aufgegeben, als sich seine Auswirkungen und seine Aussichtslosigkeit bemerkbar machten“ (7), so US-Historiker Richardson.

Die wirklichen Gründe für diesen Schwank lagen jedoch tiefer. „Adenauer hatte am 21. September 1955 bekannt gegeben, daß geplant sei, bis zum 1. Januar 1959 12 Divisionen voll auszurüsten und auszubilden und bis zum 1. Januar 1960 außerdem die Luftwaffe mit 80.000 Mann und eine Marine mit 20.000 Mann aufzustellen.“ (8) Entsprechend war die Dauer des Wehrdienstes zunächst auf 18 Monate veranschlagt. Aufgrund des Widerstandes gegen die Remilitarisierung entschied die Bundesregierung im September 1956, die Wehrdienstzeit auf 12 Monate zu verkürzen. „Adenauer erklärte, daß die früheren Zusagen über den Aufbau der Bundeswehr nicht eingehalten werden könnten. Es hatte sich herausgestellt, daß die Aufstellungsanforderungen des Bündnisses trotz starker Anstrengungen aus personellen, materiellen und infrastrukturellen Gründen nicht zu verwirklichen waren.“ (9) Nunmehr sollten 350.000 Mann innerhalb von sechs Jahren aufgestellt werden (was auch gelang — zum Jahresanfang 1962 hatte die Bundeswehr einen Personalbestand von 375.000 Mann). Damit aber mußte es verlockend erscheinen, mit den Atomwaffen der NATO die zeitliche Verzögerung bis zur vollen Einsatzfähigkeit der Bundeswehr quasi zu „überbrücken“. Aber das war es nicht allein.

Die Forderung nach einem Finger am Abzug

Die Forderung nach einem Finger am Abzug

Vor allem eröffnete die NATO-Strategie, wie man inzwischen erkannt hatte, die Chance für die BRD, selbst Zugang zu Atomwaffen zu erhalten. Am selben Tag, an dem die Aufstellungsverzögerung bekanntgegeben wurde, „wurde bei einer Kabinettsitzung der bisherige Minister für Atomfragen, Strauß, zum Verteidigungsminister ernannt. Er erklärte bereits einen Tag später unter anderem, daß der Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen volle Gültigkeit behalte, daß dadurch aber nicht die Frage berührt werde, ob den deutschen Streitkräften etwa Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantikpaktstaaten zur Verfügung gestellt würden.“ (10) Die Ernennung von Strauß war Programm — und wurde auch so verstanden, auf die immer wieder vorgetragenen Atomwaffenforderungen von Strauß entwickelte sich die Massenbewegung „Kampf dem Atomtod“.

Ein deutscher Finger am Abzugsknopf war für die Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht attraktiv: Neben dem allgemeinen Macht- und Prestigegewinn im westlichen Lager — da maß unschrieben mit der Forderung nach „voller Gleichberechtigung der BRD“ — hätte eine BRD-Verfügung über Atomwaffen eine engere „Ankoppelung“ an die USA bedeutet. Als „massive Retaliation“ nämlich von der NATO verabschiedet worden, waren die Grundlagen dieses Konzepts schon unterhölet. Auch die Sowjetunion verfügte nun über Atomwaffen, und die amerikanische „Nukleargarantie“ stand damit zunehmend vor dem Problem der Glaubwürdigkeit. Ob die USA auch bei einem (aus ihrer Sicht begrenzten) Krieg in Europa wirklich bedenkenlos ihr strategisches Atompo-

tential einsetzen und damit unkalkulierbare Zerstörungen im eigenen Land in Kauf nehmen würden, wurde allmählich fragwürdig. „Atomwaffenbesitz kann für politische Schockzüge entscheidend ins Gewicht fallen“, brachte die FAZ den Sachverhalt auf den Punkt. „Eine atomare Macht hat es im Gegensatz zu einer nichtatomaren in der Hand, nach ihrem eigenen Dafürhalten die Größen auf den Plan zu bringen. Ein atomarer Schlag — oder die Drohung mit ihm — setzt die großen Mächte in Bewegung.“ (11)

Strauß selbst war es, der in der Atomwaffendebatte des Bundestages von 1957 die Verbindung zum revolutionären bundesdeutschen Anspruch auf „Wiedervereinigung“ herstellte: „Diese Politik“ — nämlich die von ihm vertretene — „ist außerdem die zur Zeit einzig mögliche Voraussetzung

besaß 40 der für den Atomwaffeneinsatz ausgebauten F-104. Mehr als zwei Jagdbombergerewalt war der bei deutschen Luftwaffe stationierte Dienstaten System der NATO-Luftangriffstreitkräfte ständig mit Atombomben an Bord startbereit auf ihren Flugplätzen (15).

Darüber hinaus wurden immer wieder neue Versuche gestartet, selbst einen Finger an den roten Knopf zu bekommen. Im August 1960 forderte die Bundeswehrführung, in einer Denkschrift, die in einer Sonderbeilage der „Information für die Truppe“ breit veröffentlicht wurde, ultimativ eigene Atomwaffen: „Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Streitkräfte. ... Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens eben-



Todenhöfer

zung, um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mit friedlichen Mitteln und in gesicherter Freiheit vorbereiten zu können. Sie allein gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, erstens gleichberechtigt und zweitens unterstützt durch unsere Verbündeten mit dem Sowjetpakt über dieses Ziel zu verhandeln.“ (12)

Nach heftigen Auseinandersetzungen beschloß der Bundestag am 23. 3. 58, „die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen.“ (13) In der Folgezeit erhielt die Bundeswehr von den Amerikanern Trägersysteme für Atomwaffen, nicht aber die Sprengköpfe selbst (die weiter der Freigabe durch den US-Präsidenten unterlagen). Dennoch war die Bundesregierung ihren Zielen damit ein großes Stück näher gerückt.

Während die US-Militärdoktrin sich bereits wieder auf eine höhere Bewertung der konventionellen Streitkräfte hinbewegte, tat Strauß alles, um die einmal errungene Position auszubauen und die Bundeswehr komplett für die atomare Kampfführung auszurüsten. (14) Die diversen Skandale dieser Zeit — die Äußerung Adenauers etwa, „nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie“, die Einführung des Starfighter, die Spiegelaffäre etc. — bildeten die Begleitmusik zur massiven Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Bis 1966 verfügten ihre Teilstreitkräfte über mehr als 600 Atomwaffensträgermittel. Im Heer beispielsweise wuchs deren Zahl von 48 im Jahre 1960 auf 460 im Jahre 1966 mit Reichweiten zwischen 20 und 160 km und für Detonationstärken von 1 bis 47 kt TNT. In der Luftwaffe waren es 1966 mindestens 16 Abschußgruppen für Pershing I-Raketen mit einer Reichweite von 800 km (1,5 Megatonnen TNT) und 252 F-104 G Starfighter sowie 144 Abschußgruppen für Nike-Herkules-Raketen. Auch die Marine

bürtig sind. ... Die Bundeswehr kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten.“ (16) 1968 kam der frühere Generalinspekteur Tretner auf das Thema zurück: Auch er plädierte

„NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten.“ (16) 1968 kam der frühere Generalinspekteur Tretner auf das Thema zurück: Auch er plädierte für den „notwendigen Eigenbesitz“ der BRD an Atomwaffen. Es sei „nichts anderes möglich, als daß allen Verbündeten grundsätzlich die gleiche Qualität zugebilligt wird“. Die „hochentwickelten Länder“ mußten „ein gewisses Übergewicht über die unterentwickelten — zahlenmäßig vielleicht viel größeren — Staaten“ behalten. Solange nicht „allen zuverlässigen westlichen Staaten Atomwaffen gegeben werden“, bilde „die Fähigkeit, notfalls Atomwaffen herzustellen, den besten Ersatz für Atomwaffen selbst“. Daher mußten „die Europäer mehr als bisher danach trachten, für ihre Sicherheit nach Kräften selbst zu sorgen“. (17)

Auch über das Projekt einer „Multilateralen Nuklearhilfe“ wurde versucht, zumindest Mit-Verfügung über Atomwaffen zu erhalten. Nicht nur weigerte sich die Adenauerregierung abzugeben, sondern auch aus den Reihen der SPD: Auf deren Karlsruher Parteitag 1964 setzten sich Brandt, Eiler und Helmut Schmidt „vorbehaltenlos“ für diese multilaterale Atomstreitmacht ein. (18) Für den Fall des Scheiterns der M.F. drohte Außenminister Schröder 1963 in einem Interview mit dem „Erwerb eigener Atomwaffen“. (19) Ebenso wie der sogenannte Norstad-Plan von 1960 zur Bindung eines gemeinsamen NATO-Kernwaffenpools (20) verschwand jedoch auch die M.F. wieder in der Versenkung. Neben dem Massenwiderstand in der BRD selbst war es vor allem das Desinteresse der europäischen NATO-Partner an einer atomar gerüsteten BRD, das alle diese Projekte zum Scheitern verurteilte.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bundeswehr im Atomtaumel

Die angeführten politischen und strategischen Interessen allein reichen jedoch schwerlich aus, den regelrechten Atomtaumel zu erklären, der die Bundeswehrführung für einige Jahre erfaßte. Man wird hier wohl eher in der traditionellen Begeisterungsfähigkeit deutscher Militärs für Waffen mit „absoluter“ Vernichtungskraft und für den „totalen Krieg“ nach Gründen suchen müssen. Luftwaffeninspekteur Panitzki etwa war der „festen Überzeugung, daß jeder Krieg in Mitteleuropa in einen allgemeinen „atomaren Orkan“ ausmünden würde“. (21) Seine Aussage steht für viele.

Am Besten bringen wohl die „Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegsführung“ von 1961 zum Ausdruck, welche Bedeutung dem Atomwaffeneinsatz auf dem Gefechtsfeld zugemessen wurde: „Durch ihre gewaltige Wirkung in Verbindung mit ihrer Beweglichkeit sind die Atomwaffen das wichtigste Kampfmittel in der Hand der militärischen Führer. Je mehr Einsatzmittel und Atomsprengkörper zur Verfügung stehen und je bessere Aufklärungsvergebnisse vorliegen, desto stärker können diese Waffen die gesamte Gefechtsführung bestimmen. Die Wirkung von Atomsprengkörpern kann Bewegungen ermöglichen oder erleichtern. Andererseits schaffen oft erst Bewegungen die Voraussetzung für einen wirkungsvollen Einsatz der Atomsprengkörper. Atomwaffen stehen daher im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen; die Gefechtsführung baut auf ihrer Wirkung auf. Durch den Einsatz von Atomwaffen kann das Gefecht entschieden oder die Freiheit der Handlung wiedergewonnen werden. Auch der Unterlegene vermag mit ihrer Hilfe eine schwierige Lage plötzlich und grundlegend zu seinen Gunsten zu ändern, vor allem dann, wenn er die Möglichkeit, den Feind zu überraschen, ausnutzt.“ (22)

Anzelgo

Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.

Postfach 2304
4400 MünsterHans-Peter Hubert/Werner
Steffen/Dietrich Schulze-
Marmeling/Jochim Neubart:

Die Bundes-

Die Bundesrepublik Deutschland in der NATO

Inhalt

- Der Weg der BRD in die NATO,
- Zwischen »Kalter Krieg« und »Entspannung«. Zur Geschichte und Logik der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD;
- Der »Verteidigungsauftrag« der BRD,
- Die BRD und die NATO-/US-Militärstrategie

92 Seiten (A4 Format), DM 8,-

Bestelladresse: DFSP e.V., Postfach 2304, 4400 Münster

Vorkasse ist unbedingt erforderlich!

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren wird dem Besteller ein Rabatt von 20% gewährt. Bei Abnahme von mehr als 25 Exemplaren ein Rabatt von 1/3 des Verkaufspreises. Die Versandkosten betragen für 3 Exemplare DM 1,-, für 10 Exemplare DM 2,- und ab 11 Exemplaren DM 3,-

Bestellungen bitte auf den folgenden Kassen: BRD, Münster, Bundes-Nr. 10 1144 2 100, 01/400 101 11

Besondere Vorteile versprach sich die Bundeswehr vom Einsatz der Atomwaffen im Angriff. Man glaubte, damit nach der Art von Wunderwaffen fehlende konventionelle Überlegenheit ausgleichen zu können. „Der Angriff fordert den Einsatz stärkester Kampfkraft an entscheidender Stelle. Die atomare Feuerkraft ist der wichtigste Teil der Kampfkraft, das sicherste Mittel, dem Angriff zum Erfolg zu verhelfen. ... Selbst eine der Zahl nach unterlegene Truppe vermag bei richtiger Verwendung von Atomsprengkörpern und rascher Ausnutzung ihrer Wirkung einen erfolgreichen Angriff zu führen. (...) Durch die Verwendung von Atomsprengkörpern kann der Truppenführer schnelleren Angriff zu führen. (...) Durch die Verwendung von Atomsprengkörpern kann der Truppenführer schnelleren Angriff zu führen. (...) Durch die Verwendung von Atomsprengkörpern kann der Truppenführer schnelleren Angriff zu führen.“ (23)

Als Heeresdienstvorschrift hatte die Weisung zum massenhaften Einsatz von Atomwaffen für jeden Truppenführer die rechtliche Qualität eines Befehls. Die Konsequenzen eines solchen bedenkenlosen Herumballens mit gigantischen Vernichtungsmitteln wurden bagatellisiert: „Umfang und Schwere der Schäden können von dem, der diese Waffen einsetzt, weitgehend vorher bestimmt und in der Gefechtsführung berücksichtigt werden. Die Auswirkung dieser Waffen auf die Moral dagegen entzieht sich der Berechnung und ist schwer abzuschätzen.“ (24)

Man ging nicht nur unter Militärs davon aus, die Atomwaffen nicht etwa als letztes Mittel der Verteidigung, sondern als besonders wirksame Offensivwaffe im Sinne der „Vorwärtsverteidigung“ zu benutzen. „Die NATO muß in der Lage sein“, so „Verteidigungs“-Minister von Hassel, „Kernwaffen unter Bedingungen einzusetzen, bei denen der Einsatz nicht Verzweiflung ausdrückt, sondern militärisch und politisch kontrolliert ist.“ (25) Und Strauß erklärte zynisch: „Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militärgeographischen Lage aus Einsicht in die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit dieser Maßnahmen bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten.“ (26)

Kritische Stimmen und veränderte Schwerpunktsetzung

Den kühleren unter den bundesdeutschen Militärstrategen konnte auf Dauer nicht verborgen bleiben, daß eine Kriegführungsstrategie, die auf derart massenhaftem Einsatz von taktischen Kernwaffen aufbaute, nicht wirklich einsetzbar war. Sie mußte zu Verwüstungen in einem Ausmaß führen, das jeden (imperialistischen) Sinn und Zweck dieser Kriegführung unmittelbar in Frage stellte. Der sozialdemokratische „Wehrexperte“ Helmut Schmidt beschrieb diese Schwierigkeiten in der NATO-Übung *„Luna Carlo“* und *„Wolf“* der Kriegführung unmittelbar in Frage stellte. Der sozialdemokratische „Wehrexperte“ Helmut Schmidt beschrieb diese Schwierigkeiten in der NATO-Übung *„Luna Carlo“* und *„Wolf“* der Kriegführung unmittelbar in Frage stellte.

„In der NATO-Übung *„Luna Carlo“* im Juni 1953 fielen innerhalb von weniger als drei Tagen 335 nukleare Bomben, davon 268 auf unser Gebiet; man rechnete mit 1,3 bis 1,7 Millionen Toten und 3,5 Millionen Verwunden. ... Bei den Herbstmanövern der NATO in Schleswig-Holstein rechnete man infolge des Einsatzes taktischer nuklearer Waffen nach 48 Stunden mit 300.000 bis 400.000 Toten auf Seiten der Zivilbevölkerung.“ (27) Aus diesen Feststellungen folgte für Schmidt wohlgerneht keine grundsätzliche Abkehr von den Atomkriegsplanen der NATO, wohl aber eine deutliche und einflußreiche Kritik an der Einsichtigkeit der betriebenen Kriegsrüstung und -planung: „Wenn die gegenwärtig im Gange befindliche Ausrüstung und Ausbildung der in Europa stationierten Heeresstruppen der NATO mit den für einen begrenzten nuklearen Krieg bestimmten spezifischen Waffen nur noch ein bis zwei Jahre fortschreitet, so kann ein Punkt erreicht werden, von dem aus eine Rückkehr nicht mehr möglich erscheint. ... Wer seine Armee einmal taktisch nuklear ausgebildet und ausgerüstet hat, wird enorme Schwierigkeiten haben, sie in einem etwaigen konventionellen Krieg zu einer zweckmäßigen Gefechtsführung zu bringen und sie vom Gebrauch der taktischen Nukleawaffen abzuhalten.“ (28)

Vor diesem Hintergrund forderte Schmidt eine Orientierung auf die Verstärkung der konventionellen Verbände der NATO. „Die NATO muß umdenken; die bisher so genannten „Schild“-Streitkräfte müssen zum entscheidenden Abschreckungsfaktor in Europa werden!“ (29) Damit verbunden war selbstverständlich eine Aufwertung der Bedeutung und des Gewichts der Bundeswehr innerhalb der NATO.

Ein Ende des blinden Vertrauens in die Atomwaffen war auch von der amerikanischen Strategieentwicklung her überfällig. Das atomare Patz hatte (1960/61) zu einer offensichen Abwendung von der Drohung mit der massiven Vergeltung und zur neuen Doktrin der abgestuften und flexiblen Reaktion geführt. (30) Für Mitteleuropa ergab sich daraus, daß die USA nicht in jedem Falle bereit sein würden, für — aus ihrer Sicht begrenzte — Kriegsziele ihr strategisches Nuklearpotential ins Spiel zu bringen. Diese neue, in Westeuropa mit Besorgnis beobachtete Entwicklung in den USA forcierte die Erkenntnis, daß die atomaren Potentiale sich in der Tendenz gegenseitig neutralisierten, daß also dementsprechend konventionelle Waffen und Truppenverbände wieder entscheidende Bedeutung erlangten. Helmut Schmidt mit seinen ersten Weisungen noch mehr oder weniger allein auf weite Flur gestanden, so änderte sich dies im Lauf der 60er Jahre nachhaltig. Die Große Koalition symbolisierte die 1966/67 erreichte weitgehende Vereinheitlichung der militärpolitischen Vorstellungen in der BRD.

Zwei Dinge waren nach diesen Vorstellungen unverzichtbar:

— Zum einen die Aufrechterhaltung der Drohung mit Atomwaffen (und auch deren Einsatz) durch die NATO (31), die massive Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Trägermitteln und die „Ankoppelung“ an das strategische Nuklearpotential der USA.

— Zum anderen aber die forcierte Aufrüstung im konventionellen Bereich, die Doppelverwendbarkeit (Bivallenz) der Waffensysteme und eine Struktur, die beiden Formen der Kriegführung angemessen war.

Mit den NATO-Direktiven MC 14/3 (flexible response) vom Dezember 1967 und MC 48/3 (Einsatztaktik taktischer Nukleawaffen in Europa) vom Dezember 1969 war wieder eine gemeinsame Formulierung der NATO-Strategie gefunden, die den neuen Gegebenheiten Rechnung trug — wenn sie auch die Differenzen zwischen den USA und der BRD und das spezifische bundesdeutsche „Sicherheitsdilemma“ nicht aus der Welt zu schaffen vermochte. Seit 1966 konnte die BRD zudem durch ihre Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ihren Einfluß auf die NATO-Einsatzgrundsätze für Atomwaffen geltend machen. Sie konnte mitreden bei der Wahl von „Ziel, Mitteln, Umfang und Zeitpunkt des Einsatzes“ von Atomwaffen in einem militärischen Konflikt in Europa. Helmut Schmidt erklärte zynisch: „Die Missprache der BRD für den möglichen Einsatz strategischer Waffen ist gesichert.“ (32)

Es war nur ein vorläufiger Schlußstrich, den Schmidt damit unter die viel weitergehenden, insbesondere von Strauß vorgebrachten bundesdeutschen Atomwaffenforderungen setzte. Man hatte sich mit dem Erreichbaren bescheiden müssen, mehr war angesichts des Widerstandes auch der anderen NATO-Partner nicht durchsetzbar gewesen. Anfang der 80er Jahre sollten die weitenreichsten Forderungen — auf dem Hintergrund weiter angewachsener politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stärke der BRD und besserer Voraussetzungen z.B. durch die Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen — von bundesdeutschen Politikern und Strategen erneut in die öffentliche Diskussion gebracht werden.

Für die folgende Zeit lag der Schwerpunkt der bundesdeutschen Rüstungsanstrengungen wieder eindeutig auf dem konventionellen Sektor. (33) Eine Wehrstrukturreform wurde erarbeitet, eine neue Heeresstruktur konzipiert, „rundumneuert“. Auch in der NATO drängte die BRD an vorderster Stelle auf die Stärkung der konventionellen Kampfkraft. In der Direktive AD-70 (NATO-Rahmenrüstungskonzept für die 70er Jahre bis 1978) und im bis 1986 gültigen NATO-Langzeitprogramm von 1977 schlugen sich diese Anstrengungen unübersehbar nieder.

Die Dominanz vor allem atomar benannter Kriegsbilder in der bundesdeutschen Militärdoktrin war damit beendet. Aus der Sicht von 1966/67 läßt sich der unter Strauß inszenierte Atomwaffentaumel der Bundeswehr als ein Zwischenspiel begreifen. Nachdem die Euphorie über die neuen Wunderwaffen einer realistischeren Betrachtung ihres politischen und militärischen Wertes gewichen war, trat die Entwicklung der konventionellen Komponente wieder in den Vordergrund. Man konnte dabei auf die in Himmerod festgehaltene Planung und auf die (bis zugrundeliegenden) Erfahrungen der Nan-Wehrmacht zurück greifen. Daria neu einzuzeichnen wa-

ren nun aber die Erfordernisse, die eine Eskalation des konventionellen Krieges zum Nuklearkrieg von einem Tag auf den anderen stellen konnte. Für die Bundeswehr bedeutete dies: Ihre Bewaffnung mußte bivalent sein, mußte herkömmliche Munition ebenso wie Atomsprenköpfe verschießen können. Die Ökoderung ihrer Verbände mußte nicht nur eine Konzentration der Kräfte zum Angriff erlauben, sondern auch eine rasche Dezentralisierung, um gegnerischen Atomschlägen möglichst wenig schmerzende Ziele zu bieten. Der „erhöhten Wirkung des Feuers“, wie Generalinspekteur de Maizière es formulierte, „mußte durch erhöhte Beweglichkeit begegnet werden. Alle Überlegungen seien darauf zu richten, wie die Beweglichkeit verbessert werden könne.“ (34) Je schneller es der Bundeswehr gelänge, so die militärische Logik, sich in tiefen Vorstößen mit dem Feind zu „verzählen“, desto schwieriger werde für diesen der Einsatz von Atomwaffen.

Die ab Ende der 60er Jahre einsetzende umfassende Reorganisation der Bundeswehr versuchte, diesen Zielsetzungen gerecht zu werden. „Was ich brauche, ist eine Bundeswehr, die auf keinen Fall schwächer sein darf, als sie heute ist“, so faßte es der bundesdeutsche NATO-General von Kielmansegg zusammen, „und die hochbewegliche, moderne, mechanisierte Heeresverbände mit organisch eingegliederten Atomwaffenträgern besitzt, befähigt zum konventionellen wie zum nuklearen Kampf.“ (35)

Die Diskussion um konventionelle und/oder atomare Bewaffnung der Bundeswehr ist also nicht neu. Die Ankoppelungen und Verknüpfungen sind vielfach: Einmal die Forderung nach eigenen, bundesdeutschen Atomwaffen. Dann die (damals wie heute vor allem von sozialdemokratischen „Wehrexperten“ vorgetragenen) Anstrengungen zum Ausbau der konventionellen Kriegsführungsfähigkeit der bundesdeutschen Streitkräfte. Gehten von der Absicht, die Bundeswehr aus einer Abhängigkeit vom frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen herauszuführen und zum möglichst universellen Instrument bundesdeutscher Machtpolitik zu machen. Und stets damit einhergehend die unbedingte Bereitschaft, als ultima ratio deutscher „Sicherheitspolitik“ alles in Schutt und Asche zu legen. Die aktuellen Bestimmungen der HDV 100/100 (Truppenführung im Gefecht) — siehe obenstehendes Kapitel — in den 70er Jahren unter dem vorgeblichen Atomwaffenkritiker Schmidt eingeführt — bezeugen dies hinreichend. Ein atomarfeindliche Bundeswehr bliebe auch unter einem Kanzler Johannes Rau undenkbar.

J.N.

Anmerkungen

Der Artikel ist Teil einer Untersuchung zu

Anmerkungen

Der Artikel ist Teil einer Untersuchung zu den militärischen Grundlagen der Bundeswehr, die demnach in der von der Dokumentationsstelle für Friedens- und Sicherheitspolitik e.V. herausgegebenen Broschüre „Die BRD in der NATO“ erschienen sind.

1. Zu den militärstrategischen und operativen Grundlagen der Bundeswehr vgl. AK 263, S. 32-34. Die Bundeswehr und ihre Verteidigungsgesamt. Die Hinterbündel (Denschrift) ist abgedruckt in: Klaus von Schubert (Hg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1983, 1977, Teil 2, Köln 1978.
2. Zu den Planungen für die EVG vgl. Kurt Felt, Die Grundlagen der militärischen Planungen, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Aspekte der deutschen Wehrbewaffnung, Boppard 1975, S. 169 ff.
3. siehe Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 1, Von der Kapitulation bis zum Pfaffen-Plan, Freiburg 1982.
4. Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato, Stuttgart 1961, S. 53.
5. Vgl. NATO, Siege und Streitkräfte, Berlin (DDR) 1980, S. 85.
6. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Verteidigung im Bündnis, Planung, Aufbau und Beschaffung der Bundeswehr 1950-1972, München 1973, S. 83.
7. Konrad Adenauer, Lohnt sich der Aufbau der Bundeswehr noch? Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 21.8.1961, zitiert in: James L. Richardson, Deutschland und die NATO, Strategie und Politik im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Bonn/Opaden 1987, S. 47.
8. Adolf Heusinger, Die Bundesrepublik Deutschland — der fünfzehnte Partner im Westen, von Raven, Hg. Armees gegen den Krieg, Wert und Wirkung der Bundeswehr, Stuttgart 1986, S. 49.
9. Richardson, S. 49.
10. Verteidigung im Bündnis, S. 83. Eine Denkschrift Blankes vom 8.1.55 hatte noch vorgesehen, innerhalb kürzester Zeit 6.000 Panzer, 8.000 gepanzerte Fahrzeuge und 100.000 Kfz und 1.250 Kampfflugzeuge aufzustellen. Vgl. Johannes F. Schmitz, Militärische Lage und militärische Planung der Bundeswehr, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Militärgeschichte, Stuttgart 1982, S. 477.
11. Verteidigung im Bündnis, S. 83. Erst im März 1962 wurde die Wehrpflicht wieder auf 18 Monate erhöht.
12. Verteidigung im Bündnis, S. 83.
13. Zitiert in: Schubert, S. 187.
14. Zitiert in: Verteidigung im Bündnis, S. 84.
15. Zu den Schwierigkeiten der BRD durch „versteckte Einschnitten auf die strategischen Grundlinien des Westens“ meint die bundesdeutsche Militärhistorische Abteilung etwas beschränkend, aber nicht völlig falsch: „Tatsächlich sind diese Schwierigkeiten in erster Linie im Zusammenhang zu sehen mit den Beschränkungen der Bundesregierung, das Pendel weder nach der konventionellen noch nach der nuklearen Seite zu stark ausschlagen zu lassen.“ (Verteidigung im Bündnis, S. 36).
16. nach AKK, S. 455.
17. Sonderbeilage zu Information für die Truppe, H. 250. Die Denkschrift wurde auf der Grundlage und als Ergebnis von Berichten abgefaßt, die Strauß und Heusinger auf einer Kommandoüberlegung der Bundeswehr vom 11. bis zum 13. Juli 1960 in Kiel vorgetragen hatten. An dieser Tagung nahmen 120 Generale und Admirale der Bundeswehr teil. Zu den Mitwirkenden gehörten die Generale Kammerhuber, Zerbst, Schnez, Trullhoff, von Hobe, Koch, Graf, Klemm, Ruppel und Admiral Ruge. Wie aus einem oft zitierten Kommuniqué der Besprechung zwischen Adenauer und Strauß vom 28. August 1960 hervorgeht, stellte sich die Adenauerregierung voll hin an die ultimativen Forderungen der Bundeswehr, indem sie der Bundeswehrführung für die geleistete Arbeit ihren Dank aussprach (Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 181/1960, S. 167). Nicht zufällig erschienen in der Zeit vor und nach der Verleumdung der Denkschrift in der westdeutschen Presse zahlreiche Betrachtungen, in denen der Wert der „Polaris“-Mittelstreckenrakete für operativ-strategische Einsätze mit einer damals genannten Reichweite von 2800 Kilometern erogen wurde. Auch das offizielle „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ (Nr. 137/1960, S. 138) befaßte sich unter dem Titel „Die neue Strategie“ ausführlich mit der „Polaris“-Rakete. Triumpierend wurde auf die große Reichweite der Polaris hingewiesen und festgestellt, daß „ihre Nutzlast bei einem Volltrieb geräde hin (dürfte), um eine Stadt mittlerer Größe völlig zu vernichten, ein mehrfaches der Hiroshima-Bombe.“ (AKK, S. 249 f.).
18. Heinz Teitner, Der Sperrverbot dient nicht dem Frieden in Rheinischer Merkur, 19.7.68, zitiert in: Schatz, Zentrum der Aggression, Zur Rolle der Bundeswehrführung im Militär-Industrie-Komplex der BRD, Berlin (DDR) 1971, S. 115 f.
19. A. Aankel, Reformen der Außenpolitik, Opaden 1968, S. 19. Nachgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes, S. 75.
20. Nachgedruckt in: Schubert, Bd. II, S. 7.
21. Interview mit dem Hamburger Abendblatt, 13.10.62, zitiert in: AKK, S. 211.
22. HDV 100/2, „Führungssatz des Heeres für die atomare Kampfführung“ (1961), Ziffer 20. Eine überarbeitete Fassung dieser Grundsätze ist weiter in K. 1.
23. ebd. Ziffer 344. Zum selben Thema hat mit Schmidt. Die Behauptung, taktische Nukleareisen begünstigten den Verteidiger, hat keine Grundlage mehr, seit beide Seiten über eine fülle taktischer Nukleareisen verfügen. Es muß im Gegenteil hervorgehoben werden, daß angreifende Panzerverbände nukleare Versuche Räume relativ rasch durchstoßen können und dabei weniger gefährdet sind als die an die Verteidigung bestimmter Abschnitte, Punkte oder Sperrlinien gebundenen Infanteriegruppen des Verteidigers. Bei einer statischen Verteidigung, z.B. entlang von Flußabschnitten, liegt der Vorteil einer taktisch-nuklearen Kriegführung vielmehr beim Angreifer. Im Übrigen ist gewiß, daß eine größere Zahl von Typen nuklearer Waffen denn nicht eingesetzt werden kann, wenn die eigenen Truppen eng mit dem Gegner verzahnt sind. (H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961, S. 113).
24. HDV 100/2, Ziffer 18.
25. kann wenn die eigenen Truppen eng mit dem Gegner verzahnt sind. (H. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961, S. 113).
26. HDV 100/2, Ziffer 18.
27. K. A. von Hassel, Verantwortung für die Flotten, Boppard z.B. 1965, S. 71.
28. In: Handbuch der NATO, Ergänzungserklärung 200 A, 2, S. 136, zitiert in: AKK, S. 273.
29. Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 121 u. 124.
30. ebd. S. 121.
31. Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, S. 216.
32. Ausgeführt in der Botschaft des US-Präsidenten John F. Kennedy an den amerikanischen Kongreß zum Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten vom 28.8.61 in: Schubert, Bd. 2, S. 125, 30.
33. So forderte etwa Verteidigungsminister von Hassel im Frühjahr 1965 auf der Sitzung der NATO Unterassessors, hieses für nukleare Planung die Bereitschaft zum sofortigen Einsatz von „Atomminen, atomaren Luftabwehrkanonen und anderen atomaren Gefechtsmitteln“ sowie die Verletzung der Zeitpanne bis zum Einsatz der schweren Lasten und strategischen Atomwaffen auf der gesamten (eindimensionalen) Achse bei einschleichender sowjetischer Territorialisierung. (Die Welt, 4.9.65, zitiert in: AKK, S. 380 f.).
34. Die Welt, 14.1.66, zitiert in: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Planung und Ausrüstung der Bundeswehr der BRD, Berlin (DDR) 1975, S. 23.
35. Das Rüstungskonzept der Bundeswehr wie es sich Ende der 60er Jahre herauskristallisierte, sah folgendermaßen aus: „Die Aufklärungsfähigkeit für Frieden, Entspannung und Krieg ist so zu erhöhen, daß rechtzeitige und angemessene politische und militärische Reaktionen möglich sind.“ (Die konventionelle Kampffähigkeit ist zu verbessern.)
36. Die nukleare Einsatzfähigkeit zu erhalten.
37. Die konventionelle Feuerkraft ist zu erhöhen.
38. Die Beweglichkeit der Kräfte ist so zu erhöhen, daß der Kampfabstand entsprechend schneller Schwenkpositionierung und Verlagerung möglich sind und
39. die Waffensysteme sind weitgehend zu modernisieren.
40. Boche, Die Konzeption der deutschen Landesverteidigung und ihre Auswirkungen auf die Bewaffnung und Ausrüstung der deutschen Streitkräfte, in: Wehrwissenschaftliche Monatsschrift, H. 5/68, S. 109.
41. de Maizière, Heer im Atomzeitalter, in: Raven, S. 228.
42. von Kielmansegg, in: Christ und Welt, 14.8.71, in: AKK.

Wird der Vertrag von einem SPD-Bundeskanzler überhaupt abgeschlossen?

Schon auf dem SPD-Parteitag 1982 wurde (gleichzeitig mit der Bestätigung der „Nach“-Rüstung) beschlossen, die Produktion und Lagerung von chemischen Waffen in der BRD abzulehnen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich für beiderseitige Abschaffung solcher Waffen in Europa einzusetzen und auch die weltweite Lagerung zu verbieten. Geschehen ist bekanntlich nichts — trotz (?) eines SPD-Kanzlers. Auch bei dem neuen Vertragsentwurf ist sehr unklar, ob er überhaupt jemals offizielle SPD-Regierungspolitik werden wird. Die selbst auferlegten Verpflichtungen innerhalb des Vertrages stellen die SPD nämlich vor das Problem, nur nach Absprache mit ihrem obersten Verbündeten die USA wirksam werden zu können. Die USA wollen veranlaßt werden, ihre C-Waffen abzubauen (Pkt. 5 ff des Vertrages), ohne gleichzeitig das von der SPD immer so betonte NATO-Bündnis zu gefährden (Pkt. 13 des Vertrages).

Die augenblickliche US-Administration aber ist dafür mehrheitlich nicht zu haben. Zwar gibt es hier auch andere Meinungen wie z.B. General Rogers (dazu s. unten), aber selbst diese Position unterstützt einen Abzug von C-Waffen erst mittelfristig.

Dazu kommt, daß die USA bei den Gesprächen über ein weltweites Verbot von C-Waffen immer am Punkt der Überprüfbarkeit solcher Verträge streit vor gebracht haben und die Gespräche hieran nicht weiterkamen (2). Genau dieser Punkt ist aber auch im Vertragsentwurf der SPD/SED sehr vage gehalten. Einzelheiten der internationalen Kontrolle — so Pkt. 12d — seien „in Verhandlungen festzulegen“. Hier gibt es also genug Möglichkeiten für die USA, diese Verifikations-Verhandlungen durch unzumutbare Forderungen an die Adresse der SU zu torpedieren und so den Vertragsabschluß in alle Ewigkeit hinauszuziehen.

Will man die Ernsthaftigkeit des SPD-Engagements in Sachen C-Waffen beurteilen, so kommt mensch an der jüngsten Vergangenheit nicht vorbei. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gab es in der BRD erste Proteste gegen amerikanische C-Waffen. Die SPD reagierte ebenso kraftmeierisch wie heute: Willy Brandt versprach auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1969, sich für den Abzug der C-Waffen einzusetzen. Die neue Regierung Brandt/Scheel bekundete dann auch öffentlich, mit den Amerikanern über die Entfernung zu verhandeln.

Verhandelt wurde auch — aber nicht über den Abzug der C-Waffen, sondern über strikte Geheimhaltung ihrer Stationierungsorte.

„Die Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen über die Lage der Stationierung zu verhandeln.“

Verhandelt wurde auch — aber nicht über den Abzug der C-Waffen, sondern über strikte Geheimhaltung ihrer Stationierungsorte.

„Die Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen über die Lagerung chemischer Kampfstoffe der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ist damals zwischen dem damaligen Bundeskanzler Brandt und dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Nixon, schriftlich festgelegt worden.“ (Bundesgesetzblatt 9/2336 am 13.12.82) (3)

Eine neue Schlitzohrigkeit?

Auch aktuell besteht die SPD schon wieder an Hintertüren. In der SPD-Zeitung „Vorwärts“ steht auch ein Hans Kopp am 19. August 1985 — also 2 Monate nach Abschluß der SPD/SED-Gespräche — ganz anders mit der Materie auseinander. Er ist der Meinung, daß die neue Generation chemischer Waffensysteme („binäre Systeme“) im Frieden sicherer sind als die bisher hier stationierten C-Waffen („unklare Systeme“). Diese seien zwar scharf bewacht, aber lagerten in rostenden, leckenden Behältnissen und stellten somit ein schlechendes Umweltproblem dar. Kopp verweist auf das Gesetzesvorhaben der US-Regierung, diese „chemischen Altwaffen“ gegen die „modernen, sichere binäre Munition“ auszutauschen.

Alle chemische Waffen sollten aber nur abgezogen werden, „insoweit sie durch neuen binäre ersetzt worden sind“. Er schlußfolgert:

„Daher verlagert sich der Schwerpunkt der Debatte vom Kriegssisiko der neuen Waffen auf das Friedensrisiko der alten Waffen.“ Und: „Kann und darf sich die Bundesrepublik der Stationierung der neuen Generation chemischer Waffen verweigern, wenn die Verweigerung zur Folge hat, daß auf deutschem Boden chemische Zeitbomben nicht entschärft werden können“

Die »C-Waffen-Freie Zone« — ein Bluff der SPD!

Am 19. Juni 1985 präsentierte die SPD in Bonn einen Vertragsentwurf mit der St.D., der die Schaffung einer Chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorsieht. Ziel dieses Vorhabens ist es, so Karsten Voigt, „ein Modell auszuarbeiten, das zeigt, daß mit dem Konzept der Sicherheitspartnerschaft und der Entspannung eine Lösung bislang kontroverser sicherheitspolitischer Fragen prinzipiell möglich ist“. Vollmundig wird angekündigt, daß diese Vereinbarung „zum Programm einer künftigen von der SPD geführten Regierung gehören“ (1) werde.

Wir wollen in diesem Artikel aufzeigen, — daß es sehr zweifelhaft ist, ob dieser Vertrag jemals tatsächlich von einer SPD-Bundesregierung abgeschlossen würde; — daß — diesen Vertragsabschluß vorausgesetzt — die Einhaltung einer solchen C-Waffen-freien Zone kaum kontrolliert werden könnte; — daß — selbst bei einer „wasserdicht“ kontrollierten C-Waffen-freien Zone — dies nichts zur Kriegssicherheitslage beiträgt; — daß sich die C-Waffen-Politik der SPD v e r h i s t o r i s c h von den Vorstellungen der jetzigen Bundesregierung bewegt.

Diese Beispiele machen deutlich, daß noch nicht einmal sicher ist, ob die SPD diesen Vertragsentwurf wenigstens formal umsetzen würde, wenn sie wieder in Regierungsverantwortung kommt. Nehmen wir aber für einen Augenblick an, daß es doch zu einem formalen Vertragsabschluß über die Bildung einer C-Waffen-freien Zone kommt. Was würde das verändern?

Die Schlupflöcher des Vertrages

Die Vereinbarung ist in 3 Punkten leicht zu unterlaufen.

1. Abgezogene C-Waffen werden wieder zurückgebracht. Der bürgerliche Politologe Seidelmann schreibt dazu (4):

„Dieses Kardinalproblem aller zonalen Ansätze ist in diesem Fall nicht nur ein praktisches Problem — so mußte man z.B. an den äußeren Grenzen der Zone Artilleriemunition und Bomben auf ihren Inhalt prüfen können. Es ist ebenso ein grundsätzliches politisches Problem, wenn ausländische Streitkräfte in der Zone gegen den Willen oder ohne das Wissen des Stationierungslandes C-Waffen retransfrieren — etwa im Spannungsfall.“ An dieser Stelle sei an die im Frühjahr 85 enttarnten Rucksack-Atom-Minen der US-Armee erinnert, die offiziell auch längst vom BRD-Gebiet hätten abgezogen sein müssen. Seidelmann weiter: „Man solle sich z.B. vor, daß die französischen Truppen in Südwestdeutschland mit C-Waffen ausgestattet werden sollten und ein DDR Inspektor wolle dies verhindern.“

Hinzu kommt, daß ein mitteleuropäisches Schlachtfeld natürlich auch von außerhalb einer C-Waffen-freien Zone massiv mit C-Waffen bombardiert werden kann; beispielsweise könnten diese von Cruise missiles, Bombern oder Raketen von den Randstaaten kommen. Daß ein mitteleuropäisches Schlachtfeld natürlich auch von außerhalb einer C-Waffen-freien Zone massiv mit C-Waffen bombardiert werden kann; beispielsweise könnten diese von Cruise missiles, Bombern oder Raketen von den Randstaaten oder Randmeeren aus in diese Zone hineingebracht werden.

Seidelmann bemängelt, daß „die Vereinbarungspunkte 6 und 7, wo es insbesondere um das Verhalten der Randstaaten zu den Zonenmitgliedern geht, verhältnismäßig vage sind.“ Insbesondere fehlt ein Hinweis im Vertrag, daß Mittelstreckenraketen auch außerhalb der Zone nicht C-Waffenfähig gemacht werden dürfen bzw. daß C-Waffenfähige Mittelstreckenraketen auch außerhalb dieser Zone verschwinden müssen.

2. Die Produktion von C-Waffen kann auch innerhalb der Zone nicht verhindert werden.

In der öffentlichen Diskussion wird der Vertrag v.a. mit dem Abzug der von Drittstaaten (d.h. vor allem USA und UdSSR) stationierten C-Waffen in Verbindung gebracht. Aber nicht gesehen wird die Gefahr, daß die BRD selbst eine C-Waffen-Produktion aufbauen könnte, weil der Vertrag keinerlei Hinweis auf die Überwachung der militärisch relevanten chemischen Industrie enthält. Auch die Tatsache, daß die C-Waffen-Forschung in der BRD offiziell abgesprochen, aber dennoch unter dem Deckmantel der Forschung nach Abwehr- und Entgiftungsmaterialien betrieben wird, ist in dem Vertrag nicht problematisiert (s. Karsten).

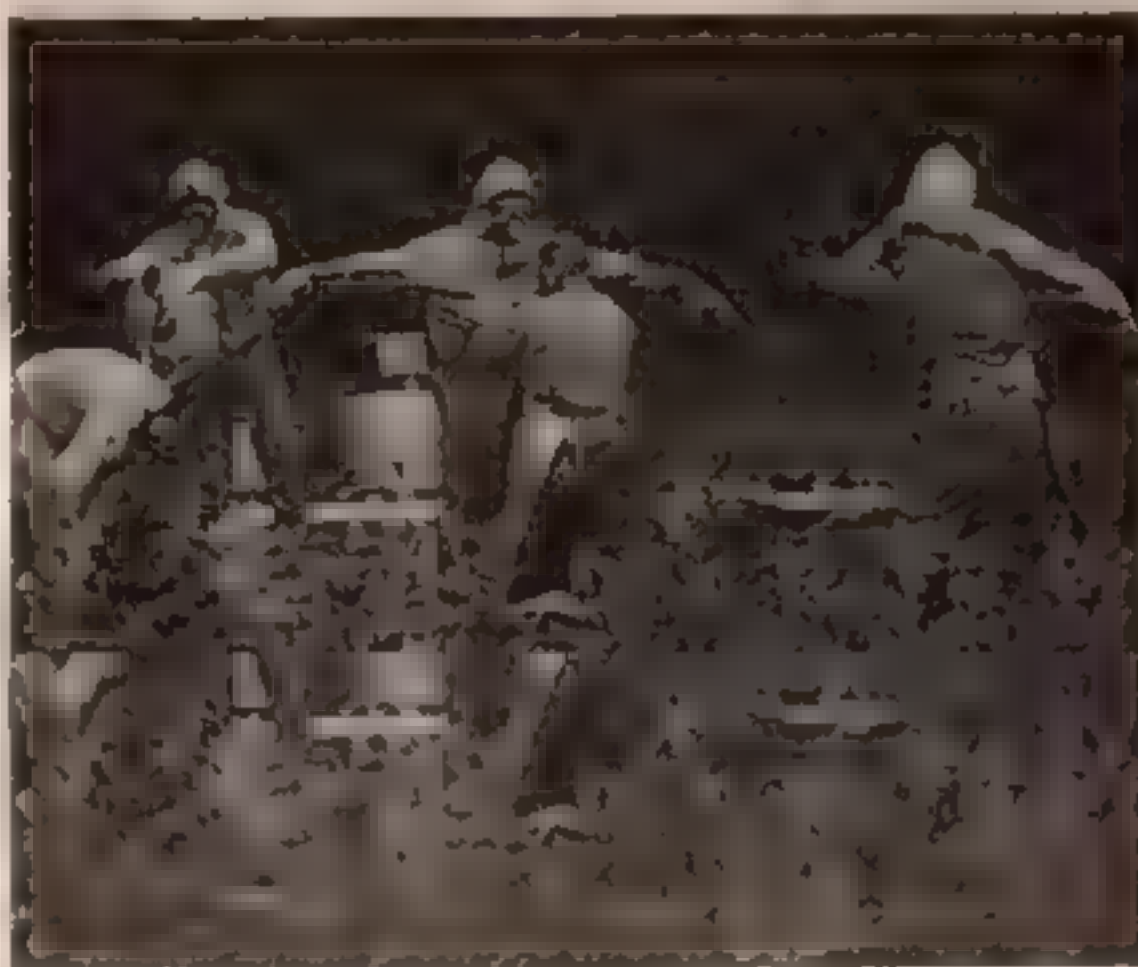
3. Die Produktion binärer C-Waffen ist generell kaum kontrollierbar.

Selbst wenn der Wille erkennbar wäre, Schlupfloch Nr. 2 zu verstopfen, ist doch sehr fraglich, ob es dazu überhaupt die Möglichkeit gibt. Bei der neuen Generation der C-Waffen, den sog. Binärwaffen, werden nämlich keine „an sich“ hochgiftigen Substanzen produziert, sondern zwei „an sich“ relativ harmlose Chemikalien, die erst im Falle ihrer Vermischung (z.B. bei Detonation) Vernichtungswirkung entfalten. Der „Infodienst für Frieden und Abrüstung“ buanzert (2):

„Die neuen binären Waffen ... lassen das Dilemma der chemischen Waffe endgültig unlösbar erscheinen: Wie ließe sich dem militärischen Mißbrauch von kommerziellen Chemikalien Einhalt gebieten? ... Auch ein wasserdichter BC-Vertrag ist keine absolute Problemlösung ... Im Falle einer Krise ist eine hochentwickelte chemische Industrie prinzipiell in der Lage, beträchtliche Kampfstoffmengen innerhalb von Minuten neu zu erzeugen.“

NATO-Generäle: Bessere Kriegführung OHNE C-Waffen?

Der Abzug von C-Waffen aus Mitteleuropa wird inzwischen neben der SPD auch von starken Kräften innerhalb der NATO-Generalität gefordert — und zwar nicht aus Friedensliebe, sondern weil C-Waffen für die Kriegführung so unpraktikabel sind.



Wofür braucht die NATO chemische Waffen?

Die Streitkräfte der NATO müssen „fähig sein, chemische Kampfstoffe zur Vergeltung in begrenztem Umfang einzusetzen. (...) wird ein Teil der C-Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland eingelagert.“ (alle Hervorhebungen AK) So steht es im Verteidigungswortbuch der BRD (von 1983). Ab und zu, wenn die NATO mit ihren C-Waffen Neuerungen vorhat, wird zur Untermauerung behauptet, daß der Warschauer Pakt sogar 700 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe und das nahe zum Westen über alle horten würde, während die USA erst jetzt, nach 18 Jahren, wieder neue chemische Waffen produzieren.

In der Friedensbewegung ist bekannt, daß die neue Air-Land-Battle-Doktrin vorschreibt, jederzeit auf dem Schlachtfeld chemische Waffen nutz zu schleppen und von vornherein ständig mögliche Ziele für diese Waffen auszu suchen. Dies wird dann häufig damit verwechselt, daß die NATO auf jeden Fall von Anfang an den Einsatz dieser Waffen vorsehe.

Wie es um die C-Waffen bestellt ist, erläuterte der Bundeswehrleutnant Klaus Nissen folgendermaßen:

„Das Besondere der chemischen Kampfstoffe ist aber, daß der gut für eine C-Abwehr ausgestattete Soldat sich gegen sie schützen kann, bevor sie ihn treffen. Sie gegen die Mehrheit sonstiger Kampfstoffe.“ („Europäische Wehrkunde“ Nr. 1/84) Das kann man — zu Recht — anzweifeln, entscheidend im Kriegsfalle ist aber, was die Bundeswehr glaubt. Der interessante Aspekt ist folgender:

„Das bringt demjenigen einen entscheidenden Vorteil, der chemische Kampfstoffe entgegen dem Kriegs-Völkerrecht als Mittel und in großen Mengen überraschend einsetzt. (...) Die Vergeltung mit C-Kampfstoffen ist dagegen kaum wirksam, denn die Überraschung bliebe aus, mit einem Einsatz wäre zu rechnen, die Fähigkeit zur C-Abwehr könnte voll zur Wirkung gebracht werden. Damit es jeder versteht, wiederholt der Oberstleutnant noch einmal ganz langsam:

„Für denjenigen also, der chemische Kampfstoffe ausdrücklich nur zur Vergeltung gegen einen Gegner verwenden wird, der seinerseits chemische Kampfstoffe bereits eingesetzt hat, sind diese rein militärisch betrachtet von geringem Nutzen.“

Also ist die im Weißbuch angeordnete „Vergeltung“ mit C-Waffen völlig nutzlos? Nein, denn:

„Die Wirksamkeit der Vergeltungsmittel erhöht sich allerdings in dem Augenblick, wo der Gegner unsicher ist, ob die nach Deklaration als Reprise bereitgehaltenen C-Kampfstoffe nicht

plüdiert sie mit Alfred Dregger für den einseitigen Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik?“ (1) Alfred Dregger — ein Pazifist? Aber hallo!

SPD überholt CDU rechts!

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen SPD und CDU. Die Spezialdemokraten wollen einen C-Waffen-Abzug „haben und drüber“, während die CDU — zumindest auf dem diplomatischen Parkett — einen einseitigen Abzug der L.S.-Waffen befürwortet. Ganz nationalstaatlich profilierte sich z.B. Bahr im „Spiegel“:

„Wenn die CDU/CSU oder die Bundesregierung die Auffassung vertritt, die Amerikaner könnten ihre verbleibenden Waffen einseitig abziehen, dann ist doch unser Modell, wo der Abzug auf beiden Seiten erfolgt, in der Tat besser.“ (5)

Der CDU wirft er vor: „Ich finde das grotesk, daß man einseitig bereit ist, diese Waffen wegzugeben, aber nicht darauf besteht, daß sie auch im Osten abgegeben werden.“ (5)

Die SPD will absahnen

Der oben schon zitierte Politologe Seidelmann nennt folgende Motive für das Vorgehen der SPD (4):

— „Die Oppositionsstrategie des linken Patriotismus ... hat in den C-Waffen ein öffentlichkeitswirksames, emotional besetztes und wahlmobilisierendes Thema gefunden.“

— „Hinzu kommt, daß man dies nicht allein besetzt, sondern darüberhinaus gleich ein Übereinkommen mit der SED präsentiert. Damit stellt sich die SPD nicht nur als problemlösungsfähig dar.“

— „Diese Initiative hat innerparteilich integrierende und mobilisierende Funktion. Sie führt Gegner und Befürworter der Nachrüstung in der SPD zu einer neuen Einheit, setzt dem eigenen Klientel ein konkretes, unkontroverses und politisch unmittelbar einleuchtendes Ziel und monopolisiert wirksam das C-Waffen-Thema gegenüber den noch vorhandenen Friedensgruppen.“ — Die SPD „überwindet den in den Jahren 1979-1982 im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß erlittenen rüstungskontrollpolitischen Glaubwürdigkeitsverlust.“

Wird die Friedensbewegung interessiert sein, auch hierauf hereinzufallen?

Zwei Genossen vom KB Baden-Württemberg

Anmerkungen:
(1) Karsten Voigt in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(2) Informationen nach: Infodienst Frieden und Abrüstung, 4/84
(3) s. dazu ausführlich AK 230, S. 8
(4) Seidelmann in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(5) SPIEGEL, 21.10.85

Anmerkungen:
(1) Karsten Voigt in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(2) Informationen nach: Infodienst Frieden und Abrüstung, 4/84
(3) s. dazu ausführlich AK 230, S. 8
(4) Seidelmann in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(5) SPIEGEL, 21.10.85
(6) Artikel und Interview in FR, 4.11.85

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auch Thailand besitzt auf Grund seiner geographischen Lage als „Frontstaat“ gegen Laos und Kambodscha eine militärisch wichtige Funktion für die USA, was in den letzten Jahren verstärkt durch gemeinsame Manöver dokumentiert wurde. In dem diesjährigen Manöver „Cobra Gold“ wurden Interventionsoperationen trainiert: „Zum ersten Mal seit 1973 wurden über eine Luftbrücke von Hawaii und Okinawa ein Bataillon Infanterie samt Ausrüstung und eine Spezialeinheit von 130 „Green Berets“ eingeflogen. Sie sollten einen Monat lang üben, sich auf thailändischem Boden zu halten. Höhepunkt waren dann die beiden Landmanöver ... von Einheiten der 7. US-Flotte“ (16).

Die ANZUS-Querulanten

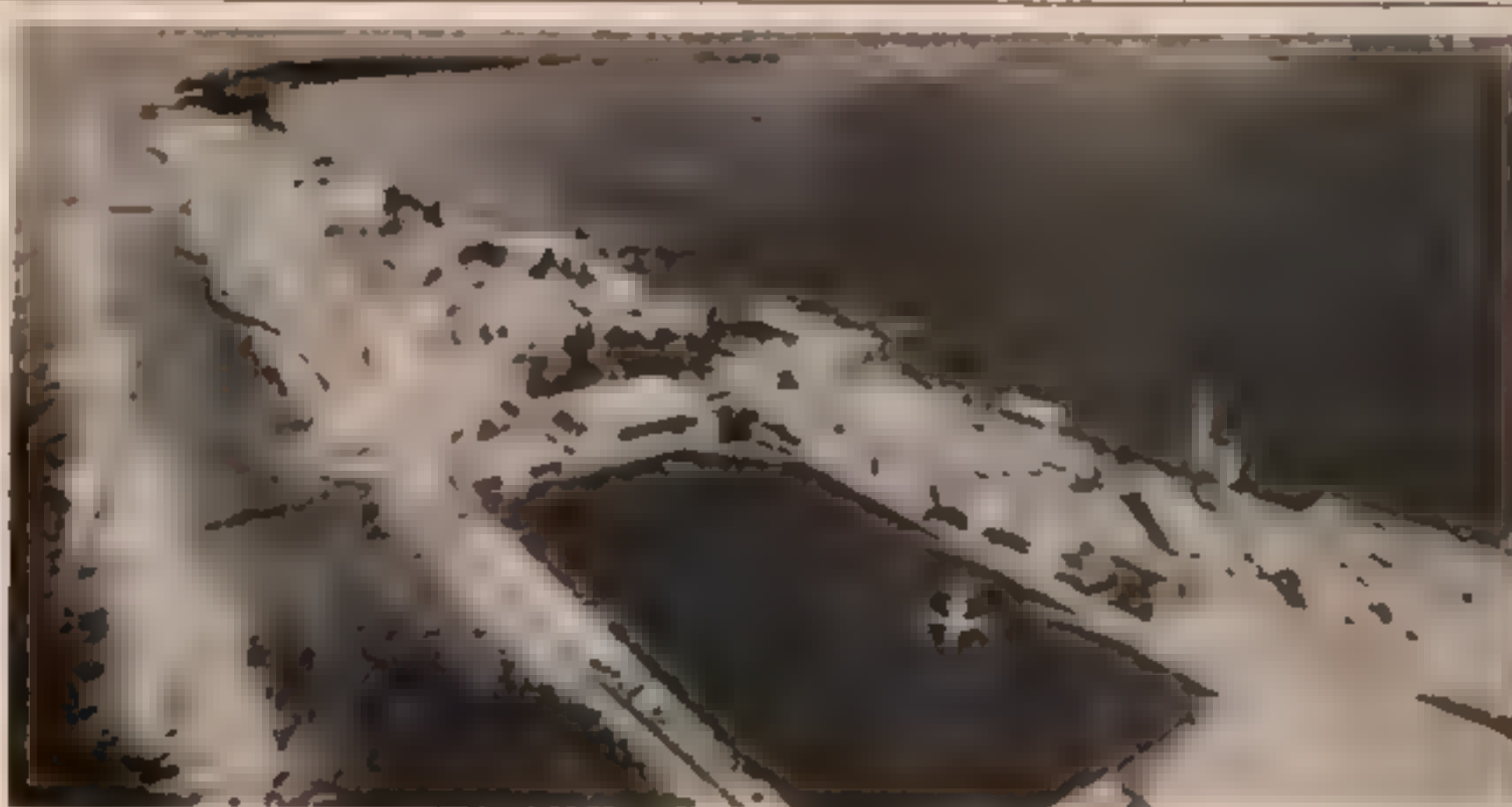
Die sozialdemokratischen Regierungen von Neuseeland und mit einigen Abstrichen auch von Australien haben einige Bedenken gegenüber der US-Atom(waffen)politik zur Geltung gebracht. Allerdings beschränkt sich Neuseeland auf ein Veto gegen den Besuch von US-Schiffen mit Nuklearantrieb oder Nuklearbewaffnung, wobei im Durchschnitt nur alle 18 Monate ein US-Schiff mit Atomwaffen neuseeländische Häfen anläuft (17). Im Gegensatz zu Neuseeland ist die strategische Bedeutung Australiens schon von größerer Bedeutung für die USA. Die Nachrichtenstation in Pine Gap hat einen zentralen Stellenwert in der strategischen Atomkriegsführung der USA, da es mit dem Ende der 70er Jahre installierten OMEGA-System in Verbindung mit weiteren Navigationssystemen in North Dakota, auf Hawaii, in Norwegen, Liberia, Japan, Argentinien und auf der Insel Reunion den US-U-Booten ermöglicht wird, ihre Position bis zu einer Tiefe von 30 Metern zu überprüfen, ohne aufzutauchen und sich so der Satellitenbeobachtung aussetzen zu müssen. Mit diesem System können die amerikanischen U-Boote also ferngeleitet in Schußposition gebracht werden, ohne daß sie von sowjetischen Satelliten entdeckt werden können.

Neben dieser „nachrichtendienstlichen“ Funktion haben Australien und Neuseeland innerhalb der US-Strategie besonders die Aufgabe der U-Boot-überwachung und -kriegsführung übernommen. In diesem Zusammenhang steht auch die Teilnahme Neuseelands und Australiens an den RIMPAC-Manövern im Westpazifik, die Flotte Australiens beteiligt sich darüber hinaus auch an „Patrouillen“ im Indischen Ozean. Während aber im Nordpazifik die „sowjetische Aufrüstung“ als Legitimation der eigenen Aufrüstung funktionalisiert werden kann, mußte selbst der australische Parlamentsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten im Oktober 1984 feststellen: „Die Planung und Entwicklung unserer Streitkräftestruktur wird dadurch kompliziert, daß es derzeit keine klar definierte Bedrohung der nationalen Sicherheit gibt“ (18). Dennoch stieg 1983 und 1984 der australische Verteidigungshaushalt um real 4%.

„Das ANZUS-Bündnis steht vor dem Ende“

Dies behauptet Erhard Haubold in der FAZ (am 31.12.85). Die USA rechnen mit dem Ende der militärischen Zusammenarbeit mit Neuseeland in „ungefähr einem halben Jahr“, wenn dort das Landeverbot für atomar betriebene und bewaffnete Schiffe zum Gesetz erhoben werde. In Australien, dem dritten Partner des seit 1951 bestehenden Bündnisses, seien hingegen noch wie vor 70% für dessen Erhalt, ein Grund zur Aufregung? „Zwei statt bisher drei Partner, überdies die wirtschaftlich potenten — muß man sich da überhaupt Gedanken machen?“

Lange Zeit galt Neuseelands Berufsarmee als „Preußen des Pazifiks“. Diesen Ruf begründete ihr Beitrag im 2. Weltkrieg. Neuseeland entsand Truppen nach Vietnam und unterhält heute ein Bataillon in Singapur, hält Übungen in Malaysia ab und bildet das dortige Militär aus. Den inzwischen in Neuseeland — vor allem in der Atomfrage — vollzogenen Schwenk in der öffentlichen Meinung habe Washington „zweifeltlos (...) falsch eingeschätzt“ und zuwenig den „gut organisierten Protesten und der zuweilen emotionalen Propaganda“ entgegen-



Mururoa-Atoll mit Flugplatz, Hafen und Atomtest-Einrichtungen

Bei diesem wehrbaren Widerspruch kommt selbst der Autor des offiziellen Europa-Archivs zu dem Schluß: „Der vielleicht interessanteste Aspekt in der Einstellung der beiden Regierungen ist, daß sie keine Bedrohung ihrer Sicherheit erfinden, wo es keine gibt. Dennoch haben sie nicht die logische Folgerung daraus gezogen, sie haben keine Schritte unternommen, ihre Verteidigungsanstrengungen zu vermindern, was auf ihre strategische Bedingungslosigkeit zu verweisen und sich von den unangenehmen Sicherheitsinteressen der USA abzukoppeln“ (19).

Von Bikini zu SDI

Die Position der USA auf den militär im Pazifik gelegenen Inseln stützt sich teilweise auf ihr — nach 1945 erworbenes — Recht der „Treuhanderschaft“. Das US-Treuhandgebiet erstreckt sich auf die meisten Inseln Mikronesiens wie Belau, die Staatenföderation von Mikronesien, die Nordmarianen, die Marshall-Inseln und Guam. Traurige Berühmtheit erlitten die Marshall-Inseln durch die menschenverachtende und rassistisch-mörderische Praxis der amerikanischen Atomwaffentests seit den 50er Jahren im Bikini-Atoll (20). Noch heute testen die USA ihr gesamtes Potential an Trägersystemen in dieser Region. Die strategischen Raketen, die vom kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Vandenberg abgefeuert werden, schlagen in der Lagune des Kwajalein-Atolls ein. Hier wurden sämtliche amerikanischen Trägersysteme wie Minuteman, Poseidon, Polaris und die MX Raketen getestet. Daneben unterhalten die USA auf Kwajalein auch ihre einzige Einrichtung zum Test von Raketenabwehrraketen (ABM).

Zu Beginn der Entwicklung interkontinentaler Raketen wurden die pazifischen Inseln wichtiger Bestandteil des Frühwarnsystems der USA, wurden aber danach, als das Frühwarnsystem in den Weltraum verlegt wurde, zu Satellitenempfangsstationen ausgebaut. Kwajalein gilt als ein Knoten-

punkt für strategische Kommando- und Kommunikationsrichtungen, die ausschlaggebend für die moderne Kriegsführung sind.

Seit 1981 ist Roi Namur auf Kwajalein zu einem Hubschwerpunkt für das „Pacific Barrier-Anti-Satellite“-System geworden, als dort das „Altair“-Radar-System installiert wurde. Dieses System setzt sich zusammen aus einem Netz von Radarstationen auf Guam, den Philippinen und eben Kwajalein. Dieses Altair-Satelliten-System kann aus einer Höhe von 40.000 km noch ein 5 qm großes Objekt erfassen. Die Informationen werden mit Mikrowellen über Kwajalein zum North American Defense Command (NORAD) in Colorado übermittelt. NORAD ist die amerikanische Operationszentrale für die nukleare Kriegsführung. Diese Informations- und Kontrollrichtungen sind für die Kriegsführung genauso wichtig wie die Trägersysteme und die Nuklearraketen selbst. Ohne derartige Satelliten sind nukleare Waffen „blind, taub und stumm“ (21).

Der Stützpunkt Guam ist der einzige Stützpunkt außerhalb der USA, auf dem Teile der strategischen, atomaren Bomberflotte stationiert sind. Die Bomber, die auf Guam sind, wurden kürzlich mit Cruise Missiles ähnlichen Flugkörpern ausgerüstet, den sog. Short Range Attack Missile (SRAM). Jeder Sprengkopf dieser SRAM hat eine ähnlich große Sprengkraft wie die Interkontinentalrakete Minuteman (über 170 kt). Jeder B-52-G-Bomber kann 20 SRAM befördern, die sich nach dem Abschluß mit dreifacher Schallgeschwindigkeit dem Ziel nähern, und die schwieriger abzufangen sind als Cruise Missiles (die sog. Bummelraketen). Vorrangiges Ziel dieser Flugkörper ist die sowjetische Flotte im Nordpazifik.

Guam beherbergt aber auch das größte Munitionsdepot des Pazifiks, ist Heimathafen für Nuklear-U-Boote mit Trident-I-Raketen. Auf Guam sind ca. 10.000 GIs stationiert.

Im US-Bundesstaat Hawaii sitzt das Hauptquartier des US-Pacific Command (Pacom), das militärische Kommando eines 180 Mio. qkm großen Gebietes (ca. 50% der Erdoberfläche). Dieses Gebiet reicht von der Ostküste Afrikas bis zur Westküste des amerikanischen Kontinents, von Alaska bis Australien und wird von 360.000 amerikanischen Soldaten kontrolliert. Das Pacific Command ist Bestandteil der sechs Kommandobereiche in die die USA die Erde aufgeteilt haben: Lateinamerika, Europa (Eucom), Pazifik, Atlantik, Südwestasien und Naher Osten. Diese Kommandostruktur ist der offensichtlichsche militärische Ausdruck für den Welt Herrschaftsanspruch der USA (22).

Von Hawaii aus wird auch die 7. US-Flotte, ein Teil des Pacom, kommandiert. Die 7. Flotte umfaßt 90 Schiffe inkl. 3 Flugzeugträger, 550 Flugzeuge, 20 U-Boote und 70.000 Soldaten und Matrosen. Die Hauptbasen der 7. Flotte liegen in Yokosaka, Sasebo, Subic Bay, Guam und Diego Garcia im Indischen Ozean. Die Schiffe der 7. Flotte sind zu 70% atomar bewaffnet, v.a. auch mit Cruise Missiles.

Die Schwierigkeiten der sowjetischen Bedrohung

Kalte Krieger wissen es schon seit Iwan dem Schrecklichen, daß sich eine „kontinuierliche“ Linie russisch-sowjetischer Expansion aufzeigen lassen, um Küstengebiete unter russischer Herrschaft zu bringen“ (23) 450 „Überwassererheiten“, 100 U-Boote, 40 strategische U-Schiffe und 400 Marine-Flugzeuge gibt die NATO derzeit für die sowjetische Pazifik Flotte

an. Mit dem vietnamesischen Hafen Cam Ranh und dem Tiefseehafen Kambong Som in Kambodscha besitzt die Rote Flotte nun eine Stützpunktverbindung bis hin nach Afrika, nach Äthiopien und Jemen. (24) Die trotz dem mißliche Lage der sowjetischen Flotte ist aber auch dem oben zitierten Kaltefleiter vom Kieler Institut für Sicherheitspolitik nicht verborgen geblieben: Die Häfen der SU sind logistisch schlecht gelegen und nicht eisfrei, zudem ohne weiteres an den Meeresengen einschließbar. Die „Frankfurter Allgemeine“ meint dazu: „Solche (militärischen) Proportionen machen es den Informationsoffizieren (der 7. Flotte) und nicht nur ihnen einigermaßen schwer, die Linie von der wachsenden sowjetischen Bedrohung glaubhaft darzustellen“ (25).

Die zunehmende Aufrüstung Japans und der Schwenk Chinas zu den USA hat brachte den ehemaligen US-Verteidigungsminister Brown ins Schwärmen: „Fast 30 Jahre nach Ende des Koren-Krieges und 10 Jahre nach Ende des Vietnam-Krieges erscheint die politisch-militärische Situation im Pazifik günstiger für die US-Interessen als je zuvor seit der chinesischen Revolution 1949 (...) Das Bündnis USA-Japan-China repräsentiert für die Sowjetunion 1. die führende und feindliche Supermacht, 2. den Konkurrenten der Sowjetunion um die Position als zweitgrößte Industriemacht und 3. das bevölkerungsreichste Land der Welt, das an unterbevölkerte, aber rohstoffreiche Gebiete der Sowjetunion grenzt. Die Aussicht auf eine solche Allianz muß wirklich ein Alptraum für die Sowjets sein.“ (26)

In den 60er Jahren gingen die USA davon aus, für zweieinhalb Kriegsschauplätze gleichzeitig gerüstet zu sein. Neben Europa war Asien der zweite denkbare (Welt-)Kriegsschauplatz (als „halber“ Krieg galten dann Interventionen wie in Vietnam oder anderswo). Gerade die Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion war die größte Gefahr. Inzwischen gilt die Ozeanregion im Nahen und Mittleren Osten als der zweite zentrale Konfliktpunkt. (27) (28)

Der nach wie vor gigantische Flottenaufmarsch der USA im Pazifik hat nach Marine Minister Lehmann folgendes Ziel: „Das strategische Ziel der US-Marine ist die Ausschaltung der russischen Marine, um die Sowjetunion zu einer isolierten Insel zu machen.“ (29) US-Präsident Reagan betont: „Die Freiheit der Meere ist das Herzstück unserer Nation. Aus diesem Grunde ist unsere Marine darauf ausgerichtet, die Seewege in der ganzen Welt offen zu halten (...) Überlegenheit vor See ist für uns ein Notwendigkeit. Wir müssen im Ernstfall uns hinauswagen können, und den Luftraum und das Meer über und unter dem Wasser beherrschen, um den Zugang zu allen Weltmeeren zu garantieren.“ (30) Die „strategischen Grenzen der USA“ seien an der „Ostküste des asiatischen Kontinents“ gelegen. (31)

Im Pazifik kreuzt und taucht außerdem ein Teil der strategischen Atomflotte der USA. Ein Potential von 4.500 strategischen Atomsprenghäupten wird derzeit auf punktgenaue Zielwerke unterteilt, die sich damit zu atomaren Überraschungsangriffen eignen. Hinzu kommt die Ausrüstung der Flotte mit mehreren tausend Cruise Missiles und den auf Flugzeugträgern stationierten auf ausgerüsteten Bombenstaffeln mit großer Reichweite. (32) Diese Ausrüstung soll der US-Flotte die Möglichkeit geben, „den Krieg direkt an die sowjetische Flanke zu tragen“ — so Admiral Thunau (33)

Alles unter Kontrolle?

Nach dem Vietnam-Krieg und dem Sturz des Schah sind die USA weltweit und auch in Ostasien davon abgerückt, sich auf spezielle Stellvertreter-Regime als Hauptstützen zu verlassen. Heute wird eine flexiblere Interventionspolitik betrieben und die schnelle Verlagerung von Truppen als Maxime vertreten. Sichtbarer Ausdruck ist der Aufbau der „Schnellen Eingreifstruppen“ der USA. Seit Vietnam haben die USA versucht, sich unmittelbar am dem drohenden Geschäft der Aufstandsbekämpfung herauszuheben und die asiatischen Partner selbst zur effektiven Aufstandsbekämpfung auszurufen. Das funktioniert allerdings nur solange, wie sich die Konflikte entsprechend „eingrenzen“ lassen.

Anmerkungen

1. Erika Thunau, Die pazifische Herausforderung: Gefahren und Chancen für Europa, in: Europa-Archiv, 4/1984, S. 101
2. So auch Rhein: „Der Staat — nationale Regierung hat die USA — muß die Rahmenbedingungen für die Stärkung der Weltbewältigung setzen bzw. verbessern. Das heißt vor allem: erstens den europäischen homogenen Binnenmarkt herausstellen (und formal allen einheiten in die USA Normen für ganz Europa, europaweite ständige Beschäftigungspolitik, vor allem bei Rüstung, Telekommunikation, Energie, Verkehr). Ein ganz lehrreiches Kapitel europäischer Partikularismus zweitens den Weltbewerber in europäischen und weltweiten Markt internationalen Rahmen zu konstruieren und zu fördern. Am ökonomischen Weltblick nationaler Karrieristen und manchmal Zweifel angebracht. Drittens Anpassungsstellen Ermittelungsubventionen bzw. -schüttung zu gewähren (...) Viertens stärker gestalten den Einfluß auf die Entwicklung — technisch wie wirtschaftlich — gewisser strategischer Sektoren zu nehmen.“ S. 107
3. Vgl. David McEachern, Japan und die verengten Staaten, ihre wirtschaftliche und sicherheitspolitischen Beziehungen, in: EA, 17/1984
4. Der Artikel 9 war übrigens vom Hauptgruppen der amerikanischen Besatzungstruppen unter General McArthur entworfen worden, um einen neuen japanischen Militarismus zu verhindern. Artikel 9 der japanischen Verfassung lautet: „In aufrichtigem Bekenntnis nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichten das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel der vorhergehenden Absätze zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.“ — Diese aus der Nachkriegszeit hervorgehende Verfassungsbestimmung wurde schon von Richard Nixon als Kardinalfehler der amerikanischen Politik bezeichnet und wird heute in Washington als lästige Fessel empfunden.
5. Vgl. Yukio Satoh, The Evolution of Japanese Security Policy, in: Adelphi Papers, Nr. 178, Okt. 1982
6. Vgl. Europäische Wehrkunde 1/1983, FR, 3.4.1983
7. Masashi Nishihara, Die Rolle Japans im pazifischen Raum, in: EA 7/1984
8. Vgl. Satoh, S. 40
9. Yatsushiro Nakagawa, The WEPTO Option: Japan's new role in East Asia/Pacific Collective Security, in: Asian Survey, Aug. 1982
10. Vgl. Hans Ulrich Luther, Bündnisse — kein Modell für die Dritte Welt? Frankfurt 1981
11. Peter Burton, Direction and Analysis of US Foreign Policy, in: James H. H. Lee and US Foreign Policy
12. Vgl. South, Aug./1980: Stepping Stone to a New Age, S. 18
13. John K. Emmerson, Did A. J. in New Environment, in: Hettung, S. 40
14. Vgl. Werner Kallert, Entlassung für Europa? Die seriellische Nachbarn, in: EWK, 8/1985 S. 454-52
15. ephn Nr. 25, Dez. 1985
16. Südostasiatische Informationen 3/1985 S. 25
17. Vgl. Michael Pugh, Australien und Neuseeland: Neue Wege in der Sicherheitspolitik, in: EA 8/1985 S. 175
18. ephn, S. 180
19. ephn, S. 184
20. Für die folgenden Ausführungen siehe Pacific Command The Pacific Force and the US Military in the Pacific, Nauticus Research, Juli 1981
21. Larry Siegel nach Pacific Command S. 130
22. Vgl. Rolf Maierbach, Das System der United Commands. Keine „weißen Flecken“ für Amerika! Globalstrategie, in: EWK, 8/1985, S. 278 ff.
23. Kallert, S. 404
24. Ulrich Weller, Kapitän zur See in Rüstungsbericht, 19.10.1985
25. FAZ 21.2.1985
26. nach Pacific Command S. 54
27. Vgl. William M. Arns, Das d. Kapitel: Forward Offensive Strategy: Raising the Blakes in the Pacific in World Policy Journal, Sommer 1985 S. 482
28. Vgl. Michael Klare, Jederzeit überall mit atomaren Waffen in Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1982 S. 311 ff.
29. nach Pacific Command S. 80
30. nach John F. Lehman, Die amerikanische Sicherheitspolitik und ihre Bedeutung für Europa, in: EWK 3/1983, S. 119
31. Nach Anthony Drotto, Militarisierung im Pazifik, in: Blätter der UJW, 2/1985
32. Vgl. Wolfgang Schwarz, Die Rolle der Besatzungsarmee in der offensiven strategischen Konzeption der USA, in: PW, 8/1985 S. 8-15
33. nach Arns/Chapell, S. 40

(redaktionell gekürzt und bearbeitet / HW)

Milo, Antimilit.-Kom.,
K. Göttingen

Niederlande:

Spaltung der Pazifistisch-Sozialistischen Partei

Die niederländische Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) hat jüngst eine Spaltung erfahren, die allem Anschein nach für die weitere Entwicklung dieser Partei einschneidende Folgen haben wird.

Die PSP entstand 1957 — zur Zeit des kalten Krieges — als Reaktion auf die Kriegsgefahr und in Abgrenzung zur sozialdemokratischen Partei van der Arbeid, die der NATO-Politik keinen Widerstand entgegensetzte. Die PSP propagierte einen „Sozialismus ohne Atombombe“ und ist seit 1959 im niederländischen Parlament vertreten. Sowohl in der Anti-Atombomben-Bewegung der 60er Jahre wie in der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der 80er Jahre war die PSP sehr engagiert. Im Parlament war die PSP die konsequenteste Vertreterin der Forderungen der Friedensbewegung und des Antimilitarismus.

In der PSP der Anfangsjahre hatten sich Vertreter eines „Dritten Weges“ zusammengeschlossen mit Sozialdemokraten, die in ihrer Partei keinen Raum für ihr pazifistisches Selbstverständnis fanden, und mit aus der Kommunistischen Partei (Niederlande) Ausgetretenen und Ausgeschlossenen. Tatsächlich Anschließ an die Arbeiterbewegung oder auch nur ein tieferes Verständnis für die Belange der Werktätigen hat die PSP in ihrem bisherigen neunundzwanzigjährigen Bestehen nicht gefunden.

Die Distanz zur Arbeiterbewegung wie der im Ernstfall antagonistische Widerspruch zwischen Pazifismus und Sozialismus, die beide zugleich die PSP zu vertreten beansprucht, hatte sie bereits mehreren Spaltungen ausgesetzt. 1972 bildete sich eine linke Opposition insbesondere an der Frage des Verhältnisses der Partei zu den Werktätigen heraus, die, da sie der Aufforderung zur Auflösung ihrer Gruppierung „Proletarische Linke“ nicht nachkam, ausgeschlossen wurde; 1974 ging hieraus der Internationale Kommunistenbund (Sektion der IV. Internationale) hervor. 1973 trat erstmals der Widerspruch in der Partei auf, der auch jetzt — zumindest vordergründig — die entscheidende Rolle spielt: eine personenstarke Gruppierung trat für die Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien und den Sozialdemokraten ein. Rund 500 (= 10% der damaligen Mitgliedschaft) verließen die PSP, als sie mit ihrer Forderung erfolglos blieben. 1977 kam es dann zu einer Abspaltung von Radikal-Pazifisten, die sich mit ihrer Forderung nach bedingungsloser Ablehnung von Gewalt — also auch der Gewalt in Befreiungskämpfen — nicht durchsetzen konnten.

Durchweg und zugespitzt seit Beginn der 80er Jahre wurde die Forderung nach Wahlhindernissen, Übernahme von Regierungsverantwortung und „strukturelle Zusammenarbeit“ mit dem Ziel der Fusion mit den beiden anderen linken Parteien debattiert. Es handelt sich hier um die politische Partij Radikalen, die insgesamt rechts von der PSP steht, und die Kommunistische Partij (Niederlande), die in den letzten Jahren zu einer „Partei der Sozialarbeiter“ verkommen ist. (Beide Parteien lehnten im Parlament den PSP-Antrag auf Austritt der Niederlande aus der NATO ab.)

Gegner nicht punktueller Bündnisse, sehr wohl aber dieser „strukturellen Zusammenarbeit“ waren 1980 noch rund 80% der Parteimitglieder, da weiterhin der Gefahr einer Verwässerung der Parteipositionen sahen. Für Fred van der Spek, Mitbegründer der Partei und ihr parlamentarischer Vertreter in rund zwanzig Jahren, war die Entscheidung dieser Frage ausschlaggebend für seinen Verbleib in der PSP.

Mit dem Niedergang der niederländischen Linken — die PSP z.B. verlor in den letzten zwei Jahren rund 40% ihrer Mitglieder —, den Niederlagen im Kampf gegen die Stationierung wie überhaupt der immer deutlicher werdenden Schwere und Langwierigkeit der Arbeit für relevante gesellschaftliche Veränderungen wurde zunehmend in einer „Vergrößerung“, in einer „Einigung“ mit den anderen linken Parteien im Parlament ein Ausweg aus der Krise gesucht — ohne daß dies in dieser Weise der großen Mehrheit der Führer einer „strukturellen Zu-

sammenarbeit“ bewußt gewesen sein wird.

Das Fortschreiten des Umschwungs in der PSP wurde schon im Juni 1985 deutlich, als die „Spekkanten“ (wie die Gegner/innen des Aufgehens in anderen Parteien nach dem prominentesten Vertreter dieser Linie, Van der Spek, genannt werden) auf einem PSP-Kongreß mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,3% der Delegiertenstimmen abschnitten, die gegnerische Position auf rund 45% kam.

Die Stunde der Wahrheit sollte bei der Wahl des Spitzenkandidaten der PSP für die diesjährigen Parlamentswahlen schlagen. André van Es, Fraktionskollegin Van der Spek und Gegnerin seiner Position, ließ schon Monate vor dem Kongreß im Dezember wissen, die etwaige Wahl des „Schreiters“ (wie sie Van der Spek in einem Interview qualifizierte) zum Spitzenkandidaten wäre eine Entscheidung für die „alten Dogmen“. Bei dem Kongreß seien die Delegierten vor die Wahl gestellt „Fred oder ich“. Eine konservative Zeltung erkannte nach einer Debatte zwischen Fred van der Spek und André van Es, es habe sich um einen Zusammenstoß von „unbeugsamer Linker und realistischer Linker“ gehandelt.

Auf dem PSP-Wahlkongreß im Dezember 1985 fiel die Entscheidung für André van Es und damit für die „strukturelle Zusammenarbeit“ war mit 53,3% sehr knapp aus, Fred van der Spek war aber mit 29,6% weit abgeschlagen auf den zweiten Listenplatz verwiesen worden (eine Kompromißkandidatin, Titia Bos, erhielt 15,1% der Stimmen). Van der Spek — nach eigener Auffassung „schon jahrelang am Rande der Partei“ — erklärte noch auf dem Kongreß seinen Austritt aus der Partei. „Die Partei hat abgedankt, abgedankt als Instrument für den Pazifismus und den Sozialismus. (...) Es gibt in dieser Partei keine Bereitschaft mehr, die bestehende Ordnung zu verändern.“

Ebenfalls noch auf dem Kongreß wurde die Bildung einer Partij voor Socialisme en Ontwarping (PSO, Partei für Sozialismus und Abrüstung) angekündigt, da die Mehrheit der Kongreßdelegierten mit der Wahl von André van Es und der damit einhergehenden Entscheidung für „strukturelle Zusammenarbeit“ den bisherigen Kurs der PSP verlassen und „in parlamentarische und sozialdemokratische Richtung umgebogen“ hätten. Fred van der Spek hatte die PSO als „chancenreiche Initiative“ bezeichnet und den Aufruf — ohne sich sonst näher zu seiner etwaigen Mitarbeit zu äußern — mitunterzeichnet. Noch im Dezember meldeten rund 500, z.T. ehemalige PSP-Mitglieder ihr Interesse an der PSO an. (Der Gründungskongreß soll Mitte Januar stattfinden.)

Kühleren Mutes und ohne die über große Schärfe, mit der Van der Spek auf dem Wahlkongreß argumentiert hatte, erläuterte er in einem Interview seine prinzipielle Position: „Ich habe nichts gegen das Schließen von Kompromissen auf Teilgebieten, wo man sich nur quantitativ unterscheidet. Aber die PSP ist in zwei Punkten maximalistisch. Wir sagen nicht: 'Wir werden ein paar Beine nationalisieren', oder 'achtzig Prozent sozialisieren'. Wir sagen auch nicht: 'Wir werden ein paar Atomwaffen abschaffen und den Rest nicht.' Nein, wir sagen: 'Abrüsten! Bei solchen Punkten kann man keine Kompromisse vollständig abschließen und ein bißchen abschließen ist teilweise abschließen. Und teilweise abschließen bedeutet, daß man eventuell in einer Regierung sitzt und daß man dann vielleicht Krieg zu führen beginnt. Die PSP geht Kriegsführung! Das ist doch hier! Der Kompromiß zwischen Sozialismus und gemischter Wirtschaft ist gemischte Wirtschaft. Daß wir sollten wir dann stehen! Das ist doch absurd! Wir können nicht regieren in einer solchen Situation. Wir können nur regieren, wenn es vorbei ist mit dem Militarismus — und dann dauert es noch ein paar Jahre, bis alle Militärs zu Bauarbeitern umgeschult sind.“

K. Niederländer-Kommunisten

(Nach dt. Ausg. v. „de Volkskrant“, Trouw, „NRC Handelsblad“, „De Groene Amsterdammer“)



Nordirland nach dem Abkommen von Hillsborough

Wenige Wochen nach seiner Ratifizierung zeitigt das historische Abkommen von Hillsborough seine ersten Folgen: Massenverhaftungen, Verstärkung der britischen Armeepräsenz in Nordirland, Straßenschlachten des loyalistischen Mobs und Brandreden ihrer reaktionären politischen Führer prägten den Jahreswechsel in Westeuropas 1. Nr.-heft Nummer 1. Daneben auch ein wenig Symbolik: Die Eröffnung des englischen Sekretariats in Belfast und die erste Ernennung eines katholischen zum Richter am nordirischen High Court seit 14 Jahren.

Verhaftungen

Am 28. Dezember führte die nordirische Polizei eine Reihe von Hausdurchsuchungen durch. Ausgenommen von dieser Groddaktion blieb Belfast, das man sich offensichtlich — wie Sinn Féin Präsident Gerry Adams lakonisch bemerkte — für einen günstigeren Zeitpunkt aufbewahrt. Unter den 18 Verhafteten befanden sich eine Reihe von Sinn Féin-Abgeordneten, Mitglieder der Kommunalparlaments oder des nordirischen Regionalparlaments. Zu den prominentesten Verhafteten zählten Martin McGuinness, Abgeordneter des Stadtrates von Derry, Mitglied des nordirischen Parlamentes und mutmaßlicher Chef des IRA-„army council“ sowie Owen Carron, wie McGuinness Mitglied der nordirischen „assembly“ und ehemaliger Abgeordneter des britischen Unterhauses. Carron wurde der Besitz von Munition, eines Gewehrs und von „für Terrorismus nützlichen Informationen“ vorgeworfen. Die Mehrheit der am 28.12.1985 Verhafteten befindet sich mittlerweile wieder auf freiem Fuß. In einer ersten Stellungnahme von Gerry Adams, in Vertretung der Sinn Féin-Partieführung, zu den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen hieß es: „Die Verhaftungen zeigen, daß sich nichts mit dem Hillsborough-Abkommen geändert hat, was es die SDLP, die Dubliner Regierung und die britische Labour Party versprochen hatten: (...) Der Hungerstreik in Long Kesh (von drei INLA-Gefangenen gegen die Verwendung von bezahlten Kronzeugen in nordirischen „Anti-Terror“-Prozessen, Ann. dsm), die „plastic bullets“ die die RUC (Polizei) über Weihnachten in Armagh verschütten, diese Verhaftungen und die Schüsse des Ulster Defence Regiment (Paramilitär) in Fermanagh, das alles zeigt, daß sich nichts verändert hat. Dublin, weit davon entfernt, den Alptraum der Nationalisten zu beenden, ist selbst Bestandteil dieses Alptrums geworden. Unsere eigenen Verhaftungen werden bald folgen. Man wird — wie ich bereits schon aus Anlaß der Unterzeichnung des Hillsborough-Abkommens gewarnt habe — Zeuge einer konzentrierten Aktion gegen Sinn Féin werden.“ (Observer v. 29.12.1985).

Gar nicht so glücklich über die spektakulären Verhaftungen waren Dublin und SDLP, weil die Verhaftungen zu einem absolut unpassenden Zeitpunkt, nämlich noch vor den demnächst in einigen Gegenden anstehenden Nachwahlen, geschahen und allzu deutlich werden lassen könnten, daß sich am undemokratischen Charakter der politischen Zustände in Nordirland wenig geändert hat. Die SDLP begt die Hoffnung, aus diesen Nachwahlen, die durch den demonstrativen Rücktritt loyalistischer Abgeordneter möglich wurden, als strahlender Sieger auf Seiten der nationalistischen „communities“ hervorzugehen bzw. an Sinn Féin in den letzten Jahren verlorenen Boden wieder gut zu machen. Ein bißchen loyalistische Rebellion, die suggeriert, es habe sich tatsächlich was zu Gunsten der Minorität verändert, und ein wenig Zurückhaltung seitens der „Sicherheitskräfte“ sollen ihr dabei helfen.

Dublin war wiederum innerseits etwas verstimmt, weil die nordirischen „Sicherheitskräfte“ — dem „Geist von Hillsborough“ zum Trotz — es nicht für notwendig erachtet hatten, Polizei und Regierung in der „Republik“ vorab über die geplante Aktion in Kenntnis zu setzen. Die Polizei gab ihrerseits als Motiv für die Verhaftungen von Sinn Féin-Politikern an, man habe sich davon erhofft, eine Verbindung zwischen der Mitgliedschaft in der legalen politischen Partei Sinn Féin und der illegalen Untergrundarmee IRA aufzuzeigen zu können.

Verstärkung der Truppenpräsenz

In den Wochen seit Unterzeichnung des Abkommens hatte die IRA wiederholt Polizeistationen in den Regionen nahe der Grenze zur Republik angegriffen. Zudem beherrschte die IRA den Wiederaufbau der zerstörten Polizeistationen und den Aufzug weiterer „Sicherheitseinrichtungen“ entlang der Grenze, in dem sie Firmenchefs, die diesbezüglich Bauaufträge annahmen, mit Konsequenzen drohte. Eine Baufirma nach der anderen sagte daraufhin ab, dazu kommt noch, daß sich ein nicht unerheblicher Teil des nordirischen Baugewerbes in den Händen der IRA bzw. von IRA-„Strohmannern“ befindet. London sah sich genötigt, Baulrupps von der britischen Insel einzuschießen, um zumindest den Wiederaufbau von Polizeistationen zu gewährleisten. Nach einem weiteren Mörserangriff auf eine RUC-Station und nachdem in Armagh 2 Polizisten durch eine IRA-Bombe getötet worden waren und die Moral der RUC offensichtlich Schaden erlitten hatte und ein Ende der Behinderungen der Bauarbeiten nicht in Aussicht stand, entschloß sich London, zusätzliche Truppenkontingente in den „Norden“ zu entsenden. Die letzten dieser Kontingente trafen am ersten Januar Wochenende in Nordirland ein. Sie werden in den grenznahen Regionen der Grafschaften Derry, Tyrone, Fermanagh und Down stationiert, mit der Aufgabe, grenzüberschreitende Operationen der IRA zu unterbinden und den Wiederaufbau der mittlerweile 6 zerstörten Polizeistationen zu decken.

Die militärische Kampagne gegen die RUC nahm ihren Anfang im März 1985, als die IRA mit Granatwerfern eine RUC-Station in Newry zerstörte und dabei neun RUC-Besatzte tötete. Mit Unterzeichnung des Abkommens von Hillsborough wurde diese Kampagne intensiviert.

Flitterwochen mit Problem

Die neuen — von ihrer Art her „einzigartigen“ (Fitzgerald) — Beziehungen zwischen London und Dublin gestalten sich also nicht ganz problemlos. Die erste Peinlichkeit ereignete sich anläßlich des Brüsseler EG-Gipfels. Der britische Nordlandminister nahm hier vor erlauchter Runde kein Blatt vor den Mund und erklärte, mit dem Abkommen von Hillsborough habe Dublin zum erstenmal die Existenz des nordiri-

lauchter Runde kein Blatt vor den Mund und erklärte, mit dem Abkommen von Hillsborough habe Dublin zum erstenmal die Existenz des nordirischen Separatstaates anerkannt. Diese Behauptung ist zwar völlig richtig (siehe AK 265), darf jedoch so nicht gesagt werden. Denn im eigenen Land versucht die Dubliner Regierung der Bevölkerung zu verkaufen, durch das Abkommen habe sie sich ein Missprechrecht in Sachen Nordirland ergattert, so kam es zu einer leichten Verstimmung zwischen den neuen Partnern, die jedoch einen Tag später wieder bereinigt wurde. King „korrigierte“ sich, in dem er erklärte, Dublin habe „lediglich“ anerkannt, daß gegen den Willen der loyalistischen Mehrheiten am Status Quo des nordirischen Staates nicht gerüttelt werden dürfe. Tatsächlich hat die Dubliner Regierung nicht mehr und nicht weniger zugestanden, nur bedeutet dies bei näherer Betrachtung überhaupt nichts anderes als die Anerkennung des Status Quo. Denn so lange den Loyalisten irgendwelche Garantien erklärt werden, gibt es für diese überhaupt keinen Anlaß, über eine Änderung des Status Quo und ein pragmatisches Auskommen mit der nationalistischen Minorität nachzudenken.

Gewisse Spannungen prägen auch die Verhandlungen zwischen der RUC und der südlichen Polizei („Garda“) Zwei haben die Chiefs der beiden Polizeikräfte gegenüber der Öffentlichkeit ihren Willen zur engen Kooperation entlang der irisch-irischen Grenze betont, doch vermüht die RUC bislang derherzugh bei ihren Kollegen aus der Republik den notwendigen „Enthusiasmus“.

Augenzeugen berichten allerdings, daß seit Hillsborough die Aktivitäten von südlicher Polizei und Armee entlang und im Vorfeld der Grenze erheblich verstärkt worden seien. So erwartet einen nun schon wenige Kilometer nördlich von Dublin (immerhin noch ca. 90 km von der Grenze und ca. 180 km von Belfast entfernt) der erste „checkpoint“ von Polizei und Armee.

Der Vorgang wiederholt sich bis zur inneririschen Grenze 3 bis 4 mal.

In diesen Tagen wird mit Michael Nicholson der dritte Katholik zum Richter am Belfast High Court berufen. Dort wird er dann die Richterbank gemeinsam mit zwei weiteren Katholiken und sieben Protestanten drücken. Nicholson ist seit 14 Jahren der erste Katholik, der für dieses Amt ausgesucht wurde. Die Ernennung Nicholsons ist vor dem Hintergrund von Hillsborough zu sehen. Von seiner Ernennung erwartet man eine Beschleunigung der bei den Gerichten in Nordirland anhängigen Verfahren sowie eine stärkere Einbindung gemäßigter Katholiken und der Dubliner Regierung in das umstrittene juristische System Nordirlands. Das Abkommen von Hillsborough sieht eine Angleichung der skandalösen juristischen Systeme von „Republik“ (das zweitrepräsentativste in Westeuropa) und Nordirland (das repräsentativste schlechthin) vor. In London und Belfast zeigt man sich allerdings ungehalten darüber, mit welcher „Penetranz“ Dublin in den gemeinsamen Unterredungen und gegenüber der Öffentlichkeit die Problematik der „supergrass“-Prozesse („Supergrass“: „unredliche“ ehemalige IRA-Mitglieder, die gegenüber Gericht und vor der Polizei gegen ihre ehemaligen Kampfgefährten aussagen und dafür als Lohn ein geringeres Strafmaß, eine neue Identität und Existenz sowie die Ausreise in ein anderes Land erhalten), den jüngsten Hungerstreik von INLA-Gefangenen (die aufgrund derartiger Prozesse einsitzen) und die Konstruktion des juristischen Systems im „Norden“ überhaupt thematisiert. Dublin erblickt in der Beschaffenheit des juristischen Systems Nordirlands einen der Hauptgründe für die Unzufriedenheit und Entfremdung der nordirischen Minorität gegenüber dem dortigen Staatswesen. Will Dublin gegenüber der Minorität nicht das Gesicht verlieren und sich auch in Zukunft als Verwalter der Interessen der Minorität profilieren (als Alternative zur IRA), muß die Regierung auf ein gewisses Maß an Reformen insistieren. Ein begrenzter Konflikt mit London ist von daher nicht zu vermeiden. Andererseits könnte sich schon recht bald im Rahmen eines derartigen begrenzten Konfliktes die Unreformbarkeit des nordirischen Staatswesens zeigen, was von Dublin wiederum verlangt, etwas vorzugucken, was real nicht existiert.

Straßenschlachten der Loyalisten

Straßenschlachten der Loyalisten

Am 11. Dezember 1985 versuchten 5 000 Loyalisten, zumeist Werftarbeiter des großen protestantischen/loyalistischen Unternehmens „Harland & Wolff“, in Belfast das Gebäude zu stürmen, in dem das irische-britische Sekretariat tagte. 38 Polizisten erlitten dabei Verletzungen. Am 4. Januar wiederholten einige hundert loyalistische Jugendliche — im Anschluß eines Protestmarsches der Loyalisten von Derry nach Belfast — diesen Versuch. Ganz offensichtlich bringt das Abkommen von Hillsborough die RUC in einen Konflikt mit einem Teil der Loyalisten, die in dem Abkommen „Verrat“ und den „Ausverkauf“ ihrer Interessen sehen.

Der RUC dürften derartige begrenzte Auseinandersetzungen durchaus gelegen kommen, tragen sie doch mit dazu bei, als „unparteiische“ Kraft im öffentlichen Bild erscheinen zu lassen, so wie es das Abkommen von Hillsborough andrer, Offensichtlich ist es dem Londoner Nordlandministerium gelungen, die RUC relativ erfolgreich in seine Strategie einzubinden.

Die Mehrzahl der etablierten loyalistischen Politiker, insbesondere aus den Reihen der „Official Unionist Party“ (die „gemäßigte“ und etablierte der beiden großen unionistischen Parteien) distanzieren sich von den Ausschreitungen des „Mobs“. Ganz offensichtlich will man es sich mit den „eigenen Sicherheitskräften“ nicht vorsetzen verderben bzw. die Freilegung einer Dynamik im Verhältnis loyalistische Basis — loyalistischer Staat verhindern, deren Entwicklungsrichtungen man am Ende nicht mehr kontrollieren kann. So lassen sich vor dem Hintergrund des Abkommens von Hillsborough durchaus Spannungen im loyalistischen Lager konstatieren.

Peru:

AP: A n e g u e r f u h r u n g k o n s e r v a t i v p r o p a g a n d i s t i s c h, d i e s e P a r t e i s t e l l t u n t e r F u h r u n g d e r T e r r y d i e R e g i e r u n g v o n 1980 b i s 1985 s c h o n e i n m a l R e g i e r u n g s p a r t e i v o n 1953 b i s 1969

APRA: A l i a n z P o p u l a r R e v o l u c i o n a r i a d e A m e r i c a (R e v o l u c i o n a r e V o l k s a l i a n z v o n A m e r i k a), p o p u l a r i s t i s c h s o z i a l f o r m i s t i s c h, i n P e r u s u c h P A P (P e r u a n i s c h a p r o l e t a r i s c h e P a r t e i) g e m e i n

Der Machismo und die versuchsweise Zerschlagung des gordischen Knotens

Die Diskussion über die Integration von Marxismus und Feminismus ist im KB seit Jahren fast entschlafen. Nachdem die weite hitzige Debatte ihren aktuellen Anlaß (Sichwort „Z“-Spaltung) verloren hatten, verpuffte auch unter den Frauen der Elan, sich weiter um eine zeugemäße Theorie von sozialistischer Frauenbefreiung zu bemühen. Schlagartig bewußt wurde mir dieses Manko beim Lesen des Artikels über Frauen in Nicaragua im letzten AK („Gibt der Imperialismus den nicaraguanischen Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Machismo?“). Korrespondent und Korrespondentin aus Nicaragua beantworten diese Frage, wenn auch eingeschränkt, mit „Ja“: Kriegswirtschaft und Arbeitskräftemangel böten den Frauen die historische Chance der Befreiung, denn ihre gesellschaftliche Integration sei nun ein Erfordernis der konkreten, geschichtlichen Situation, sprich: des wirtschaftlichen Überlebens Nicaraguas. Zwar ist diese ökonomische Notwendigkeit auch nach Ansicht der Autoren ein widersprüchlich Ding — verhindert doch die Mangelwirtschaft auch den nötigen Ausbau sozialer Einrichtungen, um die Frauen z.B. von der Kinderbetreuung zu entlasten. Trotzdem folgen die Korrespondenten auf der theoretischen Ebene: „Die ökonomische Notwendigkeit gerät in Widerspruch zu der traditionellen Rolle der Frau in der nicaraguanischen Gesellschaft. Damit wird der Machismo, der ideologisch noch nicht allgemein von der Revolution angegriffen wird, zu einem objektiv reaktionären Element“. Hoppla, ist das endlich die Lösung, die wir in unseren entschlafenen Debatten nie gefunden haben? Die Zerschlagung des gordischen Knotens von Haupt- und Nebenwiderspruch? Krieg und Mangel müssen her, und die Frauen, die sich bisher vergebens auf der Schattenseite des „Subjektiven“ abgearbeitet haben, kommen endlich auf die „objektive“ Tagesordnung der Geschichte?

Ich will den Autoren nicht unrecht tun: Im überwiegenden Teil ihres Artikels (der außerdem redaktionell gekürzt wurde) stellen sie die schwierige Situation der nicaraguanischen Frauen dar und die Bemühungen der Frauenorganisation AMNLE, die Benachteiligung

lungen auf der politischen Ebene zu bekämpfen. Den Eindruck, daß die Frauenfrage mit einem Federstrich ökonomisch „gelöst“ wird, erwecken nur die oben zitierten theoretischen Verallgemeinerungen, nicht der Fakten-Teil des Artikels.

Trotzdem: So geht's nicht! Zunächst einmal ist es ja nichts Besonderes, daß sich Kriegswirtschaften auf die Frauen als Arbeitskräfte-Reservoir besinnen, erinnert sei nur an die Einbeziehung der Frauen in die Rüstungsproduktion des deutschen Faschismus, die ebenfalls objektiv notwendig war für den faschistischen Staat. Der Ausgang ist bekannt: die heimkehrenden Männer (und das Ende der objektiven Notwendigkeit) drängten die Frauen wieder an Heim und Herd, nicht ohne individuellen Widerstand und Leid der einzelnen Frau („Deutschland, bleiche Mutter“). Was wird in Nicaragua passieren, wenn — wie wir doch alle hoffen — der imperialistische Druck zurückgedrängt werden kann und ein Teil der Nica-Armee nach Hause geschickt werden kann? Ist dann der Machismo kein „objektiv reaktionäres Element“ mehr, der Kampf der Frauen nur noch ein subjektives Anliegen? Ebenso in den anderen Ländern dieser Region: Ist der Machismo in Kolumbien, Bolivien oder Chile nicht objektiv reaktionär, und wie war's unter Somalia? Meines Erachtens gilt für die lateinamerikanischen Länder auch in sogenannten Friedenszeiten, also ohne Krieg von außen: Der Machismo ist ein Hemmschuh für die Entwicklung und gesellschaftliche Befreiung, weil er das Volk in zwei Kasten spaltet, weil er die Hauptlast des Elends auf die Schultern derjenigen abwälzt, die sich v.a. wegen ihrer Verantwortung für die Kinder am wenigsten wehren können, und weil er sowohl nationalen Unterdrückern als auch dem Imperialismus besondere Mittel für Ausbeutung und Repression an die Hand gibt. Das klingt nun so allgemein wie platt, und ich würde mich freuen, wenn sich Kundige als ich nun der genaueren Analyse des Machismo annehmen würden. Denn ganz so leicht können wir es uns mit unseren theoretischen Lücken nun doch nicht machen.

Ch.

Philippinen: Wende, Wahl und Weißwäsche Marcos-Regime auf dem Prüfstand

von Rainer Werning

„Die Philippinen“, so hatte der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammende Senator Beveridge am 9. Januar 1900 erklärt, „sind für immer unser. Hinter den Philippinen befinden sich geradewegs die unbegrenzten Märkte Chinas. Wir werden weder auf die einen noch auf die anderen verzichten. Wir werden vor den Möglichkeiten, die sich uns im Osten eröffnen, nicht zurückweichen. Wir versagen uns nicht dem Geschick unserer Rasse, die Gott dazu bestimmt hat, die Welt zu zivilisieren.“

86 Jahre nach Beveridges Diktum ist Washington sich seiner Sache unsicherer denn je. Sein engster Verbündeter in Ostasien, das seit 20 Jahren herrschende Marcos-Regime, ist durch eine tiefgreifende sozialpolitische und wirtschaftliche Krise und einen in Stadt wie Land gewachsenen — auch bewaffneten — Widerstand isoliert. Eingegrenzt ist damit der Aktionsradius der USA, eine in ihrem Sinne geordnete Nach-Marcos-Ära einzukleiten.

Verstärkte Interventionen

Besorgt darüber, daß ein Fortdauern der Marcos-Diktatur ein „radikalisierter Philippinen“ — so die im Januar 1985 von Präsident Reagan unterzeichnete Nationale Sicherheitsdirektive — bedeutet und dies seine Position im Pazifik potentiell schwächt, hat Washington seit Sommer 1985 ein Wechselspiel aus Druck und Drohungen betrieben. Manila, so das Kalkül, sollte auf eine „demokratische Öffnung“ eingeschwenken werden. Zuerst wurde darüber die Abhaltung vorgezogener Präsidentschaftswahlen verhandelt, auf die CIA-Chef William Casey und

Reagans Sonderbeauftragter, Senator Paul Laxalt, anläßlich ihrer Philippinen-Reisen im Mai bzw. Oktober drängten. Furor machte schließlich die Anfang November veröffentlichte Studie des Geheimdienstsausschusses des US-Senats unter Vorsitz von Senator David Durenburger. Ihr Fazit: die von ausländischer Hilfe abgeschnittene Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) verzeichnet einen dermaßen dramatischen Zulauf, daß sie innerhalb von drei Jahren das strategische Patt herzustellen vermag, sollte in Manila in gewohnter Manier reagiert werden.

Als wirtschaftliches Druckmittel begann man sich auf die Rückhaltung von über 400 Mio. Dollar, die im Rahmen des Ende 1984 vereinbarten 650 Mio. US-Dollar-Kredits des Internationalen Währungsfonds sowie des im Mai 1985 unterzeichneten Hilfspakets privater Banken in Höhe von 925 Mio. US-Dollar eingeräumt worden waren. In die Hälfte dieser Gelder ohnehin für die seit Herbst 1983 ins Stocken geratene Rückzahlung der Zins- und Tilgungslasten bestimmt, so wird der Rest erst fällig, wenn die Abwertung des Pesos beschleunigt, Sozialausgaben gesenkt, Importlockerungen verfügt und Löhne weiterhin gedrückt werden. Die Durchsetzung all dieser Maßnahmen aber ist nur um den „Preis“ einer Krisenvertiefung denkbar. Firmenzu-

rasch kursierten denn auch neuerliche Spottreize — im Volksmund steht „anap“ für „agurado na ang pangano“ („der Sieg ist gewiß“) oder „alya na ang pangalo“ („er bleibt Präsident“).

Das nach dem Aquino-Mord (August 1983) entstandene sog. Parlament der Straße, ein aus sämtlichen Klassen und Schichten gesponnenes Protestpotential, ist seiner historischen Funktion als politisch mobilisierende Kraft entwichen. Über die Beseitigung der Marcos-Diktatur hinaus erschallt aus seinen Reihen der Schlachtruf nach „Beseitigung des US-Imperialismus“. Selbst in Manilas Straßen macht immer häufiger das Wort vom Parlament der Berge die Runde — eine Anspielung auf die NPA. Zumindest ist damit die Schwierigkeit der momentanen aus acht regionalen politischen Seilschaften zu sammengefügten bürgerlichen Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) auf den Punkt gebracht, für ihre Position eine manövrierfähige soziale Basis zu finden. Und die nun erschöpft sich wesentlich in einer gegen die Person Marcos gerichteten Kritik. Wirtschaftspolitik hält die UNIDO laut ihren — wie wohl spärlich gesäht — programmatischen Aussagen am Kurs der exportorientierten Entwicklungsstrategie fest, propagiert das Fortbestehen der



General Ver (r.), einer der Hauptleute der Marcos-Clique. Trotz seiner Beteiligung an der Ermordung J. Aquinos langst auf höchste Weisung hin freigesprochen.

sammenbrüche, Kapitalabflüsse, Proteststreiks und bewaffnete Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und NPA-Verbänden erreichten 1985 Rekordhöhe. Amerikanische Finanzexperten geben sich skeptisch: 900 Tsd. Arbeitsplätze könnten verloren gehen, 900 der landesweit 940 operierenden Landbanken sind vom Bankrott bedroht, und die Inseln werden auch innerhalb der nächsten fünf Jahre das ökonomische Schlußlicht der Region bilden. Stephen Solarz, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten, hat bereits mehrfach einer Art Marshall-Plan an Manila eine Lanze gebrochen.

Die aufgestockten Spezialeinheiten (SOF) in den US-Stützpunkten Clark und Subic und die Vorliebe der Amerikaner für den West Point-Absolventen Fidel Ramos anstelle des Marcos-Intimus Fabian C. Ver als Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte komplettierten die Politik des sanften Knüttels. In Ermangelung einer personalen Alternative war Marcos gezwungen, seine Trumpfkarten geschickt auszuspielen. Gegen vorgezogene Wahlen, so ließ er im November verlauten, habe er selbstredend nichts einzuwenden.

Parlament der Straße oder Parlament der Berge?

Kurz nachdem der 7. Februar 1986 als Wahltermin bekanntgegeben wurde, stufte die philippinische Justiz am 2. Dezember 1985 endgültig ihre Augenbinde ab und besiegelte die Rambolierung des Rechtswesens. Der Aquino-Mordprozeß endete mit einer totalen Weißwäsche; sämtliche 25 angeklagten Militärs wurden freigesprochen. Das Gericht wuschte qua Federstrich das Untersuchungsergebnis einer unabhängigen Kommission beseite, wonach Aquino Opfer einer Verschwörung des Militärs war.

Wahlen mit und unter Marcos hat es schon häufig gegeben: Täuschungen, Schwindel und Terror zeichneten sie aus. Stets bewahrheitete sich das philippinische Bonmot — „Die Toten wählen einmal, die Lebenden gar mehr als zweimal, und selbst die Schmetterlinge auf Mindanao geben ihre Stimmzettel ab.“ Snap elections — vorgezogene Präsidentschaftswahlen — dürfen da kaum eine Ausnahme bilden. Marcos kann sich auf Armee und Polizei, seine legislativen Sondervollmachten und auf ein seinem Ebenbild nachgeplündertes „Parlament“ stützen.

US-Basen und spekuliert auf aktive US-Schützenhilfe.

Salvador „Doy“ Laurel, Führer der UNIDO und deren Vize-Präsidentenchaftskandidat, ist keine politische Alternative. Er ist Sproß eines ebenso altgedienten wie begüterten Clans aus der südlich von Manila gelegenen Provinz Barangas, darin gewieft, mal mit den Amerikanern, mal mit den Japanern und wiederum mit den amerikanischen Kolonialherren anzuhängen. Kollaboration hat Tradition im Hause Laurel — und warf aufgrund stetiger Nähe zu den Herrschenden ständige Prüfte ab. Doy's Vater war unter der japanischen Okkupation (Beginn der 40er Jahre) gar Präsident von Tokos Gnaden. Doy selbst war bis zur Verhängung des Kriegrechts im Herbst 1972 Senator und wie Marcos Mitglied der Nationalistischen Partei. Seine Familie zählt nach wie vor zu den Einflußreichsten des Landes, zumal er zur First Lady Imelda freundschaftliche Bande unterhält. Sein geringerer Ehrgeiz und eine posereuhafte Eitelkeit, gepaart mit theatralischer Rhetorik, werden nur noch von Marcos übertroffen.

Die Dritte im zugelassenen Wahlbunde ist mit Corazon „Cory“ Aquino ein Mitglied der mächtigsten Großgrundbesitzer- und Industriellenfamilie. Cory ist eine geborene Cojuangco, und Eduardo Cojuangco ist als Koprazar, Geschäftsmann und Boß einer städtischen Privatarmee glühender Marcos-Verfechter. „Blutverwandtschaft“, so ein philippinisches Sprichwort, „ist halt dicker als Wasser.“

Möglicher Pyrrhussieg

So verachtet und diskreditiert ist das Marcos-Regime, daß ein Sieg des Laurel-Aquino-Gespanns denkbar ist. Bedeutsamer als ein einmaliger — auch sauberer — Wahlvorgang ist die Überwindung von Blend, Militarismus, systematischer Menschenrechtsverletzungen und (von außen diktiert) Fremdbestimmung. Das freilich ist nur ohne Marcos, nicht aber unbedingt mit Cory Aquino und Doy Laurel durchsetzbar. Ausgrenzt und illegalisiert bleibt nach wie vor ein Gutteil der Bevölkerung. Für sie wäre — wie immer auch das Wahlergebnis aussehen mag — die Beendigung oder „nur Abschwächung“ staatlichen Mords ein erster Schritt auf dem holprigen Weg der Befreiung. Nicht wenig — unter den aktuellen Bedingungen.

Geil! Notstand verhängt!

Irgendwo habe ich mal von irgendwelchen durchgeknallten Militärstrategen gelesen, die US-Regierung sollte einen „Enthaupungsschlag“ gegen die Sowjetunion vorbereiten. Die Henker sprachen dann, jetzt als Mediziner, von einem „chirurgischen Schlag“ gegen die politische und militärische Führung der SU.

Diese Worte haben — wenn auch nur kurz — Millionen Menschen aufgerüttelt. Neulich habe ich die Metapher vom „chirurgischen Schlag“ wieder gelesen. Im ARBEITERKAMPF, November 85, S. 36. U + U haben sich dort, Tomas Borge und die „Barricada“ zitternd, ihre Gedanken zum Notstand in Nicaragua gemacht. Ihre Schlußfolgerung lautet: „Der erweiterte Notstand ist ein chirurgischer Schlag gegen die Opposition im Lande, die sich politisch mit der Contra verbunden hat und mehr oder weniger offen im Aufbau einer sogenannten „inneren Front“ arbeitet.“ Man wünscht sich die nicaraguanischen Zensurbestimmungen für den AK, damit ein solcher Satz — ich folge U + U's Gedankengang: — ausgemerzt werden kann.

Diese Metapherphantasie ist nur der Höhepunkt in einem durch und durch apologetischen Artikel, dessen Autoren offenbar Berichterstattung und Analyse mit — zudem noch einfälliger — Propaganda für besonders Dumme verwechseln.

Für wen sonst sind Sätze bestimmt wie

— „Weder auf politischer Ebene, noch was die Arbeit der Massenorganisationen, der Gewerkschaften oder der Kirche angeht, noch das öffentliche und gewerbliche Leben sind in irgendeiner Weise vom Notstand betroffen.“

Das ist nicht nur grammatisch ein Witz, sondern auch sonst nicht zum Lachen, wird dem verblöfften Leser doch die Erklärung eines Gegenstandes angeboten, der gar nicht existiert!

— „Aktuell macht die Ankündigung dieser Maßnahmen Sinn, wenn man in Rechnung stellt, daß die Contra angekündigt hat, die unmittelbar bevorstehende Kaffeefahrt massiv zu stören.“

Welch eine scharfe Waffe ist doch das Versammlungsverbot gegen marschierende Contras! — „Die in den gesellschaftlichen Prozeß integrierten Parteien PCD, PLI, PSN halten den Notstand für notwendig.“

Ein Quellenbeleg für diese Behauptung wird nicht geliefert. Sie ist im übrigen falsch: Sämtliche Parteien — mit Ausnahme der FSLN — haben den erweiterten Notstand sofort scharf verurteilt. — „Wirklich zu befürchten haben nur diejenigen etwas, die für die Contra konspirieren.“ Alle anderen können nach Herzenslust demonstrieren, Flugblätter verteilen, streiken, Versammlungen abhalten.

— „Daß gleichzeitig mit der Verkündung des Notstandes in der Arbeiterschaft begonnen wird, massiv für die Verteidigung und für die Kaffeefahrt zu mobilisieren, ist ein Ausdruck dafür, daß die sandinistische Regierung und das nicaraguanische Volk an einem Strang ziehen: Bekämpfung der Contra und Erhalt der revolutionären Macht!“

Abgesehen davon, daß der Beginn einer massiven Mobilisierung schlecht als Beweis für ihr erfolgreiches Ergebnis taugt, hört man in diesem Satz unangenehm deutlich die schmetternden fanfanen der Hofmusikanten, die den glanzvollen Auftritt des Königs ankündigen. Und tatsächlich: Es folgen Auszüge aus einer Rede von Tomas Borge

Der „nationale Notstand“, 1982 erstmals verhängt, 1984 im Rahmen der Wahlkampagne wesentlich gelockert, hebt verschiedene allgemeine demokratische Rechte und Garantien auf, die nach dem Sieg der Revolution im „Status der Rechte und Garantien der Nicaraguaner“ festgelegt worden waren. Betroffen sind: — Schutzgarantien bei Verhaftungen (z.B. das Recht auf Haftprüfung durch die Judikative) — das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, — das Recht auf Freizügigkeit, — Informationsfreiheit, — Versammlungsfreiheit.

Kl., G.

Immer noch im Gang und wohl noch lange nicht abgeschlossen ist die Debatte um die Faschisierungstheorie des KB aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Autor F. kam in einer Artikel-Serie (AK 256-259; „Was ist los mit der Faschisierung?“) zur Schlussfolgerung, die BRD-Zustände seien mit dem Begriff des präventiven Sicherheitsstaates besser beschreibbar. Rudolf aus Frankfurt konterte in AK 263, die Alternative Faschisierung oder präventiver Sicherheitsstaat sei irreführend; nicht alles, was der KB seinerzeit verzapft hatte, sei heute zu verworfen — einige Verallgemeinerungen seien aber falsch gewesen. Darauf entgegnete Jb in AK 264, eine Teilfaschisierung könne es nicht geben. Dadurch fühlt sich Rudolf mißverstanden und herausgefordert, seine Ideen im Folgenden zu präzisieren.

Unter dem kategorischen Titel „Es gibt keine Teilfaschisierung“ hat Jb auf meine Kritik an der Artikelserie von F. zur Faschisierungstheorie des KB geantwortet. Da der Genosse verschiedene meiner Positionen lediglich polemisch wertet, ohne sich im geringsten damit auseinanderzusetzen, will ich einige Positionen klarstellen.

Mein eigener Beitrag zur Weiterentwicklung der Faschisierungstheorie — dies war die Konsequenz, die ich aus den Ausführungen von F. gezogen habe — beschränkt sich bisher auf folgenden Ansatz: Meine Kritik richtet sich gegen das Denken der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität, d.h. daß die realen Widersprüche und Gegensätze unter eine einheitliche, begriffliche Totalität subsumiert werden. Hieraus basierte meine Kritik an der Artikelserie von F., der m.M. die widersprüchliche Entwicklung jeweils entweder unter dem Begriff der Faschisierung oder des präventiven Sicherheitsstaates einordnete. In einer solchen Sichtweise wird ein Begriff als Totalität der Beschreibung der Wirklichkeit verstanden und sogar die entgegengesetzten Entwicklungen unter diese eine Totalität eingeordnet. Wenn F. in seiner Artikelserie davon spricht, daß sich in der BRD in Bezug auf die präventive Aufrüstung des Staatsapparates Strukturen herausbilden würden, die zwar nicht in einen Faschismus auslaufen müßten, aber von einem solchen genutzt werden könnten, ist dies zunächst nicht einfach ein Widerspruch, sondern logische Konsequenz aus dem Eintreffen zumindest eines der „Essentials“ der von F. überprüften Faschisierungstheorie. Anstatt diese Entwicklung in einem Teilbereich des Staates unter den Aspekt des „präventiven Sicherheitsstaates“ einzuordnen, habe ich diese dem „präventiven Sicherheitsstaat“ entgegengesetzte Entwicklung als Indiz für eine Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft verwendet.

In der Kritik eines Denkens der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität versuche ich somit, diese Wirklichkeit in ihren Teilen und den Gegensätzen dieser Teile zu begreifen. Diesen methodischen Ansatz meiner Kritik unterschlägt (überhebt?) Jb vollständig, sobald er meine Begriffsbildung der Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft auf zweierlei Art und Weise verändert:

— einmal in Richtung auf eine „teilweise“ oder „Teilfaschisierung“, wodurch eine Assoziation zur ursprünglichen „schrittweisen Faschisierung“ erfolgt;

— zum zweiten in der tendenziellen Gleichsetzung meiner Begriffsbildung mit der Faschisierung selbst. So argumentiert Jb in Bezug auf die Entwicklung in West-Europa, daß von einer Faschisierung keine Rede sein könne, sondern von einer Durchsetzung der republikanischen Staatsform und Verwendung dies als Indiz gegen meine Position. Nur konnte ich diese Entwicklung schon deshalb nicht „ignorieren“, weil ich gerade diese Problematik zum Ausgangspunkt meiner Begriffsbildung einer Faschisierung in Teilbereichen gemacht habe. In meinem dritten Abschnitt hatte ich Ansätze zur Überwindung der Reduktion der Faschisierungstheorie auf die Staatsform diskutiert, indem ich diesen in Entgegensetzung nicht allein gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern auch gegenüber dem „normalen Imperialismus“ skizzierte.

Weichen wir zunächst beim Staat. Da es Jb beliebt, Poulantzas für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen, weil dieser „kohärenter und kritischer“ als ich sei, möchte ich denselben dann doch etwas ausführlicher zitieren. Zum Verhältnis von autoritärem Elitismus

Notiz über etwas, was es nicht gibt?

Replik zur „Teilfaschisierung“



und einem neuen Faschismus argumentiert Poulantzas wie folgt: Auf der einen Seite könne das Auftreten des autoritären Elitismus weder mit einem neuen Faschismus noch mit einem Faschisierungsprozeß gleichgesetzt werden. „Dieser Staat ist weder die neue Form eines echten Ausnahmezustandes, noch ist er selbst die Übergangsform zu einem solchen Staat: er repräsentiert die neue „demokratische“ Form der bürgerlichen Republik“. Poulantzas fährt in diesem Zusammenhang allerdings fort: „Das soll jedoch nicht heißen, daß in Europa ein solcher Ausnahmezustand (in Form des Faschismus, der Militärdiktatur oder eines verärgerten Bonapartismus) in Zukunft wäre.“ Dies führt ihn zum zweiten Teil der Frage nach dem Verhältnis von autoritärem Elitismus und dem von ihm so bezeichneten „Totalitarismus“: „Dieser Teil betrifft nicht bloß die Grenzen der repräsentativen Demokratie und der Freiheit, die der gegenwärtige Staat selbst in seiner regulären „demokratischen“ Ordnung zieht, sondern ganz besonders die Faschisierungselemente jedes kapitalistischen Staates. Gegenüber derjenigen, die einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den verschiedenen demokratischen Formen ... und dem Totalitarismus sehen, meine ich, daß beide, als kapitalistische Staaten, bestimmte gemeinsame Merkmale besitzen.“ ... „Jede kapitalistische demokratische Staatsform enthält totalitäre Tendenzen.“ (Poulantzas, 1978, S. 191f.) Zu betonen ist, daß eine solche Staatsform infolge ihres kapitalistischen Charakters „faschistische“ Tendenzen beinhaltet, um nicht die Grenzen zur Demokratie zu verwischen. Ich interpretiere diese Aussage in dem Sinn, daß jeder kapitalistische Staat in bestimmten Teilbereichen faschistische Tendenzen beinhaltet, auch wenn bestimmte andere Teilbereiche einen demokratischen Charakter besitzen.

Poulantzas: „Den gegenwärtigen Staat kennzeichnet eine bestimmte Besonderheit. In einer demokratischen Staatsform während einer Phase der strukturellen Verschärfung der generischen Elemente (kapitalismus-immanente Elemente — Anm. R.) dieser Krise ... treten die faschisierenden Elemente oder Tendenzen weitestgehend zurück.“ ... „Die autoritäre Elitismus besteht auch darin, daß man angesichts zunehmender Volkskämpfe und der Gefahr, die sie für die Hegemonie darstellen, ein institutionelles Präventiv-Dispositiv aufbaut.“

„Dieses effektive Arsenal, das nicht bloß Teil der juristischen-verfassungs-

mäßigen Ordnung ist, wird nicht immer an vorderster Front der Machtausübung eingesetzt. (...) Aber auch wenn dieses Arsenal unter Verschluss gehalten wird, sieht es der Republik jederzeit für einen Faschisierungsprozeß zur Verfügung. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der demokratischen Staaten enthält der gegenwärtige Staat nicht nur verstreute und verstreute Elemente des Totalitarismus.“ Der folgende Satz ist hervorzuheben: „Er bildet diese Elemente organisch aus einem permanenten Dispositiv neben dem offiziellen Staat.“ In diesem Sinn hatte ich in Bezug auf die Strukturen des Apparats der inneren Sicherheit formuliert, daß der Staat in der BRD zwar kein faschistischer ist, daß in ihm aber gleichzeitig die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung als Option des Imperialismus geschaffen wurden.

Poulantzas meint: „Diese Verdoppelung des Staates, die ein strukturelles Merkmal des autoritären Elitismus zu sein scheint, stellt jedoch keine reale Abdichtung oder Dissoziation zwischen dem offiziellen Staat und dem bewußten Dispositiv dar, sondern dessen funktionale Überlagerung und ständige Osmose.“ Deshalb werde im Fall eines neuen Faschisierungsprozesses dieser nicht die gleiche Form annehmen wie früher. Aber statt um eine Infiltration von außen oder um eine Beschlagnahme des Staates werde es sich um einen Bruch im Inneren des Staates an Nahtlinien handeln, die in dessen gegenwärtiger Konfiguration längst vorgezeichnet seien (alle Zitate ebd. S. 191/92). Jb scheint nicht sehr gut darüber informiert zu sein, wen er da als Kronzeugen für sich beansprucht.

Kommen wir zu zwei anderen Punkten. Meine Aussage zur Wirtschaftskrise war wohl nicht eindeutig genug, um eine oberflächliche Interpretation wie diejenige von Jb auszuschließen. Während F. wenigstens noch eine Relativierung der gesicherten „langfristigen Perspektive des Imperialismus“ vornahm, spricht Jb nur noch von der „ungeheuren Stabilität und Stärke“ des Staates und daß das Kapital nur so „vor Zuvorsicht, Optimismus etc.“ strotze. Gegenüber beiden Einschätzungen bescheide ich auf der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft, eine „Zusammenbruchstheorie“ hingegen habe ich nicht aufgestellt. Während ich nun aber explizit aus der Gegenständigkeit der Auffassungen in diesem Punkt die Schlussfolgerung ziehe, daß eine gesonderte Behandlung der weltwirtschaftlichen Entwicklung

zu einer differenzierteren Betrachtung der von F. aufgestellten Alternative Faschisierung versus „präventiver Sicherheitsstaat“ führen würde, unterstellt Jb mir die These, „jetzt komme die (langersehnte?) ganz große Krise“.

Meine Einschätzung, daß die gegenwärtige Entwicklung in der BRD durch eine Arbeitsteilung von autoritärem Elitismus und autoritärem Populismus gekennzeichnet ist, ist Jb lediglich Anzeichen dafür, daß bei mir „auch etwas durcheinander“ geraten sei. Erkennbar war im Text, daß beide Begriffe nicht von mir stammen, daß ich vielmehr zwei relative ausgearbeitete Begriffsbildungen (von Poulantzas und von Stuart Hall) auf diese Weise miteinander verknüpft habe. (Befürwortungen über den Gebrauch des Populismus-Begriffes sind deswegen auch an Hall selbst zu richten). Beide Begriffe bezeichnen im Gegensatz zur Annahme von Jb nicht einfache Strukturen auf der einen Seite und Ideologien auf der anderen, sondern in der Verwendung bei Poulantzas und Hall unterschiedliche politische Strategien. Wird im ersten Fall der Begriff in Zusammenhang mit einer Struktur artikuliert, im zweiten Fall mit einer bestimmten Ideologie, so macht dies die Unterschiedlichkeit der beiden Strategien mit aus. (Anzumerken bleibt, daß Poulantzas sowohl Strategie als auch Struktur des autoritären Elitismus begrifflich nicht immer deutlich unterscheidet, eine Problematik, die ich schon bei dem Begriff des präventiven Sicherheitsstaates von F. kritisiert habe).

Inhaltlich ist mir der Arbeitsteilung von autoritärem Elitismus und autoritärem Populismus gemeint die begriffliche Verdeutlichung einer in sich gegensätzlichen Strategie: die fortschreitende Staatzentrierung und Vergesellschaftung durch den Staat auf der einen Seite und die gleichzeitige Entstaatlichung gesellschaftlicher Prozesse, ihre Rückverlagerung in die außerstaatliche Sphäre gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse auf der anderen. Da in einer kapitalistischen Gesellschaft demokratische Entscheidungsprozesse auf die Staatsebene beschränkt sind, bedeutet eine Entstaatlichungs-Strategie bzw. eine antistaatliche Ideologie tendenziell immer einen Ent-Demokratisierungsprozeß.

Diese Arbeitsteilung, Kombination von Ent-Demokratisierungsprozeß.

Diese Arbeitsteilung, Kombination von zwei unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Strategien in einer einzigen, die Kombination von Staatzentrierung mit Entstaatlichung, macht einen wesentlichen Aspekt der „Wende“ aus. (Meiner Auffassung nach wäre dies exemplarisch an der Auseinandersetzung um §116 Arbeitsförderungs-gesetz abzulesen.)

Jb ist es zu verdanken, daß er die Auseinandersetzung um die Faschisierungstheorie sehr eng an diejenige der Demokratie anbindet, ein Zusammenhang, der mir in dieser Direktheit zunächst nicht klar war. Der Genosse versucht Demokratie offenbar als Beschreibung der (staatlichen und gesellschaftlichen) Totalität der Wirklichkeit. Indem er ohne allzu große Mühe zahlreiche empirische Belege in einer kapitalistischen Gesellschaft anführen könnte, die gegen den Anspruch der Demokratie verstießen, kann er zu der Aussage kommen, daß für Marxisten klar sein sollte, daß die Wirklichkeit und nicht der Anspruch „die Wahrheit ist“. So argumentiert Jb, daß die bürgerliche Demokratie „allein formale Freiheit, formale Rechtsstaatlichkeit ist“ (Hervorhebung im Original).

„Und die Form ist der Gehalt in letzter Instanz“ (Haug, Camera obscura, AS 70, S. 88). Gegenüber Jb bin ich der Auffassung, daß die bürgerliche Demokratie nicht allein „formale“ Freiheit beinhaltet, sondern auch reale. Die Auseinandersetzung um die Entwicklungsform der Demokratie ist keineswegs um den Widerspruch von Form und Inhalt zu führen, sondern um die Begrenzung und Reduktion dieser demokratischen Form auf bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen.

Wenn wir in bestimmten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft demokratische Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung antreffen, in anderen aber das genaue Gegenteil hiervon, sind die ersteren nicht einfach „Form“ ohne demokratischen Inhalt. In diesen Teilbereichen können sie sehr real sein. Meiner Auffassung nach besteht die analytische Problematik darin, den Zusammenhang von real entgegengesetzten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft und ihre Koexistenz in einer kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen, anstatt die realen Widersprüche unter eine einzelne Begriffsbildung zu subsumieren. Wenn Jb beispielsweise argumentiert, daß es „keine quasi natürliche Grenze der demokratischen Repression“ gebe, solange diese nicht die konstitutiven Elemente der bürgerlichen Demokratie aufhebt, so fehlen in seiner Aufzählung dieser

konstitutiven Elemente nicht zufällig die „bürgerlichen Freiheitsrechte“. Wenn wir diesen Aspekt in unsere Überlegungen einbeziehen, gibt es in der Absolutheit der Begriffe Demokratie und Repression überhaupt keine „demokratische Repression“, beides sind antagonistische Begriffe. In der Wirklichkeit existiert logischerweise eine Verknüpfung von demokratischen Teilbereichen mit anderen repressiven Teilbereichen. Dieser Zusammenhang ist zu analysieren, zu kritisieren und „aufzuheben“. Demokratie und Repression bleiben unaufhebbar Gegensätze. Wenn wir den von Jb aufgestellten Maßstab an Merkmalen von Anspruch und Wirklichkeit ernstnehmen, können wir behaupten, daß bürgerliche Demokratie mit Repression vereinbar ist. Wir können aber genauso argumentieren, daß es sich in den betreffenden Teilbereichen von Staat und Gesellschaft entgegen dem bürgerlichen Anspruch gar nicht mehr um Demokratie handelt. Wir können und müssen m.E. argumentieren, daß wir gegen die bürgerliche Reduktion von Demokratie deren Totalität in allen gesellschaftlichen Bereichen antreiben. Nachdem wir bis zu diesem Punkt gelangt sind, können wir eine Arbeitshypothese des Verständnisses von Faschismus und Faschisierung sowie zur Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft formulieren.

Schon in meiner letzten Stellungnahme hatte ich in Bezug auf den Faschismusbegriff formuliert, daß dieser Sachverhalt in Bezug auf Staatsform, Ideologie, Massenvernichtung von Menschen und die Schaffung eines einheitlichen, in sich widersprüchlichen Wirtschaftsraumes kennzeichnet, die auf der einen Seite nicht vollständig voneinander determiniert sind, auf der anderen Seite jeweils für sich einen qualitativen Sprung gegenüber dem „normalen“ Imperialismus darstellen. Ohne daß ich hiermit eine umfassende Definition des Faschismus gegeben habe, war die Absicht erkennbar, die Reduktion von Faschismus auf die Entgegensetzung von bürgerlichem und faschistischem Staat zu überwinden. Diese Entgegensetzung ist für sich genommen unbestritten richtig, allerdings nur ein Teilaspekt der umfassenden Faschismusproblematik, nicht mehr aber auch nicht weniger. Klar ist auch, daß ich die genannten Teilbereiche in der auch nicht weniger. Klar ist auch, daß ich die genannten Teilbereiche in der weiteren Arbeit erweitern und konkretisieren muß. Trotz dieser Problematik will ich meine derzeitige Arbeitshypothese auf den Punkt bringen, um die Diskussion voranzutreiben. Unter Faschismus verstehe ich die erfolgte „Verdichtung“ oder Symbiose der genannten Teilbereiche zu einem einheitlichen Ganzen, einer einheitlichen Totalität, wobei das vereinnahmende Zentrum dieser Totalität eine faschistische Partei sein kann (muß?). Unter Faschisierung ist dann logischerweise der Prozeß der Verdichtung oder Verdichtung dieser Teilbereiche zu einem solchen Ganzen zu verstehen. Die Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft bezeichnet einen qualitativen Sprung in diesen Teilen gegenüber dem Zustand des „normalen“ Imperialismus, ohne daß es zu einer Verschmelzung oder Verdichtung kommen muß — wenn auch die Faschisierung in Teilbereichen Voraussetzung für einen Faschisierungsprozeß sein dürfte.

Mir ist nicht besonders wohl in der Annahme eines „normalen Imperialismus“. Möglicherweise werden wir uns eher im Einzelfall über die Tatsache eines qualitativen Sprunges einigen, denn über die Bestimmung eines „normalen“ Imperialismus. Aus diesem Grund möchte ich einen Schritt weiter gehen. Faschismus ist Kapitalismus „sans phrase“, die Aufhebung der Artikulation von kapitalistischem Entwicklungsweg und bürgerlicher Gesellschaft, Faschismus ist Kapitalismus „pur“. Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich dann die Konsequenz, daß der Faschismus tatsächlich das logische, nicht ungeding historische Endstadium des Kapitalismus ist in dem Sinne, daß dieser Entwicklungsweg sich von der Artikulation mit der bürgerlichen Gesellschaft vollkommen gelöst hat. Da der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft wiederum scheinbar eine bestimmte Totalität beinhaltet, die er realiter nicht besitzt, muß ich hier differenzieren: Gemeint ist hiermit der Teilbereich von bürgerlicher Gesellschaft, wie er sich im Kampf der Volksmassen gegen feudale und andere Herrschaftsverhältnisse in der historischen Entwicklung herausgebildet hat. Faschismus beinhaltet dann auf allen gesellschaftlichen Teilbereichen die Überwindung aller der durch diesen Kampf der Volksmassen bedingten Grenzen der Verwertung und Akkumulation von Kapital und ist in diesem Sinn das „Spiel ohne Grenzen“ des Kapitalismus.

Rudolf, Frankfurt

Die heutigen „nationalrevolutionären“ Strömungen um die Zeitschriften „Aufbruch“, „Neue Zeit“ und „wir selbst“ berufen sich zum großen Teil auf eine gleichnamige politische Strömung in der Weimarer Zeit und dessen maßgeblichen politischen Kopf: Ernst Niekisch.

Was ist 'nationalrevolutionär'?

Zum 'Chefideologen' Ernst Niekisch

Stellvertretend für die positiven Bezugnahmen aus der „nationalrevolutionären“ Szene sei der „wir selbst“-Autor Sebastian Haffner zitiert: „So unwahrscheinlich es klingen mag: der wahre Theoretiker der Weltrevolution, die heute im Gange ist, ist nicht Marx und nicht einmal Lenin. Es ist Niekisch“ (1). Genau so gut läßt sich auch der Neo-Nazi und heutige „Nationalrevolutionär“ Sven-Thomas Frank zitieren, Sprecher der „Nationalrevolutionären Aufbau-Organisation — Sache des Volkes“: „Die nationalrevolutionäre Theorie hat in Deutschland eine lange Tradition. Mit ihr ist der Name Ernst Niekisch an vorderster Stelle verbunden. Seine Rückkehr ins politische Bewußtsein ahnungsvoller Deutscher macht ja gute Fortschritte ...“ (2).

Und auch der „wir selbst“-Redakteur und Mitglied der Alternativen Liste Westberlin, Roland Wehl nimmt zu Ernst Niekisch Stellung, weil er es wichtig findet, „Hintergründe zur Kenntnis zu nehmen, bevor man einen Begriff denunziert“ (gemeint ist der Begriff „nationalrevolutionär“). In einer Stellungnahme stellt Roland Wehl den Ideologen Niekisch als einen Antifaschisten, einen Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, dar, der für seinen Widerstand von den Nazis 1939 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Je mehr er, Roland Wehl, Niekisch gelesen habe, um so größer seien ihm Bedenken gegen Niekisch gekommen: Niekisch sei „viel zu sehr Preuße“ gewesen, „sein Staatsverständnis scheint mir recht autoritär gewesen zu sein“ (3).

Es muß betont werden, daß sich die heutigen „Nationalrevolutionäre“ nicht auf den Niekisch nach 1933 oder gar nach 1945 berufen, wo er seine Weltanschauungen teilweise revidiert hat; nein, die heutige Niekisch-Renaissance bezieht sich auf die Schriften von Niekisch vor 1933 — und hier kann schon vorab gesagt werden: Niekisch war zwar erklärter Gegner von Hitler und Mussolini, aber alles andere als ein „Antifaschist“. Niekisch war eher Wegbereiter und Opfer des Faschismus zugleich, seine „nationalrevolutionären“ Theorien waren eine spezielle Variante zur faschistischen Ideologie — und genau diese Varianten besitzen für die heutigen „Nationalrevolutionäre“ eine besondere Attraktivität.

Ernst Niekisch

Niekisch vor 1933 in der SPD

Ernst Niekisch

Niekisch trat 1917 in die SPD ein und wurde im November 1918 (Deutsche Novemberrevolution) Vorsitzender des Zentralrats der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sowie Vorsitzender des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats. Im März 1919 war er Mitglied im rechtssozialdemokratischen Kabinett Hoffmann Bayerns, im April 1919 trat er aus dem erwähnten Zentralrat aus, weil Gustav Landauer die bayerische Räterepublik auflief. Nach der Niederwerfung der bayerischen Räterepublik saß Niekisch eine zweijährige Haft ab und trat in die USPD ein. Danach war er als Gewerkschafter im Berliner Textilarbeiterverband tätig sowie bei den Jungsozialisten. Im Jahre 1921 war Niekisch Mitglied des „Hofgismar-Kreises“ der Jungs der stark nationalistisch orientierten war. Dem schematischen Internationalismus und dem marxistischen Sozialismus gegenüber bekannte sich der „Hofgismar-Kreis“ zu einem „innerlichen Ja eines Großdeutschen Nationalstaats“. Ziel war eine „europäische sozialistische Föderation zwischen dem bolschewistischen Osten ... und dem kapitalistischen Westen“. Der linke Juso-Flügel distanzierte sich 1924 vom „Hofgismar-Kreis“, der immer mehr völkisches, faschistisches Gedankengut pflegte, so etwa die Forderung nach einem Großdeutschen Reich als Ständestaat, ausgestattet mit Werten wie Zucht und Disziplin. Aus Protest gegen den Locarno-Vertrag von 1925 (4) trat Niekisch aus der SPD aus (er war zwischenzeitlich wieder von der USPD in die SPD übergetreten).

Zusammen mit den Resten des „Hofgismar-Kreises“ gründete Niekisch am 1.7.26 die Zeitschrift „Widerstand — Illustrierte für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik“; ab Jahrgang 1928 war die Bezeichnung „sozialistisch“ gestrichen.

Im ersten programmatischen Artikel in der Zeitschrift „Widerstand“ hatte Niekisch u.a. ausgeführt, daß „deutsche Politik ... kein anderes Ziel haben (kann) als die Zurückeroberung einer großen, einflußreichen Weltstellung“. Die Lebensbedürfnisse des deutschen Arbeiters würden mit den Lebensnotwendigkeiten der ganzen deutschen Nation zusammenfallen, die Freiheit des Arbeiters wäre identisch mit dem Befreiungskampf der deutschen Nation, erst die Ausdehnung des durch den Versailler Vertrag geschmähten deutschen Lebensraumes würde dazu führen, daß es auch den Arbeitern besser gehe.

Über die Zeitschrift „Widerstand“ bekam Niekisch zwar keinen Zuspruch von den Arbeitern, jedoch zu Führungskreisen und Zirkeln der Reichswehr, so u.a. zum Konterrevolutionärs-Kapitän Ehrhardt oder dem Reichswehr-Zirkel „Bund Oberland“. Verhandlungen Niekischs mit wehrverbandsähnlichen Organisationen wie dem „Stahlhelm“ oder dem „Wehrwolf“ zwecks Einbeziehung in die „Widerstands-Bewegung“ scheiterten. Im Dezember 1930 kam es dann zu Spaltungen im „Bund Oberland“, den die Faschisten in Österreich übernahmen. Die deutschen Mitgliedsgruppen konstituierten sich zunächst als „Oberlandkameradschaft“, ein Hauptteil von ihnen schloß sich 1931 zunächst der „Kampfgemeinschaft Nationaler Nationalsozialisten“ und dann der „Schwarzen Front“ Otto Strassers an. Ein kleinerer Teil unter Führung von Joseph E. Drexel schloß sich dann dem „Widerstands“-Kreis an, aus dem 1931 die „Widerstands-Bewegung“ entstand. Im Oktober 1932 erschien neben der Zeitschrift „Widerstand“ noch ein weiteres „nationalrevolutionäres“ Organ namens „Entscheidung“.

Niekisch, Drexel und Träger (um nur die wichtigsten Träger der „Widerstands-Bewegung“ zu nennen) verstanden sich als eine neue Front, die gegen alle Parteien und Verbände stand. Niekisch 1929: „Gleich Goldader im Gestein liegt heute noch die nationalsozialistische Minderheit in den vielfältigsten Organisationen verstreut: man findet sie unter den Nationalsozialisten, unter bündischen Menschen, sogar ... in den Parteien; man findet sie aber auch unter Rotfrontkämpfern, die wehrwillige Arbeiter sind und die sich mit Trotz von der pazifistischen Feigheit ihrer sozialdemokratischen Genossen gelöst haben“ (5).

Diese grundlegende Weltanschauung Niekischs stammt historisch von den faschistoiden „Solidaristen“ von Vereinigungen aus der Reichswehr und den Freikorps-Verbänden, die nach dem ersten Weltkrieg einen speziellen „Deutschen Sozialismus“ forderten. Merkmal dieser Solidaristen war es, eine nationale Bewegung zu mobilisieren, die quer zu den bestehenden Parteien verläuft. Diese Ideologie ist auch Bestandteil der heutigen „Nationalrevolutionäre“, die zum großen Teil aus faschistischer und neofaschistischer Tradition stammen und ganz bewußt in die „neuen sozialen Bewegungen“ und die Grün-Alternativen sowohl programmatisch als auch personell einwirken, um eine neue „nationalrevolutionäre“ parteienübergreifende „Bewegung“ zu schaffen.

Doch nun zu den Weltanschauungen Niekischs, die heutzutage in „nationalrevolutionären“ Kreisen zu neuer Blüte gelangt sind. Die ganze Theorie und Programmatik hat Niekisch vor allem in den beiden Aufsätzen „Gedanken über deutsche Politik“ (1929) und „Entscheidung“ (1930) dargelegt, auf die ich mich im folgenden beziehen werde.

Feindbilder

Leitmotiv für Niekisch ist die Berufung auf das Preußische, sowie das Völkisch-Germanische, die Beziehung auf vor-kapitalistische Verhältnisse. Daraus ergibt sich für ihn ein Widerspruch zwischen Stadt und Land: Land steht für ihn für Bodenständigkeit, für das Kämpferische, das Heroische, während Niekisch die Stadt und ebenso die städtischen Bürger für Feiglinge, verweichlichte Subjekte hält, die zum Kämpfen nicht mehr fähig seien. Ausdrücklich ausgenommen von den „ver-

weichlichten“ städtischen Bürgern sind die Unternehmer, die er als „kämpferisch“ und „tapfer“ bezeichnet und die die Wirtschaft in Gang gesetzt hätten.

Als zweites Gegensatzpaar führt Niekisch das „Germanisch-Heidische“ gegenüber dem den „Basilis der Aufklärung in sich tragenden Christentum“ an. Die „Verheidung“ des deutschen Volkes sei daher Bestandteil des „Freiheitskampfes“.

Daraus leitet Niekisch diverse Feindbilder ab. Verhaßt ist ihm:

- der Pazifismus, den er verachtet als Angst vor dem Kampf, die Lebenskampfscheu des Städters/Bürgers.
- die „Ver-Liberalisierung“, die Ablehnung des autoritären, vorbildlichen preußischen Staates durch die „feigen“ Bürger, die immer nach Kompromiß streben und nicht nach Kampf

- der Marxismus, der das Preußentum bekämpft habe. Marx, dieser „nachschüttige jüdische Emigrant“ habe keine stolze Geschichte des deutschen Volkes, sondern nur ein wirtschaftliches Werk geschrieben. Sowohl die „verweichlichten“ Bürger als auch der Marxismus seien die „Tödlende“ der „Nationalrevolutionäre“.
- der „veränderte“ deutsche Industriearbeiter, auch er sei feige, internationalistisch, ein Feind Preußens. Aber im Kern, gewissermaßen versteckt, besitze der deutsche Industriearbeiter den alten deutschen Kampfgeist, die Bereitschaft, zu kämpfen und zu sterben — siehe Weltkrieg!

- der Weimarer „Wohlfahrtsstaat“, der nur zur „Verweichlichung“ führe. Die staatliche „Wohlfahrtspflege“ wurde zum „eiternden Geschwür“, das den deutschen Staat „zerzagt und zerfraß“.

- die „weibliche Sentimentalität“ gegenüber der „männlich-kämpferischen Kampferprobung“; „Verweibung“ wird von Niekisch als synonym verwendet für Feigheit-Stadt-Bürger usw. Für Deutschland sei der „Feminismus ... der politische Krebs“, der von Niekisch verhaßte Wohlfahrtsstaat ein Geschöpf der femininen bürgerlichen Gesellschaft.

- die bürgerliche Demokratie, der Gleichheits- oder Egalitätsgedanke der bürgerlichen Revolution. Niekisch zieht daher vor allem gegen die französische Revolution von 1789 zu Felde, gegen die „Gleichmacherei“, die Demokratie sei „kulturlos“, fordere die „seelische Verödung“ usw.

Abschließend noch ein Niekisch-Zitat aus seinem Programm „Die Demokratie sei „kulturlos“, fordere die „seelische Verödung“ usw.

Abschließend noch ein Niekisch-Zitat aus seinem Programm „Die Politik des Deutschen Widerstands“ (April 1930), um seine faschistoiden Ideologie, seine klare Absage an jegliche Emanzipationsgedanken nochmals zu belegen: „7 g. Die Abgabe an die Idee der Humanität. Befahrung auch des Barbarischen, wenn es um des nationalen Aufstiegs willen notwendig ist“. Oder: „7 h. Bekenntnis zum Autoritären und zu einem harten Dasein in Zucht und Pflichten; Schaffung von Zwangsmaßnahmen, die den städtischen Menschen keinen anderen Ausweg lassen als den, sich in diesen Lebensstil hindinzuschicken“.

Weltanschauungspläne

Die ganzen Identitätsverluste der an sich kämpferischen, ländlichen und männlich-heroischen Deutschen mit preußisch-germanischem Ursprung kommen natürlich nicht aus den Deutschen selbst heraus. Die Feindbilder-Synonyme Stadt-Bürger-das „Weibliche“-bürgerliche Egalität-Marxismus-Wohlfahrtsstaat usw. kämen von a u ß e n: der Feind bei Niekisch heißt „Romanismus“. Rom sei der ursprüngliche Feind der germanischen Völker gewesen und mit Rom auch der Katholizismus, der die Germanen „kolonisiert“ habe. Der Kampf Roms gegen die Germanen sei „universell“ und „nicht-völkisch“ gewesen. Das frühere Machtzentrum Rom sei dann 1789 durch das Machtzentrum Paris und die französische Revolution abgelöst worden. Frankreich habe die „universalistische“ Aufklärung, die Gleichheitsidee der bürgerlichen Revolution nach Deutschland und ins deutsche Volk ge-

tragen. So wird denn nun auch verständlich, wie Niekisch den „verweichlichten“ städtischen Bürger definiert: „Der Bürger ist die Daseinsform, in die der Deutsche hinüberwechselt, sobald er sich dem Einfluß romanischen Wesens beugt“.

Den Ersten Weltkrieg betrachtet Niekisch als physischen Triumph gegen die „Selbstbehauptung“ Deutschlands; der militärischen Niederlage folgte dann die „geistige“ Eroberung des Deutschen Reiches durch die Siegermächte, wie sie in der dem Preußisch-Germanischen wesensfremden Weimarer Verfassung zum Ausdruck komme; denn die Weimarer Verfassung sei „liberal“, „egalitistisch“, dem deutschen Wesen fremd, kurz: Weimar ist Ausdruck der geistigen Fremdherrschaft der Siegermächte, deren Ziel es sei, das „Deutsche Sein“ auszulöschen.

Gegen diese „Fremdherrschaft“ propagiert Niekisch den „nationalrevolutionären Widerstand“. „Deutsche Widerstandspolitik ist die Pflege des Abwehrgefühls gegen alles, was dem Weltimperium entstammt, seien es Verfassungsnormen, kulturelle Lebenserscheinungen, sei es überhaupt die Gesamtnatur ihrer Geistigkeit“. Und: „Widerstandshaltung ist: Quellen aufzuspuhen, aus denen dem nationalen Selbstgefühl unerschöpfliche Nahrung gespendet werden kann; ... an Konstellationen zu glauben, die Deutschland wieder zu stolzer Höhe emportragen sollen“. Der Unterschied zwischen der faschistischen, nationalsozialistischen Ideologie und der eines Ernst Niekisch besteht also darin, daß die Faschisten das Grundübel in einer Verschwörung des Bolschewismus und des „Weltjudentums“ sahen, während Niekisch kein Antisemit war. Er war im Grunde noch extremer, indem er alles germanisch-völkische Fremde (das Christentum, bürgerliche Revolution, Bürger, Frauen usw.) als Feinde ansah, und dagegen nur der „nationalrevolutionäre Widerstand“ helfe. In der Konsequenz hätte Niekisch zig-Millionen „verweichlichter“ und „feiger“ Deutscher in Lager stecken müssen. Nun konnte Niekisch in der Weimarer Zeit nicht bei den Feindbildern Romanismus und später der französischen Revolution stehenbleiben und so aktualisierte er sein Feindbild: das ganze Übel war nun „der Westen“, allen voran die USA und Großbritannien. Gerade die USA waren für Niekisch eine Ausgubt von Demokratie, was für ihn eine bloße, gleichmacherische „Vermas-

tion“ gegen „den Westen“ vollenden, um sich dann der „geistigen Führung“ der Sowjetunion durch Preußen zu bemächtigen. Preußische „Willensmacht“ habe dann in Rußland einzukehren. Der ganze „Nationalbol-schewismus“, wie die „Nationalrevolutionäre“ damals auch genannt wurden, bestand also darin, ein Bündnis Preußens mit der Sowjetunion gegen „den Westen“ einzugehen, um nach einer erfolgreichen deutschen Revolution den „Bolschewismus“ in Rußland selbst niederzuwerfen.

Innenpolitisch hatte diese außenpolitische, expansive Bündiskonzeption Niekischs mit der Sowjetunion zur Folge, daß er auch die KPD lobte: er beschneigte den deutschen Kommunismus „kriegerische Lust“, das „Bekenntnis zur Diktatur“ und den gewollten Verfall des Kapitalismus; die KPD gebe für die „Nationalrevolutionäre“ eine „fruchtbare Humuserde“ ab, wobei Niekisch wiederum mit einem Kunstgriff KPD und Marxismus trennt. Niekisch lobte an den Kommunisten nur deren „kämpferischen Elemente“; sie würden den „Nationalrevolutionären“ politisch näher stehen als das „verweichlichte Bürgertum“.

„An Stelle der westlichen Zentralisations- und gleichmacherischen Einnehmungsintendenzen tritt das organisch-irrationale ... Ordnungsprinzip, das nicht die logisch-vernunftgemäße unpersönliche Schablone, sondern den persönlichen Führer und Gebieter als höchste Autorität setzt ...“.

Wider-

stand gegen „den Westen“ hieß für Niekisch gleichwohl das Aufheizen zum Opfern und zum Sterben. Der Tod für die deutsche Sache sei ein „Anhauch des Göttlichen“ — Niekisch propagierte also konsequent die Blut- und Boden-Ideologie.

Niekisch jedoch forderte alles andere als eine Verteidigung und Bewahrung des germanisch-preußisch-völkischen, sondern meldete deutsche Welt-herrschaft an. Mitteleuropa war Niekisch als deutscher Lebensraum zu klein, die Deutschen hätten eine „weltumformende Aufgabe“. Seine Expansionspläne befanden sich jedoch im Widerspruch sowohl zu Hitler und Heß als auch zu Strasser: Niekisch lehnte eine Mitteleuropa-Konzeption Strassers ab, der eine deutsche Expansion im Bündnis mit Frankreich befürwortete; und er polemisierte gegen Hitler, weil dieser bei seinen Expansionsplänen auf ein Bündnis mit Großbritannien setzte. In sich völlig schlüssig und konsequent konnte für Niekisch keinerlei Bündnis mit den feindlichen Staaten des „Westens“ in Frage kommen, sondern nur mit Rußland bzw. den slawischen Völkern. Niekisch forderte ein „mächtiges germanisch-slavisches Weltreich“ unter preußischer Führung gegen den „Romanismus“ und den verhaßten „Westen“. Daß Niekisch auf ein Bündnis mit den slawischen Völkern setzte, also der damaligen Sowjetunion, hatte mehrere Gründe. Zum einen sah er die Tatsache, daß die Sowjetunion vom Westen her eingekreist und auf Bündnispartner angewiesen war, um wirtschaftlich zu überleben. Für Niekisch war dies das Deutsche Reich. Die Slawen paßten auch ideologisch ganz gut in sein Konzept, denn die Slawen waren nicht städtisch und verweichlicht, sondern überwiegend ländlich-kämpferisch; Niekisch lobte zudem den slawischen Despotismus gegenüber der westlichen Egalität. Rein völkisch-kulturell also waren die Slawen der „natürliche“ Bündnispartner gegen „den Westen“.

Allerdings hatte Niekisch noch ein wichtiges Problem zu lösen, denn schließlich war die Sowjetunion ein in seinen Augen sozialistischer Staat mit marxistischer und leninistischer Ideologie — und Sozialismus/Kommunismus waren ja Inbegriff der von Niekisch so verhaßten Gleichmacherei. Niekisch löste dieses Problem einfach dadurch, daß er beispielsweise die russische Oktoberrevolution selbst in den Bestandteilen lobte, wo es sich um den revolutionären Willen, den Kampf des sowjetischen Volkes handelte und diesen als Vorbild für seine „nationalrevolutionäre“ Sache pries; er konnte die russische Revolution deshalb loben, weil er sie deren marxistischen Inhalt entkleidete und beraubte: der Marxismus in Rußland sei eine „begriffliche Torheit“, eine bloße „Maske“. Diese marxistische Maske sollte nach Niekisch dann fallen, wenn die Deutschen ihre nationale „Revolution“ gegen „den Westen“ vollenden, um sich dann der „geistigen Führung“ der Sowjetunion durch Preußen zu be-

„Widerstand“ gegen „den Westen“ vollenden, um sich dann der „geistigen Führung“ der Sowjetunion durch Preußen zu bemächtigen. Preußische „Willensmacht“ habe dann in Rußland einzukehren. Der ganze „Nationalbol-schewismus“, wie die „Nationalrevolutionäre“ damals auch genannt wurden, bestand also darin, ein Bündnis Preußens mit der Sowjetunion gegen „den Westen“ einzugehen, um nach einer erfolgreichen deutschen Revolution den „Bolschewismus“ in Rußland selbst niederzuwerfen.

Innenpolitisch hatte diese außenpolitische, expansive Bündiskonzeption Niekischs mit der Sowjetunion zur Folge, daß er auch die KPD lobte: er beschneigte den deutschen Kommunismus „kriegerische Lust“, das „Bekenntnis zur Diktatur“ und den gewollten Verfall des Kapitalismus; die KPD gebe für die „Nationalrevolutionäre“ eine „fruchtbare Humuserde“ ab, wobei Niekisch wiederum mit einem Kunstgriff KPD und Marxismus trennt. Niekisch lobte an den Kommunisten nur deren „kämpferischen Elemente“; sie würden den „Nationalrevolutionären“ politisch näher stehen als das „verweichlichte Bürgertum“.

Hitler

Noch 1932 gab Niekisch die Schrift „Politik des deutschen Widerstands“ heraus, die wiederum alles andere war als Widerstand gegen Hitler; da wird die „germanische Substanz“, die „preußische Rasse“, „Blut und Boden“, „totaler Staat“ beschworen; das „Erbe des Westens“, auf deutschem Boden müsse „in Feuer verbrannt und in Blut erstickt“ werden. Eher solle

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist „nationalrevolutionär“?

„die Welt zugrunde gehen, als daß sich das deutsche Volk freiwillig in seine Fesseln schicken“ werde. Der „kriegerische Wille des deutschen Menschen“, sein „gesundes, barbarisches Wesen“ sollten „den Westen“ und dessen Werte hinwegfegen, der deutsche Staat müsse zur permanenten Kriegsorganisation werden. Ohne Übertreibung kann nach Durchsicht von Niekischs wichtigsten programmatischen Texten gesagt werden, daß er die Faschisten und deren Ideologien sogar noch übertraf und von daher in Widerspruch zu Hitler geriet und schließlich auch sein Opfer wurde. Niekisch legte seinen „Antifaschismus“ gleichfalls 1932 in einem Artikel „Hitler — ein deutsches Verhängnis“ dar. Darin bezeichnete er die NS-Bewegung u.a. als eine „trotzige Aufhebung des deutschen Lebenswillens“. Hitler jedoch sei ein „Verhängnis“, weil er zu „pazifistisch“ und „zu legalistisch“ sei; Hitler verzichte auf die „schöpferische Zerstörungskraft“.

Zu wider an Hitler war Niekisch vor allem sein „romantisches, katholisches“ Wesen, sein Bündnis mit der ihm verhaßten „Mittelmeerkultur“. Während die oppositionelle — aber ebenso keineswegs linke — „Schwarze Front“ eines Otto Strasser schon frühzeitig von den Nazis verboten wurde, konnte Niekischs „Widerstand“ noch bis zum Verbot 1934 erscheinen.

Niekisch heute

Die heutige Niekisch-Renaissance im Niekisch heute

Die heutige Niekisch-Renaissance im „nationalrevolutionären“ Lager knüpft an die Weltlage nach 1945 an. War es Niekisch, der nach 1918 über Versailles und die „Fremdherrschaft“ der damaligen Siegermächte über das „kolonisierte“ Deutsche Reich zürnte und dabei zu Schlußfolgerungen gelangte, die selbst die Nazi-Ideologie noch übertrafen, so waren es nach dem Zweiten Weltkrieg die USA und die Sowjetunion, die die europäischen Völker und insbesondere das ehemalige Deutsche Reich vollkommen „kolonisiert“ hätten. So wetteten die heutigen „Nationalrevolutionäre“ gegen die kulturelle und politische „Fremdherrschaft“, gegen die „kolonisierten“ National- und Regionalkulturen Europas, wobei im Zentrum natürlich die „Fremdherrschaft“ über die beiden deutschen Staaten steht. Wen wundert es da, wenn diese „Nationalrevolutionäre“ die „Entkolonialisierung“ Europas und vor allem Deutschlands fordern und die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes, einschließlich des übrigen Österreichs?

Im Unterschied noch zu Niekisch wehren die „Nationalrevolutionäre“ nicht nur gegen „den Westen“, sondern — und vor allem — gegen die Sowjetunion. Und wenn es, wenn der „Wodka-Cola-Kultur“ (Henning Eichberg) die wahre Identität nationaler bzw. regionaler deutscher Kulturen entgegenzusetzen wird, verbunden auch mit manchen heidnischen und urgermanischen Feiern und Ritualen? Aktuell wendet sich die „nationalrevolutionäre“ Demagogie vor allem gegen die beiden Supermächte und deren „Fremdherrschaft“. Anderen europäischen Völkern und Kulturen wird — im Unterschied zu Niekisch — gegenüber den Supermächten gleichfalls der Widerstandswille, die eigene rassische und kulturelle Identität usw. bescheinigt.

Und wer diesen Niekisch heutzutage als „wahren Revolutionär“ anpreist, der kann nur auf die Dummheit der Leute bauen. Man sollte nie vergessen, daß Leute wie Niekisch nicht nur zu den Opfern des Nationalsozialismus zählten, sondern gleichfalls gewaltige Wegbereiter faschistischer Gewaltherrschaft waren.

D./WBH

- Anmerkungen:**
1. Sebastian Haffner, zitiert nach Roland Wehl im DR-Info, 28.11.84.
2. Interview mit Sven-Thomas Frank in Nationalrevolutionären Gesprächen III: „Wir selbst“ 1/1981, S. 31.
3. Stellungnahme Roland Wehls im DR-Info vom 28.11.84.
4. Im Ländereverenz von 1925 verzichtete das Deutsche Reich auf eine Revision der Westgrenzen, nicht jedoch auf eine friedliche Revision der Ostgrenzen.
5. Ernst Niekisch, „Gedanken über deutsche Politik“, Widerstands-Verlag, Dresden 1929.



Frank Wolff, eher aus anderen Zusammenhängen bekannt, und Anne Bärenz zersägen die Nationalhymne (Foto: H.W.J.A.R.)

Trust in Allah, but watch your camels

„Auf den Spuren der Verschwindenden dieser Welt rumpelt unser Bus voller Musikinstrumente durch verschleierte Wege den geheimen Plätzen Eingeweihter entgegen. (...) Was besseres als den Tod finden wir immer! — meinten die Bremer Stadtmusikanten, als wir sie neulich auf einer Autobahnraststätte trafen. Wir suchen die Musik, die auf der Straße sitzt; mit den Opfern des goldenen Zeitalters wärmen wir uns am Feuer in der Sackgasse. Eine uralte Flöte flüstert (...), mit ihrem Tod verbrennt endgültig das Wissen der alten Papyrus-Bibliothek von Kairo, bleiben Geheimnisse der Pyramiden unentschlüsselt. Bedroht sind die verborgenen Brutplätze jener seltenen Vögel, die durch Träume fliegen können. (...) Tanzt! Tanzt! Tanzt!“

Zweifelloso: bei dem vom Hamburger Kinderhaus veranstalteten Solidaritätskonzert „Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder“ gab es sämtlich nur highlights, einer der strahlendsten aber waren die Dissidenten, Licht, Sonne, Traum und Märchen, angenehme Besoffenheit, Wärme in ihrer Musik. Die Wüste lebt — wie eines ihrer Stücke heißt. Die Wüste, in der es nach einem Regenfall überall spritzt und grünt. Auch: Fata Morgana.

Die „Dissidenten“: Der algerische Sänger Hamid Baroudi könnte bei nur flüchtigem Hinschauen für einen arabischen Mick Jagger gehalten werden. Baroudi aber, so sehr er sich seines strahlenden Äußeren bewußt sein mag, führt keine aggressiven Befruchtungs-tänze auf, läßt nicht, wie Jagger zuweilen, seinen Schwanz gleichsam in die vorderen Zuschauerreihen ragen. Baroudi tanzt, jagt in hohen Sprüngen über die Bühne, lacht, ist voller Lebenslust. Im Hintergrund der Derwisch aus Nodjerna, Resi-Germoney, Friedo Josch. Ganz arabisch mit Sonnenbrille, weiten Pluderhosen und rotem Fez spielt er die Querflöte in mal höchst subtiler, mal sehr aufreißender Weise. Und lenkt dabei nicht die Flöte, folgt ihr vielmehr mit den skurrilsten Verrenkungen. Erst hochgereckt Allah preisend, dann, nur noch mit einem Fuß die Verbindung zur Erde haltend, steigt er fast in die (unterm Bühnenboden) gelegenen Abgründe hinab, als gelte es, kraft seiner Flöte die dort hausenden bösen Geister zu bannen. Mitgebracht zum Kinderhauskonzert hatten die „Dissidenten“, zu denen außer den Genannten El Hous-

saine Kili aus Marokko, und aus der BRD Uve Müllrich, Marlon Klein und Dr. Hose Sauerbruch gehören, zwei Bauchtänzerinnen (wenn das Jutta Weinhold hätte erleben dürfen ...).

Hervorgegangen sind die Dissidenten aus der Jazz-Rockband Embryo, die sich 1980 nach einer einjährigen Indien-Tournee spaltete. Drei der späteren Dissidenten (Friedo Josch, Uve Müllrich und der mittlerweile ausgeschiedene Michael Wehmeyer) zogen mit dem Karnataka College of Percussion (einer Schule für klassische indische Musik) durch Indien und Europa. 1983 arbeiteten sie mit der National Dance Company of Zimbabwe zusammen. Ebenfalls 1983 traten das Karnataka College und die Dissidenten in fünfzig westdeutschen Städten auf. Nach dieser Tournee wurde, wie der Musikkritiker Hollow Skai formuliert, „der Kunstanspruch, demzufolge die Musik möglichst schwierig zu (begreifen) sein müsse, ad acta gelegt.“

Einzelne Dissidenten waren nämlich 1980 immer mal wieder in Marokko gewesen und hatten die dortige Volksmusik kennengelernt. 1983 kam es zu den ersten gemeinsamen Aufnahmen mit arabischen Musikern, u.a. mit Lem Chaheb, die im arabischen Raum eine den Beatles oder Stones in Europa vergleichbare Bedeutung haben.

Zusammen mit Lem Chaheb nahmen die Dissidenten 1984 die LP „Sahara Electric“ auf. Die arabische Musik wird hier nicht etwa europäischen Ohren angepaßt oder mit westlichem Rock vermischt. Aus der Zusammenarbeit von Musikern zweier nicht nur musikalisch sehr verschiedener Kulturen ist hier ein eigenständiges neues Drittes entstanden.

Hierzulande errang die Gruppe vorerst nur einen Achtungserfolg. Die „Hannoversche Allgemeine“ hob zwar das „bruchlose Ineinanderfügen zweier musikhistorischer Elemente“ hervor, der „FAZ“ waren „die Spieler (...) überaus gute Botschafter in Sachen Weltmusik“, die „Hannoversche Zeitung“ weiß von „begeisterten Ovationen“ des Publikums zu berichten, und die „AZ“ Nürnberg sah in den Dissidenten (treffend) eine „Alternative zur deutschen Eiszeit“. Dennoch ist das „ethno-musikalische Forscherteam“ (Dissidenten über Dissidenten) in der BRD noch eher ein „Geheimtip“, während ihre Platte „Sahara Electric“ von der „Sounds“-Redaktion zu den zwanzig wichtigsten LPs 1984 gezählt wurde, in den arabischen Ländern rund 100.000 Raubkopien kursieren und ein Großhändler in Bahrain 15.000 mal „Sahara Electric“ orderte. In Spanien konnten die Dissidenten jüngst einen rauschenden Er-

Kinderhaus Solidaritätskonzert

Nach vier Jahren nahm das Hamburger Kinderhaus die Tradition der Solidaritätskonzerte wieder auf. Der Mut zu dieser Initiative hat sich gelohnt — der Abend war ein voller Erfolg. Bis zu 2.000 begeisterte Besucher verfolgten ein in seiner Vielfalt einzigartiges siebenstündiges Musikprogramm. Politisches Lied, Rock und Ethno-Rock, Jazz, Kabarett, Liedermacher und überschaumende Musik-Clownerie. Dabei waren Franz Josef und Kai Degenhardt mit Steve Baker, die Dissidenten, Elephant, das Frankfurter Kurorchestra, Jaspr van't Hof + Ozay, Hanns Dieter Hüsch, Manfred Maurenbrecher + Herwig Mitteregger, Rudko vom „Duo Z“ (der seine Abschiedsvorstellung gab), das Sagmeister-Trio, Michael Naura und Wolfgang Schlüter, die südafrikanische Gruppe Sasinda, ein Chor von Kinderhaus-Kindern und in einer abschließenden Session gegen ein Uhr nachts Abi Wallenstein mit Band, Vince Weber, Rainer Baumann und Udo Lindenberg.

Hieß es Ende der 70er noch „Alle spielen fürs Kinderhaus“, um der vom Hamburger Senat diskriminierten Initiative das Überleben zu ermöglichen, war diesmal „Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder“ das Motto. Nach der Solidarität, die damals das Kinderhaus erfuhr, „war es für uns selbstverständlich, auch umgekehrt dort zu helfen, wo wir es kön-

nen — nicht zuletzt auch deshalb, weil wir nicht nur wollen, daß es unseren 70 Kindern gut geht.“ Wolf Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung und ein Sprecher des ANC (Informierten über die Situation in Südafrika. Veranstaltungserlös und eine Spendensammlung erbrachten über 50.000 DM, die dem Solomon Mahlangu Freedom College, einer Einrichtung des African National Congress (ANC) in Tansania zu Gute kommen sollen. Dort werden Kinder und Jugendliche betreut und ausgebildet, die nach 1976 den Rassenstaat verlassen mußten und — nach dem abschließenden Ende des Apartheid-Regimes — an der Neugestaltung ihres Landes teilnehmen werden.

Henning Venske, der die Veranstaltung glänzend moderierte, kündigte an, man werde sich wohl bald beim nächsten Kinderhaus-Konzert für Südafrikas Kinder wiedersehen. Es ist zu wünschen. Das Kinderhaus setzt inzwischen seine Spendensammlung fort:

Spendenkonto: Kinderhaus e.V.
in der Heinrichstraße
Kennwort: Eine Zukunft ohne
Rassismus für Südafrikas Kinder
Konto-Nummer: 31/77 777
bei Vereins- und Westbank
Hamburg (BLZ 200 300 00)

Informationsmaterial zur Spendenkampagne gibts beim Kinderhaus, Heinrichstraße 14a, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/ 43 39 49

folg feiern, und die spanischen Kids — ihre Vorfahren nicht verleugnend — sangen die Refrains der arabischen Texte mit.

Ja, was singen die Dissidenten da eigentlich? Ich rufe den EIA-(Energie für Alle)-Vertrieb an, unter dessen EXIL-Label die Dissidenten verlegt werden und habe am Telefon Friedo Josch, der, nachdem ich mich mit dem Namen dieser Zeitung gemeldet habe, staunt: „Der Arbeiterkampf gibt's noch?!“ Was ich bestätigen konnte und ihn ansonsten um eine Übersetzung der arabischen Texte bat. Die, bedauerte Friedo, gäbe es (noch) nicht, lagen so zwischen Bob Marley und den Scherben, seien auch nicht so wichtig.

Huch, macht der Alt-Linker in mir, die Texte sind nicht wichtig? Wozu bitte, beginnt besagter Alt-Linker ein Grundsatz-Referat über Kultur — ist denn die Musik ... Aber da hatte sich schon der Plattenarm gesenkt, die Wüste begann zu leben, und einen Textteil versiehe ich jetzt: Trust in Marxism-Leninism, but use your own head.

K., Hamburg

- Dissidenten und Karnataka College of Percussion, Germanistan (1982)
- Dissidenten & Lem Chaheb, Sahara Electric, EXIL 08-5501 im EIA-Vertrieb (je nach Land zwischen DM 10.00 und 18.00) (1984)
- Dissidenten, Cassablanca, Maxi 3-Track, EXIL 5504 im EIA-Vertrieb (1985)
- In Vorbereitung ist die neue LP „Maia Harf“



Zwei der Dissidenten: Hamid Baroudi, Algerien, und Friedo Josch, BRD (Foto: H.W.J.A.R.)

Das Almosen und die 'Humanität' des Kapitals

Fortsetzung von Seite 1

Friedrich Wilhelm Christians, Boß eines Finanzinstituts, welches wie kein anderes durch „Arisierung“, also Raub und Mord, zum Imperium wurde, antwortete knapp, dies sei ein „Problem des Herrn Flick, wenn man überhaupt von einem Problem reden kann“ (das Zitat wurde vierzehn Tage später in einem durchschaubaren Manöver der Pressestelle der Bank zugeschrieben).

Wie es sich mit dem „Problem“ aus der Sicht des Kapitals verhält, erläuterte das Zentralorgan „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (9.1.86): Die Unternehmer hätten sich gar nicht aus eigenem Willen an den entsprechenden Programmen der Nazis beteiligt.

— Zwangsarbeit spielte sich im Krieg in den verschiedensten Formen ab.

— Die Kriegswirtschaft sei darauf angewiesen gewesen, von der Dienstverpflichtung Deutscher über die verschleppten „Ostarbeiter“ als zahlenmäßig stärkere Gruppe bis zu den KZ-Arbeitslagern.

— Die Regie aller Lager habe beim Staat gelegen.

— Die Unternehmen hätten die Häftlinge „zugewiesen“ bekommen.

— Profite seien den Unternehmen durch die Kriegswirtschaft nicht zugeflossen.

des Grauens“, Benjamin B. Ferencz; Campus, S. 157f).

Was die „FAZ“ heute so verständnisvoll an Rechtfertigungen zusammenklaubt, entspricht genau der Verteidigungslinie der angeklagten Kapitalisten im Nürnberger Prozeß: „Der Verteidiger Otto Kranzbühler trug die schwere Last der Verteidigung gegen die Anklage der Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Er argumentierte dahingehend, daß die Angeklagten nicht über das hinausgegangen seien, was andere in ihrer Position zur Vaterlandsverteidigung getan hätten. Er stellte die Handlungen der deutschen Industriellen als militärische und wirtschaftliche Notwendigkeiten dar, um sich gegen die „rote Flut“ zu wehren. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in einer Gesellschaft mit staatlicher Planwirtschaft, die von der SS überwacht wurde, lag nach Kranzbühlers Interpretation außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der Angeklagten. Wer die Produktionsziele nicht erreichte oder zugewiesene Arbeiten ablehnte, riskierte Gefängnis oder Tod ...“ („Lohn des Grauens“, S. 197f).

Der Verteidiger behauptete, die Deportation von Fremdarbeitern hätte der Selbstverteidigung der Deutschen gedient und die Massendeportationen



„Zur ‚Endlösung‘ gehörte die Zusammenfassung von Juden aus allen deutschbesetzten Teilen Europas in Konzentrationslagern. Ihr Gesundheitszustand war der Prüftein für Leben oder Tod.

Alle Arbeitsfähigen wurden als Zwangsarbeiter in den Konzentrationslagern verwendet, alle arbeitsunfähigen Personen wurden in Gaskammern vernichtet und ihre Leichen verbrannt.“

(Aus dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes, Nürnberg, 1. Oktober 1946.)

Optimismus 1986:

Optimismus 1986:

Aufschlag für Aufschwung

Was bringt das Jahr 1986? Vielleicht einen Krieg im Nahen Osten und darüber hinaus. Auf jeden Fall die Cruise Missile. Mehr Arbeitslose. Weniger soziale Leistungen. Mehr Ausländerbeiz. Einen großen Schritt hin zur WAA. Mehr Tote in Südafrika. Gute deutsche Geschäfte ebenda. Mehr Geld (aber immer noch zu wenig) für die Deutsche Bank. Kaum Steuern (aber immer noch zu viel) für Flick. Und so weiter.

Vor allem aber: Optimismus. Kohl ist optimistisch, weil Noelle-Neumann optimistisch ist. Noelle-Neumann ist optimistisch, weil Kohl das braucht. Kohl wiederum braucht Optimismus, weil er das von Reagan weiß. Der weiß zwar nicht viel, aber es soll ihm genützt haben. Blum freut sich auf den Karneval. Bangemann ist optimistisch wg. Weihnachtsspende. Weizsäcker ist optimistisch, weil immer mehr ihn für den Kaiser halten und Monarchie in ist. Brandt ist optimistisch, weil erst 1987 gewählt wird. Rau ist optimistisch, weil er so anständig ist. Das BKA ist optimistisch, daß Abu Nidal auch dieses Jahr erhalten bleibt. Fischer ist optimistisch, weil auch 1986 alles nach Recht und Gesetz zugehen wird. Cohn-Benditz ist optimistisch, Rudolf Heß im PFLASTERSTRAND zu interviewen, bevor der in Freiheit

sterben kann. Die RAF ist optimistisch, weil die Zahl der Schweine zunehmen wird. Die Grünen sind optimistisch, weil in diesem Jahr nur drei Landtage neu gewählt werden. Der KB ist optimistisch, weil's mit den Grünen abwärts geht. Alle sind optimistisch, weil die Klinik bleibt, auch wenn der Schwarzwald stürzt. Und B...?

B wie Beckenbauer? Der hat's versucht, aber es gelang ihm partout nicht, optimistisch zu sein. Daß wir bei der WM in die Röhre gucken, ist sicher. Hochdramatische Spiele wie das gegen Österreich bei der letzten WM in Spanien können wir dieses Jahr nicht erwarten, selbst wenn noch das Freundschaftsspiel gegen den Vatikan gewonnen werden könnte. Man kann nicht alles haben. Das muß jeder vernünftige Bürger einschen. Und tut es auch, wegen B...

B wie BORIS. Und A wie Aufschlag und Aufschwung. Blond, blauäugig, leistungsstark, kreditwürdig, naiv, unverdorben. Der Typ, der Tax-Frauen schwach macht. Die deutsche Dampfwalze, die der Iwan fürchtet, und zwar nicht nur der Moldau-Lendl. Unsere Geheimwaffe. SDI ade, Eureka vergiß es, McEnroe go home. German Bumm Bumm trifft immer: fiftien:laß, ször-

tie:laß, fortie:laß, As, gäum ower, Schampus, Petra.

Petra? Verdamm! Finger weg von Boris. Eine Nacht hat sie mit ihm verbracht, die Petra (nicht doch die Kelly), nicht mal die Pille hat sie genommen. Man stelle sich mal vor, da kommt 'n kleiner Boris oder 'ne kleine Boris! Nicht auszudenken, in was für persönliche Krisen das unsere Geheimwaffe stürzen könnte! Der Aufschwung ist zwar da, aber er ist eben noch labil. Was haben wir 1985 nicht alles gehabt. Die Pershings, Ulf Merbold, Flick, Lambsdorff, Bernhard Langer, den Nobelpreis — nicht den für diesen „Friedens“-Russen — den für Physik, die niedrigste Preisteigerung, die höchste Arbeitslosigkeit, Daimler-Benz, die Deutsche Bank, Fuhrer und Messerschmidt — unsere beiden deutschen Männer im All usw. Alles schon vergessen? Eben, aber nicht Boris. Er muß siegen, für uns, für Deutschland und für Helmut Kohl.

Kohl? Der ist längst nicht so beliebt wie Boris. Man kann ja auch nicht Apfel mit Birne vergleichen, hat Kohl dazu gesagt. Und Leistung, hat er gesagt, muß sich wieder lohnen, was ja bei Boris stimmt. Aber, hat Kohl gesagt, das darf nicht nur für den Sport gelten, sondern Spitzenleistungen brauchen wir auch in der Wirtschaft. Von der Politik hat er nicht gesprochen, der Scheim. Wegen Apfel und Birne. — Zurück zu Petra. Wollte sie vielleicht an sein Geld ran, so wie weiland die „Tochter“ von Paul McCartney. Irrtum! Alles war echt. Petra ist nämlich von den Jusos aus Schleimen. Und die haben sie auf Boris gehezt, damit Schluß ist mit Optimismus und Kohl 1987 die Wahlen verliert. BILD hat die Inzige aufgedeckt, sechsundzwanzig Tage nach besagter Nacht von Petra mit Boris ohne Pille. Und BILD hat prompt gehandelt. Der Petra hat sie die Abtreibung bezahlt. Hoffner hat versprochen, diesmal das Maul zu halten. Die Kirche müsse, ließ er in kleinem Kreis verlauten, flexibel mit Prinzipien wie Lebensschutz umgehen, wenn wie in diesem Falle der Drang zum Höchsten erkennbar sei. Das habe Tradition in der deutschen katholischen Kirche. Damit Boris weiter siegen kann!

Und Noelle-Neumann hat einen Tag später ermittelt: Bis auf ein paar Nörgler und Türken bleiben wir 1986 alle optimistisch, wir Deutschen.

Korrektur

Im Anmerkungsapparat zu dem Interview mit dem Knesset-Abgeordneten Schwach Weiss „Das Recht zu schreiben“ (AK 265) wird verschiedentlich als Quelle angegeben die Enzyklopädia Hebraica. Diese Angabe ist falsch, die entsprechend zitierten Texte stammen aus der Enzyklopädia Judaica, Jerusalem.



— Die SS habe die Aufsicht über die arbeitenden Gefangenen ausgeübt.

— Ein Einsatz zu ihren Gunsten hatte Konflikte mit der SS zur Folge gehabt.

— Auch habe ein Teil der Häftlinge nur deshalb überlebt, weil sie zur Zwangsarbeit herangezogen worden seien.

— Die Unternehmen hätten mit Planung, Ausarbeitung und Exekution des Zwangsarbeitsprogramms nicht zu tun gehabt. Es sei aber unvermeidlich gewesen, damit in Berührung zu kommen.

— Da es nicht nur um die großen Unternehmen, sondern um die gesamte Kriegswirtschaft gehe und auf der Opferseite nicht nur um die KZ-Häftlinge, sondern um alle anderen Zwangsarbeiter, würden sich die Firmen gegen Entschädigungsansprüche wehren, um keine Präzedenzfälle zu schaffen.

— Es gehe nicht an, auf einzelne Firmen eine Schuld abzuwälzen, für die das Deutsche Reich bzw. seine faktischen Nachfolger einzustehen hätten. Wenn die Frage schon erneut aufgegriffen werde, dann seien Bonn, Ostberlin, „und wohl auch Wien“ die richtigen Adressen.

In diesem Sinn haben alle Unternehmen, die jemals Zahlungen an die Opfer geleistet haben (das waren bisher 13 Millionen Dollar für 15 000 Menschen; insgesamt gab es jedoch 7,5 bis 10 Millionen Zwangsarbeiter/-innen!) strikt darauf geachtet, auf dem Wege von Vergleichen vorzugehen und keinen Rechtsanspruch entstehen zu lassen. Siemens drückte es so aus: Man zahle ohne Anerkennung „einer rechtlichen oder moralischen Verpflichtung“. Der Konzern lasse sich von „moralischen Überlegungen, aber nicht von moralischen Verpflichtungen“ leiten („Lohn

von Zivilisten seien mit internationalem Recht zu vereinbaren gewesen. Seine Beredsamkeit scheitert freilich schon bei der Aufgabe, einen einzigen Anlaß nachzuweisen, den es für die Nazis gegeben hätte, die angeblichen „Drohungen“ gegen Unternehmer in wenigstens einem Fall wahrzumachen.

Kranzbühler wurde als Verteidiger von NS-Angeklagten (Donitz, Krupp, Flick) besonders bekannt. Seine Linie wurde im späteren IG Farben-Verfahren im wesentlichen übernommen. Er ist bis heute bei seinen Anschauungen geblieben. In einer Fernsehsendung von Lea Rosh im Januar dieses Jahres behauptete er kaltblütig, die Zwangsarbeit habe die Häftlinge vor den Gaskammern bewahrt.

In den sechziger Jahren hat dieser Mann dem Regisseur Max Ophüls in dessen filmischer Dokumentation des Nürnberger Prozesses ein aufschlußreiches Interview gegeben. Er wisse ja um die Vorwürfe der jüngeren Generation gegen ihre Väter, sagte Kranzbühler in die Kamera. Nach zahlreichen Gesprächen sei ihm dazu die folgende Argumentation eingefallen: Wenn man die Kritik konsequent mende denke, müsse er entweder ein durch und durch niederrüchlicher Mensch oder aber ein hundertprozentiger Dummkopf sein. Da beides nicht zutrafte, versicherte er treuherzig, sei die Kritik eben falsch.

Aber nicht doch: Weil die Kritik richtig ist, trifft beides zu! Die Akteure des jüngeren Skandals, Flick, Christians, Minenhund Fellner und das Echo, das sie beim reaktionären Abschluß dieser Gesellschaft zweifellos finden, stellen erneut unter Beweis, daß sich daran nichts geändert hat.

bj., de.

